Judith Vey, Johanna Leinius, Ingmar Hagemann (Hg.)

Handbuch

Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen

Ansätze, Methoden und Forschungspraxis

Judith Vey, Johanna Leinius, Ingmar Hagemann (Hg.) Handbuch Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen Die freie Verfügbarkeit der E-Book-Ausgabe dieser Publikation wurde ermöglicht durch den Fachinformationsdienst Politikwissenschaft POLLUX



und ein Netzwerk wissenschaftlicher Bibliotheken zur Förderung von Open Access in den Sozial- und Geisteswissenschaften (transcript, Politikwissenschaft 2019)
Die Publikation beachtet die Qualitätsstandards für die Open-Access-Publikation von Büchern (Nationaler Open-Access-Kontaktpunkt et al. 2018), Phase 1
https://oa2020-de.org/blog/2018/07/31/empfehlungen_qualitätsstandards_oabücher/

Bundesministerium der Verteidigung Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek Niedersächsische Landesbibliothek | Harvard University | Kommunikations-, Informations-, Medienzentrum (KIM) der Universität Konstanz | Landesbibliothek Oldenburg | Max Planck Digital Library (MPDL) | Saarländische Universitäts- und Landesbibliothek | Sächsische Landesbibliothek Staats- und Universitätsbibliothek Dresden | Staats- und Universitätsbibliothek Bremen (POLLUX - Informationsdienst Politikwissenschaft) | Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky, Hamburg | Staatsbibliothek zu Berlin | Technische Informationsbibliothek Hannover | Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena (ThULB) | ULB Düsseldorf Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf | Universitätsbibliothek Erfurt | Universitäts- und Landesbibliothek der Technischen Universität Darmstadt | Universitäts- und Landesbibliothek Münster Universitäts- und Stadtbibliothek Köln Universitätsbibliothek Bayreuth | Universitätsbibliothek Bielefeld | Universitätsbibliothek der Bauhaus-Universität Weimar

Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen | Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin | Universitätsbibliothek der Justus-Liebig-Universität Gießen | Universitätsbibliothek der Ruhr-Universität Bochum | Universitätsbibliothek der Technischen Universität **Braunschweig** | Universitätsbibliothek der Universität Koblenz Landau | Universitätsbibliothek der Universität Potsdam | Universitätsbibliothek **Duisburg-Essen** | Universitätsbibliothek Erlangen-Nürnberg Universitätsbibliothek Freiburg | Universitätsbibliothek Graz | Universitätsbibliothek J. C. Senckenberg an der Goethe-Universität Frankfurt | Universitätsbibliothek Kassel | Universitätsbibliothek Leipzig | Universitätsbibliothek der LMU München Universitätsbibliothek Mainz | Universitätsbibliothek Marburg | Universitätsbibliothek Oldenburg | Universitätsbibliothek Osnabrück | Universitätsbibliothek Siegen | Universitätsbibliothek Vechta | Universitätsbibliothek Wien | Universitätsbibliothek Wuppertal | Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern | Zentralbibliothek Zürich

Judith Vey (Dr. phil.) ist Soziologin und leitet ein Forschungsprojekt zur Handlungsfähigkeit in der bundesdeutschen Flüchtlingsunterbringung am Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin.

Johanna Leinius (Dr. phil.) forscht und lehrt an der Universität Kassel zu den gesellschaftlichen Herausforderungen der sozialökologischen Transformation.

Ingmar Hagemann (Dr. rer. pol.) lehrt und forscht als Lehrkraft für besondere Aufgaben am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen.

JUDITH VEY, JOHANNA LEINIUS, INGMAR HAGEMANN (HG.)

Handbuch Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen

Ansätze, Methoden und Forschungspraxis

transcript

Gedruckt mit Unterstützung der Universität Duisburg-Essen und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights @transcript-verlag.de

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

© 2019 transcript Verlag, Bielefeld

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Korrektorat: Anna Thieser, Bielefeld Satz: Mark-Sebastian Schneider. Bielefeld

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-4879-9 PDF-ISBN 978-3-8394-4879-3

https://doi.org/10.14361/9783839448793

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff. Besuchen Sie uns im Internet: https://www.transcript-verlag.de
Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter
www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

Einleitung Judith Vey, Ingmar Hagemann und Johanna Leinius
Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen Grundzüge einer Forschungsperspektive Ingmar Hagemann, Johanna Leinius und Judith Vey
Diskurse und Deutungskämpfe
Subjektivierung und staatliches Wissen Zur Konstruktion sozialer Bewegungen im Schulbuch
Marlon Barbehön und Alexander Wohnig
Macht und Selektivität in diskursiven Feldern
Die Cultural Political Economy als Ansatz zur Herrschaftsanalyse von Deutungskämpfen um die Bearbeitung der Klimakrise
Mathias Krams
Diskurse, Konflikte und Macht
Eine Foucault'sche Perspektive auf Deutungskämpfe in sozialen Bewegungen
Hans Jonas Gunzelmann
Die Proteste der spanischen Indignados
und ihre Analyse mittels einer erweiterten Hegemonietheorie Conrad Lluis Martell

Praktiken und Affekte

Die Soziologie der Kritik Zur Rekonstruktion dissidenter Lebensformen Philip Wallmeier	106
Gesellschaft von unten	100
Grassroots-Praxis in Bewegung	
Benjamin Görgen, Matthias Grundmann und Björn Wendt	122
Contentious Assemblages	
Gefüge, Affekt, politische Situationen und die erweiterte Fallmethode	
als Analysewerkzeuge zum Verständnis urbaner Aufstände	
Jannik Schritt	138
Affekttheorien und soziale Bewegungen	
Kollektivierungen, Affizierungen und Affektmodulationen in Bürgerwehren	
Christian Helge Peters	152
Hegemonie und Herrschaftskritik	
Kollektive Identitäten als Koalitionen denken	
Intersektionalität in der sozialen Bewegungsforschung	
Kathrin Ganz	168
Whose streets, whose power? - Which streets, what power?	
Ein postanarchistischer Ansatz zur Untersuchung sozialer Bewegungen	
Jonathan Eibisch	184
Islamismus als soziale Bewegung	
Kämpfe um Hegemonie aus postkolonial-feministischer Perspektive	100
Tanja Scheiterbauer	198
Artikulationen	
A(nta)gonistische Artikulation	
Ein postfundamentalistischer Zugang zu sozialen Bewegungen	
Friederike Landau	212

Stuart Halls >Theorie der Artikulation< Eine Rahmenmethodologie für die Protest- und Bewegungsforschung	
Marc Drobot	
Radikale Demokratie weiter denken	
Elemente einer radikalen Demokratietheorie des Experiments	
Am Beispiel der experimentellen Horizontalität	
munizipalistischer Bewegungen Rahel Sophia Süß	
Demokratie als konflikthafte Praxis	
Eine Analyseperspektive radikaler Demokratietheorie	
Helge Schwiertz	
Populistische Momente	
Radikale Demokratietheorien als Hintergrund einer poststrukturalistischen	
Analyse von Protestbewegungen	
Mareike Gebhardt	
Autor*innen 299	

Einleitung

Judith Vey, Ingmar Hagemann und Johanna Leinius

Die westliche wissenschaftliche Analyse sozialer Bewegungen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark ausdifferenziert. Impulse anderer wissenschaftlicher Debatten, wie die Rolle der Interpretation sozialer Phänomene, wurden zum Beispiel durch den »Framing«-Ansatz (Benford/Snow 2000: 611ff.) aufgenommen und verfeinert. Dennoch bleiben in vielen Analysen der Bewegungsforschung weiterhin wichtige Aspekte des Untersuchungsgegenstandes »soziale Bewegungen« außerhalb des analytischen Blickfeldes. Zentrale gesellschaftstheoretische Erkenntnisse der letzten Jahrzehnte werden, so unsere These, noch zu wenig berücksichtigt. Dazu gehören beispielsweise das Verständnis sozialer Bewegungen als Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Dynamiken und die daraus folgende Notwendigkeit einer explizit gesellschaftstheoretisch angelegten Analyseperspektive, die komplexe Wechselbeziehung von sozialer Struktur und Subjekt und die daraus resultierende Negierung der Annahme von feststehenden, vor der Mobilisierung bereits bestehenden und objektiv erfassbaren Identitäten, oder die zentrale Bedeutung von Macht für die Formierung von sozialen Bewegungen und ihren Subjekten.

Durch poststrukturalistische Arbeiten, die eine »konzeptuelle Blickverschiebung« (Moebius/Reckwitz 2008: 13) entlang einer »radikalen Kontingenzakzeptanz« (Marchart 2013: 49) vornehmen, können die oben dargestellten blinden Flecken der Bewegungsforschung besser beleuchtet werden. Im Anschluss an poststrukturalistische und auch andere gesellschaftstheoretische Ansätze der letzten Jahrzehnte sind zahlreiche empirische Arbeiten entstanden, in denen versucht wird, die zum Teil sehr abstrakten epistemologischen Prämissen der poststrukturalistischen Ansätze zu operationalisieren und auf den Untersuchungsgegenstand soziale Bewegungen anwendbar zu machen. Diese Arbeiten stammen nicht nur aus den Politik- und Sozialwissenschaften, sondern aus ganz unterschiedlichen Disziplinen, wie der (Human-)Geografie, den Kulturwissenschaften oder den Gender Studies. Es existiert daher bereits ein weites Feld an Ansätzen, in denen soziale Bewegungen aus einer gesellschaftstheoretischen Perspektive

betrachtet werden.¹ Eine differenzierte Erfassung dieser Vielfalt sowie die systematische Evaluierung deren Mehrwerts wurde bisher noch nicht vorgenommen.

Aus dieser Leerstelle heraus ist das vorliegende Handbuch entstanden. Ziel des Handbuchs ist es, die Vielfalt poststrukturalistischer Perspektiven auf soziale Bewegungen, ihre epistemologischen Prämissen, ihre Anwendung, ihren Mehrwert und auch ihre Grenzen systematisch darzustellen und zu diskutieren. Darüber hinaus, und dies zeigen die Beiträge deutlich, brechen sie ein möglicherweise bestehendes enges Verständnis von Poststrukturalismus auf und zeigen konkret, wie produktiv das Zusammenbringen poststrukturalistischer Ansätze mit Theorien und Methoden aus anderen Genealogien, wie der Soziologie der Kritik oder radikaldemokratischer Theorien, sein kann. Die gemeinsame Klammer der Beiträge ist dabei eine postfundamentalistische und gesellschaftstheoretische Perspektive der radikalen Kontingenzakzeptanz.

Das Handbuch geht über einen herkömmlichen Sammelband hinaus, indem verschiedene Perspektiven strukturiert und systematisch beleuchtet werden. Durch den gleichen Aufbau der Beiträge ist es möglich, diese vergleichend zu betrachten und so relativ schnell Gemeinsamkeiten. Unterschiede und Inkommensurablitäten zu ergründen: Nach einer Einleitung (1) folgt jeweils die Vorstellung des spezifischen Forschungsansatzes (2), um darauf aufbauend anhand eines oder mehrerer empirischer Beispiele die Forschungspraxis exemplarisch zu veranschaulichen (3). Im Fazit (4) wird eine Zusammenfassung des Mehrwerts und der Grenzen des Ansatzes gegeben. Besonderen Wert legen die Autor*innen der Beiträge darauf, darzustellen, wie sie in ihrem spezifischen Forschungsprojekt die Verbindung zwischen Gesellschaftstheorie und Forschungspraxis herstellen. Insofern bieten sich vielfältige Anknüpfungspunkte für die (kritische) Übernahme und Weiterentwicklung der vorgestellten Ansätze. Um dies zu erleichtern, werden die zentralen theoretischen, methodischen und empirischen Eckpunkte des jeweiligen Forschungsansatzes in Form eines Kurzportraits zu Beginn des Artikels vorgestellt, sodass die Ansätze systematisch vergleichbar werden und gezielt nach bestimmten Theorien, Fallbeispielen oder methodischen Herangehensweisen gesucht werden kann.

Das Konzept und die Ausrichtung des Handbuchs wurden im Kontext des Arbeitskreises »Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen« des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) entwickelt und die einzelnen Beiträge im Rahmen eines Autor*innenworkshops diskutiert. Wir danken den Mitgliedern des AKs sowie den Autor*innen der Beiträge für die kritisch-solidarische Diskussion des Handbuchs. Der Universität Duisburg-Essen sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung sind wir für die großzügige finanzielle Unterstützung

¹ Dies wurde auch an der großen Anzahl von Beitragsvorschlägen für dieses Handbuch deutlich: Es gingen mehr als 40 Abstracts ein.

des Projekts zu Dank verpflichtet. Dem Institut für Protest- und Bewegungsforschung danken wir für die infrastrukturelle und ideelle Unterstützung unseres Arbeitskreises und des Buchprojektes.

Das Handbuch ist in fünf Teile untergliedert. Im ersten Teil »Diskurse und Deutungskämpfe« wird veranschaulicht, wie sich aus poststrukturalistischer Perspektive Deutungskämpfe sozialer Bewegungen und das Wissen um sie vor allem auf diskursiver Ebene analysieren lassen. Marlon Barbehön und Alexander Wohnig illustrieren in »Subjektivierung und staatliches Wissen: Zur Konstruktion sozialer Bewegungen im Schulbuch«, wie durch die Analyse der Konstruktion sozialer Bewegungen im Schulbuch gesellschaftlich dominante Wissensbestände über Protest und soziale Bewegungen identifiziert werden können. Unter Rückgriff auf Foucault'sche Theorien der Subjektivierung und poststrukturalistische Ansätze der Hegemonietheorie verstehen sie Schulbücher als staatlich autorisiertes und daher hegemoniales Wissen. Sie rekonstruieren, wie in diesen ein spezifisches Bild von sozialen Bewegungen als Bürgerinitiativen vermittelt wird, die nur so lange existieren, bis ihre Forderungen in den ›regulären‹ Politikbetrieb aufgenommen werden. Mathias Krams untersucht in seinem Beitrag »Macht und Selektivität in diskursiven Feldern: Die Cultural Political Economy als Ansatz zur Herrschaftsanalyse von Deutungskämpfen um die Bearbeitung der Klimakrise« mithilfe der Cultural Political Economy die Herrschaftsmechanismen, die die ungleichen Ausgangsbedingungen schaffen, unter denen Deutungskämpfe zwischen sozialen Bewegungen und der sie umgebenden Gesellschaft stattfinden. Sein Ziel ist die Weiterentwicklung des Framing-Ansatzes. Er stellt vier Mechanismen der Selektion vor, welche die Verbreitung, Auswahl und Durchsetzung sowie Erhaltung und Einschreibung von Frames prägen. Er demonstriert anhand der Deutungskämpfe in der deutschen Klimapolitik, wie durch die Analyse von Sekundärliteratur ein erster Überblick über das Feld gewonnen werden kann. Hans Jonas Gunzelmann argumentiert in »Diskurse, Konflikte und Macht: Eine Foucault'sche Perspektive auf Deutungskämpfe in sozialen Bewegungen«, dass die diskursiven Auseinandersetzungen unter Aktivist*innen die Konstitution von Identitäten, Grenzen, Zielen und Strategien sozialer Bewegungen sowie die individuelle Partizipation bestimmen. Als Grundlage seiner empirischen Analyse der internen Deutungskämpfe der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung dienen ihm die Begriffe Diskurs, Konflikt und Macht, die er aus den Arbeiten Michel Foucaults rekonstruiert. Er nutzt die Kritische Diskursanalyse nach Jäger, um durch die Analyse qualitativer Interviews mit Aktivist*innen aufzuzeigen, dass in der Bewegung zwei Diskurse miteinander um Deutungshoheit ringen. Conrad Lluis Martell setzt sich in seinem Beitrag »Die Proteste der spanischen Indignados... und ihre Analyse mittels einer erweiterten Hegemonietheorie« mit der spanischen Protestbewegung der Indignados (die Empörten) auseinander. In der Analyse werden sowohl der öffentliche Diskurs als auch die Praxis der Empörtenbewegung betrachtet. Ziel dessen ist es, den Anspruch Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes, Diskursanalyse als umfassende Gesellschaftsanalyse zu betreiben, forschungspraktisch einzulösen.

Im zweiten Teil liegt der Fokus auf »Praktiken und Affekten«. Hier zeigen die Autor*innen, wie mittels der Anwendung von Affekt- und Praxistheorien soziale und politische Praxen von sozialen Bewegungen auf der Mikroebene sicht- und verstehbar gemacht werden können. Im Beitrag »Die Soziologie der Kritik: Zur Rekonstruktion dissidenter Lebensformen« von Philip Wallmeier wird die doppelte Blickverschiebung der Soziologie der Kritik deutlich. Erstens betrachtet er mit der von Bewohner*innen von Kommunen geäußerten Alltagskritik ein soziales Phänomen, das von der Bewegungsforschung üblicherweise nur am Rande beachtet wird. Darüber hinaus wird zweitens im Anschluss an die Arbeiten von Luc Boltanski und Laurent Thévenot die Perspektive und die Artikulationspraxis der Aktivist*innen als wesentlicher Ausgangs- und Fixpunkt für die eigene Analyse gewählt, sodass in der Summe äußerst detailreiche und zugleich systematische Erkenntnisse über die Veränderungen der Alltagskritik von Bewohner*innen von Kommunen in den USA ermöglicht werden. Eine ebenso erkenntnisbringende Ergänzung stellt der Beitrag »Gesellschaft von unten!? Grassroots-Praxis in Bewegung« von Benjamin Görgen, Matthias Grundmann und Björn Wendt dar, in dem sie ihren Ansatz einer sozialökologischen Mikrosoziologie vorstellen. Im Rahmen ihres Konzepts einer »Gesellschaft von unten« zeigen sie am Beispiel einer zivilgesellschaftlichen Nachhaltigkeitsinitiative, wie vielschichtig und heterogen soziale Bewegungen sein können und dass es vor allem ihre gemeinsame Praxis ist, die - in Verbindung mit einem oder mehreren leeren Signifikanten - ihren Zusammenhalt herstellt. In diesem Kontext werden verschiedene Kongruenzen, aber auch Unterschiede zwischen der poststrukturalistischen und der mikrosoziologischen Blickverschiebung auf Protest und soziale Bewegung thematisiert. Jannik Schritt verbindet in »Contentious Assemblages: Gefüge, Affekt, politische Situationen und die erweiterte Fallmethode als Analysewerkzeuge zum Verständnis urbaner Aufstände« die poststrukturalistische Affekt- und Assemblagetheorie von Gilles Deleuze und Félix Guattari mit dem Konzept der »contentious politics« der Bewegungsforschung. Anhand der Analyse urbaner Aufstände gegen die Eröffnung der ersten Erdölraffinerie in Niger 2011 zeigt er, dass in urbanen Protesten keine gemeinsamen Interessen, gemeinsame Identität oder Solidarität vorhanden sein müssen. Um der Heterogenität, Relationalität, Prozesshaftigkeit und Kontingenz von Protest gerecht zu werden, müsse der gesamte Protestzyklus und die am Protest beteiligten menschlichen und nicht-menschlichen Elemente untersucht werden, so sein Argument.

In dem Artikel »Affekttheorien und soziale Bewegungen: Kollektivierungen, Affizierungen und Affektmodulationen in Bürgerwehren« von *Christian Helge Peters* wird in Rekurs auf Affekttheorien die theoretische und empirische Bedeu-

tung von Affekten und Körpern in der sozialen Bewegungsforschung herausgearbeitet. Peters veranschaulicht sein Konzept anhand der Analyse zweier Bürgerwehren in Ost- und Westdeutschland. Ihm gelingt es auf diese Weise aufzuzeigen, dass Affizierungsprozesse primär nach einer anderen Logik als sinnhafte, inhaltliche und kommunikative Verständigung und Repräsentation funktionieren; sein Ansatz stellt daher eine sinnvolle Ergänzung zu poststrukturalistischen Ansätzen dar.

»Hegemonie und Herrschaftskritik« stehen im dritten Teil im Zentrum. Die hier versammelten Beiträge machen deutlich, wie Macht- und Herrschaftsverhältnisse in sozialen Bewegungen als auch von ihnen kritisierte gesellschaftliche Verhältnisse mittels einer intersektionalen, postanarchistischen bzw. postkolonial-feministischen Perspektive analysiert werden können. So steht eine intersektionale Perspektive in Kathrin Ganz' »Kollektive Identitäten als Koalitionen denken: Intersektionalität in der sozialen Bewegungsforschung« im Zentrum. Anhand verschiedener empirischer Beispiele aus sozialen Bewegungen weltweit zeigt sie die Wichtigkeit der Analyse von Herrschaftsverhältnissen entlang der Linien Klasse, Geschlecht, Körper und ›Rasse‹ auf. Sie legt überzeugend und anschaulich dar, wie Intersektionalität in sozialen Bewegungen untersucht werden, aber auch wie eine intersektionale Perspektive auf soziale Bewegungen generell aussehen kann. Der Beitrag »Whose streets, whose power? – Which streets, what power? Ein postanarchistischer Ansatz zur Untersuchung sozialer Bewegungen« von Jonathan Eibisch verbindet im Rahmen eines von ihm entwickelten postanarchistischen Ansatzes poststrukturalistische Theorien mit anarchistischen Denkweisen. Eibisch veranschaulicht seine Überlegungen in einer kritisch-solidarischen Analyse der Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg 2017. Er entfaltet in diesem Zusammenhang eine dezidiert herrschaftskritische Perspektive, in der ein Denken in Paradoxien und eine Politik der Autonomie zentrale Konzepte darstellen. Tanja Scheiterbauer stellt in »Islamismus als soziale Bewegung - Kämpfe um Hegemonie aus postkolonial-feministische Perspektive« einen Ansatz vor, der sich explizit von gängigen Ansätzen der Analyse islamistischer Frauenbewegungen absetzen möchte, indem die heterogenen islamistischen Frauenbewegungen als Kräfte in Kämpfen um Hegemonie verstanden und aus der Perspektive der Hegemonie- und Diskurstheorie nach Laclau/Mouffe analysiert werden. Ein Schwerpunkt ihres Beitrags ist dabei, das Verhältnis von Religion und sozialen Bewegungen zu thematisieren, um Religion - in diesem Fall den Islam - als analytische Kategorie greifbar zu machen.

Bei den Beiträgen im vierten Teil werden Konzepte der »Artikulation« für die Analyse sozialer Bewegungen fruchtbar gemacht. Friederike Landau diskutiert in »A(nta)gonistische Artikulation – Ein postfundamentalistischer Zugang zu sozialen Bewegungen« eine konfliktorientierte Perspektive auf Praktiken der Mobilisierung, Repräsentation und Legitimation sozialer Bewegungen. Mithilfe des Ar-

tikulationsbegriffes nach Laclau/Mouffe wird ein Konzept von vier Vektoren der Artikulation entwickelt, mit deren Hilfe eine detaillierte Analyse der Forderungen heterogener sozialer Bewegungen möglich wird. Die Anwendung dieser Analyseperspektive wird am Fallbeispiel der freien Berliner Kulturszene illustriert. *Marc Drobot* zeigt in »Stuart Halls Theorie der Artikulation« – eine Rahmenmethodologie für die Protest- und Bewegungsforschung«, wie mithilfe des Konzepts der Artikulation der kontingente Prozess der Verknüpfung und Veränderung sozialer Formationen erfassbar gemacht werden kann. Er entwickelt seinen Ansatz in Rekurs auf die Artikulations-Theorie der britischen Cultural Studies (insbesondere Stuart Hall) und führt aus, wie der artikulationstheoretische Ansatz als Methode zur Theoriekonstruktion, als analytisches Beobachtungswerkzeug und als Option für politische Interventionen genutzt werden kann. Die Anwendung des Ansatzes wird entlang einer Analyse der Pegida-Gruppierung veranschaulicht.

Der fünfte Teil »Radikale Demokratie weiter denken« versammelt Beiträge, in denen radikale Demokratietheorien für die Analyse von sozialen Bewegungen anwendbar gemacht bzw. diese weiterentwickelt werden. Das Anliegen von Rahel Sophia Süß in »Elemente einer radikalen Demokratietheorie des Experiments am Beispiel der experimentellen Horizontalität munizipalistischer Bewegungen« ist es, poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen durch die Einbeziehung der pragmatistischen Kategorie des Experiments zu aktualisieren. Sie argumentiert, dass diese Erweiterung des poststrukturalistischen Methodensets die experimentellen Handlungslogiken der neuen munizipalistischen Bewegungen erfassen kann. Das Experiment eröffnet hier eine dreifache Blickverschiebung: von der Idee einer Konflikthaftigkeit des Sozialen hin zu den konkreten Handlungsproblemen; vom Subjekt hin zu den sozialen Beziehungen und von einer vertikalen und horizontalen Dichotomie hin zu der experimentellen Horizontalität demokratischer Praxen. Der Beitrag »Demokratie als konflikthafte Praxis: Eine Analyseperspektive radikaler Demokratietheorie« von Helge Schwiertz entwickelt eine radikaldemokratische Perspektive auf soziale Kämpfe und Bewegungen. Demokratie wird hier als ein unabschließbares und konflikthaftes Ringen um Freiheit, Gleichheit und den jeweiligen Status als politisches Subjekt verstanden. Er veranschaulicht diese Sichtweise anhand von zwei Fallstudien politischer Selbstorganisation migrantischer Jugendlicher in Deutschland und den USA. Diese Beispiele verdeutlichen, wie einerseits in demokratischen Praxen politische Subjekte entstehen, die um Repräsentation und Rechte kämpfen und wie andererseits durch diese Kämpfe zugleich Prozesse der internen Selbstorganisation angestoßen werden. Mareike Gebhardt untersucht in »Populistische Momente. Radikale Demokratietheorien als Hintergrund einer poststrukturalistischen Analyse von Protestbewegungen« die Tiefenstrukturen von Populismen, um aufzuzeigen, dass die normative Unterscheidung von linken und rechten Populismen zu kurz greift. Anhand von Beispielen aus Occupy Wall Street, Indignad@s und Pegida argumentiert sie, dass sich radikaldemokratischer Protest grundlegend von ethnonationalistischen Protestbewegungen unterscheidet. Ihr Beitrag zeigt, wie eine poststrukturalistische Sensibilität sowohl dazu beitragen kann, radikale Demokratietheorien weiterzudenken, als auch soziale Bewegungen empirisch zu greifen.

Literatur

- Benford, Robert D./Snow, David A. (2000): »Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment«, in: Annual Review of Sociology 26, S. 611-639.
- Marchart, Oliver (2013): Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Moebius, Stephan/Reckwitz, Andreas (2008): »Einleitung: Poststrukturalismus und Sozialwissenschaften. Eine Standortbestimmung«, in: Stephan Moebius/Andreas Reckwitz (Hg.), Poststrukturalistische Sozialwissenschaften, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 7-25.

Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen

Grundzüge einer Forschungsperspektive¹

Ingmar Hagemann, Johanna Leinius und Judith Vey

In diesem einleitenden Beitrag möchten wir die Vielzahl der poststrukturalistisch inspirierten Ansätze zur Analyse sozialer Bewegungen systematisieren, um eine Grundlage für die in den weiteren Beiträgen des Handbuchs geleistete Theorieund Forschungsarbeit zu legen. Das Hauptaugenmerk liegt entsprechend auf der Diskussion des analytischen Mehrwerts der poststrukturalistischen Ansätze in der Bewegungsforschung. Dies wird entlang der These diskutiert, dass mittels poststrukturalistischer Perspektiven bislang nicht ausreichend beachtete – für das Verständnis sozialer Bewegungen jedoch essentielle – Aspekte dieses sozialen Phänomens in den Blick genommen werden können.

Im ersten Teil rekonstruieren wir das Feld der Bewegungsforschung und arbeiten auf dieser Basis fünf wesentliche Punkte heraus, an denen die bisherige Praxis der Bewegungsforschung unserer Ansicht nach an ihre Grenzen gerät. Der zweite Teil skizziert die wesentlichen Gemeinsamkeiten, die poststrukturalistische Perspektiven in ihrer konzeptuellen Blickverschiebung teilen. Im dritten Teil werden die in Kapitel 1 vorgestellten fünf Kritikpunkte wieder aufgenommen. Entlang der vielfältigen poststrukturalistischen Forschungspraxis wird illustriert, wie poststrukturalistische Arbeiten das Phänomen sozialer Bewegungen aus bislang wenig erhellten Perspektiven in den Blick nehmen.

¹ Teile dieses Beitrags sind eine Fortführung unseres im Forschungsjournal Soziale Bewegungen veröffentlichten Artikels zu poststrukturalistischen Perspektiven auf soziale Bewegungen (Leinius/Vey/Hagemann 2017). Dieser wurde im Rahmen des Arbeitskreises Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung angestoßen. Wir danken allen Mitgliedern des Arbeitskreises und speziell Alexandra Bechtum, Kathrin Ganz, Peter Ullrich und Björn Wendt für ihre Unterstützung bei der Erstellung des Artikels.

Soziale Bewegungen im Spiegel der Bewegungsforschung

Soziale Bewegungen werden gemeinhin als »mobilisierte Netzwerke von Gruppen und Organisationen« (Kern 2008: 13) definiert, die über eine gewisse Dauer hinweg und durch kollektive Identität abgestützt, verschiedenste Protestformen anwenden, um »sozialen Wandel durch Protest herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen« (Neidhardt/Rucht 1993: 307). Auch wenn solche Praktiken kollektiven Handelns schon immer gesellschaftlich relevant waren, werden diese erst seit einigen Jahrzehnten als eigenständiges Phänomen wahrgenommen und systematisch untersucht. Soziale Bewegungen wurden vorher vor allem als Ausführende von Skripten gesellschaftlichen Wandels, wie im Marxismus oder der relativen Deprivationstheorie (Lukasc 1969; Runciman 1966), oder als zu irrationalen Handlungen verführte Akteur*innen, wie in der Massenpsychologie (Blumer 1995), gesehen (Eschle 2004: 63; Goodwin/Jasper 2015: 5). Die Protestbewegungen der 1968er Jahre änderten die Sicht auf soziale Bewegungen (Cox 2011: 5ff.); sie wurden nun im Rahmen der sogenannten »Bewegungsgesellschaft« (Neidhardt/ Rucht 1993) als dauerhaft präsentes gesellschaftliches Phänomen akzeptiert, dessen Untersuchung einen spezifischen methodologischen Zugang und eigene analytische Konzepte erfordert (Diani 1992).

Zentrale Fragestellungen waren und sind noch heute, unter welchen Bedingungen sich Menschen sozialen Bewegungen anschließen, wie diese ihren Forderungen Gehör verschaffen und unter welchen Voraussetzungen sie ihre Ziele erreichen (Snow/Soule/Kriesi 2009: 4). Soziale Bewegungsforschung in den USA, welche vor allem die Funktionsweise sozialer Bewegungen untersucht, wurde stark vom »rational-choice« Ansatz beeinflusst: In starker Abgrenzung zu sowohl massenpsychologischen als auch marxistischen Ansätzen und mit dem Ziel, die Präsenz sozialer Bewegungen als politische Akteur*innen zu normalisieren, gelten Individuen als rationale Akteur*innen, welche sich an kollektivem Handeln beteiligen, um ihre Interessen zu maximieren. Ansätze wie die der Ressourcenmobilisierung (Eisinger 1973; McCarthy/Zald 1977) und der politischen Gelegenheitsstrukturen (Kitschelt 1985; McAdam 1982) gehen davon aus, dass soziale Bewegungen nur eine mögliche Form des kollektiven Handelns ist, welche von Akteur*innen dann gewählt wird, wenn sie in der Lage sind, genügend Ressourcen zu mobilisieren, um ihre Interessen wahrscheinlicher durch diese als durch andere Formen des kollektiven Handelns zu erreichen. Untersucht werden soziale Bewegungsorganisationen (SMOs), die als zentrale Akteur*innen der sozialen Bewegung gelten (McCarthy/Zald 1977; Snow/Soule/Kriesi 2009: 9).

Unter anderen forschungspolitischen Bedingungen und konfrontiert mit sich weniger hierarchisch konstituierenden sozialen Bewegungen (Jones 1993: 7 in Cox 2011: 37) entwickelte die europäische Bewegungsforschung einen Ansatz, der in sozialen Bewegungen »not organizations, not even of a peculiar kind« (della Por-

ta/Diani 1999: 16) sah. Gefasst als »networks of interaction between different actors« (ebd.), geraten Fragen nach kollektiver Identität sowie kulturellen Faktoren in den Blick: Der Ansatz der »neuen sozialen Bewegungen« (Brand/Büsser/Rucht 1983; Touraine 1988) analysiert, wie unter den Bedingungen des post-industriellen Zeitalters kollektive Identitäten die Klassenfrage als Mobilisierungsrahmen verdrängen. Es wird untersucht, wie und warum Individuen sich sozialen Bewegungen anschließen. Alberto Melucci, als Vertreter des »collective-identity«-Ansatzes, argumentiert in diesem Zusammenhang, dass soziale Bewegungen keine kohärenten Akteur*innen sind, sondern das Resultat kontinuierlicher Prozesse der Bildung und Artikulation kollektiver Identitäten innerhalb eines bestimmten gesellschaftlichen Kontextes (Melucci 1989). Sie sind nicht das Ergebnis von Handlungsabwägungen rationaler Akteur*innen, sondern die in Handlung übersetzte Artikulation geteilter Überzeugungen (Offe 1985: 817ff.).

Eine Synthese mit dem Anspruch, den US-Fokus auf rationale Akteur*innen mit der europäischen Beschäftigung mit Prozessen der Identifikation zu verbinden, bietet der »Framing«-Ansatz (Benford/Snow 2000), welcher auch in der deutschsprachigen Bewegungsforschung sehr populär ist. Er untersucht, wie soziale Bewegungsakteur*innen verschiedene »Frames« verwenden, »to mobilize potential adherents and constituents, to garner bystander support, and to demobilize antagonists« (Snow/Benford 1988: 198; vgl. Bernstein 1997; Benford/Snow 2000; Hewitt 2011). Während der Soziologe Erving Goffman, auf den sich der »Framing«-Ansatz beruft, »Frames« als überwiegend unterbewusste Vorgänge sah, welche die Wahrnehmung der Realität durch das Individuum steuern,² operiert der »Framing«-Ansatz häufig unter der Annahme von intentional handelnden Akteur*innen. Die Bewegungsforschung untersucht dann die Intentionen und Effekte dieser »Frames« (Benford/Snow 2000; Tarrow 2005: 61).

Aus poststrukturalistischer Perspektive lassen sich fünf wesentliche Punkte identifizieren, in denen diese etablierten Forschungspraxen aus unserer Sicht an ihre Grenzen geraten.

Der Fokus der sozialen Bewegungsforschung ist *erstens* hauptsächlich auf die Untersuchung der Formierungsprozesse von sozialen Bewegungen, ihrer Effekte und einer Evaluation ihres Handelns ausgerichtet; die Relation zwischen sozialer Bewegung und Gesellschaft ist nicht (mehr) im Fokus der Untersuchung (für eine ähnliche Argumentation vgl. Ullrich 2015: 13; Ullrich 2016). Es gibt einzelne Arbeiten, welche die konstitutive Artikulation von Gesellschaft und sozialer Bewegung stark machen und dafür auf Gesellschaftstheorien zurückgreifen (z.B. Vey 2015, 2016, 2018a und 2018b; Roose/Dietz 2016; Hagemann 2016; Sauer 2016; Scheller

² Nach Goffman sind »Frames« Interpretationsschemata, die es Individuen erlauben, »to locate, perceive, identify, and label a seemingly infinite number of concrete experiences« (Goffman 1974: 21).

2019), der Großteil der Arbeiten bezieht sich jedoch auf Theorien mittlerer Reichweite (für eine ähnliche Diagnose, vgl. Roose 2016: 5).

Zweitens finden sich in der Forschungspraxis oftmals Ansätze, die entweder über die Idee von rationalen Akteur*innen oder über strukturelle Merkmale das Handeln und die Effekte sozialer Bewegungen erklären wollen. Es dominiert die »instrumentalist-structuralist lens« (Johnston 2009: 3), in der weiterhin von prädiskursiv existierenden, rational-strategisch operierenden Bewegungsakteur*innen ausgegangen wird (vgl. Vey 2015: 29ff.). Die relative Verbreitung des »Framing«-Ansatzes spielt hier eine wesentliche Rolle. Damit gerät aus dem Blick, wie Strukturen und Subjekte in einer komplexen machtvollen Wechselbeziehung erst in ihrer spezifischen Form entstehen.

Das Ringen um gesellschaftliche Hegemonie – mit dem Ziel der Veränderung oder der Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes – führt drittens zu Phänomenen der Exklusion und Unterdrückung von anderen potentiell möglichen Ordnungen (Laclau/Mouffe 1985; Leinius 2016). Daher wäre es falsch, soziale Bewegungen als das Andere von Macht oder Hierarchie zu idealisieren. Arbeiten in der englischsprachigen Bewegungsforschung u.a. zur Bewegung für Globale Gerechtigkeit haben hier produktive Ansätze erarbeitet (vgl. Conway 2013; Flesher Fominaya 2016a; 2016b; Doerr 2012; Hansson/Hellberg/Stern 2015); deren systematische Integration in die deutschsprachige Forschung steht noch weitestgehend aus.

Daraus folgt *viertens*, dass ein komplexeres Analysemodell sozialer Bewegungen, welches eine engere Form der Verknüpfung von Theorie und Empirie enthält, benötigt wird, um die Analyse sozialer Bewegungen und die Weiterentwicklung ihrer erkenntnisleitenden Modelle parallel und in fortwährendem Austausch voranzutreiben (vgl. Roose/Dietz 2016; Baumgarten/Daphi/Ullrich 2014).

Wenn soziale Realität als diskursiv produziert und nur auf diese Weise zugänglich verstanden wird, hat dies *fünftens* Auswirkungen auf die Forschungspraxis und die eigene Positionierung als Wissenschaftler*in. Daten können infolgedessen nicht mehr als objektiv abfrag- und erhebbar verstanden werden; die eigene Position impliziert immer auch eine spezifische Perspektive auf den Analyse»gegenstand«, sodass zum einen die Anwendung ethnographischer, partizipativer und aktivistischer Methoden sinnvoll erscheint, um soziale Konstitutionsprozesse analysieren zu können. Zum anderen folgt daraus die Notwendigkeit zur kritischen Reflexion der Forschungsrelevanz der eigenen Positionierung im Feld. Feministische und postkoloniale Theorien, die solche Fragestellungen schon seit Jahrzehnten auch in Bezug auf soziale Bewegungen aus einer poststrukturalistischen Perspektive diskutieren, bieten hier produktive Anknüpfungspunkte (Spivak 1988; Fine 1994; Tuhiwai Smith 1999; Fink/Leinius 2014: 119ff.; Genat 2015).

Diese fünf Bereiche sind von entscheidender Bedeutung für die angemessene Analyse sozialer Bewegungen und können, so die erkenntnisleitende These dieses Beitrags, mithilfe poststrukturalistischer Forschungspraxis besonders gut erfasst werden.

2. Die poststrukturalistische Blickverschiebung

Ein wesentliches Grundmotiv poststrukturalistischer Ansätze ist die Skepsis gegenüber festen, stabil und wohlgeordnet erscheinenden sozialen Phänomenen, deren Zustand durch wissenschaftliche Analysen festgehalten werden kann. Poststrukturalistische Perspektiven betonen demgegenüber, dass Phänomene des Bruchs, der Abweichung, Vielfalt und unerwarteter Dynamiken konstitutiv für Gesellschaft und daher für eine Analyse sozialer Phänomene zentraler Ansatzpunkt sind.³ In diesem Sinne mag es wenig überraschen, dass das Wesen poststrukturalistischer Perspektiven selbst äußerst vielgestaltig ist. Die in diesem Kapitel beabsichtigte Rekonstruktion poststrukturalistischer Perspektiven wird daher weniger ein geteiltes theoretisches Konstrukt, sondern vielmehr eine gemeinsame »konzeptuelle Blickverschiebung« (Moebius/Reckwitz 2008: 13) skizzieren.

Um die Natur dieser konzeptuellen Blickverschiebung zu erfassen, schlägt Oliver Marchart den Begriff des Postfundamentalismus vor (2013: 48ff.) – ein Begriff, der den gemeinsamen Ausgangspunkt der »radikalen Kontingenzakzeptanz« (Marchart 2013: 49) ausdrücken soll.⁴ Dabei sind beide Dimensionen des Konzepts der Kontingenz von Bedeutung, also einerseits die grundsätzliche Abwesenheit letzter, als transzendental verstandener Gründe für die Konstitution und Natur der sozialen Ordnung. Andererseits ist für poststrukturalistische Perspektiven soziale Ordnung durch fortwährende, partielle und instabile Versuche der Neugründungen sozialer (Teil-)Ordnungen charakterisiert (Marchart 2013: 11).⁵ Auf Basis dieser gemeinsam geteilten radikalen Kontingenzperspektive (Reckwitz 2010) sind poststrukturalistische Perspektiven nach Marchart (2013:

³ Viele der hier behandelten Ansätze stehen in der Tradition einer Abgrenzungsbewegung vom Strukturalismus. Strukturalistische Ansätze zielen auf die Identifikation übergeordneter sozialer Muster und Regelhaftigkeiten. Ihre Überbetonung von Struktur führte aber letztlich dazu, dass ein zu statisches und zu homogenes Modell von Gesellschaft erkenntnisleitend war und sie so eine Vielzahl sozialer Phänomene nicht erfassen oder erklären konnten (vgl. Moebius/Reckwitz 2008: 12ff.).

⁴ Wir übernehmen den Vorschlag der Bezeichnung des hier behandelten theoretischen Feldes als postfundamentalistisch an dieser Stelle nicht, weil der Begriff des Poststrukturalismus im (deutschsprachigen) wissenschaftlichen Diskurs deutlich präsenter ist.

⁵ So kann die vorliegende soziale Ordnung nicht auf den Willen eines h\u00f6heren Wesens oder die spezifische Natur des Menschen zur\u00fcckgef\u00fchrt werden. Gleichzeitig ist die Gesellschaft aber dadurch gekennzeichnet, dass unter R\u00fcckgriff auf die »richtigen Werte«, gute Ideen oder vermeint-

51ff.) durch vier Ähnlichkeiten gekennzeichnet, die an dieser Stelle kurz skizziert und in folgenden Kapiteln für den Gegenstand sozialer Bewegungen noch detaillierter ausgeführt werden.⁶

Erstens verbindet die behandelten Perspektiven, dass sich das Bild von sozialer Ordnung verschiebt: Das Entfallen der Idee einer notwendigen oder richtigen Form sozialer Ordnung verlagert die wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf die Beobachtung der fortwährenden Neugründung des Sozialen durch temporär fixierte Teilordnungen. Diese Konflikte um die Frage der richtigen oder besten sozialen Ordnung prägen das poststrukturalistische Bild von Gesellschaft (Marchart 2013: 52). Auf soziale Bewegungen übertragen bedeutet dies, dass diese sich der Veränderung der bestehenden Ordnung oder dem sich Widersetzen gegenüber aktuellen Entwicklungstrends, also dem Verhindern von Veränderung verschrieben haben. Die Analyse sozialer Bewegungen ist daher immer eng mit der Analyse der Gesamtgesellschaft verknüpft.

Zweitens finden diese Konflikte nicht zwischen Subjekten, Gruppen oder Akteur*innen mit festen, schon immer vorhandenen Identitäten, Ideen oder Zielen statt. Diese entstehen vielmehr erst in den Prozessen des Ringens um die richtige« soziale Ordnung und damit immer in Abgrenzung zu anderen Subjekten, Gruppen oder Akteur*innen (ebd.). Die Identität sozialer Bewegungen konstituiert sich damit vor allem darüber, was genau sie beibehalten, überwinden oder verändern möchten. Da kollektive Identität somit erst in Abgrenzung zu anderen Akteur*innen, Ideen oder Identitäten entsteht, also als Differenzbeziehung konstituiert ist, werden drittens die Beziehungen zwischen sozialen Phänomenen zum entscheidenden analytischen Ansatzpunkt (ebd.). Auf die Bewegungsforschung bezogen werden damit die Identität, das Handeln und die Effekte einer sozialen Bewegung vor allem über die Analyse der internen Relationen der Bewegung oder zu den sie umgebenden Phänomenen erfasst.

Nicht zuletzt ist viertens die Natur dieser Phänomene sehr weit gefasst. Zentrale Analyseeinheiten sind – mit unterschiedlicher Gewichtung in den einzelnen Ansätzen – Diskurse, Praktiken, Subjektivierungen und Artefakte (Reckwitz 2016). Gerade die bislang weitestgehend ignorierte Rolle von Materialität kann für die Analyse sozialer Bewegungen äußerst fruchtbar sein. Sie besitzt zwar keine vorher festgelegte Identität und Wirkung im Ringen um die soziale Ordnung (Marchart 2013: 53f.), ist aber überaus prägend für die konkreten sozialen Situationen (vgl. Henare/Holbraad/Wastell 2007; Clarke 2005). Im Falle sozialer Bewegungen hat die Materialität des Sozialen maßgeblichen Einfluss auf die je-

liche Notwendigkeiten fortwährend jeweils spezifische Formen sozialer Ordnung gefordert und auch implementiert werden.

⁶ In Moebius und Reckwitz (2008: 13ff.) findet sich eine ähnliche Systematik mit fünf geteilten Dimensionen poststrukturalistischer Ansätze.

weiligen sozialen Dynamiken: Die Körper von Aktivist*innen sind oftmals entscheidendes Protestmittel (vgl. Butler 2015). Artefakte, wie Protestsymbole, die Architektur des Protestortes oder Hilfsmittel zur Organisation des Protests ermöglichen und prägen die Praxis einer sozialen Bewegung.

Gerade der letzte Punkt verdeutlicht, dass poststrukturalistische Ansätze darauf angelegt sind, das Set relevanter sozialer Phänomene und Dynamiken für das Verständnis sozialer Bewegungen zu erweitern. Da die unterschiedlichen poststrukturalistischen Ansätze jeweils eigene Schwerpunkte setzen, kann ihre Stärke besonders entfaltet werden, wenn ein Phänomen mithilfe unterschiedlicher Analysewerkzeuge untersucht wird. Vielfalt als Charakteristikum ist damit neben der radikalen Kontingenzperspektive auf das Soziale die wesentliche Quelle für den Erkenntniswert der mit ihrer Hilfe realisierten Analysen.

3. Charakteristika und Mehrwerte einer poststrukturalistischen Bewegungsforschung

In Kapitel 1 wurden fünf Punkte identifiziert, an denen die etablierte Forschungspraxis der Bewegungsforschung an ihre Grenzen stößt. Poststrukturalistische Ansätze können auf Basis ihrer radikalen Kontingenzperspektive diese Lücken schließen, was in diesem Kapitel entlang von ausgewählten poststrukturalistischen Ansätzen und am Erkenntnisgegenstand sozialer Bewegungen illustriert wird.

3.1 Gesellschaftstheoretische Perspektive: Soziale Bewegungen als Phänomene des Politischen

In einem Großteil der Arbeiten über soziale Bewegungen wird überwiegend auf Ansätze mittlerer Reichweite rekurriert. Dies überrascht, sind doch soziale Bewegungen, Protest und widerständige Praxen in allen Bereichen der Gesellschaft zu finden – ob im Alltag oder auf der Straße, sie sind tief mit anderen sozialen Dynamiken verschränkt und immer darauf ausgerichtet, Gesellschaft zu transformieren oder Transformation zu verhindern. Angesichts dieser Verwobenheit mit und Ausrichtung auf Gesellschaft erscheint es naheliegend, dass soziale Bewegungen nur dann angemessen untersucht werden können, wenn man sie als Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Dynamik versteht und sie dementsprechend analysiert.

⁷ Über die gemeinsam geteilte radikale Kontingenzperspektive ähneln sich alle poststrukturalistischen Ansätze gleichzeitig, sodass eine Kombination bspw. in Form einer Triangulation jederzeit möglich ist und auch realisiert werden sollte.

Die Gegenüberstellung der Begriffe des Sozialen, der Politik und des Politischen hilft, die grundsätzlich unterschiedliche Herangehensweise poststrukturalistischer Analysen zu illustrieren: *Phänomene der Politik* sind innerhalb eines relativ festen Sets sozialer Strukturen angesiedelt und hinterfragen oder unterminieren diese nicht. Die allgemeine Akzeptanz dieser Strukturen, zum Beispiel von Entscheidungsbildungsprozessen, lenkt die meisten sozialen und politischen Dynamiken in dieses begrenzte, als stabil und unabänderlich verstandene Muster. Die Möglichkeit der Transformation dieser Strukturen ist erst einmal nicht präsent, für viele Menschen auch nicht denkbar. Dieser Bereich der als legitim anerkannten sozialen Ordnung, das Set unhinterfragter Normen und Institutionen wird als *das Soziale* bezeichnet. Anders ist dies bei *Phänomenen des Politischen*. Hier steht die Frage nach der Transformation der sozialen Ordnung im Mittelpunkt. Soziale Ordnung wird als Resultat von vorherigen politischen Kämpfen sichtbar; unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten werden sicht- und direkt erfahrbar.

Soziale Bewegungen zielen auf genau jene Momente des Politischen ab, egal, ob sie den aktuellen Status Quo hinterfragen, dem Wandel entgegenstehen, oder in einer alltäglichen sozialen Situation ein bestehendes Rollenmuster nicht akzeptieren und damit die als normal verstandene soziale Ordnung unterminieren. Im Politischen wird das Soziale hinterfragt und seine soziale Genese und Veränderbarkeit sichtbar gemacht.

Soziale Bewegungen als Phänomene des Politischen können dann angemessen verstanden und beschrieben werden, wenn das genutzte analytische Modell sensibel für genau dieses Moment des Politischen ist. Poststrukturalistische Perspektiven sind hier besonders gut in der Lage, das politische Moment sozialer Bewegungen zu erfassen: Ihre radikale Kontigenzakzeptanz erlaubt es, das konkrete Infragestellen der sozialen Ordnung sozialer Bewegungen inhaltlich ebenso wie im Verhältnis zum Sozialen zu erfassen und einzuordnen. Für die Analyse einer sozialen Bewegung, die auf die grundsätzliche Transformation des bestehenden politischen Systems ausgerichtet ist, wäre eine Analyse entlang der Frage, ob die Forderungen der sozialen Bewegung im Rahmen des akzeptierten politischen Systems Gehör finden, ungeeignet. Um die Infragestellung und angestrebte Neugründung der sozialen Ordnung zu erfassen, muss das zu analysierende Phänomen mithilfe von poststrukturalistischen Analysemethoden auf gesellschaftstheoretischer Ebene beleuchtet werden.

Im Rahmen dieses Handbuchs wird vielfach veranschaulicht, wie solch eine gesellschaftstheoretisch fundierte Perspektive für die Erforschung sozialer Bewegungen aussehen kann: Mareike Gebhardt ist es zum Beispiel möglich, durch den Rückgriff auf radikale Demokratietheorien die in der wissenschaftlichen Debatte weit verbreitete These der grundlegenden Ähnlichkeit rechter und slinker Populismen in Frage zu stellen und stattdessen die unterschiedlichen Tiefen-

strukturen ethno-nationalistischer und radikaldemokratischer Momente aufzuzeigen (zur spezifischen Analyseperspektive radikaler Demokratietheorie vgl. auch den Beitrag von Helge Schwiertz). Benjamin Görgen, Mattias Grundmann und Björn Wendt nutzen die sozialökologische Mikrosoziologie zur Analyse einer zivilgesellschaftlichen Nachhaltigkeitsinitiative im städtischen Raum.

3.2 Soziale Bewegungen als Ursprung und Ausdruck diskursiver Dynamiken

Ein zentrales Element poststrukturalistischer Perspektiven ist das Konzept des Diskurses. Diskurse entscheiden darüber, wie über etwas gedacht wird. Durch das In-Beziehung-Setzen von Konzepten, Sinnzuschreibungen und Objekten wird Bedeutung fixiert; es entsteht Sinn. Dieser Sinn entsteht auf Grundlage der Exklusion anderer möglicher Sinnfixierungen: Sobald sich zum Beispiel ein bestimmtes Verständnis von sozialen Bewegungen diskursiv verfestigt hat, werden andere Möglichkeiten verdrängt – so zu Beispiel die Möglichkeit, soziale Bewegungen als etwas anderes als temporäre Irritationen im politischen Betrieb zu sehen, deren Forderungen an das demokratische System adressiert und notwendigerweise von diesem absorbiert werden (vgl. den Beitrag von Marlon Barbehöhn und Alexander Wohnig im vorliegenden Handbuch). Hier liegt ein zentraler Mehrwert: Anstatt von rationalen Akteur*innen und determinierenden Strukturen auszugehen, erlaubt das Konzept des Diskurses, die gleichzeitige Konstitution von Subjekt und Struktur zu analysieren.

Soziale Bewegungen können daher weder durch soziale, ökonomische oder politische Missstände, noch durch zur Verfügung stehende Ressourcen und deren Nutzung, durch politische oder diskursive Gelegenheitsstrukturen, soziale Netzwerke zwischen Akteur*innen oder Frames allein erklärt werden. Stattdessen spielt immer eine zentrale Rolle, wie ein Diskurs zu einem bestimmten Zeitpunkt strukturiert ist – was also gesagt und gedacht werden kann, was als normal, richtig oder vernünftig gilt. Soziale Bewegungen, ihre Akteur*innen – verstanden als politische Subjekte (Nonhoff 2006) – und ihre Frames sind daher gleichursprünglich. Wie der Framing-Ansatz unter diesen Vorzeichen weiterentwickelt werden kann, zeigt Mathias Krams in diesem Handbuch anhand seiner Analyse von Deutungskämpfen im Rahmen der deutschen Klimapolitik.

Soziale Bewegungen sind daher nicht das Ergebnis von Mobilisierungsprozessen rationaler und strategisch handelnder Bewegungsakteur*innen oder struktureller Gegebenheiten. Die Identität der Bewegung *und* der einzelnen Aktivist*in-

⁸ Im Framing-Ansatz, in dem ebenfalls nach Bedeutungskonstituierung gefragt wird, wird das realitätskonstituierende Element von Framing nicht gesehen, ebensowenig die diskursiven Bedingungen, die den Raum des diskursiv Möglichen abstecken (Vey 2015: 33ff.).

nen und der damit verbundenen Subjektpositionen (Laclau 1985; Laclau/Mouffe 1985; Ganz 2018), die soziale Bewegungen hervorbringen, sind Teil des Diskurses, entstehen erst im Rahmen eines komplexen, ereignishaften und höchst dynamischen Prozesses der Konstituierung und verändern sich darüber hinaus kontinuierlich (vgl. hierzu die Beiträge von Marc Drobot, Friederike Landau und Christian Helge Peters im vorliegenden Handbuch). Deutungskämpfe innerhalb sozialer Bewegungen um die eigene kollektive Identität können so die Partizipation individueller Aktivist*innen beeinflussen, wie Hans Jonas Gunzelmann in diesem Band anhand der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung aufzeigt.

3.3 Macht als Schlüssel zum Verständnis sozialer Bewegungen

Wenn soziale Realität als permanente Sinn(re)fixierung verstanden wird, bedeutet dies, dass gleichzeitig permanent alternative Möglichkeiten der Sinnfixierung ausgegrenzt werden (müssen). Daraus folgt, dass jeder Diskurs per se hierarchisch und ausschließend strukturiert ist und wirkt. Denn soziale Wirklichkeit wird immer durch eine Unterdrückung von Alternativen bei gleichzeitiger Dominanz eines speziellen Diskursmusters geprägt. Die Konstituierung von sozialer Realität ist dementsprechend immer ein machtvoller Prozess. Mittels dieser Perspektive geraten Phänomene der Macht in den Blick, die in vielen Analysen sozialer Bewegungen oftmals unterbestimmt sind.

Demgegenüber hat sich durch poststrukturalistische Perspektiven das Verständnis von Macht verändert und ausgeweitet, sodass wirkungsmächtige soziale Beziehungen erfasst werden können, ohne ausschließlich auf Formen der Unterdrückung fokussiert zu sein. Macht erscheint nicht als etwas per se destruktives, sondern im Gegenteil – solange sie nicht mit einem Herrschaftsverhältnis verbunden ist – als etwas Produktives, denn durch sie wird Bedeutung überhaupt erst möglich.

Die Zivilgesellschaft und die Öffentlichkeit, in die soziale Bewegungen intervenieren, sind, ebenso wie die Gesellschaft an sich, keine neutralen Sphären der Aushandlung und Deliberation, sondern zentraler Austragungsort für die Etablierung und Erhaltung von kultureller Vorherrschaft (Gramsci 1991: 874). Soziale Bewegungen, ihr Handeln und ihre Möglichkeitsbedingungen sind ein Teil dieser Kämpfe. Zur Verfügung stehende Ressourcen, die Entwicklung von Frames und politische Möglichkeitsstrukturen müssen infolgedessen ebenfalls als Teil dieses Kampfes um gesellschaftliche Hegemonie verstanden werden. Diese Notwendigkeit des Ringens um Hegemonie gilt auch für soziale Bewegungen selbst: Auch wenn sie sich als egalitär, partizipativ und offen begreifen, wird innerhalb einer Bewegung um die Vorherrschaft einer Interpretation, Strategie und Forderung gerungen (zu dieser Vielschichtigkeit von Macht- und Herrschaftsverhältnissen vgl. die Beiträge von Kathrin Ganz und Tanja Scheiterbauer in diesem Band).

3.4 Enge Verbindung von Theorie und Empirie

Soziale Bewegungen sind komplexe Phänomene in komplexen Gesellschaften. Gerade um diese Gleichzeitigkeit, Vielschichtigkeit, Ambivalenz und Widersprüchlichkeit erfassen zu können, sind Erklärungsmodelle notwendig, die derartige Charakteristika sozialer Phänomene erfassen und systematisieren können. Dazu gehört nicht nur ein angemessenes analytisches Modell, sondern vor allem auch die (ständige Weiter-)Entwicklung einer nicht statischen, sondern fluiden Modellarchitektur, in der die Komplexität der Empirie Berücksichtigung findet. Die Entwicklung von gesellschafts- und sozialtheoretischen Modellen entlang empirischer Analysen ist ein zentrales Charakteristikum vieler poststrukturalistische Arbeiten, wie im folgenden Absatz veranschaulicht wird. In poststrukturalistischen Ansätzen ist der Übergang von Sozialtheorie, Gesellschaftstheorie und Empirie daher oft fließend (Reckwitz 2016: 12). Dies zeigt auch Rahel Sophia Süß in ihrem Beitrag, in dem sie die Untersuchung munizipalistischer Bewegungen zum Ausgangspunkt nimmt, um die pragmatistische Theorie mit poststrukturalistischen Theorien radikaler Demokratie zusammenzubringen und damit sowohl Theoriearbeit zu leisten als auch das empirische Instrumentarium der Bewegungsforschung zu erweitern.

Das theoretische Vokabular ist demnach weniger als System, sondern als ein offenes und dynamisches Format gedacht. Dies macht poststrukturalistische Ansätze empfänglich für die gesellschaftstheoretische Ebene aktueller sozialer Dynamiken, deren Charakteristika und Veränderungen sie auf diesem Wege besser erfassen und verarbeiten können. Das idealtypische Beispiel für eine derartige Forschungspraxis sind die Arbeiten von Michel Foucault, in denen auf Basis einer reichhaltigen Sichtung empirischen Materials mittels einer qualitativen Methode (Diskursanalyse) ein gesellschaftstheoretisches (Disziplinargesellschaft, neoliberale Gouvernementalität) und sozialtheoretisches Modell (Diskurs- und Machttheorie) entwickelt wurde (vgl. Foucault 1976). Seine Arbeiten zeigen, dass die Kraft des jeweiligen empirischen Zugangs sich dabei besonders entfaltet, wenn sie eng verzahnt mit dem theoretisch-analytischen Modell genutzt wird (für eine empirische Umsetzung einer diskurstheoretischen Perspektive vgl. den Beitrag von Hans Jonas Gunzelmann in diesem Handbuch).

Im Bereich der poststrukturalistischen Bewegungsforschung findet sich ein wachsendes Set an entsprechenden Analysen, in deren Rahmen Diskurs nicht nur auf Sprache beschränkt, sondern als realitätskonstituierendes Moment betrachtet wird. So arbeitet Conrad Lluis Martell in diesem Handbuch heraus, wie sich der Diskursbegriff Laclaus und Mouffes, der Zeichen wie Praktiken umfasst, forschungspraktisch einlösen lässt. Er kann in seinem Beitrag daher zentrale Forderungen und Identitätskonstruktionen, aber auch kleinmaschigere Praktiken und Organisationsprozesse der spanischen Protestbewegung *Indignados* erfassen.

3.5 Forschungspraxis und aktive Positionierung der Forscher*innen im Feld

Eine neutrale, objektive Bewegungsforschung und Wissenschaft allgemein ist aus einer poststrukturalistischen Perspektive gleichermaßen unmöglich wie unnötig: Das Fehlen eines letzten Grundes bedeutet auch, dass es nicht Aufgabe der Wissenschaft sein kann, nach einer als transzendental verstandenen Wahrheit zu streben. Die Identität von Aktivist*innen, ›externe‹ Faktoren und Bedeutungsmuster können infolgedessen nicht mehr als (vorher) feststehend, objektiv abfragund erhebbar verstanden werden, sondern als äußerst fluide und prozesshaft. Die Entscheidung dafür, wie Realität gesehen wird, impliziert auch immer den Ausschluss anderer möglicher Perspektiven auf soziale Phänomene. Deren Validität kann nicht daran gemessen werden, wie gut sie die Realität »wahrheitsgemäß« abbilden können (Vey 2015; Wullweber 2010). Wahrheiten können daher immer nur »positioned truths« (Abu-Lughod 2005: 468) sein. Die Tätigkeit der Wissensproduktion ist demnach nie unpolitisch, auch wenn sie sich als solche ausgibt. Denn Wissenschaft ist immer in einen bestimmten Wahrheitshorizont eingeflochten, der das Ergebnis von Machtverhältnissen und -kämpfen ist (vgl. Brand 2005: 24-25). Wissenschaftliche Wahrheiten basieren somit auf einer »positioned obiectivity« (Hale 2008: 13).

Aus solch einem Verständnis von Wissenschaft und Wahrheit, das die Möglichkeit feststehender, objektiver und universaler Wahrheiten negiert, resultiert die Notwendigkeit, die eigene Position kenntlich zu machen: »Standing on shifting ground makes it clear that every view is a view from somewhere and every act of speaking a speaking from somewhere.« (Abu-Lughod 2005: 468)

Anstelle in Rekurs auf eine vermeintlich wissenschaftliche Objektivität das politische Moment jeglicher Wissensproduktion zu verschleiern und die Ergebnisse situierter Forschung zu universalisieren, muss die eigene Positionierung im Feld als forschungsrelevant begriffen und kritisch reflektiert werden. Um soziale Konstitutionsprozesse in ihrer Entstehung analysieren und als solche begreifen zu können, ist die Anwendung ethnographischer, partizipativer und aktivistischer Methoden sinnvoll. Auf diese Weise können subjektive Bedeutungszuschreibungen und Sinnfixierungen in ihrem Entstehungs- und Modifizierungsprozess analysiert werden (vgl. hierzu auch den Beitrag von Jannik Schritt in diesem Handbuch).

Die zentrale Rolle von Macht für die Reproduktion von Herrschaft in poststrukturalistischen Perspektiven ist auch für die Reflexion der Forschungspraxis entscheidend: Wissenschaftliche Autorität kann nicht auf dem privilegierten Zugang zur Wahrheit beruhen; sie ist der Effekt einer bestimmten politischen Ordnung. Welche Interpretationen der Wirklichkeit den Status von Wissen erhalten und welche als Erfahrung, Volksglaube, oder Erzählung abgetan werden, muss aus einer poststrukturalistischen und machtsensiblen Perspektive hinterfragt werden (vgl. Mohanty 2003; oder auch den Beitrag von Philip Wallmeier im vorliegenden Handbuch). Wie Beziehungen zum und im Feld hergestellt werden, ist somit forschungsrelevant.

Aktivismus und Forschung sind keine sich ausschließenden Handlungslogiken, da Forschung immer Position bezieht.9 Die Verbindung von Aktivismus und Forschung kann beide Seiten bereichern, wie in den umfangreichen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit dieser Frage sichtbar wird (u.a. Abu-Lughod 2005; Hale 2008; The Autonomous Geographies Collective 2010; Genat 2015; Vey 2015)10: So kann aus der spezifischen und umfangreichen Kenntnis des untersuchten Feldes, des differenzierten Kontextwissens und der persönlichen Beziehungen und Verbindungen zu Aktivist*innen sogar ein Vorteil gegenüber externen Forscher*innen resultieren, da sich unter anderem die Wahrscheinlichkeit, die untersuchten Praxen fehlzuinterpretieren oder einzuordnen, verringert (Hale 2008). Die Analyse des erhobenen Materials muss jedoch, so zum Beispiel Rainer Diaz-Bone, den epistemischen Bruch mit dem erworbenen Alltagswissen, also die systematische und kritisch reflektierte Erarbeitung der Regelhaftigkeiten innerhalb des Materials, ermöglichen (Diaz-Bone 2006; vgl. Marttila 2015). Die poststrukturalistische Reflexion der Machtbeziehungen im Feld und die explizite Positionierung als Forscher*in sind somit keine Einladung zur analytischen Beliebigkeit, sondern erlauben im Gegenteil die kritische Auseinandersetzung mit Aspekten der Forschungspraxis, die empirischer Forschung inhärent sind, jedoch häufig nicht thematisiert werden.

Zentral ist hierbei, dass Forschungspraktiken und Entscheidungen im Forschungsprozess sichtbar gemacht und reflektiert werden (Leinius i.E.). Dies gilt jedoch für aktivistisches wie nicht-aktivistisches Forschen gleichermaßen. Das Plädoyer für die Offenlegung der eigenen Positionierung im Feld ist kein Argument für die Aufgabe wissenschaftlicher Stringenz und Sorgfalt; im Gegenteil geht es darum, die eigenen Handlungen als Teil des Prozesses der Wissensgenerierung zu verstehen und in die Einordnung der Forschungsergebnisse einzubeziehen. Dies erhöht die Aussagekraft der Ergebnisse: Da Wissen nicht universal gelten kann, sondern immer Ausdruck einer bestimmten, diskursiv konstruierten und auf Machtbeziehungen beruhenden sozialen Realität ist, ist Generalisierbarkeit intersubjektiv begründet: Das Nachvollziehen des Forschungsprozesses

⁹ Das Argument poststrukturalistisch geprägter feministischer und postkolonialer Forscher*innen ist, wie oben ausgeführt, dass bestimmte Forschungstraditionen diese Verbindung negieren können, da sie die herrschende Ordnung reproduzieren und somit als normal gelten. Der universalisierende »God's eye view« ist nur aufgrund der Hegemonie eines patriarchalen und westlich geprägten Wissenschaftsverständnisses möglich (vgl. Castro-Gomez 2005).

¹⁰ Für eine systematische Annäherung an die Figur »Protestforscher*in« vgl. Ullrich 2019.

erlaubt es, die von den Forscher*innen getroffenen Entscheidungen zu verstehen und ggf. zu hinterfragen, Entscheidungen und Argumentationen müssen plausibel sein (Wullweber 2010: 46). So macht Jonathan Eibisch in seinem Beitrag seine spezifische, postanarchistische Analyseperspektive auf die G20-Proteste sichtund damit nachvollziehbar.

4. Fazit

In diesem einleitenden Beitrag haben wir argumentiert, dass poststrukturalistische Perspektiven einen Mehrwert bei der Analyse sozialer Bewegungen generieren. Diesen Mehrwert sehen wir in der Blickverschiebung der poststrukturalistischen Perspektive, welche die Kontingenz gesellschaftlicher Strukturen, Identitäten, und Beziehungen hervorhebt. Um das Potential dieser Blickverschiebung deutlich zu machen, haben wir fünf Charakteristika poststrukturalistischer Perspektiven vorgestellt und aufgezeigt, wie diese die Untersuchung sozialer Bewegungen bereichern können. Anstatt soziale Bewegungen als Akteurinnen innerhalb eines klar umrissenen gesellschaftlichen Feldes zu sehen, begreifen wir erstens soziale Bewegungen als Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Dynamiken. Immer wieder neue Bereiche des Sozialen werden politisiert und Gegenstand von Protest. So treten zweitens die diskursive Konstitution und Reproduktion von Subjekten, Artefakten und Räumen in den Blickpunkt empirischer Analysen, genau wie drittens die Frage nach Macht als produktives, aber gleichzeitig auch ausschließendes Moment. Die poststrukturalistische Perspektive erlaubt viertens, die enge Verzahnung empirischer Einblicke mit theoretischen Debatten. Die Betonung des ausschließenden und gleichzeitig produktiven Moments der Entscheidung erlaubt es fünftens, Forschungspraxis und Forschungsbeziehungen kritisch zu reflektieren und ihren Einfluss auf die gewonnenen Erkenntnisse deutlich zu artikulieren.

Unser Fokus auf die epistemologischen und ontologischen Grundannahmen der poststrukturalistischen Perspektive für die Bewegungsforschung hat notwendigerweise andere Dimensionen der global mittlerweile stark ausdifferenzierten Bewegungsforschung vernachlässigt: So werden vermehrt Konzepte integriert, in denen alternative theoretische und methodische Perspektiven sowie epistemologische Zugänge zum Forschungsgegenstand soziale Bewegungen eröffnet werden. Im Sinne des Poststrukturalismus verwehren wir uns einer Schließung des

¹¹ Wir beziehen uns vor allem auf lateinamerikanische (vgl. Alvarez/Dagnino/Escobar 1998) und dekoloniale Debatten (vgl. Tuhiwai Smith 1999; Levya et al. 2015), welche von feministischen Perspektiven geprägt sind. Es gibt eine Vielzahl weiterer Ansätze, die hier Beachtung finden müssten. Eine Systematisierung dieser Ansätze verspricht ähnlich produktiv zu sein wie unser

Feldes und erhoffen uns mit diesem Artikel und Handbuch dennoch eine gewisse Systematik in die Vielfalt der verschiedenen Ansätze zu bringen und das Feld der deutschsprachigen Bewegungsforschung zur Auseinandersetzung mit unseren und den Thesen der Autor*innen ermutigen zu können.

5. Literatur

- Abu-Lughod, Lila (2005): »Writing Against Culture«, in: Henrietta Moore/Todd Sanders, Anthropology in Theory. Issues in Epistemology, in: Malden: Blackwell Publishers, S. 466- 479.
- Alvarez, Sonia E./Dagnino, Evelyn/Escobar, Arturo (Hg.) (1998): Cultures of Politics, Politics of Cultures: Re-visioning Latin American Social Movements, Boulder: Westview Press.
- Baumgarten, Britta/Daphi, Priska/Ullrich, Peter (Hg.) (2014): Conceptualizing Culture in Social Movement Research, London: Palgrave Macmillan.
- Benford, Robert D./Snow, David A. (2000): »Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment«, in: Annual Review of Sociology 26, S. 611-639.
- Bernstein, Mary (1997): »Celebration and Suppression: The Strategic Uses of Identity by the Lesbian and Gay Movement«, in: American Journal of Sociology 103, S. 531-565.
- Blumer, Herbert (1995): »Social movements«, in: Stanford M. Lyman (Hg.), Social movements: critiques, concepts, case-studies, London: Macmillan, S. 60-83.
- Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter (Hg.) (1983): Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt/New York: Suhrkamp.
- Brand, Ulrich (2005): Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien, Hamburg: VSA.
- Butler, Judith (2015): Notes Toward a Performative Theory of Assembly, Cambridge: Harvard University Press.
- Castro-Gomez, Santiago (2005): La Hybris del Punto Cero: Ciencia, Raza e Ilustración en la Nueva Granada (1750-1816), Bogotá: Editorial Pontificia Universidad Javeriana.
- Clarke, Adele E. (2005): Situational Analysis: Grounded Theory after the Postmodern Turn, London/New Delhi: Sage Publications.
- Conway, Janet (2013): Edges of Global Justice: The World Social Forum and Its >Others<, London/New York: Routledge.

- Cox, Laurence (2011): Building counter culture: the radical praxis of social movement milieux, Helsinki: Into-ebooks.
- Della Porta, Donatella/Diani, Mario (1999): Social Movements: An Introduction, Malden: Blackwell Publishing.
- Diani, Mario (1992): »The concept of social movement«, in: Sociological Review 40 (1), S. 1-25.
- Diaz-Bone, Rainer (2006): »Zur Methodologisierung der Foucaultschen Diskursanalyse«, in: FQS: Forum Qualitative Social Research 7 (1).
- Doerr, Nicole (2012): "Translating Democracy: How Activists in the European Social Forum Practice Multilingual Deliberation", in: European Political Science Review 4 (3), S. 361-284.
- Eisinger, Peter K. (1973): »The Conditions of Protest Behavior In American Cities«, in: American Political Science Review 67, S. 11-28.
- Eschle, Catherine (2004): »Constructing >the Anti-Globalisation Movement«, in: International Journal of Peace Studies 9 (1), S. 62-84.
- Escobar, Arturo (2008): Territories of Difference: Place, Movements, Life, Redes, Durham: Duke University Press.
- Fine, Michelle (1994): »Working the Hyphens: Reinventing Self and Other in Qualitative Research«, in: Norman K. Denzin/Yvonna S. Lincoln (Hg.), Handbook of Qualitative Research, Thousand Oaks: Sage Publications, S. 70-82.
- Fink, Elisabeth/Leinius, Johanna (2014): »Postkolonial-Feministische Theorie«, in: Yvonne Franke et al. (Hg.), Feminismen Heute: Positionen in Theorie und Praxis, Bielefeld: transcript, S. 115-128.
- Flesher Fominaya, Cristina (2016a): »Cultural Barriers to Activist Networking: Habitus (In)action in Three European Transnational Encounters«, in: Antipode 48 (1), S. 151-171.
- Flesher Fominaya, Cristina (2016b): »Unintended Consequences: the Negative Impact of E-mail Use on Participation and Collective Identity in Two ›Horizontak Social Movement Groups«, in: European Political Science Review 8 (1), S. 95-122.
- Foucault, Michel (1976): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Ganz, Kathrin (2018): Die Netzbewegung. Subjektpositionen im politischen Diskurs der digitalen Gesellschaft, Leverkusen: Barbara Budrich.
- Genat, Bill (2015): »Building Emergent Situated Knowledges in Participatory Action Research«, in: Adele Clarke/Carrie Friese/Rachel Washburn (Hg.), Situational Analysis in Practice: Mapping Research With Grounded Theory, Walnut Creek: Left Coast Press, S. 155-170.
- Goffman, Erving (1974): Frame Analysis: An Essay on the Organization of the Experience, New York: Harper Colophon.

- Goodwin, Jeff/Jasper, James M. (2015): The Social Movement Reader: Cases and Concepts, Malden: Blackwell Publishing.
- Gramsci, Antonio (1991): Gefängnishefte, in: Klaus Bochmann/Wolfgang Fritz Haug (Hg.): Gefängnishefte: Kritische Gesamtausgabe in 10 Bänden, Hamburg: Argument.
- Hagemann, Ingmar (2016): Das gegenhegemoniale Moment der Demokratie. Gegenhegemoniale Projekte und demokratische Demokratie am Fallbeispiel der grünen Bewegung, Universität Duisburg-Essen. http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-42540/Hagemann_Diss.pdf. Zugegriffen 16. Juli 2017.
- Hale, Charles R. (2008): Engaging Contradictions: Theory, Politics, and Methods of Activist Scholarship, Berkeley: Cambridge University Press.
- Hansson, Stina/Hellberg, Sofie/Stern, Maria (2016): Studying the Agency of Being Governed. Methodological Reflections, New York: Routledge, S. 85-103.
- Henare, Amiria/Holbraad, Martin/Wastell, Sari (Hg.) (2007): Thinking through Things. Theorising Artefacts Ethnographically, London/New York: Routledge.
- Hewitt, Lyndi (2011): »Framing across differences, building solidarities: lessons from women's rights activism in transnational spaces«, in: Interface 3 (2), S. 65-99.
- Johnston, Hank (2009): »Protest Cultures: Performance, Artifacts, and Ideations«, in: Hank Johnston (Hg.): Culture, Social Movements, and Protest, Aldershot: Ashgate, S. 1-27.
- Kern, Thomas (2008): Soziale Bewegungen: Ursachen, Wirkungen, Mechanismen, Wiesbaden: VS.
- Kitschelt, Herbert (1985): »New Social Movements in West Germany and the United States«, in: Maurice Zeitlin (Hg), Political Power and Social Theory, Bingley: JAI Press, S. 273-324.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985): Hegemony and socialist strategy: towards a radical democratic politics, London: Verso.
- Laclau, Ernesto (1985): »New Social Movements and the plurality of the social«, in: Centre for Latin American Research and Documentation, S. 27-42.
- Leinius, Johanna (2016): »Pluriversalität als Modernekritik: Die Praktiken der Kritik der Sozialökologischen Bewegung in Cajamarca«, in: Katia Henriette Backhaus/David Roth-Isigkeit (Hg.), Praktiken der Kritik, Frankfurt a.M.: Campus, S. 215-236.
- Leinius, Johanna (i.E.): »The Postcolonial Feminist Ethics and Politics of Research Collaborations across North-South-Divides«, in Aram Ziai/Franziska Müller/Daniel Bendix (Hg.), Beyond the Master's Tools. Decolonizing Knowledge Orders, Research Methodology, and Teaching, London: Routledge.

- Leinius, Johanna/Vey, Judith/Hagemann, Ingmar (2017): »Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen: Plädoyer für eine notwendige Blickverschiebung«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 30 (4), S. 6-20.
- Leyva, Xochitl/Pascal, Camila/Köhler, Axel/Hermenegildo, Olguín Reza/Velasco, Oscar Contreras/Refugio, María del (Hg.) (2015): Prácticas Otras de Conocimiento: Entre Crisis, entre Guerras, San Cristóbal de las Casas: Cooperativa Editorial Retos.
- Lukasc, Georg (1969): History and Class Consciousness: Studies in Marxist Dialectics, Cambridge: MIT Press.
- Marchart, Oliver (2013): Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Marttila, Tomas (2015): »Post-Foundational Discourse Analysis: A Suggestion for a Research Program«, in: FQS: Forum Qualitative Social Research 16 (3).
- McAdam, Doug (1982): Political Process and the Development of Black Insurgency, 1930-1970, Chicago: The University of Chicago Press.
- McCarthy, John D./Zald, Mayer N. (1977): »Resource Mobilization and Social Movements. A Partial Theory«, in: American Journal of Sociology 82 (6), S. 1212-1241.
- Melucci, Alberto (1989): Nomads of the Present: Social Movements and Individual Needs in Contemporary Society, London: Radius.
- Moebius, Stephan/Reckwitz, Andreas (2008): »Einleitung: Poststrukturalismus und Sozialwissenschaften. Eine Standortbestimmung«, in: Stephan Moebius/Andreas Reckwitz (Hg.), Poststrukturalistische Sozialwissenschaften, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 7-25.
- Mohanty, Chandra Talpade (2003): »Under Western Eyes: Feminist Scholarship and Colonial Discourses«, in: Reina Lewis/Sara Mills (Hg.), Feminist Postcolonial Theory: A Reader, Edinburgh: Edinburgh University Press, S. 49-74.
- Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter (1993): »Auf dem Weg in die »Bewegungsgesellschaft«? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen«, in: Soziale Welt 44, S. 305-326.
- Nonhoff, Martin (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt ›Soziale Marktwirtschaft‹, Bielefeld: transcript.
- Offe, Claus (1985): »New Social Movements: Challenging the Boundaries of Institutional Politics«, in: Social Research 52 (4), S. 817-868.
- Reckwitz, Andreas (2010): »Die Kontingenzperspektive der ›Kultur‹. Kulturbegriffe, Kulturtheorien und das kulturwissenschaftliche Forschungsprogramm«, in: Andreas Reckwitz (Hg.), Unscharfe Grenzen. Perspektiven der Kultursoziologie, Bielefeld: transcript, S. 15-47.
- Reckwitz, Andreas (2016): »Die ›neue Kultursoziologie‹ und das praxeologische Quadrat der Kulturanalyse«, in: Andreas Reckwitz (Hg.), Kreativität und soziale Praxis. Studien zur Sozial- und Gesellschaftstheorie, Bielefeld: transcript, S. 23-48.

- Roose, Jochen (2016): »Paths of Innovation in Social Movement Research Theory«, in Jochen Roose/Hella Dietz (Hg.), Social Theory and Social Movements: Mutual Inspirations, Wiesbaden: Springer, S. 1-13.
- Roose, Jochen/Dietz, Hella (Hg.), Social Theory and Social Movements: Mutual Inspirations, Wiesbaden: Springer.
- Runciman, Walter G. (1966): Relative Deprivation and Social Justice, London: Routledge.
- Sauer, Madeleine (2016): Widerspenstige Alltagspraxen. Eine queer-feministische Suchbewegung wider den Kapitalozentrismus, Bielefeld: transcript.
- Scheller, David (2019): Demokratisierung der Postdemokratie. Städtische soziale Bewegungen in Berlin und New York City, Bielefeld: transcript.
- Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter (2009): »Mapping the Terrain«, in: David A. Snow/Sarah A. Soule/Hanspeter Kriesi (Hg.), The Blackwell Companion to Social Movements, Malden/Oxford: Blackwell Publishing, S. 3-16.
- Snow, David A./Benford, Robert D. (1988): »Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization«, in: International Social Movement Research 1 (1), S. 197-217.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1988): »Can the Subaltern Speak?«, in: Cary Nelson/ Lawrence Grossberg (Hg.), Marxism and the Interpretation of Culture, London: Macmillan, S. 271-313.
- Tarrow, Sidney G. (2005): The new transnational activism, Cambridge: Cambridge University Press.
- The Autonomous Geographies Collective (2010): »Beyond Scholar Activism: Making Strategic Interventions Inside and Outside the Neoliberal University«, in: ACME: An International E-Journal for Critical Geographies 9, S. 245-275.
- Touraine, Alain (1988): Return of the Actor: Social Theory in Postindustrial Society, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Tuhiwai Smith, Linda (1999): Decolonizing Methodologies: Research and Indigenous Peoples, London/New York: Zed Books.
- Ullrich, Peter (2015): Postdemokratische Empörung: Ein Versuch über Demokratie, soziale Bewegungen und gegenwärtige Protestforschung, Berlin: ipb Working Papers.
- Ulrich, Peter (2016): »Die neosoziale Regierung des Protests. Präventionismus, Aktivierung und das Ende der Kritik«, in: diskurs. www.diskurs-zeitschrift.de/die-neosoziale-regierung-des-protests-praeventionismus-aktivierung-und-das-ende-der-kritik/. Zugegriffen: 16. Juli 2017.
- Ullrich, Peter (2019): »Protestforschung zwischen allen Stühlen. Ein Versuch über die Sozialfigur des ›Protestforschers‹«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 1, S. 29-40.
- Vey, Judith (2015): Gegen-hegemoniale Perspektiven: Analyse linker Krisenproteste in Deutschland 2009/2010, Hamburg: VSA.

- Vey, Judith (2016): »Crisis protests in Germany, Occupy Wall Street, and Mietshäuser Syndikat: Antinomies of current Marxist- and anarchist-inspired movements and their convergence«, in: Capital & Class 40 (1), S. 59-74.
- Vey, Judith (2018a): »Wie ›Gesellschaft von unten‹ denken? Möglichkeiten und Grenzen der Anwendung sozialer Bewegungstheorien auf Transformationsprozesse ›von unten‹«, in: Matthias Grundmann (Hg.), Gesellschaft von unten!? Studien zur Formierung zivilgesellschaftlicher Graswurzelinitiativen, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 42-56.
- Vey, Judith (2018b): »Zwischen Empowerment, Lückenbüßerei und neoliberaler Aktivierung des Selbst. Ehrenamtliches Engagement und Regelversorgung in der bundesdeutschen Flüchtlingsversorgung«, in: Sabrina Zajak/Ines Gottschalk (Hg.), Flüchtlingshilfe als neues Engagementfeld. Chancen und Herausforderungen des Engagements für Geflüchtete, Baden-Baden: Nomos, S. 77-98.
- Wullweber, Joscha (2010): Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie: Das Nanotechnologie- Projekt, Baden-Baden: Nomos.

Diskurse und Deutungskämpfe

Subjektivierung und staatliches Wissen: Zur Konstruktion sozialer Rewegungen im Schulbuch

Zur Konstruktion sozialer Bewegungen im Schulbuch

Kernidee und Perspektive des Ansatzes

Unsere Perspektive untersucht, wie soziale Bewegungen im Schulbuch konstruiert werden und inwiefern dieses Wissen über demokratisch legitime Verhaltensweisen als eine Form der Subjektivierung interpretiert werden kann. Durch den Rückgriff auf Schulbücher, verstanden als ein

zentrales Medium staatsbürgerlicher Bildung, wird sichtbar, wie soziale Bewegungen im Feld der politischen Artikulations- und Partizipationsformen platziert werden und zu einem hegemonialen,

weil staatlich autorisierten, Wissensbestand kondensieren. Zentrale theoretische Grundlagen/Arbeiten

mit dem sich die diskursiven Praktiken befragen lassen, mittels derer ein spezifisches Bild von der/dem demokratischen Bürger*in entworfen und weitergegeben wird (Foucault 1994; Gelhard et al. 2013). Andererseits greifen wir auf hegemonietheoretische Überlegungen zurück (vgl. Nonhoff 2007), um das Schulbuch als einen Ort der Konstitution und Vermittlung von staatlichem Wissen

über demokratieförderliche und -gefährdende Verhaltensweisen in den Blick rücken zu können

Unsere Perspektive bedient sich einerseits einem Foucault'schen Verständnis von Subjektivierung,

(Lässig 2010; Müller-Mathis/Wohnig 2017).

Anwendung: Methoden
Methodisch orientieren wir uns an einer Analytik der kritisch-interpretativen Schulbuchforschung.

Anwendung: Fallbeispiel

In einer exemplarischen Anwendung rekonstruieren wir die (Nicht-)Darstellung von sozialen Bewegungen in aktuellen Baden-Württembergischen Schulbüchern für den Politik- und Wirtschafts-

Anwenduna: Beispiele

unterricht der Sekundarstufe 1.

Unser Beitrag reiht sich in ein Forschungsfeld ein, in dem die Konstruktion und Vermittlung von

Wissen in der (politischen) Bildung kritisch erörtert wird (vgl. Höhne 2003; Keit 2017), um dieses Feld zugleich um die Analyse sozialer Bewegungen in der Demokratie zu erweitern.

Subjektivierung und staatliches Wissen

Zur Konstruktion sozialer Bewegungen im Schulbuch

Marlon Barbehön und Alexander Wohnig

1. Einleitung

Soziale Bewegungen, Protest und Widerstand sind ambivalente Grenzphänomene des Demokratischen. Einerseits erscheinen sie als demokratisches Moment, insofern sie als unmittelbare Äußerung des Souveräns gelesen werden können, und andererseits verweisen sie in ihren Praktiken auf einen Raum jenseits der Normalform« der (repräsentativen) Demokratie. Poststrukturalistische Theorien erlauben es hier, die in komplexen sozialen Praktiken stattfindende Konstitution und Aushandlung dieser Ambivalenz zu entschlüsseln. Die Bedeutung sowie das Verhältnis von Demokratie und Protest werden dabei denaturalisiert und historisiert, um der Frage nachgehen zu können, wie sie in spezifischen soziohistorischen Kontexten zusammengebracht werden oder in Konflikt zueinander geraten.

Während die poststrukturalistisch informierte Bewegungsforschung vor allem danach fragt, wie das spannungsreiche Verhältnis zwischen Demokratie, Protest und Protestierenden *in der Praxis* sozialer Bewegungen entsteht und verhandelt wird (vgl. Baumgarten/Ullrich 2016: 15-16; Leinius et al. 2017: 12), möchten wir uns dieser Ambivalenz auf anderem Wege nähern. Wir gehen davon aus, dass sich der demokratische Staat zwecks Reproduktion seiner eigenen Voraussetzungen zum 'Grenzphänomen soziale Bewegung« verhalten muss: Zum einen benötigt er Bürgerinnen¹, die sich als politisch aktive und selbstbestimmte Subjekte erfahren, zum anderen muss das politische Engagement aber zugleich innerhalb der Grenzen der als legitim erachteten Artikulations- und Handlungsformen praktiziert werden. In unserem Beitrag möchten wir der Frage nachgehen, wie der demokratische Staat dieser Herausforderung begegnet. Wir nehmen an, dass er hierzu ein kontingentes Bild 'des demokratischen Bürgers« entwirft und dabei sozialen Bewegungen, Protest und Widerstand einen spezifischen Platz zuweist.

¹ Im Folgenden verwenden wir die feminine oder maskuline Form in willkürlichem Wechsel.

Wir nehmen ferner an, dass diese Konstruktionsleistungen vor allem in der Sozialisationsinstanz Schule und dort schwerpunktmäßig im politischen Unterricht mit Geltungsmacht versehen werden, da schulische politische Bildung per definitionem darauf gerichtet ist, Heranwachsende zu demokratischen Subjekten zu erziehen.² Mit unserer Perspektive, so das zentrale Argument des Beitrages, wird es möglich, nicht 'nur' die gesellschaftliche (bspw. in Massenmedien produzierte) Sicht auf das Verhältnis von Protest und Demokratie zu ermitteln (vgl. Baumgarten/Ullrich 2016: 19-23), sondern das staatlich autorisierte Wissen, das qua schulischer Bildung als 'richtiges' Wissen weitergegeben wird. Eine Analyse schulischen Wissens erlaubt es, sowohl die kontingente Gestalt gesellschaftlicher Wahrheiten, als auch deren Autorisierung über Erziehung aufzudecken und zu hinterfragen.

Für dieses Ziel bedienen wir uns einer poststrukturalistischen, insbesondere Foucault'schen Konzeptualisierung von Subjektivität bzw. Subjektivierung. Wir verstehen die Figur 'der demokratischen Bürgerin' als eine Subjektform, die im Medium des Schulbuchs konstruiert, jungen Menschen als normativ wünschenswerte Verhaltensweise präsentiert und zur Übernahme empfohlen wird. Am Beispiel aktueller Schulbücher des Politikunterrichts der Sekundarstufe I aus Baden-Württemberg illustrieren wir, wie die (Nicht-)Darstellung von sozialen Bewegungen und Protest sowie deren Beziehung zu anderen politischen Handlungsmöglichkeiten die Grenze zwischen ›legitimen und ›illegitimen konstruiert und damit ein spezifisches Bild vom Verhältnis zwischen Protest und moderner Demokratie entstehen lässt.

² Für diese Annahme spricht nicht zuletzt, dass die Vermittlung des Repertoires demokratischer Artikulations- und Handlungsformen im Zentrum des politischen Schulunterrichts steht. So besteht laut des aktuellen Baden-Württembergischen Bildungsplans für das Fach Gemeinschaftskunde das Ziel der politischen Bildung in der »Förderung des mündigen Bürgers, der politisch interveniert und sich so >in seine eigenen Angelegenheiten einmischt (Max Frisch) « (Baden-Württembergisches Ministerium für Kultur, Jugend und Sport 2016: 5).

Forschungsansatz: Das demokratische Subjekt und seine politischen Handlungsmöglichkeiten als staatlich autorisierte Wahrheit

2.1 Subjekt und Subjektivierung bei Foucault

Die Konzeptualisierung des Subjekts gehört zu den zentralen Thematiken poststrukturalistischer Theoriebildung (vgl. Gelhard et al. 2013; Reckwitz 2013; Bacchi/Goodwin 2016: 49-53). Dies gilt auch für das (heterogene) Werk von Michel Foucault, in dem die Trias von Wissensformen, Machttechnologien und Subjektivierung eine zentrale Thematik darstellt (vgl. Lemke 2006: 469). Insbesondere in seinen späten Schriften behandelt Foucault die Frage, wie in der Moderne spezifische Wissensbestände und Herrschaftstechniken entstehen und miteinander verbunden werden, um Individuen über die Strukturierung von Möglichkeiten des Handelns zur (unterbewussten) Selbstführung anzuleiten (vgl. Dean 1999: 103-106). Diese Form der Führung von Menschen, die Foucault mit dem Begriff des Regierens belegt, ist jedoch nicht als äußerlicher Zugriff auf eine objektiv gegebene Subjektivität zu verstehen, sondern als Komplex aus (widersprüchlichen) sozialen Praktiken, die Subjektivität in historisch spezifischer Weise erst hervorbringen. So zielt etwa neoliberales Regieren darauf ab, die produktiven Kräfte von Individuen zu heben, was voraussetzt, dass sich die adressierten Individuen selbst als Träger derartiger Potentiale erfahren. Neoliberales Regieren ist dann nicht die Abwesenheit von staatlicher Führung, sondern die Erzeugung einer Subjektform, die durch die Maxime des >rationalen«, >selbstbestimmten« und ›eigenverantwortlichen‹ Handelns, inklusive der Übernahme von Verantwortung im Falle des Scheiterns, gekennzeichnet ist (vgl. Biebricher 2016: 147). Foucault vollzieht somit eine »radikale Historisierung von Subjektivität« (Saar 2013: 21), die zugleich als machtdurchsetzter Prozess zu lesen ist:

»Diese Form von Macht wird im unmittelbaren Alltagsleben spürbar, welches das Individuum in Kategorien einteilt, ihm seine Individualität aufprägt, es an seine Identität fesselt, ihm ein Gesetz der Wahrheit auferlegt, das es anerkennen muß und das andere in ihm anerkennen müssen. Es ist eine Machtform, die aus Individuen Subjekte macht. Das Wort Subjekt hat einen zweifachen Sinn: vermittels Kontrolle und Abhängigkeit jemandem unterworfen sein und durch Bewußtsein und Selbsterkenntnis seiner eigenen Identität verhaftet sein. Beide Bedeutungen unterstellen eine Form von Macht, die einen unterwirft und zu jemandes Subjekt macht.« (Foucault 1994: 246-247)

Das Zitat macht deutlich, dass eine poststrukturalistische Perspektive auf das Subjekt zwei miteinander verbundene Facetten hervorhebt – Subjektformen im Sinne von strukturellen Angeboten bzw. Erfordernissen einerseits sowie Subjektivation im Sinne der individuellen Inkorporierung und ggf. Transformation dieser Angebote und Erfordernisse in Praktiken der Selbstführung andererseits (Bosančić 2016: 106-109). Mit Judith Butler (2001: 18) lässt sich Subjektivierung begreifen »erstens als das, was das Subjekt ermöglicht, als Bedingung seiner Möglichkeit und Gelegenheit seiner Formung, und zweitens als das, was vom Subjekt aufgenommen und im eigenen Handeln des Subjekts wiederholt wird«. Das eigene Handeln ist dabei jedoch nicht als Raum der vollständigen Autonomie zu verstehen, da es stets rückbezogen bleibt auf die strukturellen, d.h. überindividuell gegebenen Bedingungen, die bestimmte Verhaltensweisen und Entscheidungen ermöglichen und andere verhindern (vgl. Barbehön 2018).³

Für unseren Beitrag folgt aus diesen Überlegungen, dass ›der demokratische Bürger als eine historische Subjektform zu begreifen ist, die Individuen, die mit dieser Rolle identifiziert werden und sich selbst mit ihr identifizieren, ein bestimmtes Verhalten nahelegt. Das demokratische Subjekt ist nicht an ahistorische Eigenschaften gebunden, sondern es entsteht erst durch die Klassifizierung bestimmter Eigenschaften als >(un-)demokratisch<. Wir gehen davon aus, dass das Repertoire der politischen Artikulations- und Partizipationsformen eine zentrale Komponente dieser Subjektform darstellt. Entsprechend des oben skizzierten Begriffs des Regierens ist es gerade dieses Bereithalten von Möglichkeiten, das unter den Bedingungen des ›Liberalismus‹ von zentraler Bedeutung ist. Dem demokratischen Subjekt wird ein Feld von >legitimen Alternativen der demokratischen Artikulation offeriert, sodass es sich selbst in spezifischer Art und Weise (auf-)führen kann und sich »ein ganzes Feld von möglichen Antworten, Reaktionen, Wirkungen, Erfindungen eröffnet« (Foucault 1994: 254). Eine poststrukturalistische Perspektive fragt hier nach den sozialen Praktiken, in denen derartige Klassifizierungen vorgenommen werden, wobei wir in unserem Beitrag im Besonderen an der Position von sozialen Bewegungen und Protest interessiert sind.

Damit ist die Frage aufgeworfen, an welchen Orten das kollektive Wissen über das demokratische Subjekt und seine politischen Handlungsweisen erzeugt und mit Geltungsmacht versehen wird. Im nächsten Abschnitt argumentieren wir, dass es die Institution der Schule und Diskurse im Schulbuch sind, die in dieser Hinsicht eine Antwort erlauben.

³ Im vorliegenden Beitrag können wir dieser zweiten Facette der Subjektivation nicht nachgehen; siehe hierzu die Anmerkungen im Fazit.

2.2 Das Schulbuch als Medium staatlichen Wissens

Die Schule lässt sich als institutioneller Ausdruck einer modernen Form der Disziplinierung begreifen, in der Marter und Strafschauspiel sukzessive zurücktreten und stattdessen geheilt, verbessert und erzogen wird (grundlegend Foucault 2014 [1977]; zur Schule Hunter 1994). Antonia Kupfer (2011: 78) hat in ihrer bildungssoziologischen Verortung der Schule als Disziplinaranstalt auf verschiedene Techniken zur Disziplinierung verwiesen, wie bspw. die Anordnung im Raum durch Sitzordnungen, die Kontrolle von Tätigkeiten oder Prüfungen, die bei Schülerinnen »konformes, ritualisiertes und unkreatives Handeln« befördern. Andere Analysen beschreiben Techniken der Subjektivierung durch schulische Partizipation, bspw. in Form des Klassenrates, der als Ort der Einübung und Reproduktion demokratischer Normen verstanden werden kann (vgl. Budde/Weuster 2018). Schulischer Bildung kommt somit eine wichtige Bedeutung bei der Erzeugung individueller und kollektiver Identitäten zu (vgl. Mose 2014: 35-36). Die moderne Schule produziert jedoch nicht nur eine Subjektform, der ein alternativloses Wissen vorgesetzt wird. Ab dem Ende des 19. Jahrhunderts wird sie zunehmend auch zu einem Ort, an dem junge Menschen zur >Selbständigkeit< erzogen werden und die Sinnhaftigkeit der Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben als intrinsische Motivation internalisieren sollen (vgl. Reh 2013: 192). Schule realisiert somit auf spezifische Weise die oben skizzierten Prinzipien des Regierens im Sinne einer Führung von Menschen, indem sie Heranwachsenden das gesellschaftlich anerkannte Wissen über >legitime < Denk- und Handlungsweisen vermittelt und ihnen so einen Raum von Verhaltensweisen offeriert. Damit sind Schule und (politische) Bildung geradezu konstitutiv mit Prozessen der Subjektivierung verknüpft.

Innerhalb dieser unterschiedlichen Bereiche und Techniken der schulischen Wissens- und Subjektproduktion stellen Schulbücher ein herausragendes Medium dar, da ihnen die Funktion zufällt, »Wahrheiten« über soziale und politische Verhältnisse offenzulegen und den rezipierenden Schülern zur Übernahme zu empfehlen (vgl. Müller-Mathis/Wohnig 2017). Felicitas Macgilchrist (2011: 249) betont, dass Schulbücher mit ihrer »Praxis des Sichtbar- und Sagbarmachens [...] nicht nur politicum, informatorium und pädagogicum, sondern auch constructorium« seien. In Schulbüchern wird die Welt konstituiert, indem Schülerinnen bestimmte Wahrnehmungs-, Urteils- und Handlungsformen präsentiert werden. Gleichzeitig leisten Schulbücher auch einen Ansatz zur Reflexion der Welt. Da Wissen von gesellschaftlicher Vorstrukturierung und medialer Vermittlung abhängig ist, lässt sich das Schulbuch immer auch als Kristallisation eines gesellschaftlichen Wissens verstehen. Gleichzeitig wird Wissen in der Präsentation des Schulbuches auch ausgespart, indem alternative Sichtweisen nicht angesprochen werden. Bei Schulbüchern für den Politikunterricht ist diese Trennung besonders fluide (bspw. im Vergleich zum Mathematik-Schulbuch), da das Wissen über soziale

und politische Verhältnisse in hohem Maße kontingent und historisch variabel ist. Die in der politischen Bildung vermittelten Normen vom ›Bürgerin-Sein‹ und die Konstruktion eines Repertoires an (un-)demokratischen Artikulations- und Handlungsformen sind nicht objektiv gegeben, sondern auf das Engste mit den hegemonialen Deutungen einer Gesellschaft verschränkt.

Ein spezifisches Merkmal des Schulbuchwissens besteht in der herausgehobenen Rolle staatlicher Prüfungs- und Zulassungsverfahren. Im Schulbuch kann nicht jedwedes Wissen abgebildet werden, sondern nur solches, das aus Sicht staatlicher Autoritäten als bedeutsam für die Erziehung zum demokratischen Bürger erscheint. Schulbücher orientieren sich bspw. an den ministerial erstellten und geprüften Curricula und müssen durch staatlich kontrollierte Zulassungsverfahren autorisiert werden (vgl. Lässig 2010: 200). Sie sind mithin Resultate einer machtgesteuerten Wissensproduktion (vgl. Mose 2014: 36). Die Curricula wiederum präsentieren Vorstellungen davon, was eine demokratische Bürgerin auszeichnet. So hat etwa Sabrina Keit (2017) in ihrer Analyse nordrhein-westfälischer Lehrpläne für den Politikunterricht aus drei Jahrzehnten herausgearbeitet, wie sich Erwartungen an Bürger ausdrücken und historisch entwickelt haben (konkret hat sie einen Wandel von der Figur der politischen Aktivbürgerin hin zur Figur der flexiblen Bürgerin festgestellt).

Das Schulbuch ist das vom Staat bevorzugte Medium, um staatsbürgerliche Bildung zu organisieren. Hegemonietheoretisch gesprochen (vgl. Nonhoff 2007: 181-184) lässt sich das Schulbuch für den Politikunterricht als textliches Artefakt einer hegemonialen Praxis begreifen: Es legt fest, welche Verhaltens- und Handlungsweisen essenziell und welche gefährdend für die Funktionsfähigkeit des demokratischen Staats sind, d.h. über welche Form des Bürgerin-Seins die Demokratie (also das Allgemeine) praktiziert und stabilisiert werden muss. Das Schulbuch kann somit als materialisiertes Interesse des Staates an sich selbst interpretiert werden: Damit sich eine liberale Demokratie als solche reproduzieren kann, müssen Institutionen und Techniken etabliert werden, die einerseits Heranwachsende zu freien, selbstbestimmten und politisch aktiven Subjekten erziehen, und die andererseits und zugleich diese Freiheit auf die als legitim erachteten politischen Artikulations- und Handlungsformen begrenzen. Mit Thomas Höhne (2000: 2)

⁴ Die Zulassung von Schulbüchern wird durch Landesgesetze geregelt, über die etwa in Baden-Württemberg das Landesinstitut für Schulentwicklung entscheidet. Durch eine Schulbuchzulassungsverordnung wird das Verfahren staatlich gesteuert. In dieser Verordnung sind Kriterien der Zulassungsentscheidung festgelegt, an denen sich Verlage in der Schulbuchproduktion orientieren (müssen). Macgilchrist (2011) zeigt in einer ethnographischen Studie exemplarisch, wie diese Kräfte in der Herstellung von Schulbüchern wirken.

⁵ Dass es sich hierbei um eine spannungsreiche Gratwanderung handelt, zeigt nicht zuletzt die häufig vernehmbare Klage über die vermeintlich apolitische Grundhaltung junger Menschen, die zu einem Gutteil darin begründet liegt, dass das Wissen über das Repertoires der demokrati-

kann mithin gesagt werden, dass Schulbuchwissen als »hegemoniales Repräsentationswissen betrachtet [werden kann], bei dem es weder um Objektivität noch um Wahrheit« geht (siehe auch Höhne 2003).

So findet durch die staatlich kontrollierten Schulbuchdarstellungen eine Normalisierung von bestimmten demokratischen Normen und Handlungsformen statt, die Schüler verinnerlichen sollen. Mit den oben skizzierten theoretischen Annahmen lässt sich das Schulbuchwissen, das das Artikulations- und Handlungsrepertoire »der demokratischen Bürgerin« hervortreten lässt, als Konstruktion einer spezifischen Subjektform begreifen. Es handelt sich um eine Facette modernen Regierens, die eine kontingente Wahrheit über die Demokratie präsentiert, die Schülerinnen als strukturelles Erfordernis entgegentritt. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Schulpflicht ist das Schulbuchwissen durch eine hohe »diskursive Wahrnehmbarkeit« (Nonhoff 2007: 184) ausgezeichnet, weshalb ihm eine zentrale Bedeutung bei der Konstitution und Reproduktion hegemonialer Vorherrschaft zufällt.

3. Forschungspraxis: Das demokratische Subjekt des Schulbuchs

Um die obigen Überlegungen zu illustrieren, greifen wir im Folgenden exemplarisch auf in Baden-Württemberg zugelassene Schulbücher für den Politik- und Wirtschaftsunterricht der Sekundarstufe 1 zurück. Wie oben dargelegt, verstehen wir das ›demokratische Subjekt‹ als eine Subjektivierungsform, die in erster Linie über die als legitim erachteten Partizipationsformen definiert ist. In einem ersten Schritt haben wir daher alle in Baden-Württemberg für den Bildungsplan 2016 zugelassenen und bereits verfügbaren Schulbücher⁶ ausgewählt und diejenigen Abschnitte ausfindig gemacht, in denen politische Partizipationsformen thematisiert werden. Daraufhin haben wir mittels einer qualitativen Textanalyse ermittelt, über welche Darstellungs- und Argumentationsweisen soziale Bewegungen in diesen Abschnitten präsentiert werden. Da wir nicht an der Darstellung in diesem oder in jenem Schulbuch interessiert sind, sondern an dem Wissen der Schulbücher des Politikunterrichts (was Unterschiede natürlich nicht ausschließt), galt die Durchsicht der Identifikation von Mustern, die über Schulbücher hinweg auffindbar sind. Um diese Muster zu identifizieren, haben wir die relevanten Passagen entsprechend des methodischen Vorschlags von Michael Thoma (2017: 25-27) dahingehend analysiert, wie soziale Bewegungen als politi-

schen Bürgerink die vielfältigen Praktiken in der gegenwärtigen Jugendkultur nicht vollumfänglich umfasst (vgl. Bessant et al. 2016).

⁶ Zum Zeitpunkt der Analysen hatten noch nicht alle Verlage neue Schulbücher für den Bildungsplan herausgegeben.

sches Phänomen beschrieben werden, was als ihre Funktion ausgewiesen wird und wie sie im Feld der politischen Partizipationsformen klassifiziert werden. Im Folgenden stellen wir zentrale Ergebnisse unserer Analyse dar, wobei alle zitierten Passagen aus den analysierten Schulbüchern stammen.⁷

Im Schulbuch werden soziale Bewegungen kaum angesprochen. Wenn dies geschieht, dann unter Rekurs auf >Stuttgart 21< und das sich daran anschließende Schlichtungsverfahren (siehe unten), oder als etwas »Historisches«, das in Bürgerinitiativen als »einer von breiten Gesellschaftsschichten akzeptierten Form der Einflussnahme von Bürgern auf die Politik« aufgegangen ist (Edinger et al. 2011: 144). Der Begriff der Bürgerinitiative beschreibt somit das Resultat einer geschichtlichen Entwicklung, in der soziale Bewegungen sich selbst von einer ›unkonventionellen‹ in eine ›konventionelle‹ Form gebracht haben. Dieser Normalisierungsprozess hin zum Konventionellen ist, so zeigen wir unten, in erster Linie durch die Etablierung einer bestimmten Beziehung zu den Institutionen und Verfahren der repräsentativen Demokratie gekennzeichnet. Die Bürgerinitiative hat sich in diesem evolutionären Prozess stabilisiert und folgt seither in ihrer Entstehung und Praxis einem hochgradig standardisierten »Ablaufmodell« (Nabholz/Uhl 2012: 141). Wir haben es hier mit einer Chimäre zu tun: Im Schulbuch werden Bürgerinitiativen als etwas dargestellt, das außerhalb der Routinen der parlamentarischen Demokratie entsteht, dessen Funktionen und Praktiken zugleich jedoch als institutionalisiert und ritualisiert präsentiert werden.

Dieses Spannungsverhältnis zwischen Bürgerinitiativen und den ›konventionellen‹ Politikformen wird im Schulbuch in drei idealtypischen Relationierungen bearbeitet:

1) Bürgerinitiativen als Kompensation: In dieser Form der Verhältnisbestimmung werden Bürgerinitiativen als Zusammenschluss von Menschen beschrieben, die »politische und soziale Selbsthilfe« (Edinger et al. 2011: 143) im unmittelbaren Lebensumfeld betreiben. Bürgerinitiativen übernehmen dabei Aufgaben, die der Staat nicht leisten kann, will oder muss. Es entsteht das Bild einer Bürgerin, die sich dann engagiert, wenn sie selbst von lokalen Problemen betroffen ist. Dabei geht es stets um Probleme, die einer lokalen Lösung zugeführt werden können, womit gesamtgesellschaftliche Missstände nicht als Betätigungsfeld von Bürgerinitiativen erscheinen. Ein typisches Beispiel dafür ist die Thematisierung der Schließung von Schwimmbädern aufgrund kommunaler Sparmaßnahmen, wobei der Handlungsvorschlag für eine Bürgerinitiative gleich mitgeliefert wird: die ehrenamtliche Übernahme des Kassendienstes.

⁷ Die Analyseergebnisse sind als Illustration unseres Ansatzes zu verstehen; sie werden den methodischen Anforderungen einer diskursanalytischen Hegemonie- bzw. Subjektivierungsanalyse (vgl. hierzu bspw. Nonhoff 2007) nicht vollumfänglich gerecht. Eine Liste der analysierten Schulbücher findet sich am Ende des Beitrags.

- 2) Bürgerinitiativen als Anstoß für die politische Agenda der repräsentativen Demokratie: Bürgerinitiativen erscheinen hiernach als Korrektiv politischer Repräsentantinnen und administrativer Akteure, indem sie diese auf Missstände aufmerksam machen. Manchmal können sie »sogar Stellungnahmen der Bundesregierung in Berlin herausfordern« (Kochendörfer 2011: 260). Die Schulbücher präsentieren einen typischen Ablauf, wie Bürgerinitiativen entstehen, wie sie vorgehen und worin sie ihr Ende finden (vgl. bspw. Riedel 2018: 306). Dieses Ende besteht in aller Regel in der Beeinflussung der offiziellen politischen Agenda: »Die Verantwortlichen [aus dem kommunalen Entscheidungssystem] greifen das Anliegen [der Bürgerinitiative] auf und suchen nach Lösungsmöglichkeiten« (Müller/Wolf 2016: 58). In dieser Thematisierungsweise existieren zwei mögliche Endpunkte des Ablaufes: »Wenn das Ziel erreicht oder das Problem aus der Welt ist«, würden Bürgerinitiativen sich auflösen; wenn es sich indes um ein langfristiges Problem handele, »entstehen aus den Bürgerinitiativen häufig Vereine oder Wählergemeinschaften, die aktiv in der kommunalen Politik mitmischen« (Bicheler/ Gloe 2017: 234). Hier zeigt sich das grundlegende Denkmuster, wonach eine Bürgerinitiative ein temporäres Phänomen ist, das mittelfristig von konventioneller Politik ersetzt wird oder sich selbst in diese transformiert. In den untersuchten Schulbüchern ist >Stuttgart 21< das herausstechende Beispiel, mit dem die (wünschenswerte) Transformation von Protest in ein geregeltes Schlichtungsverfahren, einen runden Tisch und einen Volksentscheid belegt wird (vgl. Bicheler/Gloe 2017: 2.66).
- 3) Bürgerinitiativen als Kritik an politischer Praxis: In dieser Form der Verhältnisbestimmung wird die Funktion der Bürgerinitiativen als problematisch beschrieben. Sie bedeuten »unnötige[n] Streit«, »verhindern oder verzögern notwendige Entscheidungen« und treten in illegitime Konkurrenz zu konventionellen Verfahren, denn wichtige politische Entscheidungen »sollen im Gemeinderat fallen und nicht auf der Straße« (Nabholz/Uhl 2012: 141). Dieses destruktive Potential wird erstens dann angesprochen, wenn die Forderungen von Bürgerinitiativen als Partikularinteressen erscheinen und der Orientierung am »Gemeinwohl« gegenübergestellt werden (Edinger et al. 2011: 156; Müller/Wolf 2016: 58), wobei die Realisierung des Gemeinwohls den etablierten politischen Institutionen zugeschrieben wird. An dieser Stelle wird die oben angesprochene hegemoniale Logik von Schulbuchdarstellungen besonders deutlich, insofern der diskursive Raum politischen Handelns zweigeteilt, das Allgemeine durch ›das Gemeinwohl« repräsentiert und dem Partikularen entgegengestellt wird. Zweitens erscheinen Bürgerinitiativen dann als destruktiv, wenn behauptet wird, dass Bürger generell bei jedem politischen Vorhaben Kritik äußern und sich potentiell in einer Bürgerinitiative formieren würden (vgl. Nabholz/Uhl 2012: 141). Als Problem werden Bürgerinitiativen somit immer dann ausgewiesen, wenn sie sich nicht den zwei obigen Modellen annähern.

Insgesamt ist diese Fokussierung der Schulbücher auf Bürgerinitiativen bei weitgehender Auslassung von sozialen Bewegungen nicht als ›Negativbefund‹ unseres Ansatzes zu verstehen. Die der Thematisierung von Bürgerinitiativen gleichsam vorangestellte Bemerkung, dass sich soziale Bewegungen historisch in Initiativen und Vereine transformiert haben und dies auch tun müssen, um langfristig und produktiv am geregelten Politikbetrieb mitwirken zu können, arrangiert immer auch ein Wissen um die Wertigkeit und Legitimität von sozialen Bewegungen, auch wenn diese im Schulbuch nicht explizit besprochen werden. Nach poststrukturalistischer Perspektive ist das Nichtgesagte nicht per se weniger wirkmächtig als das Gesagte.

4. Fazit

Der in unserem Beitrag präsentierte Ansatz ordnet sich in eine poststrukturalistische Forschungsrichtung ein, die nach den gesellschaftlich dominanten Wissensbeständen über Protest und soziale Bewegungen fragt. In diesem Zusammenhang haben wir für eine Perspektive plädiert, die sich des Mediums des Schulbuchs bedient, um das staatlich autorisierte und (deshalb) hegemoniale Wissen über (un-)demokratische Handlungsformen analysieren zu können. Wir haben uns ferner eines an Foucault maßnehmenden Verständnisses von Subjektivierung bedient, um der Frage nachgehen zu können, wie in Schulbüchern des Politikunterrichts das Bild einer demokratischen Bürgerine entworfen und Schülern zur Übernahme empfohlen wird. Anhand einer Rekonstruktion der Darstellung von Protest, sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen sowie ihres Verhältnisses zu konventionellene Formen der repräsentativen Politikgestaltung haben wir gezeigt, wie ein Wissen über die Demokratie hervorgebracht wird und unter welchen Bedingungen bestimmte politische Handlungsweisen als legitim ausgewiesen werden.

Im Ergebnis steht das Bild eines Bürgers, der sich dann in Bürgerinitiativen engagiert, wenn Probleme des unmittelbaren Lebensumfelds entweder eigenständig gelöst oder in den politischen Normalbetrieb eingespeist werden sollen. Soziale Bewegungen und Protest erscheinen vorwiegend als Praktiken vergangener Zeiten, die sich in Form von Nichtregierungsorganisationen institutionalisiert haben. Insgesamt ergibt sich hierdurch ein Bild von Politik als Problemlösungsbetrieb. Bürgerinitiativen werden ebenfalls diesem Grundverständnis unterworfen – und damit sind sie einerseits punkonventionelk, da sie den politischen Regelbetrieb durchbrechen, andererseits jedoch pkonventionelk, da sie sich mit ihren Anliegen mittelfristig in die institutionalisierten Prozesse der repräsentativen Demokratie einpassen müssen, um nicht plestruktiv zu werden. Damit wird deutlich, dass Schulbücher zahlreiche Facetten von sozialen Bewegungen

und Protest aussparen. Nicht thematisiert wird etwa die Bedeutung sozialer Bewegungen als Ausdruck einer spezifischen demokratischen Praxis, die ihren Sinn nicht in der (vermeintlichen) Lösung von Problemen des unmittelbaren Lebensumfeldes (Schwimmbad, Skatepark etc.) findet, sondern in ihrem emanzipativen Gehalt. Ebenso wenig werden soziale Bewegungen als Orte der Artikulation von Systemalternativen vorgestellt, was das oben beschriebene Bild einer Bürgerin, die sich dem Machbaren zuwendet, noch verstärkt.

Ihre Grenzen findet unsere Analyse im Hinblick auf die Frage, wie die Subjektivierungsangebote des Schulbuchs von Lehrenden in der pädagogischen Praxis aufgegriffen werden (vgl. Wrana 2012), denn es wäre auch vorstellbar, dass Lehrende das angebotene Wissen problematisieren und mit Alternativen konfrontieren. Ebenso kann unsere rekonstruktive Textanalyse nicht ermitteln, wie sich Schülerinnen zu den Subjektivierungsangeboten verhalten und in ihre Subjektivierungsweisen (implizit) einfließen lassen (vgl. Bosančić 2016: 106-109). Erst diese zweite Teilfrage, die mit ethnographischen Methoden arbeiten müsste, würde eine poststrukturalistische Subjektivierungsanalyse vervollständigen, denn trotz aller Macht von schulischer Wahrheit bleibt das Wissen des Schulbuchs ein Subjektivierungsangebot.

Während diese Einschränkungen mit methodischen Erweiterungen grundsätzlich eingefangen werden könnten, besteht eine konstitutive Grenze des hier präsentierten Ansatzes hinsichtlich der Frage, woher das Schulbuchwissen stammt und wodurch es seine Plausibilität und Legitimität bezieht. Da Schulbücher nicht im luftleeren Raum entstehen, sondern auf gesellschaftliche Ordnungen verweisen (vgl. Lässig 2010: 200), böte sich hier eine Rückbindung an zeitdiagnostische Gesellschaftstheorien an, die das für die Gegenwartsgesellschaft Charakteristische auf den Punkt zu bringen versuchen. In diesem Sinne ließe sich etwa der Befund, dass individuelles Engagement in Bürgerinitiativen als ehrenamtliche Bearbeitung lokaler Probleme beworben wird, als Ausdruck der Aktivierungsgesellschaft (vgl. Lessenich 2009) verstehen; so wie die fehlende Thematisierung kollektiver demokratischer Erfahrungen, die in sozialen Bewegungen praktiziert werden können, als ein Moment einer Gesellschaft der Singularitäten (vgl. Reckwitz 2017) gelesen werden könnte.

5. Analysierte Schulbücher

Bicheler, Joachim/Gloe, Markus (2017): Politik direkt 7/8. Urteilen und Handeln, Paderborn: Schöningh Westermann.

Edinger, Thomas/Kringe, Wolfgang/Ruß, Gabriele/Wedel, Martin (2011): Forum Geschichte/Gemeinschaftskunde. Lern- und Arbeitsbuch für berufliche Gymnasien, Jahrgangsstufe 1 und 2, Köln: Bildungsverlag EINS.

- Kochendörfer, Jürgen (2011): Geschichte und Geschehen. Berufsfachschulen, Stuttgart/Leipzig: Ernst Klett Verlag.
- Müller, Franziska/Wolf, Heinz-Ulrich (2016): Demokratie heute. Gemeinschaftskunde Sekundarstufe I, Braunschweig: Schroedel Westermann.
- Nabholz, Peter/Uhl, Herbert (2012): Zeitfragen. Politische Bildung für berufliche Schulen, Stuttgart/Leipzig: Ernst Klett Verlag.
- Riedel, Hartwig (Hg.) (2018): Politik & Co. Gemeinschaftskunde für das Gymnasium, Bamberg: C.C. Buchner.

6. Literatur

- Bacchi, Carol/Goodwin, Susan (2016): Poststructural Policy Analysis. A Guide to Practice, New York: Palgrave Macmillan.
- Baden-Württembergisches Ministerium für Kultur, Jugend und Sport (2016): Gemeinsamer Bildungsplan der Sekundarstufe I für das Fach Gemeinschaftskunde, Stuttgart.
- Barbehön, Marlon (2018): »Diskurs und Entscheiden: Zu den Möglichkeiten der Erklärung politischer Entscheidungsprozesse in der interpretativen Policy-Forschung«, in: der moderne staat dms: Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management 11 (1), S. 191-212.
- Baumgarten, Britta/Ullrich, Peter (2016): »Discourse, Power, and Governmentality. Social Movement Research with and beyond Foucault«, in: Jochen Roose/Hella Dietz (Hg.), Social Theory and Social Movements. Mutual Inspirations, Wiesbaden: Springer VS, S. 13-38.
- Bessant, Judith/Farthing, Rys/Watts, Rob (2016): »Co-designing a civics curriculum: young people, democratic deficit and political renewal in the EU«, in: Curriculum Studies 48 (2), S. 271-289.
- Biebricher, Thomas (2016): »Governmentality«, in: Mark Bevir/R.A.W. Rhodes (Hg.), Routledge Handbook of Interpretive Political Science, London/New York: Routledge, S. 141-153.
- Bosančić, Saša (2016): »Zur Untersuchung von Subjektivierungsweisen aus wissenssoziologisch-diskursanalytischer Perspektive. Methodologische Überlegungen«, in: Saša Bosančić/Reiner Keller (Hg.), Perspektiven wissenssoziologischer Diskursforschung. Theorie und Praxis der Diskursforschung, Wiesbaden: Springer VS, S. 95-119.
- Budde, Jürgen/Weuster, Nora (2018): »Subjektivierungen im Persönlichkeitsdispositiv«, in: Jürgen Budde/Nora Weuster (Hg.), Erziehung in Schule. Persönlichkeitsbildung als Dispositiv, Wiesbaden: Springer VS, S. 139-162.
- Butler, Judith (2001): Die Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Dean, Mitchell (1999): Governmentality. Power and Rule in Modern Society, London/Thousand Oaks/New Delhi: SAGE Publications.
- Foucault, Michel (1994): »Das Subjekt und die Macht«, in: Hubert L. Dreyfus/Paul Rabinow (Hg.), Michel Foucault: Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, Weinheim: Beltz Athenäum Verlag, S. 241-261.
- Foucault, Michel (2013) [1973]: Archäologie des Wissens, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2014) [1977]: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Gelhard, Andreas/Alkemeyer, Thomas/Ricken, Norbert (Hg.) (2013): Techniken der Subjektivierung, München: Wilhelm Fink.
- Höhne, Thomas (2000): Fremde im Schulbuch. Didaktische Vorstrukturierung und Unterrichtseffekte durch Schulbuchwissen am Beispiel der Migrantendarstellung, Münster: iks-Querformat Nr. 3.
- Höhne, Thomas (2003): Schulbuchwissen. Umrisse einer Wissens- und Medientheorie des Schulbuchs, Frankfurt a.M.: Universität Frankfurt.
- Hunter, Ian (1994): Rethinking the School. Subjectivity, Bureaucracy, Criticism, London: Palgrave Macmillan.
- Keit, Sabrina (2017): Leitbild Aktivbürger. Was schulische politische Bildung erreichen will, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Kupfer, Antonia (2011): Bildungssoziologie. Theorien Institutionen Debatten, Wiesbaden: VS.
- Lässig, Simone (2010): »Wer definiert relevantes Wissen? Schulbücher und ihr gesellschaftlicher Kontext«, in: Eckhardt Fuchs/Joachim Kahlert/Uwe Sandfuchs (Hg.), Schulbuch konkret. Kontexte – Produktion – Unterricht, Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt, S. 199-215.
- Lemke, Thomas (2006): »Die politische Theorie der Gouvernementalität: Michel Foucault«, in: André Brodocz/Gary S. Schaal (Hg.), Politische Theorien der Gegenwart I. Eine Einführung (2., erweiterte und aktualisierte Auflage), Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich, S. 467-498.
- Leinius, Johanna/Vey, Judith/Hagemann, Ingmar (2017): »Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen. Plädoyer für eine notwendige Blickverschiebung«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 30 (4), S. 6-20.
- Lessenich, Stephan (2009): »Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft«, in: Klaus Dörre/Stephan Lessenich/Hartmut Rosa (Hg.), Soziologie. Kapitalismus. Kritik. Eine Debatte, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 126-177.
- Macgilchrist, Felicitas (2011): »Schulbuchverlage als Organisation der Diskursproduktion: Eine ethnographische Perspektive«, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 31 (3), S. 248-263.

- Mose, Jörg (2014): Katalonien zwischen Separatismus und Transnationalisierung. Zur Konstruktion und Dynamik raumbezogener Identitäten, Münster: LIT Verlag.
- Müller-Mathis, Stefan/Wohnig, Alexander (Hg.) (2017): Wie Schulbücher Rollen formen. Konstruktionen der ungleichen Partizipation in Schulbüchern, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Nonhoff, Martin (2007): »Politische Diskursanalyse als Hegemonialanalyse«, in: Martin Nonhoff (Hg.), Diskurs radikale Demokratie Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld: transcript, S. 173-193.
- Reckwitz, Andreas (2013): »Subjekt/Identität: Die Produktion und Subversion des Individuums«, in: Stephan Moebius/Andreas Reckwitz (Hg.), Poststrukturalistische Sozialwissenschaften, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 75-92.
- Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin: Suhrkamp.
- Reh, Sabine (2013): »Die Produktion von (Un-)Selbständigkeit in individualisierenden Lernformen. Zur Analyse von schulischen Subjektivierungspraktiken«, in: Andreas Gelhard/Thomas Alkemeyer/Norbert Ricken (Hg.), Techniken der Subjektivierung, München: Wilhelm Fink, S. 189-200.
- Saar, Martin (2013): »Analytik der Subjektivierung. Umrisse eines Theorieprogramms«, in: Andreas Gelhard/Thomas Alkemeyer/Norbert Ricken (Hg.), Techniken der Subjektivierung, München: Wilhelm Fink, S. 17-27.
- Thoma, Michael (2017): »Critical analysis of textbooks: knowledge-generating logics and the emerging image of plobal economic contexts«, in: Critical Studies in Education 58 (1), S. 19-35.
- Wrana, Daniel (2012): »Den Diskurs lernen Lesarten bilden. Die Differenz von Produktion und Konsumption in diskursiven Praktiken«, in: Reiner Keller/ Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.), Diskurs Macht Subjekt. Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung, Wiesbaden: VS, S. 229-245.

Herrschaftsanalyse von Deutungskämpfen mithilfe der Cultural Political Economy

Kernidee und Perspektive des Ansatzes

Ziel der eingenommenen Forschungsperspektive ist es, Mechanismen zu identifizieren, die die ungleichen Ausgangsbedingungen schaffen, unter denen Deutungskämpfe stattfinden. Dadurch wird es möglich, den Herrschaftskontext und die gesellschaftlichen Dynamiken stärker in die Analyse von Framing-Prozessen mit einzubeziehen.

Zentrale theoretische Grundlagen/Arbeiten Zentraler theoretischer Bezugspunkt für dieses Vorhaben ist die Cultural Political Economy (CPE). Sie schlägt eine Unterscheidung zwischen vier Mechanismen der Selektion vor, welche die Verbrei-

tung, Auswahl und Durchsetzung sowie Erhaltung und Einschreibung von Frames prägen. Dabei werden zur Konzeptualisierung dieser Mechanismen sowohl semiotische als auch extra-semioti-

sche/materielle Aspekte mit einbezogen (vgl. Sum/Jessop 2013). Anwendung: Methoden

Mit der exemplarischen Anwendung der Konzeption in diesem Beitrag wird demonstriert, wie mithilfe von Sekundärliteratur ein erster Fallüberblick erarbeitet werden kann. Eine tiefgreifendere Analyse der konzeptualisierten Wirkmechanismen erfordert hingegen den Rückgriff auf einen Pluralismus vorrangig qualitativer Methoden wie kritischer Diskursanalyse, dichte Beschreibung von

Anwendung: Fallbeispiel

Untersucht werden in diesem Beitrag die Deutungskämpfe in der deutschen Klimapolitik, an denen u.a. auch die soziale Bewegung für Klimagerechtigkeit beteiligt ist.

Institutionen und ihrer Funktionsweise sowie qualitativer Inhaltsanalysen.

Anwendung: Beispiele

Das Analyse-Modell der vier Mechanismen der Selektion fand bislang insbesondere im Bereich der Politischen Ökonomie Anwendung (vgl. Sum 2015) und stellt eine Neuerung in der Bewegungsforschung dar.

Macht und Selektivität in diskursiven Feldern

Die Cultural Political Economy als Ansatz zur Herrschaftsanalyse von Deutungskämpfen um die Bearbeitung der Klimakrise

Mathias Krams

1. Einleitung

Framing-Analysen, die sich konfliktiven Prozessen der Bedeutungskonstruktion und -zuschreibung widmen, haben sich als ein zentraler Bestandteil der Erforschung sozialer Bewegungen etabliert (vgl. Snow/Vliegenthart/Ketelaars 2019). Sie vermögen es, »die Wichtigkeit von Sinngebungsprozessen in der Analyse von sozialen Bewegungen hervorzuheben«, tragen dabei jedoch der Rolle politischer und sozialer Macht in Deutungskämpfen oft nicht ausreichend Rechnung: Sie suggerieren eine ›Autonomie‹ der handelnden Subjekte von den gesellschaftlichen Verhältnissen, unter denen sie agieren (Carragee/Roefs 2004; Vey 2015: 35-37).

Wird hingegen in der etablierten Bewegungsforschung versucht, den Kontext von Framing-Prozessen zu erfassen, dann geschieht dies meist mit Bezug auf das Konzept der ›Discursive Opportunity Structures‹ (DOS) oder das der ›Discursive Fields‹ (DF). Das Konzept der DOS zeigt auf, inwieweit Frames anschlussfähig an die Werte und Vorstellungen der Zielgruppe des Deutungsvorhabens sind. Der Grad der Resonanz eines Frames mit dem kulturellen gesellschaftlichen Kontext wird daher als Gradmesser für dessen Erfolgsaussichten angeführt (vgl. Koopmans/Olzak 2004; Koopmans/Stratham 1999; McCammon 2013). Keine Beachtung finden dabei jedoch nicht-semiotische Aspekte, die den Framing-Kontext prägen und auch auf Ansatzpunkte für gegenhegemoniales Framing lassen sich keine Rückschlüsse ziehen. Das Konzept der DF zieht neben der Struktur der hegemonialen Genres auch die Regeln ihrer Nutzung sowie die Machtbeziehungen zwischen Akteurinnen¹ in die Analyse mit ein (vgl. Snow 2008; Steinberg 1999). Obwohl deutlich machtsensibler als das Konzept der DOS, finden auch hier

¹ Im Folgenden verwende ich auch für (weitgehend) m\u00e4nnliche Kontexte immer das generische Femininum.

die Entstehung und Reproduktion gesellschaftlicher Machtverhältnisse und die Verknüpfung der den Prozess prägenden kontextuellen Mechanismen zu wenig Beachtung. Dies ist ein Problem sowohl für die Erstellung von politische Kontextanalysen als auch für strategische Reflexionen, die Bewegungsakteurinnen daraus ableiten.

In diesem Beitrag soll daher aufgezeigt werden, wie die Cultural Political Economy (CPE) eine sinnvolle Ergänzung zu bereits etablierten Ansätzen in der Bewegungsforschung darstellen kann, um Deutungskämpfe zu analysieren. Aufbauend auf dem strategisch-relationalen Ansatz und der Staatstheorie von Bob Jessop (vgl. Jessop 1990, 2006) ist das Anliegen der von Ngai-Ling Sum und Jessop ausgearbeiteten CPE, die Herausbildung von (Gegen-)Hegemonien zu erklären und dabei in die Analyse sowohl semiotische (kulturellek) als auch extra-semiotische (materiellek) Faktoren mit einzubeziehen (Sum/Jessop 2013: 23, 203). Dafür unterscheidet sie vier Formen der kontextspezifischen Selektivität, die die Verbreitung von politischen Projekten und der mit ihnen verknüpften Frames ermöglichen, ihre Auswahl und Durchsetzung prägen und ihre Erhaltung und Einschreibung in Institutionen und ihre Reproduktion durch Praxis beeinflussen (Sum 2015: 214): diskursive, technologische (im Foucault'schen Sinne), strukturelle und akteursspezifische Selektivität.

Durch die Übertragung dieser Unterscheidung der vier Selektivitäten auf die Bewegungsforschung wird es möglich, den gesellschaftlichen Kontext von Framing-Prozessen zu erfassen, der die agierenden Akteurinnen unterschiedlich positioniert und ihnen dadurch ungleiche Handlungsmöglichkeiten bereitstellt. Anschaulich gemacht wird die Perspektive durch eine Anwendung auf Deutungskämpfe um die Bearbeitung der Klimakrise. Dem Anliegen dieses Handbuchs folgend soll dadurch ermöglicht werden, diese Kämpfe um Deutungshoheit als eingebettet in gesamtgesellschaftliche Dynamiken und Herrschaftsverhältnisse zu analysieren (Leinius/Vey/Hagemann 2017) – d.h. der strukturellen Konditionierung dieser Prozesse Rechnung zu tragen, ohne Strukturen dabei jedoch als deterministisch zu verstehen und den Blick für Agency und Kontingenz zu verlieren.

2. Die Cultural Political Economy als Forschungsansatz

Als »Gramscianizing Foucault² wird das zentrale theoretischen Vorhaben der CPE beschrieben, für das sowohl auf Foucaults Arbeiten zu diskursiven Praktiken, disziplinierender Normalisierung und zur Gouvernementalität (vgl. Foucault

² Inspiriert ist die CPE dabei unter anderem von den Cultural Studies, betont im Gegensatz zu diesen jedoch die Spezifizität und die extra-semiotische Wirkkraft von politischen und ökonomischen Formen (Jessop/Sum 2013: 67).

2000, 2005), als auch auf Gramscis Hegemonieanalyse (vgl. Gramsci 1991) Bezug genommen wird (Jessop/Sum 2006). Dieses Vorhaben fußt auf der Ontologie und Epistemologie des Critical Realism³, welche Strukturen und gesellschaftlichen Verhältnissen emergente Eigenschaften und Wirkkräfte zuspricht. Diese ergeben sich aus den internen, notwendigen Beziehungen zwischen Zeichen und Ideen (semiotische Dimension) oder aber der Verbindung zwischen gesellschaftlichen Positionen und der Beziehung zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Ressourcen (materielle Dimension) (Archer 1995: 177, 181, 184; Elder-Vass 2010: 157). Durch eine Analyse der »gegenseitige[n] Wechselwirkung und Ko-Evolution der semiotischen *und* der materiellen Eigenschaften gesellschaftlicher Verhältnisse« sollen dabei Rückschlüsse über die Mechanismen der Selektion gewonnen werden, die die Entwicklung und Durchsetzung von Frames prägen (Jessop/Sum 2006 2013: 66).

Diese konditionieren »the movement from social construal to social construction«, d.h. den durch Krisen ausgelösten Prozess der Repolitisierung sedimentierter Diskurse und der Verbreitung neuer Deutungsmuster. Von diesen werden wiederum nur einige als Grundlage für Strategien und politische Initiativen selektiert sowie anschließend durch Einschreibung in Institutionen und den Habitus von Akteurinnen erhalten (Sum/Jessop 2013: 23, 214, 402). Semiosis oder »Sinnmachung« spielt dabei vor allem während der Verbreitung und Selektion von Interpretationen und Visionen eine zentrale Rolle, während extra-semiotische/materielle Mechanismen im Verlauf der Erhaltung und Sedimentierung von Deutungsmustern an Bedeutung gewinnen (ebd.: 24, 403).

Da aus einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Strukturalismus hervorgehend, beschreibt Bob Jessop die CPE als konsistent mit den generellen Anliegen des Poststrukturalismus (Jessop/Sum 2006). Grund dafür sind geteilte Grundannahmen zwischen Critical Realism und Poststrukturalismus bezüglich der Überwindung von Naturalisierungen, Essentialismus, Strukturalismus und Teleologie. Dies ermöglicht laut Hans Pühretmayer den erweiterten Strukturbegriff des Critical Realism produktiv in poststrukturalistische Analysen zu integrieren, um dadurch besser »begründete Aussagen (wie vorläufig und bestreitbar auch immer) über das jeweilige Ausmaß, den jeweiligen Grad der (Kombination von) Kontingenz und Notwendigkeit in einer bestimmten gesellschaftlichen Situation und damit über (Un-)Möglichkeiten jeweils spezifischer Politikformen zu treffen« (Pühretmayer 2010: 22-23).

³ Zur weiteren Einführung in den Critical Realism siehe Sayer (2000).

⁴ Deutschsprachiger Begriff im Originaltext.

3. Forschungspraxis: Das Konzept der vier Selektivitäten und seine empirische Anwendung auf Deutungskämpfe in der Klimapolitik

Im Folgenden analysiere ich exemplarisch den Kontext von Deutungskämpfen im Bereich der deutschen Klimapolitik. Die Frage danach, wie auf die Herausforderungen der multiplen Klimakrise (vgl. Krams 2018) reagiert werden soll, stellt aktuell eine der zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen dar. Ob durch Aktionen massenhaften zivilen Ungehorsams für einen sofortigen Kohleausstieg wie bei Ende Gelände, Besetzungen wie bei der Rettung des Hambacher Waldes, oder die Schülerinnendemonstrationen von >Fridays for Future <: Die Klimabewegung interveniert in diese Debatte und macht dabei die Perspektive der Klimagerechtigkeit stark, die den Klimawandel als notwendigerweise eingebettet in gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse betrachtet. Sie stößt bei dieser Bedeutungszuschreibung jedoch auf erheblichen Widerstand. Nachfolgend zeige ich mithilfe des Konzepts der vier Selektivitäten auf, wodurch in diesem Feld u.a. die ungleichen Möglichkeitsbedingungen geschaffen werden, unter denen die Deutungskämpfe um die Klimakrise stattfinden: (1) der hegemoniale Diskurs in der deutschen wie internationalen Klimapolitik (diskursive Selektivität), (2) verinnerlichte Interpretationsschemata und Wissensstrukturen sowie journalistische Routinen (technologische Selektivität), (3) ein institutionell abgesichertes kapitalistisches gesellschaftliches Naturverhältnis (strukturelle Selektivität), wie auch (4) der ungleiche Zugang von im Politikfeld agierenden Akteurinnen zu Machtressourcen und ihre Fähigkeit zur strategischen Kalkulation (akteursspezifische Selektivität).

In den nachfolgenden Abschnitten wird zunächst in die Wirkweise der vorgestellten Selektivität eingeführt, diese dann anhand des Fallbeispiels exemplifiziert und abschließend Hinweise auf methodische Ansätze für eine vertiefende Analyse gegeben.

3.1 Diskursive Selektivität

Wie sind Diskurse und Artikulationen innerhalb eines diskursiven Feldes relational fixiert? Was ist in diesem Feld sagbar und durch wen? Diese Fragen weisen auf die Funktionsweise von diskursiver Selektivität in Deutungskämpfen hin: Nur diejenigen Frames, die Resonanz mit den gelebten Erfahrungen und Erzählungen von Entscheidungsträgerinnen oder bedeutsamen Bevölkerungsschichten sowie mit den dominanten und institutionalisierten Diskursen in einem politischen Feld aufweisen, werden innerhalb des Feldes als plausibel und die damit verknüpften Strategien als praktikabel erachtet und können über die Massenmedien erfolgreich in der Öffentlichkeit Verbreitung finden (Sum/Jessop 2013: 205, 404). Darüber hinaus beeinflusst diskursive Selektivität die Positionierung von Subjek-

ten in spezifischen Situationen: Sie prägt, wer überhaupt als agierendes Subjekt begriffen wird, also als jemand, der die Autorität besitzt, Ereignisse zu deuten und ihnen in den Massenmedien Bedeutung zuzusprechen und sie zu interpretieren (ebd.: 215).

Im Anwendungsfall der deutschen Klimapolitik setzt sich der hegemoniale Diskurs insbesondere aus den Forderungen nach wirtschaftlichem Wachstum, ökologisch-technischer Modernisierung sowie der Regulierung durch Marktmechanismen zusammen und wird als »Neoliberalisierung des Klimas« (Bedall 2014: 4) oder als »ökologische Modernisierung« (Sander 2016a: 71) charakterisiert. Aspekte und Äußerungen, die sich in die Struktur dieses Diskurses nicht einfügen lassen, oder gar dessen zugrundeliegende Annahmen in Frage stellen, werden ausgeschlossen oder marginalisiert (Bedall 2014: 133). Dazu gehört die von der Klimagerechtigkeitsbewegung geäußerte Kritik an auf Marktmechanismen basierenden Lösungsstrategien, der Verweis auf die katastrophalen sozial-ökologischen Auswirkungen der Klimakrise sowie die globalen Ungerechtigkeiten, die durch die Art ihrer Bearbeitung verschärft werden (ebd.; Sander 2016c; Brand/ Görg 2003). Zum anderen beeinflusst die diskursive Selektivität, wer Frames artikulieren kann und damit Gehör findet: Um nicht von Verhandlungen wie den internationalen Klimakonferenzen ausgeschlossen zu werden und den Status im öffentlichen Diskurs einzubüßen, passen NGOs ihr Framing oftmals an die hegemonialen Artikulationen an, akzeptieren also die Regeln des Diskurses und reproduzieren ihn somit (Bedall 2014: 134f.).

Mit einer Foucault'schen Diskurs- und Dispositivanalyse können bestimmte Aspekte diskursiver Selektivität, wie die Architektur semantischer Felder, untersucht werden (Jäger/Maier 2016). Eine Kritische Diskursanalyse ermöglicht es, sich darüber hinaus verstärkt der selektiven Wirkmächtigkeit von Diskursen zu widmen (Sum/Jessop 2013: 216; Fairclough 2003).

3.2 Technologische Selektivität

Technologische Selektivität leitet sich aus Foucaults Gouvernementalitäts-Ansatz ab und beschreibt, wie »disciplinary, normalising and governmental technologies« die Formierung sowie Klassifizierung von Objekten und Subjektivitäten prägen (Sum/Jessop 2013: 205). Dieser Mechanismus steht für die disziplinierende und damit selektierende Wirkung durch die »Verinnerlichung machtbewährter Normen« und Rationalitäten des Regierens sowie die Sedimentierung von Wissensbeständen (Gessmann 2011: 25). Diese disziplinieren Verhalten, normalisieren Urteile, verfestigen Interpretationsschemata und beeinflussen damit die Offenheit für bestimmte Frames (Sum/Jessop 2013: 222). So prägen beispielsweise Apparate wie journalistische Normen und Standards als »Mikrotechnologien der Macht das Rollenverständnis und die Praxis von Journalistinnen. Sie beeinflus-

sen u.a. die Auswahl von Informationsquellen basierend auf Einschätzungen bezüglich Einfluss, Repräsentanz und Spektakularität sowie das Zusprechen von Expertise gegenüber politischen Akteurinnen und damit das Potential der Verbreitung ihrer Frames über Massenmedien in entscheidendem Maße (Ferree et al. 2002: 87f.).

In den Deutungskämpfen um die deutsche Klimapolitik identifiziert die Bewegung für Klimagerechtigkeit Strukturprobleme kapitalistischer Gesellschaften, wie Profitlogik und Wachstumszwang, als Ursachen der Klimakrise (Sander 2016c: 10) und propagiert als Lösungsstrategie deren Überwindung. Die Umsetzung eines so grundlegenden Wandels, wie ihn die Bewegung anstrebt, gestaltet sich jedoch auch aufgrund einer weit verbreiteten kapitalistischen »mentalen Infrastruktur« (Welzer 2011: 14), die als technologische Selektivität wirkt, als äußerst schwierig. Diese mentale Infrastruktur kommt im Konfliktfeld durch tief sedimentierten, normalisierten und alltäglich reproduzierten »Produktions- und Konsumnormen, gesellschaftliche Interessen [sowie] hegemoniale und marginale Wertorientierungen« zum Ausdruck (Brand/Wissen 2013: 694, Übersetzung durch den Autor; Brand/Wissen 2017: 44). Sie beeinflussen nicht nur Interpretationsschemata und Handlungsroutinen der breiten Bevölkerung, sondern auch die von Politikerinnen und von Akteurinnen in den Medien (Brand/Wissen 2013: 700). So sprachen Journalistinnen und Redakteurinnen - geprägt von internalisierten Normen und Routinen - in der Berichterstattung über die internationalen Klimakonferenzen denjenigen Akteurinnen >Standing< zu, die sich mit ihrem Framing in den neoliberalen Interpretationsrahmen integrieren ließen und nicht seine zugrundeliegende Logik in Frage stellten (Korte 2011: 204). Mareike Korte zeigt auf, wie während des Klimagipfels in Kopenhagen in den Medien lediglich über die Form der Proteste, nicht jedoch über die durch sie transportierte Kritik an den Gipfelverhandlungen berichtet wurde (ebd.: 187). Eine inhaltliche Expertise wurde Bewegungsakteurinnen dadurch abgesprochen und der Protest auf ein medienwirksames Spektakel reduziert. Die Wirkkraft hegemonialer Interpretationsmuster zeigte sich laut Hendrik Sander auch in der Berichterstattung über die Klimaverhandlungen in Paris. Er argumentiert, dass durch die Darstellung der Verhandlungen in den Medien als großer Erfolg, der Protest dagegen und die geäußerte Kritik an den Ergebnissen delegitimiert und nicht über die Medien transportiert wurden (Sander 2016c: 29). Durch diese Abwertung in ihrem >Standing war es für Akteurinnen der Bewegung für Klimagerechtigkeit schwer bis unmöglich, ihre Frames über die Massenmedien zu verbreiten.

Ein genaueres Verständnis der kontextspezifischen Wirkweise technologischer Selektivität lässt sich etwa durch eine ›Genealogie der Subjektivierung« gewinnen. Dem Foucault'schen Prinzip der ›aufsteigenden Analyse« folgend, soll dabei ausgehend von kleinen (Selbst-)Steuerungsmechanismen – wie etwa dem genannten journalistischen Zusprechen von Status und Expertise – herausge-

arbeitet werden, wie diese von jeweils allgemeineren Machtmechanismen und Herrschaftsformen – etwa gesellschaftlichen Normvorstellungen oder Hierarchisierungen nach Geschlecht, Klasse, Nationalität – geformt wurden und werden (Bröckling 2007: 42). Auf diese Weise sollen Rückschlüsse über die historisch spezifische Konfiguration eines Subjektivierungsprogrammes gewonnen werden, indem man »die Kräfteverhältnisse [seziert], aus deren Konfrontation sie entsteht, die Wissensbestände und Technologien, auf die sie zurückgreift, die Ratio, der sie ihre Akzeptabilität verdankt, schließlich die Widerstände, die sie produziert und von denen sie provoziert wird« (Bröckling 2007: 45).

3.3 Strukturelle Selektivität

Strukturelle Selektivität wurzelt in gesamtgesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen und sozialen Machtbeziehungen, welche sich durch vorausgegangene Auseinandersetzungen in Form von sedimentierten Diskursen, gesellschaftlichen Positionengefügen und konsolidierten Praktiken in der institutionellen Ordnung materialisiert haben. Strukturelle Selektivität beeinflusst Deutungskämpfe durch die Ausübung von asymmetrischen Einschränkungen auf 'frame sponsorss' und Framing-Koalitionen. Wenn ein Frame sowie die dahinterliegenden Strategien und Interessen, derer er ein Teil ist, sich in die institutionelle Ordnung und ihre Regeln einfügen lassen, wird er von politischen Entscheidungsträgerinnen gegenüber Frames, die die hegemoniale Ordnung herausfordern, bevorzugt werden. Strukturelle Selektivitäten beeinflussen auf diese Weise insbesondere, welche Frames Chancen haben, sich in das Institutionengefüge einzuschreiben, neue Organisationsformen und Routinen herauszubilden und durch die Integration in den Habitus von Akteurinnen verkörpert zu werden (Sum/Jessop 2013: 36).

In den Deutungskämpfen um eine adäquate Bearbeitung der Klimakrise entfaltet der Mechanismus der *strukturellen Selektivität* Wirkung, indem bestimmte Interessen, Strategien bezüglich Produktion und Konsumption, Wissensformationen sowie Interpretationen bezüglich der Klimakrise gegenüber anderen bevorzugt werden (Brand/Wissen 2011: 92). Besonders relevant in diesem Politikfeld ist die Art und Weise des materiellen Austauschs mit der Natur und wie sie sich in den konkreten institutionellen Arrangements materialisiert. Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen nimmt die Beziehung zwischen Gesellschaft und Natur die Form der Dominanz an: Dies beinhaltet die (fast) uneingeschränkte Ausbeutung und Zerstörung der Natur und ihre Unterordnung unter die kapitalistische Mehrwertproduktion (Sander 2016a: 44; Görg 2003: 101; Brand/Görg 2003: 46). Der Staat sichert dabei die vielschichtigen gesellschaftlichen Naturverhältnisse institutionell ab (Brand/Wissen 2013: 694). Dazu reguliert er zum einen

⁵ Diejenigen Akteur*innen, die bestimmte Frames artikulieren und unterstützen.

mithilfe von Marktmechanismen den Zugang zu und den Verbrauch von fossilen Ressourcen. Zum anderen nimmt er sich zumindest symbolisch dem Problem steigender Treibhausgasemissionen an, um dadurch Konfliktpotential zu reduzieren (Bedall 2014: 123; Brunnengräber 2008: 32). Frames, die andere, nicht-kapitalistische Ansätze der Regulierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse propagieren und nicht bereits institutionell verankert sind, hätten folglich, auch nachdem sie sich auf diskursiver Ebene behauptet hätten, Schwierigkeiten, sich in Form von Gesetzen, Routinen oder Institutionen zu materialisieren. Im Bereich der Kohlepolitik wird dies dadurch deutlich, dass sich die diskursive Verschiebung hin zu der Forderung nach einem frühen Kohleausstieg vor 2030 nicht in der Gesetzgebung niederschlägt und die Transition massiv verzögert wird (EMNID 2018).

Für eine weitere Vertiefung der Analyse struktureller Selektivität, ließen sich neben den gesellschaftlichen Naturverhältnissen etwa auch die vorherrschende Akkumulationsstrategie und die für Klimapolitik spezifische Struktur der politischen Repräsentation und Entscheidungsfindung in den Blick nehmen und ihre Auswirkung auf die Durchsetzung von Lösungsstrategien und der mit ihnen verknüpften Deutungen analysieren. Eine Möglichkeit, strukturelle Selektivitäten zu erfassen, ist durch eine zunehmend 'dichte Beschreibung von Institutionen und ihrer Funktionsweise, welche die ihnen zugrundeliegenden gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse offenbart und Wirkmechanismen aufdeckt (Sum/Jessop 2013: 42). Sum/Jessop verweisen dabei auf einen 'methodologischen Relationalismus, bei dem die Wechselwirkung zwischen Akteurinnen und Strukturen im Vordergrund steht. Nämlich wie Strukturen sich selektiv auf das strategische Handeln von Akteurinnen auswirken und wie diese wiederum den strategischen Kontext analysieren und Abwägungen treffen und damit existierende Strukturen reproduzieren oder zu ihrer Veränderung beitragen (ebd.: 50).

3.4 Akteursspezifische Selektivität

Akteursspezifische Selektivität bezieht sich auf die unterschiedliche Fähigkeit individueller Akteurinnen oder spezifischer gesellschaftlicher Kräfte, die strukturelle und diskursive Selektivität in einer spezifischen Situation zu analysieren und strategisch auszunutzen. Bezogen auf Framing-Prozesse bedeutet das zum Beispiel, dazu in der Lage zu sein, Gelegenheitsfenster zu erkennen, diese zur Artikulation von Frames zu nutzen und mit diesen Deutungen zu überzeugen (Sum/ Jessop 2013: 64, 68). Abhängig ist diese Fähigkeit von der Position⁶ der Akteurin-

⁶ Die gesellschaftliche Positionierung einer Akteurin wird wiederum durch diskursive und strukturelle Selektivität geprägt. Also davon, wem in einem Diskurs die Autorität zu Sprechen zugesprochen wird sowie von der Verortung in den gesellschaftlichen Verhältnissen (z.B. Geschlechterverhältnis, Klassenverhältnis etc.) (Sum/Jessop (2013: 217).

nen innerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse und dem damit verknüpften Zugang zu Machtressourcen (ebd.: 217). Wer einen Frame konstruiert und verbreitet, beeinflusst damit, wie er sowohl von Medien als auch von politischen Entscheidungsträgerinnen aufgegriffen wird und welche Verbreitung er findet.

Um die gesellschaftliche Einbettung von Framingprozessen in der deutschen Klimapolitik präziser zu erfassen, soll nachfolgend abstrahiert werden, welches die gesellschaftlichen Kräfte oder Hegemonieprojekte⁷ sind, die sich an Auseinandersetzungen um Deutungshoheit beteiligen. Dies ermöglicht anschließend zu bestimmen, auf welche Ressourcen sie zurückgreifen können, um ihre Framing-Strategie an den jeweiligen Kontext anzupassen. Grundsätzlich wird in dem Diskursfeld zwischen zwei Hegemonieprojekten unterschieden: Das braune oder graue Hegemonieprojekt setzt sich aus den vier großen Energiekonzernen, großen Teilen der deutschen Industrie und ihrer assoziierten Institutionen und Thinktanks, der konservativen Presse, den Wirtschaftsflügeln der CDU/CSU, SPD und FDP sowie dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) zusammen (Haas 2016: 368). Diese einflussreichen Akteurinnen eint das Ziel, die fossil-nuklearen Energiekapazitäten optimal auszunutzen, den Elektrizitätspreis insbesondere für industrielle Abnehmerinnen möglichst niedrig zu halten und daher die Energiewende auszubremsen und ihr einen zentralisierteren Charakter zu geben (ebd.). Dem gegenüber positioniert sich das sogenannte grüne Hegemonieprojekt, welches das geteilte Interesse vertritt, eine schnelle Transition des Energiesystems hin zu erneuerbaren Energien in die Wege zu leiten. Involvierte Akteurinnen umfassen die sogenannten grünen Kapitalfraktionen, also Unternehmen im Sektor der erneuerbaren Energien, ihre Lobbyorganisationen, alle großen Umwelt-NGOs, linksliberale Zeitungen, zahlreiche Thinktanks, die Grüne Partei, Teile der Linkspartei, die Umweltflügel der CDU/CSU und SPD sowie das Bundesumweltministerium (BMU) (ebd.). Innerhalb dieses grünen Hegemonieprojekts gibt es hinsichtlich der Klimapolitik eine zweite Konfliktlinie8: Während die Mehrheit des Projekts einen ›grün-kapitalistischen‹ Ansatz verfolgt und auf Marktmechanismen und >grünes Wachstum« vertraut, um die Krise zu lösen, setzt sich die radikal sozial-ökologische Klimagerechtigkeitsbewegung für einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel ein, um die hegemonialen gesellschaftlichen Naturverhältnisse (siehe Abschnitt zu struktureller Selektivität) und die Ungleichheiten, die durch die neoliberale Bearbeitung der Klimakrise produ-

⁷ Der Begriff > Hegemonieprojekt
wird hier in Anlehnung an die Definition von Kannankulam/
Georgi (2014: 64) verwendet, die Hegemonieprojekte als eine Abstraktion und Aggregation bzw.
Verdichtung von Praktiken, Taktiken und Strategien unterschiedlicher Akteurinnen beschreiben,
die jedoch ein gemeinsames Anliegen verfolgen, mit dem sie danach streben, hegemonial zu werden.

⁸ Vgl. auch den methodischen Ansatz von Hans Jonas Gunzelmann in diesem Band.

ziert werden, zu überwinden (Sander 2016b: 416). Auch wenn das graue Projekt an Hegemoniefähigkeit verliert, ist es durch seine tiefe Verankerung in staatlichen Institutionen, dem dadurch ermöglichten Zugang zu Machtressourcen und Status im diskursiven Feld immer noch dazu in der Lage, zentrale Interessen und damit verknüpfte Frames durchzusetzen. Zum Ausdruck kam dies beim Thema Kohleausstieg beispielsweise auch durch den offiziellen Namen der 2018 eingesetzten Kohlekommission, der eindeutig das Framing des grauen Hegemonieprojekts widerspiegelt: »Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung«.

Wie in dem vorausgehenden Abschnitt dargestellt, kann der Wirkweise akteursspezifischer Selektivität nachgegangen werden, indem entlang geteilter Absichten und Interessen die sozialen Kräfte bzw. Hegemonieprojekte identifiziert werden, die in einen Deutungskampf involvierten sind (Kannankulam/ Georgi 2014: 63f.). Darauf aufbauend lässt sich anhand ihrer Positionierung innerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrem Zugang zu Machtressourcen abschätzen, inwieweit sie dazu in der Lage sind, strategische Abwägungen zu treffen und dadurch in einer konkreten Situation einen Unterschied zu machen. Rückschlüsse darauf lassen sich sowohl durch Dokumentanalysen als auch durch Expertinnen-Interviews gewinnen. Vertiefen lässt sich eine solche Analyse, indem die Rolle von einzelnen Schlüsselfiguren für die Durchsetzung von spezifischen politischen Projekten und Frames weiter herausgearbeitet wird (vgl. Plehwe/Walpen/Neunhöffer 2006: 32; Foucault 2005: 288-291; Sum/Jessop 2013: 204).

3.5 Reflexion

Der Mehrwert des Konzepts der kontextspezifischen Selektivitäten für eine poststrukturalistische, machtsensible Perspektive besteht darin, dass es Mechanismen offenbart, mittels derer sich gesamtgesellschaftliche Dynamiken und der politische Herrschaftskontext auf Prozesse der Bedeutungskonstruktion und -festschreibung auswirken. Auf diese Weise lässt sich die Kontingenz einer konkreten Situation und der Grad an Offenheit gesellschaftlicher Entwicklungen gesellschaftstheoretisch präziser bestimmen, als dies mit Konzepten aus der bisherigen Framing-Forschung der Fall ist.

Eine Herausforderung in der Anwendung ist jedoch die Komplexität des konzeptionellen Modells. Zur Erfassung der vier Analysedimensionen und ihrer Interaktion bedarf es unterschiedlicher empirischer Erhebungs- und Auswertungsmethoden, die bei einer umfangreichen Anwendung mit großem Aufwand einhergehen. Als Forschungsstrategie wird dabei oftmals auf eine Critical Grounded Theory verwiesen, der zufolge ausgehend von einem sozialen Problem zunächst analysiert wird, wie und durch wen das Problem diskursiv konstruiert wird. Darauf aufbauend werden theoriegeleitet sogenannte >Proto-Theorien

züglich vermuteter Wirkmechanismen erstellt, die durch Feldforschung überprüft und anschließend überarbeitet werden (Belfrage/Hauf 2017; vgl. Hoddy 2019; Oliver 2012; Kempster/Parry 2014). Das Anwendungsbeispiel in diesem Kapitel zeigt jedoch auf, wie es durch den Rückgriff auf und das in-Beziehung-setzen von bereits bestehender Forschung möglich ist, die Analyse zu verkürzen und so einen ersten Überblick über den zu untersuchenden Fall zu generieren. Im Anschluss daran lässt sich durch vertiefende empirische Erhebungen das Verständnis über einzelne Analysedimensionen und Wirkmechanismen erweitern.

4. Konklusion

In diesem Beitrag wurde das der Cultural Political Economy (CPE) entnommene Konzept der kontextspezifischen Selektivität als produktive Erweiterung zu etablierten Ansätzen in der Bewegungsforschung vorgestellt. Es ermöglicht, die Einbettung von Framing-Prozessen in gesamtgesellschaftliche Dynamiken und Herrschaftsverhältnisse zu analysieren und dadurch besser begründete Aussagen im Hinblick darauf zu treffen, wie der Kontext mittels Mechanismen der Selektion ungleiche Möglichkeitsbedingungen schafft, unter denen Deutungskämpfe in Krisensituationen stattfinden. So wird deutlich, weshalb sich Versuche des radikalen Reframings und der Durchsetzung einer fundamentalen sozial-ökologischen Transformation trotz der sich verschärfenden Klimakrise und eines Aufbrechens des neoliberalen Konsenses innerhalb der Zivilgesellschaft so schwierig gestalten und diese Perspektiven in Deutungskämpfen, insbesondere innerhalb staatlicher Felder, strukturell benachteiligt sind (Bedall 2014: 128-131; Görg/Bedall 2013: 88, 97). Sich dieser durch die Selektivitäten bedingten Beeinflussung von Handlungsspielräumen und Framing-Potentialen bewusst zu werden, hilft dabei, Gegenstrategien, die dem Einfluss der Selektivitäten Rechnung tragen, zu identifizieren und ihr Potential in einem spezifischen Kontext zu evaluieren. Um langfristig erfolgreich zu sein und eine grundlegende sozial-ökologische Transformation zu ermöglichen, müssen diese Strategien darauf abzielen, Selektivitäten zu transformieren und so die Ausgangsbedingungen für zukünftige (Deutungs-) Kämpfe zu verbessern (vgl. Schoppek/Krams 2018).

5. Literatur

Archer, Margaret S. (1995): Realist social theory. The morphogenetic approach, Cambridge: Cambridge University Press.

Bedall, Philip (2014): Climate Justice vs. Klimaneoliberalismus? Klimadiskurse im Spannungsfeld von Hegemonie und Gegen-Hegemonie, Bielefeld: transcript.

- Belfrage, Claes/Hauf, Felix (2017): »The Gentle Art of Retroduction. Critical Realism, Cultural Political Economy and Critical Grounded Theory«, in: Organization Studies 38, S. 251-271.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): »Sozial-Ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse«, in: Alex Demirović/Julia Dück/Florian Becker et al. (Hg.), VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg: VSA, S. 78-93.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2013): »Crisis and continuity of capitalist society-nature relationships. The imperial mode of living and the limits to environmental governance«, in: Review of International Political Economy 20, S. 687-711.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus, München: oekom verlag.
- Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brunnengräber, Achim (2008): »Die Ökonomie des Klimawandels. Sozial-ökologische Lösungsansätze für den Klimaschutz«, in: Ökologisches Wirtschaften, S. 30-33.
- Carragee, Kevin M./Roefs, Wim (2004): »The Neglect of Power in Recent Framing Research«, in: Journal of Communication 54, S. 214-233.
- Elder-Vass, Dave (2010): The causal power of social structures. Emergence, structure and agency, Cambridge: Cambridge University Press.
- EMNID (2018): »Mehrheit der Deutschen gegen Rodung des Hambacher Forsts«, in: Zeit Online. www.zeit.de/gesellschaft/2018-09/zivilgesellschaft-rodung-hambacher-forst-stopp-umfrage. Zugegriffen: 25.09.2018.
- Fairclough, Norman (2003): Analysing discourse. Textual analysis for social research, London, New York: Routledge.
- Ferree, Myra M./Gamson, William A./Gerhards, Jürgen et al. (Hg.) (2002): Shaping abortion discourse. Democracy and the public sphere in Germany and the United States, Cambridge: Cambridge University Press.
- Foucault, Michel (2000): »Die ›Gouvernementalität‹«, in: Ulrich Bröckling (Hg.), Gouvernementalität der Gegenwart, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 41-67.
- Foucault, Michel (2005): »306 Subjekt und Macht«, in: Michel Foucault (Hg.), Schriften. In vier Bänden, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 269-294.
- Gessmann, Martin (2011): »Foucaults Theorie der Macht«, in: Felix Heidenreich (Hg.), Technologien der Macht. Zu Michel Foucaults Staatsverständnis, Baden-Baden: Nomos-Verl., S. 19-37.

- Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Regulation der ökologischen Krise, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Görg, Christoph/Bedall, Philip (2013): »Antagonistische Positionen. Die Climate-Justice-Koalition vor dem Hintergrund der Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse.«, in: Matthias Dietz/Heiko Garrelts (Hg.), Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch, Wiesbaden: Springer VS, S. 75-106.
- Gramsci, Antonio (Hg.) (1991): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe auf Grundlage der [...] Edition von Valentino Gerratana, Hamburg.
- Haas, Tobias (2016): »Die Energiewende unter dem Druck (skalarer) Kräfteverschiebungen«, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 46, S. 365-381.
- Hoddy, Eric T. (2019): »Critical realism in empirical research: employing techniques from grounded theory methodology«, in: International Journal of Social Research Methodology 22, S. 111-124.
- Jäger, Siegfried/Maier, Florentine (2016): »Analysing discourses and dispositives: a Foucauldian approach to theory and methodology«, in: Michael Meyer/Ruth Wodak (Hg.), Methods of critical discourse studies, Los Angeles: Sage, S. 109-136.
- Jessop, Bob (1990): State Theory. Putting the Capitalist State in Its Place, Hoboken: Wiley.
- Jessop, Bob (2006): State Power, Hoboken: Wiley.
- Jessop, Bob/Sum, Ngai-Ling (2006): »Towards a Cultural International Political Economy: Poststructuralism and the Italian School«, in: Marieke de Goede (Hg.), International political economy and poststructural politics, [Place of publication not identified]: Palgrave Macmillan, S. 157-176.
- Jessop, Bob/Sum, Ngai-Ling (2013): »Kulturelle politische Ökonomie und der Regulationsansatz«, in: Roland Atzmüller (Hg.), Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie, Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot, S. 57-89.
- Kannankulam, John/Georgi, Fabian (2014): »Varieties of capitalism or varieties of relationships of forces? Outlines of a historical materialist policy analysis«, in: Capital & Class 38, S. 59-71.
- Kempster, Steve/Parry, Ken (2014): »Critical Realism and Grounded Theory«, in: Steve Vincent/Joe O'Mahoney/Paul K. Edwards (Hg.), Studying Organizations Using Critical Realism A Practical Guide, Oxford: OUP Oxford, S. 86-108.
- Koopmans, Ruud/Olzak, Susan (2004): »Discursive Opportunities and the Evolution of Right-Wing Violence in Germany«, in: American Journal of Sociology 110, S. 198-230.
- Koopmans, Ruud/Stratham, Paul (1999): »Ethnic and Civic Conceptions of Nationhood and the Differential Success of the Extreme Right in Germany and Italy«, in: Marco Giugni/Doug McAdam/Charles Tilly (Hg.), How Social Movements Matter, Minneapolis: University of Minnesota Press, S. 225-252.

- Korte, Mareike (2011): »Der Köder muss dem Fisch schmecken und nicht dem Angler«, in: Achim Brunnengräber (Hg.), Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik, Wiesbaden: Springer VS, S. 187-207.
- Krams, Mathias (2018): »Die Klima- und Vielfachkrise der letzten Dekade: Dynamiken, Wechselwirkungen und Interventionsfelder«, in: Kurswechsel: Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, S. 67-77.
- Leinius, Johanna/Vey, Judith/Hagemann, Ingmar (2017): »Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen. Plädoyer für eine notwendige Blickverschiebung.«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 30, S. 6-20.
- McCammon, Holly (2013): »Discursive Opportunity Structure«, in: David A. Snow (Hg.), The Wiley-Blackwell encyclopedia of social and political movements, Chichester, West Sussex, Malden, MA: Wiley-Blackwell, S. 337.
- Oliver, Carolyn (2012): »Critical Realist Grounded Theory: A New Approach for Social Work Research«, in: British Journal of Social Work 42, S. 371-387.
- Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard/Neunhöffer, Gisela (Hg.) (2006): Neoliberal hegemony. A global critique (= Routledge/RIPE studies in global political economy, Band 18), London.
- Pühretmayer, Hans (2010): »Zur Kombinierbarkeit von Critical Realism und Poststrukturalismus: Eine Reformulierung der Struktur-Handlungs- Frage.«, in: Österreichische Zeitung für Politikwissenschaft (ÖZP) 39, S. 9-26.
- Sander, Hendrik (2016a): Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus? (= Kritische Wissenschaft, Band 1), Berlin: Bertz+Fischer.
- Sander, Hendrik (2016b): »Die Bewegung für Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie in Deutschland«, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 46, S. 403-421.
- Sander, Hendrik (2016c): Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland. Entwicklung und Perspektiven., www.rosalux.de/publikation/id/9303/die-klimagerechtigkeitsbewegung-in-deutschland/vom 19.08.2018.
- Sayer, R. A. (2000): Realism and social science, London, Thousand Oaks, Calif: Sage.
- Schoppek, Dorothea/Krams, Mathias (2018): Challenging Change. Understanding the Role of Strategic Selectivities in Transformative Dynamics. Präsentiert auf der internationalen Konferenz Transition Impossible des Instituts für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit, Wien.
- Snow, David A. (2008): »Elaborating the discursive contexts of framing: discursive fields and spaces«, in: Studies in Symbolic Interaction, S. 3-28.
- Snow, David A./Vliegenthart, Rens/Ketelaars, Pauline (2019): »The Framing Perspective on Social Movements«, in: David A. Snow/Hanspeter Kriesi/Holly J.

- McCammon et al. (Hg.), The Wiley Blackwell companion to social movements, Hoboken, NJ: John Wiley & Sons Inc, S. 392-410.
- Steinberg, Marc W. (1999): »The Talk and Back Talk of Collective Action: A Dialogic Analysis of Repertoires of Discourse among Nineteenth-Century English Cotton Spinners«, in: American Journal of Sociology 105, S. 736-780.
- Sum, Ngai-Ling (2015): »Cultural political economy of competitiveness, competition, and competition policy in Asia«, in: Distinktion: Journal of Social Theory 16. S. 211-228.
- Sum, Ngai-Ling/Jessop, Bob (2013): Towards a cultural political economy. Putting culture in its place in political economy, Cheltenham u.a.: Elgar.
- Vey, Judith (2015): Gegen-hegemoniale Perspektiven. Analyse linker Krisenproteste in Deutschland 2009/2010, Hamburg: VSA.
- Welzer, Harald (2011): Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

Diskursanalyse sozialer Bewegungen

Kernidee und Perspektive des Ansatzes

Im Mittelpunkt des Beitrags steht die Analyse von Deutungskämpfen über Zugehörigkeiten und Grenzen einer sozialen Bewegung. Dadurch wird es möglich, die Machteffekte von Diskursen innerhalb sozialer Bewegungen sichtbar zu machen.

Zentrale theoretische Grundlagen/Arbeiten
Die theoretische Grundlage des Beitrags bilden die Arbeiten Michel Foucaults zum Diskurs als produktive Praxis (u.a. Foucault 1988, 1990, 1995) sowie zu Macht als relationalem Mechanismus, der

Verhalten und Diskurse bedingt (Foucault 1992). Des Weiteren stütze ich mich auf die Analyse der Einbettung von Bewegungsdiskursen im gesellschaftlichen Kontext von Britta Baumgarten und

Peter Ullrich (2016).

Anwendung: Methoden
Der Zusammenhang von Macht und Diskurs wird empirisch mittels einer Kritischen Diskursanalyse (vgl. Jäger 2009) untersucht.

A...... Fallbaiania

Anwendung: Fallbeispiel

Als Datengrundlage dienen Interviews mit Aktivist*innen der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung. Dabei wird deutlich, dass in der Bewegung zwei Diskurse um Deutungshoheit über die Grenzen der und die Zugehörigkeiten zur Bewegung ringen.

Anwendung: Beispiele

Peter Ullrich (2008) führt eine Diskursanalyse zu Antisemitismus in der deutschen und britischen Linken durch, die auf ähnlichen theoretischen Prämissen beruht.

Diskurse, Konflikte und Macht

Eine Foucault'sche Perspektive auf Deutungskämpfe in sozialen Bewegungen

Hans Jonas Gunzelmann

1. Einleitung¹

Die Bewegungsforschung als sozialwissenschaftliches Forschungsfeld entwickelte sich in erster Linie aus Studien zur Interaktion zwischen Herausforderern (challengers) und Autoritäten (authorities). Als prominentester Vertreter dieses Ansatzes gilt das Contentious-Politics-Paradigma (McAdam et al. 2001; Tilly/Tarrow 2012). Auch wenn dieses Augenmerk für Konflikte zwischen sozialen Bewegungen und ihren Gegenspielern durchaus relevante Ergebnisse hervorgebracht hat, so ist nicht von der Hand zu weisen, dass die interne Dimension sozialer Bewegungen dabei oft vernachlässigt wurde (vgl. Haug 2013). Forscher*innen nehmen meist andere Aspekte in den Blick: Konfrontationen zwischen Aktivist*innen und Institutionen, der Polizei, oder anderen Akteur*innen oder auch die Fragen, wie soziale Bewegungen gesellschaftlichen Wandel beeinflussen, oder warum Protestwellen aufkommen oder nicht. Folglich erscheinen soziale Bewegungen in der Forschung oft als homogene, geschlossene Akteurinnen mit einem gemeinsamen Ziel, einer geteilten Strategie und Identität, ohne dabei zu beachten, inwieweit diese Aspekte innerhalb einer Bewegung variieren.

Dieser Beitrag reiht sich in eine Serie jüngerer Forschungsarbeiten ein, die das Innenleben sozialer Bewegungen gezielt in den Blick nehmen (z.B. Baumgarten 2016; Daphi 2014; Della Porta/Rucht 2015; Doerr 2018; Haug 2010; Juris 2014; Maeckelbergh 2011; Yates 2015). Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Zugehörigkeit zu sozialen Bewegungen von konkurrierenden Diskursen *innerhalb* von Bewegungen selbst konstruiert wird und welche Macht sie dadurch auswirken.

¹ Für hilfreiche Kommentare zu vorherigen Entwürfen dieses Textes möchte ich mich bei den Herausgeber*innen des Sammelbandes, bei Peter Ullrich, Mathias Krams, Giorgos Venizelos, sowie allen Teilnehmer*innen des Autor*innen-Workshops bedanken.

Bisherige Forschung zu Framing (Benford/Snow 2000; Johnston/Noakes 2005) und Narrativen (Benford 2002; Davis 2002; Polletta 2006) beschäftigt sich zwar mit der Resonanz von Bewegungsdiskursen in der Öffentlichkeit, jedoch kaum mit deren Produktion und Artikulation im Inneren der Bewegung selbst. Ziel dieses Beitrags ist es, Vorschläge zu machen, wie diese Forschungslücke zu schließen ist. Dabei stütze ich mich auf den Diskurs- und Machtbegriff von Michel Foucault, sowie auf die Arbeiten von Britta Baumgarten und Peter Ullrich (2016) und Peter Ullrich und Reiner Keller (2014).

Diskursanalyse ist nicht nur ein Mittel, um Bruchlinien und Deutungskämpfe innerhalb sozialer Bewegungen zu erfassen, sondern stellt *Macht* als analytische Kategorie in den Mittelpunkt. Obwohl der Machtbegriff² zentral in den Sozialwissenschaften ist, stellen Donatella Della Porta und Dieter Rucht (2015: 2) fest, dass er in der Bewegungsforschung wenig Aufmerksamkeit erhält und selten als empirische Analysekategorie verwendet wird. Die Autor*innen führen als Beispiel an, dass Sidney Tarrows »Power in Movement« (2011) trotz seines Titels nur die Macht von Bewegungen gegenüber ihrer Gegenspieler*innen, nicht aber Macht *in* Bewegungen behandele. Darüber hinaus konstatieren Della Porta und Rucht, dass soziale Bewegungen als »open, participatory and decentralized, and therefore relatively free from considerations and problems of internal power« (2015: 2) idealisiert werden: sie symbolisierten Widerstand und Emanzipation, wohingegen Macht generell eher als negativ und oppressiv dargestellt werde.

Diese Sichtweise steht im Gegensatz zu Studien, die hervorheben, dass Macht durchaus auch in sozialen Bewegungen vorhanden ist. Feministische (Bewegungs-)forschung im Besonderen betont:

»gender hierarchy is so persistent that, even in movements that purport to be gender-inclusive, the mobilization, leadership patterns, strategies, ideologies, and even the outcomes of social movements are gendered.« (Taylor 1999: 8-9)

Folglich ist es nötig, Macht und Machtverhältnisse sowie deren Reproduktion und Transformation in den Blick zu nehmen. Wie an anderer Stelle bereits explizit gemacht wurde, sind soziale Bewegungen aus poststrukturalistischer Perspektive nicht als neutrale Sphären zu verstehen, sondern von internen Kämpfen um Hegemonie geprägt (Leinius et al. 2017: 13). Diese Auseinandersetzungen sind in erster Linie als Deutungskämpfe um Identität, Grenzen, Ziele, Strategien und Organisation der Bewegung zu verstehen. Anstatt diese als gegeben vorauszusetzen, zeige ich, wie diese grundlegenden Elemente sozialer Bewegungen diskursiv und relational produziert werden.

² Foucault (1992: 32) bezeichnet als Macht all jene Mechanismen, »die in der Lage scheinen, Verhalten oder Diskurse zu induzieren«. Siehe dazu insbesondere Abschnitt 2.3.

Im nächsten Abschnitt stelle ich vor, wie ich die Konzepte Diskurs, Konflikt und Macht nutze, um die die interne Dimension sozialer Bewegungen theoretisch als diskursives Feld zu beschreiben. Außerdem greife ich auf Foucault zurück, um die Verschränkungen zwischen Macht und Diskurs sowie zwischen Gesellschaft und sozialer Bewegung darzustellen. Im dritten Teil des Beitrags zeige ich am Beispiel der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung, wie diese Konzeptualisierung empirisch angewandt werden kann.

2. Begrifflicher Rahmen: Diskurse, Konflikte und Macht in sozialen Bewegungen

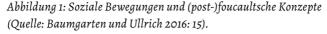
2.1 Soziale Bewegungen als diskursive Felder

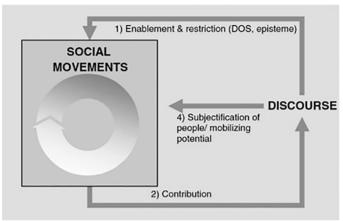
Um die konfliktive Konstitution sozialer Bewegungen in den Blick zu nehmen, bedarf es einer Analyse ihrer Diskurse (Leinius/Vey/Hagemann 2017). Nach Foucault (1981: 74) sind Diskurse allerdings nicht »als Gesamtheit von Zeichen« zu verstehen, »sondern als Praktiken zu behandeln, die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen«. Es geht hierbei also um Sprechweisen, die nach bestimmten Regeln und Normen gebildet werden und in gewisser Regelmäßigkeit auftreten (Link 1983: 30).

Soziale Bewegungen sind keine Echokammern, sondern stehen in Verbindung mit anderen Diskursarenen. Daher sind Diskurse innerhalb von Bewegungen nicht unabhängig von denen in der öffentlichen Debatte. Baumgarten und Ullrich (2016) unterscheiden dabei vier Prozesse (Abbildung 1): Erstens sind gesamtgesellschaftliche Diskurse gleichzeitig Voraussetzung und Grenze des Sag- und Denkbaren in sozialen Bewegungen. Zweitens sind soziale Bewegungen jedoch keine passiven Rezipientinnen von gesamtgesellschaftlichen Diskursen, sondern aktiv an deren Produktion beteiligt. Drittens stellen soziale Bewegungen ein eigenständiges Diskursfeld dar: Sie schaffen Wissen sowie eigene Normen und Regeln, was in der Bewegung gesagt werden kann und was nicht – auch wenn diese Normen und Regeln ständig umkämpft sind.³ Viertens beeinflussen gesamt-

³ Ullrich und Keller (2014: 120) betonen in diesem Kontext, dass aus dieser Sicht soziale Bewegungen eine eigene Lebenswelt mit eigenen kommunikativen Praxen darstellen, deren Sinn nicht auf eine strategische Funktion reduziert werden kann. Das bedeutet, dass interne Diskurse weder Ausdruck einer strategischen Orientierung noch gesamtgesellschaftlicher Redeweisen sind. Vielmehr besteht ein eigenes Wissensproduktionssystem innerhalb einer Bewegung.

gesellschaftliche Diskurse im Speziellen die grundlegenden Subjektivierungen⁴ aller sozialer Akteur*innen, und damit auch von Aktivist*innen.





Mein Beitrag beschäftigt sich vor allem mit dem dritten Prozess, der in Abbildung 1 nicht nummeriert ist und weder von Ullrich und Keller (2014), noch von Baumgarten und Ullrich (2016) ausführlich besprochen wird. Es handelt sich um die in der Abbildung als kreisförmiger Pfeil dargestellten internen Dynamiken des diskursiven Feldes innerhalb der einzelnen Bewegung. Es besteht der Bedarf, die diskursiven Konflikte innerhalb sozialer Bewegungen empirisch zu untersuchen, um letztlich präzisere theoretische Aussagen über diese internen Kämpfe treffen zu können.

Jedoch muss der erste Schritt darin bestehen, zu ergründen, wie die Grenze (in der Abbildung als Box dargestellt) überhaupt definiert wird: Wie entscheiden Aktivist*innen, wer zur Bewegung gehört, welche Ziele eine Bewegung hat und wie diese erreicht werden sollen? Anstatt diese Aspekte als kennzeichnende Merkmale einer Bewegung vorauszusetzen, fragt eine poststrukturalistische Perspektive danach, wie sie von Aktivist*innen ausgehandelt und temporär fixiert werden. Dabei handelt es sich um einen laufenden Prozess, der aufgrund seiner Umkämpftheit nie ganz abgeschlossen ist, wie ich in meiner Analyse aufzeige.

⁴ Nach Andreas Reckwitz (2017: 125, Herv.i.O.) beschreibt Subjektivierung »den permanenten Prozess, in dem Gesellschaften und Kulturen die Individuen in Subjekte umformen, sie damit zu gesellschaftlich zurechenbaren, auf ihre Weise kompetenten, mit bestimmten Wünschen und Wissensformen ausgestatteten Wesen *machen*«.

2.2 Diskursive Konflikte in sozialen Bewegungen

In einer sozialen Bewegung existieren in der Regel mehrere Diskurse gleichzeitig, die in einer permanenten Auseinandersetzung um die Definitionsmacht innerhalb der Bewegung stehen (siehe z.B. Ullrich 2008). Wie sind solche Konflikte konzeptionell zu fassen? Ich schlage vor, dabei drei Elemente in den Blick zu nehmen.

Erstens erfolgt die Zuschreibung von Subjektpositionen innerhalb der Diskurse, d.h. im Diskurs werden Verschiedenheiten und Übereinstimmungen selbst benannt. Das bedeutet, dass sich Sprecher*innen nicht nur selbst in einer Debatte verorten, sondern sich darüber hinaus gegenseitig benennen: Im »neue[n] Antisemitismusstreit der deutschen Linken« (Haury 2004) beispielsweise bezeichnen Antideutsche ihre Gegner als Antiimperialist*innen und Antiimperialist*innen diese wiederum als Antideutsche. Zweitens gilt es, bei der Analyse konkurrierende und geteilte Narrative und Interpretationsschema in den Blick zu nehmen. Grundlegend sind hier die im vorherigen Abschnitt erwähnten Auseinandersetzungen um Grenzen, Ziele, Strategien und Organisation, also die Konstitution der Bewegung selbst. Drittens soll darauf hingewiesen werden, dass Bewegungsdiskurse immer in sozialer Praxis verwurzelt sind. Wissen ist kein abstraktes. freischwebendes Obiekt, sondern muss durch kommunikative Praxen artikuliert und weitergegeben werden (Baumgarten/Ullrich 2016: 16). Darum muss eine Diskursanalyse auf die interaktive Produktion verschiedener Textsorten wie Flugblätter, Social Media Posts, Reden in Versammlungen etc. Bezug nehmen. Nur wenn ein Diskurs als gegebenenfalls konfliktive Interaktion zwischen handelnden Akteur*innen verstanden wird, ist es möglich, Machtbeziehungen zum Vorschein zu bringen.

Dennoch darf sich eine diskursive Perspektive auf soziale Bewegungen nicht nur auf Konflikte zwischen Aktivist*innen konzentrieren, sondern muss auch in den Blick nehmen, wie diese befriedet werden. Trotz vielfältiger Subjektpositionen und konfliktiver Beziehungen benötigen soziale Bewegungen ein Minimum an Kohärenz, um kollektiv handlungsfähig zu sein. Zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung streben sie danach, Einigkeit zu demonstrieren. Für die Forschungspraxis heißt dies, auch zu erforschen, wie Deutungskämpfe von Aktivist*innen gelöst werden. Dabei gilt es, insbesondere auf Verschränkungen verschiedener Diskurse (Jäger/Jäger 2007: 29) zu achten, d.h. auf geteilte Interpretationsschemata und andere Anknüpfungspunkte, die in der Lage sind, Einigkeit herzustellen.

2.3 Macht und Diskurs

Foucault versteht Macht als »viele einzelne, definierbare und definierte Mechanismen, die in der Lage scheinen, Verhalten oder Diskurse zu induzieren« (Foucault 1992: 32). Jedoch ist Macht nicht als Ressource oder Eigenschaft zu verstehen, sondern stets als Beziehung (Foucault 1995: 26-27).⁵ Als Machtbeziehung sind solche zu verstehen, in denen eine Akteur*in das Verhalten oder den Diskurs einer anderen Akteur*in beeinflussen kann.

Eine der zentralen Thesen der Arbeiten Foucaults ist, dass Diskurs und Macht sich gegenseitig konstituieren (ebd.). Zum einen werden Diskurse durch Machtbeziehungen geprägt: Foucault erarbeitet in seinen Werken, wie Diskurse und Praxen über Psychiatrie (Foucault 1988), Sexualität (Foucault 1990) oder Strafvollzug (Foucault 1995) Ausdruck verschiedener Formen gesellschaftlicher Dominanz sind. Zum anderen betont Foucault in diesen Arbeiten, dass Diskurse selbst Macht ausüben, indem sie ihre Gegenstände aktiv produzieren (Foucault 1991: 61). Erst dadurch wird das Sprechen über beispielsweise Formen der Psychopathologie (sowie deren Behandlung) möglich. Diese Folgen von Diskursen sind eben jene »Mechanismen [...] die Verhalten oder Diskurse [...] induzieren« (Foucault 1992: 32) und die Foucault als Macht bezeichnet. In der Analyse von Deutungskämpfen geht es darum, diese Effekte zu isolieren und ihre Wirkungsweise darzustellen. Dabei gilt es jedoch, die komplexe Verschränktheit von sozialer Bewegung und Gesellschaft zu beachten. Zum einen definieren Diskurse die Grenzen des Sag- und Denkbaren in einer Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit (Baumgarten/Ullrich 2016: 14) und schaffen den sozialen Sinn, den es als Grundlage politischen Handelns bedarf. Somit fungieren sie als Herrschaftslegitimation oder -herausforderung (Jäger/Jäger 2007: 19). Zum anderen wirken Diskurse nicht nur Macht auf die Auseinandersetzung zwischen sozialen Bewegungen und ihren Gegenspieler*innen aus. Foucault (1990: 93) betont, dass »power is everywhere, not because it embraces everything, but because it comes from everywhere«. Da Macht allen sozialen Beziehungen innewohnt, ist sie auch in sozialen Bewegungen nie abwesend - es gibt keinen neutralen Raum (oder Zeit), in dem Macht nicht zu vorzufinden ist.

Dennoch sind die Machtbeziehungen innerhalb einer sozialen Bewegung nicht unbedingt identisch mit denen in der Gesamtgesellschaft. Aktivist*innen versuchen, die gesellschaftlichen Machtverhältnisse auszusetzen, zu beschränken oder gar umzukehren, mit dem Ziel, soziale Bewegungen als alternative

⁵ Damit ähnelt Foucaults Machtverständnis dem Webers, der Macht ebenfalls relational »jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen« (Weber 1972: 28) versteht. Allerdings verstehen viele Autor*innen, die sich auf Weber beziehen, Macht als Fähigkeit einer der Akteur*innen dieser Beziehungen (Wallimann et al. 1977).

Räume zu gestalten. 6 Solche Versuche zeigen, dass soziale Bewegungen einen diskursiven Kontext darstellen, der sich zumeist von den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen deutlich unterscheidet. Weiterhin stehen Machtbeziehungen in Verbindung mit Materialität (etwa durch technologische Selektivität, siehe Krams Beitrag in diesem Band). Der Fokus auf Diskurse bedeutet nicht, dass Ressourcen, Entscheidungen, Organisationen und Institutionen keine Rolle spielen. Eine Analyse von Diskursen in sozialen Bewegungen darf diese »micro-physics of power« (Foucault: 1995: 26) nicht außer Acht lassen.

Die hier ausgeführten Konzepte Diskurs, Konflikt und Macht stellen die zentralen Bausteine für die Analyse von Deutungskämpfen in sozialen Bewegungen dar. Als solche sind sie auf ontologischer Ebene formuliert und sollten weniger als Variablen für falsifizierbare Hypothesen verstanden werden, sondern als forschungsleitende Heuristiken. Somit bleiben sie notwendigerweise abstrakt. Schlussendlich sollen sie auch als »sensitzing concepts« (Blumer 1954) verstanden werden, die durch empirische Forschung verfeinert und überarbeitet werden. Im nächsten Abschnitt stelle ich am Beispiel der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung dar, wie eine solche empirische Anwendung dieser drei Begriffe aussehen kann.

Deutungskämpfe in Bewegung: Das Fallbeispiel der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung

3.1 Forschungsprozess der Fallstudie

Die katalanische Unabhängigkeitsbewegung wurde als Fallbeispiel ausgewählt, da Unabhängigkeitsbewegungen oft als einheitliche Akteur*innen dargestellt werden (Gallagher Cunningham 2011, 2014).⁷ Dies spiegelt die Realität allerdings nur bedingt wieder, da die katalanische Unabhängigkeitsbewegung an mindestens zwei Achsen gespalten ist: Zum einen setzt sie sich aus einem linken und einem rechten Flügel zusammen, zum anderen gehören ihr sowohl Parteien als auch außer-institutionelle Akteur*innen an (Crameri 2015). Folglich erscheint die katalanische Unabhängigkeitsbewegung als besonders geeignet, um interne Deutungskämpfe zu beleuchten. Der Forschungsprozess lässt sich in drei Phasen

⁶ Siehe hierzu die Debatte zu *free spaces* (Evans/Boyte 1992; Polletta 1999; für eine Übersicht siehe Krams 2017).

⁷ Rational-Choice-Ansätze konzeptualisieren Unabhängigkeitskämpfe als »Spiel« zwischen einer Bewegung und dem Staat als Akteure (z.B. Griffiths 2015; Hechter 1992; Jenne et al. 2007). Auch medial wird oft das Bild einer geschlossenen Unabhängigkeitsbewegung vermittelt, in internationalen Medien wird der Konflikt sogar oft auf »Katalonien gegen Spanien« reduziert.

(explorativer Feldzugang, Datenerhebung, Datenanalyse) unterteilen, die ich im Folgenden kurz beschreibe.

Das Datenmaterial der Fallstudie habe ich durch ethnografische Methoden, insbesondere qualitative Interviews, in Katalonien im Zeitraum von Mai bis Juli 2018 erhoben. Während soziale Bewegungen von außen betrachtet in der Tat wie homogene Akteure auftreten, erlaubt der ethnografische Blick, Bruchlinien und Konflikte wahrzunehmen: Denn ethnografische Forschung setzt Vertrautheit mit dem Feld sowie seinem Kontext und seiner Geschichte voraus. Diese Kenntnisse sind nötig, um Diskurse und Machtbeziehungen überhaupt erkennen und verstehen zu können. Am Anfang der Datenerhebung stand daher der Versuch, die katalanische Unabhängigkeitsbewegung als Feld zu erfassen. Dabei orientierte ich mich an Vorgehensweisen der Grounded Theory (Charmaz 2006; Glaser 1978; Glaser/Strauss 1967) und nutzte in der explorativen Phase teilnehmende Beobachtung, Expert*inneninterviews und informelle Gespräche mit Aktivist*innen. Diese erste Datengewinnung diente als Grundlage für ein verfeinertes theoretisches Sampling (zur Anwendung von Grounded Theory in der Bewegungsforschung siehe Mattoni 2014).

In der zweiten Phase führte ich 18 semi-strukturierte Interviews mit Aktivist*innen der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung. Bei der Auswahl der Interviewpartner*innen ging es in erster Linie darum, ein möglichst breites Bild der Bewegung zu erhalten, weswegen die wichtigsten Auswahlkriterien Gruppen-bzw. Organisationszugehörigkeit sowie Ort waren – ohne weitere Merkmale wie Alter, Geschlecht, und sozialer Hintergrund zu vernachlässigen. Der Interviewleitfaden bestand dabei aus drei Teilen: erstens, Fragen zur Organisation des Referendums am 1. Oktober 2017, sowie nach den persönlichen Erfahrungen der Interviewten. Zweitens, Fragen zum Innenleben der Gruppen, in denen die Gesprächspartner*innen aktiv waren. Drittens, zwei offene Fragen: warum die Interviewten möchten, dass Katalonien unabhängig werde, und wie dieses Ziel erreicht werden könne. Antworten auf diese Fragen stellen die Datengrundlage für die vorliegende Analyse dar.

In der dritten Phase habe ich die erhobenen Daten nach den Analyseschritten der Kritischen Diskursanalyse (KDA) nach Siegfried Jäger (2009: 174-202) untersucht. Foucault selbst gibt kaum methodische Hinweise, wie seine Begriffe zu benutzen sind und macht seine eigenen Forschungsentscheidungen selten transparent, weswegen sich sein Werk nur bedingt als praktische Anleitung eignet (siehe z.B. Foucault 1991). Die KDA versteht sich als eine solche Ergänzung auf der Grundlage Foucault'scher Begriffe (Jäger/Jäger 2007: 8). Nach Transkription und Archivierung erfolgte eine erste Strukturanalyse, die Themen und Unterthemen der jeweiligen Interviews beschreibt und eine Übersicht über die Daten erstellt. Dabei wurde bereits klar, dass Begründungen für die Unabhängigkeit eine zentrale Rolle einnehmen. Die entsprechenden Diskursfragmente habe ich daraufhin

einer Feinanalyse unterzogen und dabei Häufungen bestimmter Aussagenmuster verschiedener Antworten zu Diskursen zusammengefasst. Die Aussagen dieser Diskurse habe ich wiederum bezüglich Konflikte und Überschneidungen entsprechend der in 2.2 dargelegten Elemente (Zuschreibung von Subjektpositionen, konkurrierende und geteilte Narrative sowie Interpetationsschemata, kommunikative Praxis) analysiert.

Der abschließende Teil, die Analyse, stellte die größte Herausforderung dar. Sie folgte einer interpretativen Analyse, wie diese Diskurse Macht ausüben, d.h. wie sie im Sinne Foucaults »Verhalten oder Diskurse [...] induzieren« (Foucault 1992: 32). Dabei stützte ich mich auf Beispiele, die die Gesprächspartner*innen selbst anführten. Es handelt sich also um keine gesamtheitliche Analyse der Summe der Machtbeziehungen in der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung, sondern um einzelne Machteffekte. Im nächsten Abschnitt stelle ich die Ergebnisse dieser Untersuchung zusammengefasst dar.

3.2 Die Unabhängigkeitsbewegung als diskursives Feld

Meine Analyse hat ergeben, dass innerhalb der Unabhängigkeitsbewegung zwei konkurrierende Diskurse um Bedeutung ringen: Auf der einen Seite ein Diskurs, den ich expressiven Diskurs nenne, und auf der anderen Seite ein instrumenteller Diskurs. Diese beiden Diskurse stützen sich auf unterschiedliche Begründungen, warum Katalonien unabhängig sein soll. Dennoch gehen sie über einfache Argumente hinaus; sie repräsentieren eigenständige Wissenssysteme, die Interpretationsmuster und Narrative bereitstellen. Dabei stehen die beiden Diskurse in einem permanenten Deutungskampf um die Identität der Bewegung.

Der expressive Diskurs innerhalb der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung

Als ich Emma, Mitglied der Assemblea Nacional Catalana (ANC), frage, warum sie möchte, dass Katalonien unabhängig wird, hält sie eine einfache Antwort bereit:

»weil wir anders sind…wir sind anders. Anders heißt nicht besser oder schlechter, aber wir sind anders. Wir haben eine andere Kultur. Wir haben eine andere Sprache, die wir nicht sprechen, um andere zu belästigen.«

Ohne Katalonien oder Spanien explizit zu erwähnen, verdeutlicht dieses Zitat, was Unabhängigkeit für viele Katalan*innen bedeutet: Sie nehmen einen grundlegenden Unterschied zwischen ihrer Gemeinschaft und dem Rest Spaniens wahr. Aus ihrer Sicht besitzt Katalonien eine eigene Kultur, wobei die katalanische Sprache meist als zentrales Merkmal dieser Eigenständigkeit hervorgehoben wird.

Dem Diskurs liegt ein essentialistisches Kulturverständnis zu Grunde, wie das folgende Zitat von Aktivist Lluis verdeutlicht:

»Letztendlich ist eine Person nur dann sie selbst, wenn sie sich so fühlen kann, wie sie fühlt. Und das ist eine persönliche Sache. Niemand kann dir das aufzwingen. Du fühlst dich, wie du dich fühlst. Fühlst du dich Katalanisch oder Deutsch? Das weißt du selbst, oder?«

Aus Lluis' Sicht ist die nationale Identität einer Person unverwechselbar, singulär und kohärent. Er ist auch nicht der einzige Gesprächspartner, der den Spieß umdreht und mich nach meinem Nationalgefühl fragt – aber die Frage ist stets rhetorisch gemeint, es bedarf keiner Antwort. In diesem Diskurs gibt es keine Mehrdeutigkeit, man ist entweder katalanisch oder Spanier*in. Eine zentrale Rolle spielen Emotionen: Wie Lluis' Antwort verdeutlicht, ist die Essenz nationaler Identität nur durch Gefühle zugänglich; man fühlt sich katalanisch statt spanisch.

In der politischen Debatte, aber auch von Aktivist*innen, wird dieser Diskurs oft als identitär bezeichnet. Da Diskurse jedoch stets identitätskonstruierend wirken und die Bezeichnung »identitär« daher irreführend ist, nenne ich den Diskurs *expressiv*, weil es letztlich darum geht, einer über Emotionen und Sprache vermittelten Kultur in einem unabhängigen Staat Ausdruck zu verleihen.

Der instrumentelle Diskurs innerhalb der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung

Katalanische Kultur spielt eine wichtige Rolle im Unabhängigkeitskampf. Dennoch nehmen viele Aktivist*innen keinen Bezug auf sie, wenn ich sie frage, warum Katalonien ein eigener Staat sein soll. Carles beispielsweise erzählt mir, dass

»das Einzige, was dem Staat die Zähne gezeigt hat, dem Regime, der ganzen Scheiße, die jeden Tag weitergeht, die einzige Sache, die alles in Zweifel gezogen hat, war der Unabhängigkeitsprozess...prinzipiell will ich die Unabhängigkeit, weil sie die Dinge besser machen wird...für den Wandel.«

In dieser Aussage ist Unabhängigkeit kein Zweck, sondern ein Mittel des sozialen Wandels, weswegen ich diesen Diskurs als *instrumentell* bezeichne. Carles ist Anarchist und möchte das politische Establishment und den spanischen Staat durch die Unabhängigkeit schwächen oder gar zerstören. Dennoch wäre es irreführend, den progressiven Diskurs als ausschließlich linksradikal zu verstehen. Eine ähnliche Spielart zeigt sich in der Antwort von Enric, einem selbstständigen Spediteur:

»Es ist sehr, sehr, sehr einfach. Weil ich möchte, dass die Zukunft meiner Söhne und Töchter besser wird, als die Zeit, zu der ich lebe.«

Auch wenn Enric nicht die gleichen anti-etatistischen Argumente anführt wie Carles, teilen beide die Hoffnung auf ein besseres politisches System. Enrics Antwort zeigt auch einen prinzipiellen Unterschied zum expressiven Diskurs: Obwohl Enric sich genauso katalanisch fühlt wie Emma oder Lluis, so spielt dieses Gefühl keine Rolle für seinen Aktivismus.

Zwei Diskurse, zwei Bewegungen?

Ergibt es angesichts zweier grundlegend verschiedener Diskurse über die Unabhängigkeit überhaupt Sinn, von einer Bewegung zu sprechen? Bevor ich im nächsten Abschnitt genauer auf die diskursiven Auseinandersetzungen eingehe, sei kurz dargestellt, was die Bewegung letztlich zusammenhält. Dies ist zum einen das gemeinsame Ziel, einen von Spanien unabhängigen Staat in Form einer Republik zu gründen – sozusagen als übergreifender Master Frame (Vilaregut 2010: 261-262; vgl. Snow/Benford 1992). Zum anderen liegt beiden Diskursen das gleiche Interpretationsmuster zugrunde: Die Basis der Diskurse ist ein tiefes Gefühl der Ungerechtigkeit (vgl. Gamson 1992: 39) beziehungsweise der unfairen Behandlung durch den spanischen Staat, wenn sich auch der Charakter dieser Ungerechtigkeit unterscheidet. Für den expressiven Diskurs ist es die Benachteiligung der katalanischen Gemeinschaft gegenüber dem Rest Spaniens, für den instrumentellen Diskurs eine grundlegende Ungleichheit im spanischen Staat.

Diese beiden Interpretationsschemata stellen *Verschränkungen* (Jäger/Jäger 2007: 29) zwischen beiden Diskursen dar, die es erlaubten, Konflikte innerhalb der Bewegung vor dem Referendum am 1. Oktober zu reduzieren. Sie ermöglichen, dass aus verschiedenen Gruppen überhaupt eine Bewegung wurde (zu Prozessen kollektiver Identität siehe Daphi 2017). Die Frage, wer zur Bewegung gehört, klärt sich allerdings nicht durch das geteilte Ziel der Unabhängigkeit oder die wahrgenommene Ungerechtigkeit. Im nächsten Abschnitt zeige ich, dass Zugehörigkeiten durch die beiden Diskurse unterschiedlich festgeschrieben werden.

3.3 Macht in Bewegung: Deutungskämpfe um Zugehörigkeiten

Diskurse üben auf vielfältige Weise Macht aus. In diesem Beitrag beschränke ich mich allerdings auf die Analyse der Konstruktion von Zugehörigkeiten und Grenzziehungen in sozialen Bewegungen und daraus resultierender Machteffekte.

Die zuvor beschriebenen Diskurse mit ihren konkurrierenden Interpretationsmustern und Narrativen stehen in einem Deutungskampf. Dieser zielt auf die grundlegende Frage, worum es bei der Unabhängigkeit geht: um den politischen Ausdruck einer katalanischen Kultur oder um den Wandel hin zu einem besseren politischen System. Diese Auseinandersetzung ist zentral, da es bei ihr nicht nur um Argumente für die Unabhängigkeit geht, sondern um die Definition

der Bewegung selbst. In der Regel funktionieren die beiden Diskurse getrennt voneinander. Die meisten Interviewpartner*innen argumentierten entweder expressiv oder instrumentell. Die beiden Diskurse loten die identitären Grenzen der Unabhängigkeitsbewegung aus. Für den expressiven Diskurs ist die katalanische Kultur Voraussetzung dafür, sich zur Bewegung zugehörig zu fühlen. Dies wird jedoch selten als Vorschrift formuliert und bleibt eher implizit. In der Praxis kommt dies am deutlichsten als Sprachbarriere zum Ausdruck: Die Kommunikation in vielen Versammlungen und Messenger-Kanälen findet auf Katalanisch statt, was eine entscheidende Einschränkung für Zugezogene darstellt.

Im instrumentellen Diskurs wird weniger Wert auf Sprache und Kultur gelegt und Zugehörigkeit wird offener und flexibler definiert. So zum Beispiel bezieht Enric explizit »Leute, die von außen hierher kamen« in die Bewegung mit ein. Dies signalisiert eine inklusivere Identitätskonstruktion als es im expressiven Diskurs der Fall ist. Die Diskurse wirken sich also darauf aus, wer an Versammlungen und Demonstrationen teilnehmen darf, wer bestimmte Rollen innerhalb der Bewegung einnehmen kann und wer ausgeschlossen wird. Aber sie ringen auch miteinander um Zugehörigkeit: Als ich Quim, einen Aktivisten aus Tarragona und Mitglied der Partei Esquerra Republicana de Catalunya frage, wie er glaubt, dass die Unabhängigkeit erreicht werden könne, antwortet er:

»Wir müssen uns bewusst machen, dass wir uns vom identitären Teil [der Bewegung] trennen müssen. Wir können die Unabhängigkeit nicht mit katalanischem Nationalismus erreichen. Katalonien ist muslimisch, Katalonien ist die Sardana [traditioneller Tanz], Katalonien ist belgisches Bier. Ich denke, wir erreichen die Unabhängigkeit, wenn wir uns von dieser Gruppe trennen, die Katalonien auf puristische, identitäre Weise versteht und wenn wir verstehen, dass die Republik offen sein wird, eine Republik für alle.«

Dies ist eine klare Aussage über die Identität und Grenzen der Unabhängigkeitsbewegung. Quim möchte nicht, dass die extremste Version des kulturellen Essentialismus Teil der Bewegung ist. Es ist ein Versuch, darauf Einfluss zu nehmen, wer zur Bewegung gehört und wer nicht.

Diese konkurrierenden Grenzziehungen bezüglich der im Diskurs legitimierten Subjektpositionen spiegeln den Konflikt um den Charakter der Unabhängigkeitsbewegung wider. Festzustellen, inwieweit solche Diskurse über ihre bloße Artikulation Macht ausüben und soziale Praxis anleiten, ist die größte Herausforderung in der Forschungspraxis. Über die diskursive Ebene hinaus lässt sich selten ein kausaler Zusammenhang zweifelsfrei beweisen. Dennoch möchte ich anhand von Beispielen aus den Interviewdaten zwei, auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelte Machteffekte illustrieren.

Zum ersten wirken sich die Diskurse mit ihren unterschiedlichen Definitionen von Zugehörigkeit direkt auf individuelle Partizipation aus. Joana und Xavi beispielsweise gehörten zu den Gründungsmitgliedern eines Comités de Defensa del Referèndum (kurz CDR, Kommittees zur Verteidigung des Referendums)⁸ in einer mittelgroßen Stadt in der Nähe Barcelonas. Unabhängig voneinander berichten sie mir in den Interviews, wie sich nach dem Referendum der Diskurs innerhalb der Gruppe vom Recht auf Selbstbestimmung zunehmend zur Abspaltung verschob. Damit einhergehend gewannen auch expressive Argumente die Oberhand, weswegen beide die Gruppe verließen. Dieses Beispiel demonstriert, wie sich Diskurse in Gruppenzusammensetzungen niederschlagen und Bewegungszugehörigkeiten entscheidend beeinflussen können.

Eng verbunden damit ist der zweite Machtmechanismus: Die beiden Diskurse schreiben sich in die verschiedenen Gruppen der Bewegung ein und prägen deren Organisationsformen, Identität und Praxen. Aktivist*innen der CDR, aber auch der linken Partei CUP (Candidatura d'Unitat Popular) betonen in den Interviews immer wieder, dass es nötig ist, die Unabhängigkeit mit anderen (z.B. feministischen, anti-rassistischen, kapitalismuskritischen) Forderungen zu verbinden. Das Motto der Organisation Òmnium Cultural hingegen lautet »Llengua, cultura, país« (Sprache, Kultur, Land) und verweist direkt auf den expressiven Diskurs. Diese organisatorischen Einschreibungen schlagen sich aber auch in konkreten strategischen Praxen nieder, zum Beispiel die landesweite Kampagne Ömnium Culturals »Lluites Compartides« (geteilte Kämpfe), die explizit Verknüpfungen mit anderen Bewegungen sucht - was eher dem instrumentellen Diskurs entspräche. Alex, einer der Mitarbeiter berichtet von internen Widerständen bei der Organisation der Kampagne. Eine andere Aktivistin bestätigt dies indirekt, als sie erwähnt, dass ihr Stadtteil nur ein Minimum zur Kampagne beigetragen habe, weil sie ihnen nicht »zentral genug« erschien. Kampagnen oder andere Aktionen, die nicht dem in einer Gruppe dominanten Diskurs entsprechen, sind also schwieriger durchzusetzen.

Diese beiden Machteffekte sind Beispiele, wie Diskurse innerhalb sozialer Bewegungen Praxen beeinflussen und sich in Partizipation, Organisation und Strategie niederschlagen. Dabei handelt sich um keine vollständige Liste solcher Effekte, sondern nur um einen ersten Schritt, solche und deren Wirkungsmechanismen weiter zu spezifizieren.

⁸ Angelehnt an die kubanischen Komitees zur Verteidigung der Revolution (Comités de Defensa de la Revolución).

4. Zusammenfassung

In diesem Beitrag habe ich das Innenleben sozialer Bewegungen mithilfe der Begriffe Diskurs, Konflikt und Macht beleuchtet. Zu diesem Zweck habe ich 18 qualitative Interviews mit Aktivist*innen der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung geführt. Diese Daten habe ich einer Kritischen Diskursanalyse (KDA) unterzogen, um diskursive Konflikte und Bruchlinien innerhalb der Bewegung zu erfassen. Dabei hat sich gezeigt, dass die katalanische Unabhängigkeitsbewegung zwischen einem expressiven Diskurs auf der einen und einem instrumentellen Diskurs auf der anderen Seite gespalten ist. Die beiden Diskurse stehen in einem Deutungskampf darum, wer überhaupt zur Bewegung gehört. Während der expressive Diskurs Zugehörigkeit kulturell und sprachlich definiert, versteht der instrumentelle Diskurs die Grenzen der Bewegung offener und inklusiver. Das zentrale Argument des Beitrags ist folglich, dass die Identitäten, Grenzen, Ziele und Strategien sozialer Bewegungen nur durch diskursive Auseinandersetzungen unter Aktivist*innen zustande kommen. Ich habe gezeigt, wie individuelle Partizipation und organisatorische Strategien in der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung von diesen diskursiven Auseinandersetzungen beeinflusst werden. Der Mehrwert einer solchen Foucault'schen Perspektive für die Bewegungsforschung besteht also darin, die Macht von Diskursen innerhalb sozialer Bewegungen sichtbar zu machen.

5. Literatur

- Baumgarten, Britta (2016): »Time to Get Re-Organized! The Structure of the Portuguese Anti-Austerity Protests«, in: Landon E. Hancock (Hg.), Research in Social Movements: Conflicts and Change, Bingley: Emerald Group Publishing, S. 155-187.
- Baumgarten, Britta/Ullrich, Peter (2016): »Discourse, Power, and Governmentality. Social Movement Research with and beyond Foucault«, in: Jochen Roose/Hella Dietz (Hg.), Social Theory and Social Movements, Wiesbaden: Springer, S. 13-38.
- Benford, Robert D. (2002): »Controlling Narratives and Narratives as Control within Social Movements«, in: Joseph E. Davis (Hg.), Stories of change: narrative and social movements, Albany: State University of New York Press, S. 53-75.
- Benford, Robert D./Snow, David A. (2000): »Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment«, in: Annual Review of Sociology 26 (1), S. 611-639.
- Blumer, Herbert (1954): »What's wrong with social theory?«, in: American Sociological Review 19 (1), S. 3-10.

- Charmaz, Kathy (2006): Constructing grounded theory, Los Angeles: SAGE.
- Crameri, Kathryn (2015): »Political Power and Civil Counterpower: The Complex Dynamics of the Catalan Independence Movement«, in: Nationalism and Ethnic Politics 21 (1), S. 104-120.
- Daphi, Priska (2014): »Movement Space: A Cultural Approach«, in: Britta Baumgarten/Priska Daphi/Peter Ullrich (Hg.), Conceptualizing culture in social movement research, Houndmills u.a.: Palgrave Macmillan, S. 165-185.
- Daphi, Priska (2017): Becoming a movement: identity, narrative and memory in the European global justice movement, London/New York: Rowman & Little-field International.
- Davis, Joseph E. (2002): »Narrative and Social Movements. The Power of Stories«, in: ders. (Hg.), Stories of change: narrative and social movements, Albany: State University of New York Press, S. 3-29.
- Della Porta, Donatella/Rucht, Dieter (Hg.) (2015): Meeting democracy: Power and deliberation in global justice movements, Cambridge: Cambridge University Press.
- Doerr, Nicole (2018): Political Translation: How Social Movement Democracies Survive, Cambridge: Cambridge University Press.
- Evans, Sara M./Boyte, Harry C. (1992): Free Spaces. The sources of democratic change in America, Chicago: University of Chicago Press.
- Foucault, Michel (1981): Archäologie des Wissens, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1988): Madness and Civilization: A History of Insanity in the Age of Reason, New York: Vintage Books.
- Foucault, Michel (1990): The History of Sexuality, New York: Vintage Books.
- Foucault, Michel (1991): Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Foucault, Michel (1992): Was ist Kritik? Berlin: Merve-Verlag.
- Foucault, Michel (1995): Discipline and Punish: The Birth of the Prison, New York: Vintage Books.
- Gallagher Cunningham, Kathleen (2011): »Divide and Conquer or Divide and Concede: How Do States Respond to Internally Divided Separatists?«, in: American Political Science Review 105 (2), S. 275-297.
- Gallagher Cunningham, Kathleen (2014): Inside the politics of self-determination, Oxford: Oxford University Press.
- Gamson, William A. (1992): Talking politics, Cambridge: Cambridge University Press.
- Glaser, Barney G. (1978): Theoretical Sensitivity: Advances in the Methodology of Grounded Theory, Mill Valley: Sociology Press.
- Glaser, Barney G./Strauss, Anselm L. (1967): The Discovery of Grounded Theory: Strategies for Qualitative Research, Chicago: Aldine.

- Griffiths, Ryan D. (2015): »Between Dissolution and Blood: How Administrative Lines and Categories Shape Secessionist Outcomes«, in: International Organization 69 (3), S. 731-751.
- Haug, Christoph (2010): Discursive Decision-making in Meetings of the Global Justice Movement: Cultures and Practices. Unveröffentlichte Dissertation, Freie Universität Berlin.
- Haug, Christoph (2013): »Organizing Spaces: Meeting Arenas as a Social Movement Infrastructure between Organization, Network, and Institution«, in: Organization Studies 34 (5-6), S. 705-732.
- Haury, Thomas (2004): Der neue Antisemitismusstreit der deutschen Linken, in: Doron Rabinovici/Ulrich Speck/Natan Sznaider (Hg.), Neuer Antisemitismus? eine globale Debatte, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hechter, Michael (1992): »The Dynamics of Secession«, in: Acta Sociologica 35 (4), S. 267-283.
- Jäger, Margret/Jäger, Siegfried (2007): Deutungskämpfe: Theorie und Praxis kritischer Diskursanalyse, Wiesbaden: Springer VS.
- Jäger, Siegfried (2009): Kritische Diskursanalyse: eine Einführung, Münster: Unrast-Verlag.
- Jenne, Erin K./Saideman, Stephen M./Lowe, Will (2007): »Separatism as a Bargaining Posture: The Role of Leverage in Minority Radicalization«, in: Journal of Peace Research 44 (5), S. 539-558.
- Johnston, Hank/Noakes, John A. (Hg.) (2005): Frames of protest: social movements and the framing perspective, Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.
- Juris, Jeffrey S. (2014): »Embodying Protest: Culture and Performance within Social Movements«, in: Britta Baumgarten/Priska Daphi/Peter Ullrich (Hg.), Conceptualizing culture in social movement research, Houndmills u.a.: Palgrave Macmillan, S. 227-250.
- Krams, Mathias (2017): »Claiming Autonomous Spaces in El Alto, Bolivia: Challenging Injustices from the Grass Roots in a Conflict over Public Transport in District 3«, in: IReflect Student Journal of International Relations 4 (S1), S. 117-134.
- Leinius, Johanna/Vey, Judith/Hagemann, Ingmar (2017): »Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegung. Plädoyer für eine notwendige Blickverschiebung«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 30 (4), S: 6-20.
- Link, Jürgen (1983): »Was ist und bringt Diskurstaktik«, in: kulturRRevolution Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie 2, S. 60-66.
- Maeckelbergh, Marianne (2011): »Doing is Believing: Prefiguration as Strategic Practice in the Alterglobalization Movement«, in: Social Movement Studies 10 (1), S. 1-20.

- Mattoni, Alice (2014): "The Potentials of Grounded Theory in the Study of Social Movements", in: Donatella Della Porta (Hg.), Methodological practices in social movement research, Oxford: Oxford University Press, S. 21-42.
- McAdam, Doug/Tarrow, Sidney G./Tilly, Charles (2001): Dynamics of contention, Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Polletta, Francesca (1999): »Free Spaces in Collective Action«, in: Theory and Society 28 (1), S. 1-38.
- Polletta, Francesca (2006): It was like a fever: Storytelling in protest and politics, Chicago/London: University of Chicago Press.
- Reckwitz, Andreas (2017): »Subjektivierung«, in: Robert Gugutzer/Gabriele Klein/ Michael Meuser (Hg.), Handbuch Körpersoziologie, Wiesbaden: Springer VS, S. 125-130.
- Snow, David A./Benford, Robert D. (1992): »Master Frames and Cycles of Protest«, in: Aldon D. Morris/Carol McClurg Mueller (Hg.), Frontiers in social movement theory, New Haven: Yale University Press, S. 133-155.
- Tarrow, Sidney G. (2011): Power in movement: Social movements and contentious politics, New York: Cambridge University Press.
- Taylor, Verta (1999): »Gender and Social Movements: Gender Processes in Women's Self-Help Movements«, in: Gender and Society 13 (1), S. 8-33.
- Tilly, Charles/Tarrow, Sidney G. (2012): Contentious Politics, Oxford: Oxford University Press.
- Ullrich, Peter (2008): Die Linke, Israel und Palästina: Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland, Berlin: Dietz.
- Ullrich, Peter/Keller, Reiner (2014): »Comparing Discourse between Cultures: A Discursive Approach to Movement Knowledge«, in: Britta Baumgarten/Priska Daphi/Peter Ullrich (Hg.), Conceptualizing culture in social movement research, Houndmills u.a.: Palgrave Macmillan, S. 113-139.
- Vilaregut, Ricard (2010): Memòria i emergència en l'independentisme català. El cas de la Plataforma pel Dret de Decidir. Unveröffentlichte Dissertation. Universitat Autònoma de Barcelona.
- Wallimann, Isidor/Tatsis, Nicholas Ch./Zito, George V. (1977): »On Max Weber's Definition of Power«, in: The Australian and New Zealand Journal of Sociology 13 (3), S. 231-235.
- Weber, Max (1972): Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss d. verstehenden Soziologie, Tübingen: Mohr.
- Yates, Luke (2015): »Everyday politics, social practices and movement networks: daily life in Barcelona's social centres«, in: The British journal of sociology 66 (2), S. 236-258.

Diskursanalyse der spanischen Protestbewegung Indignados

Kernidee und Perspektive des Ansatzes

Der Ausgangspunkt dieser Analyse ist die Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Ihr Ansatz wirft eine umfassende Perspektive auf politische Prozesse. Meine Analyse zeigt auf,

wie sich der Diskursbegriff Laclaus und Mouffes, der Zeichen wie Praktiken umfasst, forschungspraktisch einlösen lässt. Dies verschiebt insofern die Perspektive auf soziale Bewegungen, als sowohl zentrale Forderungen und Identitätskonstruktionen in den Fokus rücken als auch klein-

maschigere Praktiken und Organisationsprozesse. Auf diese Weise werden die Dynamiken und

Zentrale theoretische Grundlagen/Arbeiten

Auswirkungen von Protestprozessen differenziert aufgeschlüsselt.

Besonders inspirierend sind die Arbeiten Michel Foucaults. Seine heterodoxe Forschungspraxis, die sich weniger um begriffliche Reinheit, als vielmehr um detaillierte Rekonstruktion bemüht, gilt mir als Vorbild dafür, in welchem Geiste die Diskursanalyse verfahren müsste. Andererseits habe ich viel von der spanischen Bewegungsforschung gelernt. Dort werden poststrukturalistische Ansätze meist nicht, wie im deutschsprachigen Raum der Fall, als abstrakte Theoriegebäude gelesen, sondern von Anbeginn auf konkrete politische und kulturelle Phänomene bezogen. Diese konkrete

Leseart wird auch und gerade dem Anspruch der Hegemonietheorie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes gerechter als eine bloß theoretische Rezeption, versteht sie doch ihren Ansatz als politi-

Anwendung: Methoden

sche Analyse.

Es wird eine poststrukturalistische Diskursanalyse im Anschluss an Ernesto Laclau und Chantal Mouffe angewandt. Im ersten Analyseschritt wende ich ihre Schlüsselkategorien (Antagonismus, Hegemonie und Artikulation) eher deduktiv auf das Material an. Ergänzend dazu zeige ich im zwei-

ten Schritt, dass sich mit diesem Ansatz aber auch induktiv arbeiten lässt – wobei dann Laclaus und Mouffes Ansatz durch neue Konzepte zu ergänzen wären.

Anwendung: Fallbeispiel

Das dargestellte Fallbeispiel ist die Protestbewegung der spanischen *Indignados*. Sie formierte sich im Mai 2011 und setzte einen einflussreichen Protestzyklus in Gang. Die Proteste der *Indignados* hinterließen vielseitige Folgen in Spaniens Politik und Gesellschaft.

Anwendung: Beispiele

Eine schöne, sehr präzise und linguistisch informierte Diskursanalyse mit Laclau und Mouffe findet sich bei: Hildebrand, Marius (2013): »Rechtspopulismus und Hegemonie. Der Aufstieg der SVP und die diskursive Transformation der politischen Schweiz«, Bielefeld: transcript.

Weiterhin hat mich gerade die jüngste Arbeit von Judith Butler (2018): »Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung«, Berlin: Suhrkamp, dazu inspiriert, neben dem Fokus auf politische Makroprozesse auch die kleinmaschigen Dynamiken von körperlich geprägten Versammlungen zu rekonstruieren.

Die Proteste der spanischen Indignados ... und ihre Analyse mittels einer erweiterten Hegemonietheorie

Conrad Lluis Martell

1. Einleitung

»Bis 2011 war ich unpolitisch. Mit meinen kritischen Ansichten war ich bis dahin alleine geblieben. Die Proteste im Mai 2011 kamen für mich einem kollektiven Erwachen gleich. Endlich konnte ich meine Wut mit anderen teilen. Ich gewann damals den Eindruck, dass wir alles verändern könnten.« (Laura, Teilnehmerin an den Protesten in Spanien von 2011)

Spanien im Mai 2011. Für Politik, Medien und einen Großteil der Gesellschaft überwiegend unerwartet besetzen tausende Menschen die zentralen Plätze des Landes. Zu einem besonderen Zulauf kam es bei der Puerta del Sol in Madrid und der Placa Catalunya in Barcelona. Der Protest auf den Plätzen war vielstimmig. Es fiel schwer, ihn auf eine kohärente Ideologie zurückzuführen oder als eine klar identifizierbare Bewegung zu begreifen. »Sie repräsentieren uns nicht! Es ist keine Krise, es ist ein Betrug!« - der Ärger über die politische wie wirtschaftliche Malaise gibt den Protestierenden ihren Namen, sie gelten als Indignados (Empörte). Die Proteste waren enorm folgenreich für Spanien, setzten sie doch von 2011 bis 2014 einen mächtigen Protestzyklus in Gang und führten zur Gründung neuer, mehrheitsfähiger Parteien wie Podemos (zu Deutsch: »Wir können«). Die Proteste von Mai 2011 dürften politisch wie kulturell für Spanien ähnliches bedeutet haben wie das Ereignis »Mai 1968« für Frankreich oder Deutschland (als Überblick: Rodríguez 2016). Viele Teilnehmerinnen und Beobachter¹ nahmen die Proteste von Mai 2011 als politischen Wendepunkt wahr,² als Infragestellung der Grundkonsense, die Spanien seit dem Ende der Franco-Diktatur (1939-1975) ge-

¹ Aus Gründen der Lesbarkeit gebrauche ich abwechselnd die männliche und die weibliche Form.

² Nach einer repräsentativen Umfrage des öffentlichen Meinungsforschungsinstituts CIS sympathisierten im Juni 2011 rund 70 Prozent der Befragten mit den Zielen der Empörten. Metroscopia, ein weiteres renommiertes Meinungsforschungsinstitut, ermittelte im Rahmen einer zeitgleich

kennzeichnet hatten: von der konstitutionellen Monarchie über die liberale Wirtschaftsordnung, dem Zwei-Parteien-System hin zu einem nur schwach ausgebauten Sozialstaat. In diesem Artikel gilt meine Aufmerksamkeit den Monaten Mai und Juni 2011, als die Empörtenproteste ausbrachen. Für deren Untersuchung wähle ich eine Diskursanalyse, die sich an die Hegemonietheorie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes anlehnt und sie erweitert. Im Kern geht es darum, ein Stück weit das Versprechen Laclaus und Mouffes einzulösen, Diskurstheorie als Gesellschaftstheorie zu entwerfen (vgl. Laclau 1990: 89-91). Der holistische Diskursbegriff der Hegemonietheorie, der Zeichen wie Praktiken umfasst, muss nicht nur grundlagentheoretisch postuliert werden - wie dies Laclau und Mouffe (vgl. 2001: 109) tun –, er lässt sich auch forschungspraktisch einlösen. Gemeinhin konzentrieren sich politische Diskursanalysen durch den Rückgriff auf Manifeste, Reden und Presseerklärungen auf die »öffentliche« Seite des Diskurses. Seine »wilde« Hinterbühne, die oft nur schwer entwirrbare Gemengelage von Meinungen, Praktiken und Ereignissen, wird dabei oft übersehen. Dieser Rückseite des Diskurses nähere ich mich über die Verlaufsprotokolle der Versammlungen, welche die Aktivistinnen anfertigten. Ich gehe in vier Schritten vor. Erstens stelle ich den Diskursbegriff Laclaus und Mouffes vor und umreiße ihre drei Schlüsselkonzepte Antagonismus, Hegemonie und Artikulation. Im zweiten Schritt tätige ich eine exemplarische Analyse eines wichtigen Forderungskatalogs der Indignados - und zwar mit einer Hegemonieanalyse, wie sie klassischerweise angewendet wird. Diese Herangehensweise ergänze ich, drittens, mit einer Auswertung der Verlaufsprotokolle der Versammlungen der Indignados. Damit rücken jene Elemente des Diskurses in den Fokus, die sonst tendenziell unterbelichtet bleiben. Viertens folgt eine konzeptuelle Rekapitulation des vorgestellten Ansatzes.

2. Forschungsansatz

Infolge der linguistischen Wende lesen Laclau und Mouffe soziale Prozesse als immanent symbolische Prozesse. Das Soziale ist für sie diskursiv verfasst (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 106f). In Anlehnung an den Begriff des Sprachspiels von Ludwig Wittgenstein argumentieren Laclau und Mouffe, dass unter der Kategorie des Diskurses drei Dimensionen zu subsumieren seien, die meist getrennt bleiben: Erstens die Ebene der Zeichen, zweitens die der Praktiken, drittens jene der Materialisierung, die Artefakte wie Körper umfasst. Versammlungen von Aktivistinnen, wie sie in diesem Aufsatz im Zentrum stehen, legen exemplarisch die drei Seiten des Diskurses offen. (1) Die Ebene der Zeichen ist die Debatte an sich,

also die Themen und Fragen, die behandelt werden. (2) Die Ebene der Praktiken beinhaltet demgegenüber Gesten, Mimik und »stumme« Gebärdensprache. Es sind Praktiken, die gleichsam das gesprochene Wort flankieren. Damit verwoben ist (3) die materielle Ebene, die hier das räumliche Arrangement der Anwesenden (ob etwa im Kreis oder in frontalen Reihen gesessen wird) sowie den Einsatz gewisser Artefakte (Computer, Zelte, also einer Infrastruktur im weiten Sinne) beinhalten würde. Das heißt: Diskurse entfalten sich einerseits als Semantiken, andererseits aber auch als »stumme« Praktiken und als materialisierte Gefüge (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 108ff.). Eine Diskursanalyse im Geiste Laclaus und Mouffes müsste alle drei Ebenen fokussieren – und zueinander in Beziehung setzen. Trotz dieses holistischen Diskursverständnisses konzentrieren sich Analysen im Geiste Laclaus und Mouffes nur auf die semantische Seite des Diskursbegriffes – und lassen die anderen Ebenen außen vor. Hingegen werden in diesem Beitrag alle drei Aspekte behandelt.

Im Folgenden möchte ich die drei Schlüsselkonzepte der Hegemonietheorie vorstellen: Die Kategorien *Antagonismus, Hegemonie* und *Artikulation* bergen ein großes analytisches Potential – gerade dann, wenn sie sowohl als Semantik als auch als Praxis und Materialisierung gelesen werden.

Beginnen wir mit dem Antagonismus. Gegen die Einhegung der Kategorie des Politischen auf ein selbstreferentielles, autonomes Teilsystem hebt die hier verfochtene Perspektive die Verankerung politischer Prozesse in vermeintlich »vorpolitischen« Sinnhorizonten und Lebenswelten hervor.3 Ähnlich wie die gesamte poststrukturalistische Theorietradition (von Michel Foucault über Jacques Derrida bis hin zu Judith Butler) gehen auch Mouffe und Laclau von der Allgegenwart machtgeladener Kämpfe aus. Um Foucault (2007: 10) zu paraphrasieren, zeichnet das Soziale eine stete »Unruhe« nicht befriedeter Kämpfe aus. Die Kategorie des konstitutiven Außen macht dieses machtgeladene Diskursverständnis plausibel. Mit Derrida (vgl. 1972) lautet die These Laclaus und Mouffes: Jeder Diskurs erreicht erst dann eine (vorläufige) Stabilität, wenn er sich von etwas abgrenzt, das er nicht ist, wenn er auf ein Außen verweist, das äußerlich bleibt. Dieses konstitutive Außen bewegt sich in einer Paradoxie. Einerseits taucht es im Diskurs wieder auf, und zwar als konkrete Grenzziehung, die sehr wohl mit Bedeutung versehen werden kann. Der »gefährliche Ausländer«, der »parasitäre Sozialhilfeempfänger«, der »linke Chaot« oder die »radikale Feministin« sind Beispiele dafür, wie gewisse Feindfiguren als konstitutives Außen fungieren: Die Abgrenzungen nach außen stabilisieren ex negativo den Diskurs, sie verleihen ihm eine Stabilität und Kohärenz, die er ohne sie nicht besitzen würde. Doch das Außen stabilisiert nicht nur den Diskurs, es destabilisiert ihn zugleich, konfrontiert es ihn doch unablässig mit dem, was er nicht ist, was ihn bedroht und unterwandert. Das konstitutive

³ Als Übersicht zum kulturalistischen Blick auf das Politische vgl. Reckwitz 2004 oder Berezin 1997.

Außen ist zugleich *Stifter* und *Zerstörer* des Diskurses. Der Antagonismus richtet Gesellschaft ein – und stellt sie in Frage (vgl. Laclau 1990: 90f).

Der zweite zentrale Begriff Laclaus und Mouffes ist jener der Hegemonie, den sie von Antonio Gramsci übernehmen. Hegemonie ist bei Gramsci eine Herrschaftsform, die nicht primär über Gewalt, sondern über die subtile Formung und Mobilisierung des Konsenses ausgeübt wird (vgl. Gramsci 2012: 1335). Hegemonie als eine Herrschaftsform, die zentral über Konsens operiert, impliziert zweierlei. Zum einen zeigt sie, dass das Verhältnis zwischen denen, die führen und jenen, die geführt werden, nicht vollständig asymmetrisch ist, sondern von beiden Seiten gestaltet wird. Hegemonie ist eine subtile Form der Herrschaft, die auf der aktiven Einbindung auch jener Gruppen beruht, die durch die errichtete Ordnung benachteiligt werden. Daraus folgt, zum anderen, dass diese Ordnung, die aus der Einbindung möglichst vieler Gruppen erwächst, sehr stabil sein kann. Sie beruht auf Werten und Normen, die langsam anerzogen werden, bis sie von (fast) allen geteilt werden. Kurz: Jede Hegemonie ist auch eine normative Ordnung. Gerade diese »zusammenschweißende« Eigenschaft von Gramscis Hegemoniebegriff machen Laclau und Mouffe für ihre Diskurstheorie fruchtbar. In ihrer Leseart entfaltet ein hegemoniales Verhältnis dann seine verbindende Kraft, wenn gewisse Konzepte ihre Bedeutung entleeren und sich in Symbole einer umfassenderen Ordnung verwandeln. Typische Beispiele sind Kategorien wie »Freiheit«, »Gerechtigkeit«, »Nation«, »Demokratie«, »Proletariat«, »Mittelschicht« oder »Volk«. Im Zuge politischer Artikulationen können, so Laclau und Mouffe, derartige Begriffe zu leeren Signifikanten aufsteigen. Sie werden zu Kategorien, die innerhalb eines spezifischen politischen Projekts als kleinster gemeinsamer Nenner verschiedener Identitäten und Diskursmomente auftreten (vgl. Laclau 1996: 40ff).

Wirklich operativ als Gesellschaftsanalyse wird ihr Ansatz durch die Kategorie der *Artikulation* (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 105). Artikulationen sind Diskursformationen logisch vorgeschaltet (vgl. Hildebrand 2017: 90). Artikulationen sind die Verbindungsbewegungen verschiedener Momente und Identitäten, die als deren Produkt (relativ) stabile Diskurse hervorbringen.

Bei der Analyse ist es wichtig, den Fokus auf die Kategorie der *Forderung* zu legen. Für den späten Laclau (2005: 75) sind sie die Kleinsteinheiten von Diskursanalysen. Die Annahme lautet, dass Forderungen privilegierte Diskursmomente sind, um zu beschreiben, wie sich ein kollektiver Akteur gegen andere artikuliert – und sich so schrittweise konstituiert. Forderungen werden stets auf andere Forderungen bezogen und zu relativ geschlossenen diskursiven Systemen vernäht (vgl. Nonhoff 2010: 280ff.). Die Artikulation der Forderungen bewegt sich dabei in einem Spannungsfeld zwischen der Äquivalenz- und der Differenzlogik (vgl. Laclau 1996: 38ff). Einerseits konstituiert sich die Identität der Forderungen erst in ihrer Differenz zu anderen Forderungen. Anderseits aber werden die Forderungen stets in Bezug auf leere Signifikanten und Antagonismen gleichgesetzt.

Antagonismen und leere Signifikanten fungieren als übergeordnete Momente, die gleichsam eine Forderungskette als ganze repräsentieren und diese somit vorübergehend verschließen. Der nächste Schritt wird anhand des Beispiels der *Indignados* zeigen, wie eine Analyse nach diesem Schema aussehen könnte.

3. Forschungspraxis

3.1 Diskursanalyse des Forderungskataloges der Indignados

Im Folgenden konzentriere ich mich auf den Forderungskatalog, den die *Indig-nados* auf der Puerta del Sol ausarbeiteten und der am 20. Mai 2011 von mehr als 25.000 Teilnehmern verabschiedet wurde (15Mpedia o.J.). In der Forschung herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass dieser Katalog eines der zentralen Dokumente der frühen Empörtenbewegung darstellt (vgl. Vicente 2013: 585ff.; Valdivielso 2012).

Die insgesamt 16 Forderungen lassen sich mit einer offenen Rekonstruktion analysieren, in der in zwei Schritten vorgegangen wird. Dieses durch Foucault inspirierte Vorgehen (vgl. 1981: 83-93) betrachtet erstens die rhetorischen Regelmäßigkeiten der Forderungen (*Wie* wird gefordert?). Dies leitet, zweitens, zu den Forderungen selbst über (*Was* wird gefordert?).

a) Wie wird gefordert?

Weisen die insgesamt 16 Forderungen des Kataloges rhetorische Muster auf, mittels derer sich »Aussagegruppen« kombinieren lassen (vgl. Foucault 1981: 84)? Es ist tatsächlich möglich, mit einer Typologie grundlegende Rhetoriken zu verdichten. Die folgende Tabelle listet die Forderungen verkürzt auf und typologisiert ihre rhetorischen Muster.

Die Einteilung von Forderungen nach (a) Förderung, (b) Reform, (c) Aufmerksamkeit oder (d) Bekämpfung gibt Einblick in die Weise, wie die *Indignados* soziale Probleme deuten und wie sie ihre Forderungen erheben. Diese rhetorische Typenbildung orientiert sich an einem normativen Gradmesser zwischen Fürsprache und Ablehnung. Während der neunten Forderung nach mehr partizipativer und direkter Demokratie, an der die Bürgerschaft aktiv Anteil haben soll (Acampada Sol 2011) eine uneingeschränkte Fürsprache zugestanden wird, wird die Korruption (6.) ebenso uneingeschränkt verurteilt. Zwischen den beiden Extrempolen Förderung und Bekämpfung bewegen sich die Kategorien (b) Reform und (c) Aufmerksamkeit. Diese Kategorien durchkreuzen die monolithische Annahme, dass sich alle Forderungen der *Indignados* nur unter einem Deutungsrahmen bewegen. Stattdessen scheint es angemessener ihnen, *verschiedene* Deutungsrahmen zugrunde zu legen. Das Schaubild fasst die Typologie entlang der normativen Skala

von Fürsprache bis Ablehnung zusammen und ordnet ihnen die jeweils darunter fallenden Politikbereiche zu.

Tabelle 1: Rhetorische Typologie der Forderungen der Asamblea Sol, 20.5.2011

1. Veränderung des Wahlgesetzes	Reform
2. Aufmerksamkeit gegenüber den Grundrechten	Aufmerksamkeit
Abschaffung der diskriminierenden und ungerechten Maßnahmen und Gesetze	Bekämpfung
Fiskalreform, welche die Mindestrenten begünstigt, und weitere Steuerreformen	Reform
5. Reform der Sonderrechte der politischen Klasse	Reform
6. Ablehnung und Verurteilung der Korruption	Bekämpfung
7. Maßnahmen gegen die Banken und Finanzmärkte gemäß Artikel 128 der Verfassung.	Reform
8. Wirkliche Entkopplung zwischen Kirche und Staat gemäß Artikel 16	Aufmerksamkeit
9. Partizipative und direkte Demokratie.	Förderung
10. Wirkliche Regulierung und Überwachung der Arbeitsverhältnisse durch staatliche Organe	Aufmerksamkeit
Abschaltung aller Nuklearanlagen und Förderung erneuerbarer und kostenloser Energiequellen	Bekämpfung/ Förderung
12. Rekommunalisierung privatisierter Unternehmen	Reform
13. Effektive Gewaltenteilung	Aufmerksamkeit

Diese rhetorische Typologie und die hierauf fußende normative Skala entziffert gleichsam die Deutungsschemata der *Indignados*. So wird etwa das kollektive Gedächtnis an die Kategorie der Förderung geknüpft und jene der Nuklearkraft als zu bekämpfend dargestellt. Gemäß der diskurstheoretischen Perspektive wird nicht einem »präexistenten« Bereich Bedeutung verliehen, sondern durch die Bedeutungsverleihung der jeweilige Bereich erst geschaffen. Die symbolische Konstitution sozialer Objekte mit ihrer normativen Beurteilung schlägt nun die Brücke zur inhaltlichen Seite der Forderungen, zu dem, *was* gefordert wird.

Förderung	Reform	Aufmerksamkeit	Bekämpfung
Demokratie Nachhaltigkeit Kollektives Gedächt- nis	Wahlsystem Fiskalreform Sonderrechte der politischen Klasse	Sozialrechte Gewaltenteilung Arbeitsverhältnisse Parteientransparenz	Korruption Ungerechte Gesetze Gegen Banken & Finanzmärkte vor- gehen

Tabelle 2: Normative Skala von Fürsprache bis Ablehnung

b) Was wird gefordert?

Die Skala zeigte, dass die *Indignados*, je nachdem, was sie fokussieren, differenziert Stellung beziehen. Es wird nicht nur Neues (z.B. direkte Demokratie) gefordert, es wird auch Altes (z.B. Sozialrechte) verteidigt. Offenbar schwanken die Forderungen zwischen einer offensiven und einer defensiven Haltung (vgl. Tilly 1978: 143ff.). Das Paar reaktiv-proaktiv bewegt sich eine Ebene tiefer als die Konfrontation zwischen offensiv-hegemonialen und defensiv-hegemonialen Strategien (vgl. Nonhoff 2010: 311ff.). Eine offensiv-hegemoniale Strategie kann proaktive und reaktive Forderungen umfassen, sie muss nicht nur aus proaktiven Forderungen bestehen. Und genau dies trifft auf die *Indignados* zu.

Im Forderungskatalog lassen sich zwei Diskursstränge unterscheiden (zum Begriff »Diskursstrang« vgl. Jäger 2015). Der erste Diskursstrang umfasst die proaktiven Forderungen der *Indignados*, der zweite die reaktiven. Die beiden Diskursstränge greifen die Typologie des vorherigen Schrittes auf und münzen sie um. Der Diskursstrang 1 enthält die in »Förderung« und »Bekämpfung« enthaltenen Politikbereiche. Dagegen geht es bei Diskursstrang 2 um die Bewahrung und graduelle Reform von als gefährdet oder verletzt angesehenen Politikbereichen (etwa der Schutz gefährdeter Sozialrechte oder die Bekämpfung nepotistischer Parteistrukturen). Die Trennung zwischen Diskursstrang 1 als proaktiv und Diskursstrang 2 als reaktiv ist fließend, er macht zwei Ausrichtungs*formen* sozialer Forderungen kenntlich. Das Schaubild stellt die beiden Diskursstränge dar:

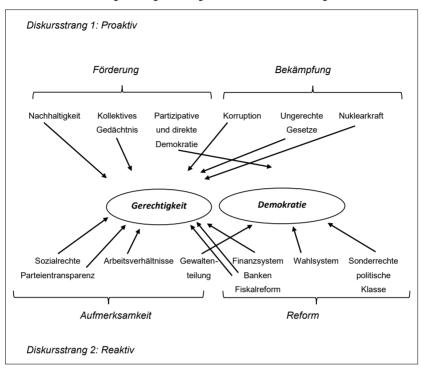


Tabelle 3: Der Forderungskatalog der Indignados (Gesamtdarstellung)

Die Repräsentationsfunktion der leeren Signifikanten Gerechtigkeit und Demokratie umfasst Forderungen aus den Diskurssträngen 1 »proaktiv« und 2 »reaktiv« und setzt sie gleich. Diese bilden eine breite Front von Forderungen, die potentiell in der Lage ist, den Ist-Zustand in Frage zu stellen und »neue Hegemonien zu etablieren« (Nonhoff 2006: 238). Am Konzept der »Demokratie« verdeutlicht: Die Forderung nach direkter Demokratie wird durch die leeren Signifikanten mit dem Plädoyer für eine Reform des Wahlsystems oder der Aufmerksamkeit gegenüber einer effektiven Gewaltenteilung vernäht. So zeichnet sich der Diskurs der *Indignados* durch eine Tendenz zur Universalität aus. Dies ist sowohl eine Stärke, weil er prinzipiell eine große Resonanz entfalten kann, aber auch eine Schwäche, da die Forderungen der *Indignados* drohen, zu vage und undeutlich zu werden (vgl. Argiles 2011: 159ff.; Coca Pérez/Río Sánchez/Talego Vázquez 2014).

Trotz der Totalkritik am Status setzen die Forderungen der Empörten systemimmanent an. Das Augenmerk liegt darauf, eine funktionierende Demokratie wiederherzustellen. Diese systemimmanente Kritik lässt sich als strategische Anziehungsgeste lesen. Breit akzeptierte Ideale, wie Demokratie und Sozialstaat, als Zielvorgabe zu formulieren, erhöht die Mehrheitsfähigkeit in Öffentlichkeit, Gesellschaft und Politik. Paradigmatisch für das Bruchpotential von scheinbar gar

nicht so umstürzlerischen Forderungen ist das Motto der Bewegung: No nos representan (»Sie repräsentieren uns nicht«). Mit der Kritik daran, dass die politischen Repräsentanten ihren Repräsentationsauftrag aufgegeben haben und stattdessen andere Interessen in den Vordergrund rücken, können sich viele identifizieren, es avanciert zum leeren Signifikanten, der sowohl gemäßigtere Deutungen (»diese Repräsentanten repräsentieren uns nicht«) als auch radikalere (»die Repräsentantinnen im Allgemeinen repräsentieren uns nicht«) vereint.

Gerade in dieser breiten, sowohl eher radikal als auch eher reformistisch lesbaren Abgrenzungsgeste gegenüber den Repräsentanten vollzieht sich ein popularer Bruch gegenüber den politischen und ökonomischen Eliten. Letztere erscheinen als Feinde, die Indignados dagegen als Vertreter eines zwar unterdrückten, aber gleichwohl souveränen »Volkes«. Beide Diskursstränge bilden in ihrem Zusammenspiel eine neue, offensiv ausgerichtete hegemoniale Strategie heraus – eine Strategie, die von einem Akteur getragen wird, der zwar im Katalog explizit abwesend bleibt, implizit aber hinter jeder der 16 Forderungen steht (vgl. weiterführend: Domènech 2015: 56ff.; Errejón 2011).

3.3 Auf dem Platz - Diskursanalyse von unten

In der üblichen Diskursanalyse nach Laclau und Mouffe werden Forderungen, Antagonismen sowie die Konstitution neuer Kollektivakteure ins Zentrum gestellt. Was dabei ins Hintertreffen gerät, ist die feinmaschigere Analyse davon, wie sich ein Diskurs konstituiert: Artikulationen sind gesamthaft darzustellen, ihre schillernde politische, genauso wie ihre unpolitischere Dimension ist zu rekonstruieren (vgl. zur Kritik Lluis 2014). Der Diskurs der *Indignados* bildet sich nicht in einem luftleeren Raum, sondern an konkreten Orten, auf Plätzen mit teils zehntausenden Teilnehmern. Es geht hier also darum, jene »praxeologischen« und »materiellen« Ebenen des Diskurses in den Fokus zu rücken, die von Laclau und Mouffe zwar prinzipiell gewürdigt werden, die aber in ihrer Forschungspraxis – mittlerweile als *Essex School of Discourse Analysis* etabliert⁴ – unbeachtet bleiben.

In diesem Sinne werden Verlaufsprotokolle der ersten Versammlungen der *Indignados* in Barcelona zwischen dem 16. und 19. Mai 2011 ausgewertet. Diese Tage können als »Zündphase der Empörung« gelten. Am Abend des 16. Mai entschlossen sich in Barcelona kaum 150 Menschen dazu, dem Vorbild von Madrid zu folgen, wo das Camp ein Tag vorher begann. Wie es im ersten Protokoll des Barcelona-Camps heißt, sei man gewillt, »auf unbeschränkte Zeit« zu verharren (16.5.). Einige Tage später, vom 19. Mai an, nahmen bereits mehrere tausend Demonst-

⁴ Zu den prominenten Vertreterinnen der Essex School gehören David Howarth, Jason Glynos und Aletta Norval im angelsächsischen, Oliver Marchart, Martin Nonhoff und Urs Stäheli im deutschsprachigen Raum.

ranten an den Versammlungen auf der Plaça Catalunya teil. Das Barcelona-Camp wurde neben dem auf der Puerta del Sol in Madrid zur größten Empörtenversammlung Spaniens und sorgte global für Aufmerksamkeit. Die Formierung eines neuen Kollektivs lässt sich bei den Protokollen auf drei analytischen Ebenen nachzeichnen: erstens in der Form der Texte, zweitens in der Organisation der Versammlung, drittens in der Entfaltung des Empörtendiskurses im engen Sinne.

Gehen wir zunächst auf die Form der Protokolle ein. Hier findet eine zunehmende Formalisierung statt. Die schnell geschriebenen, stilistisch kaum überarbeiteten Texte der Anfangstage entwickelten sich schnell zu einem hochgradig formalisierten Textformat. Zunächst ist festzuhalten, dass die ersten Protokolle noch Titel tragen – was später nicht mehr der Fall ist. Sie lauten: »Acampada BCN« (16.5.) und »Wir teilen die Arbeit auf« (17.5.). Die erste Überschrift kündigt an, dass nun auf der Plaça Catalunya ein Camp steht, tut sie es doch zu einem Zeitpunkt, als noch nicht klar ist, ob die wenigen Campierenden auch tatsächlich auf dem Platz bleiben und sich eine neue Kollektivität bildet. So erweist sich gerade die erste Protokollüberschrift nicht als Dokumentation einer »faktischen« Gegebenheit, sondern als Zukunftsentwurf eines sich bildenden Kollektivs. Die zweite Überschrift fällt beschreibender aus, sie bildet gleichsam den Organisationsprozess der Versammlung ab – und beschreibt ihn als aktive Praxis, die die Subjekte vor Ort (»wir«) engagiert, aber auch mit Blick auf einen breiteren Zusammenhang realisiert (»die Arbeit aufteilen«).

Dies führt zur nächsten Analysedimension, der Organisation der Versammlung. Was hier zunächst im Zentrum steht, ist, das Camp von Barcelona überhaupt als solches zu konstituieren. So fallen die ersten Organisationsschritte im Protokoll vom 16.5. ganz basal aus: Es wird entschieden, jeden Tag um 22.30 Uhr eine Versammlung abzuhalten. Schon dieser tägliche Rhythmus verrät eine Verdichtung der Praktiken (vgl. Prentoulis/Thomassen 2013: 173); er zeigt, dass die politische Aktivierung auf einer grundlegenden, oft materiell geprägten Ebene geschieht. Wichtig ist bei diesen ersten Treffen, dass sich so gut wie alle Bemühungen darum drehen, die Infrastruktur aufzubauen, auf deren Grundlage sich das Barcelona-Camp entfalten soll. Dies beginnt damit, dass das Camp nicht bloß mittels einer großen Versammlung funktioniert, sondern verschiedene Aufgabenbereiche an Kommissionen oder Arbeitsgruppen delegiert. Um welche Kommissionen es sich indes letztlich handelt, welche Zuständigkeiten sie haben und wie sie funktionieren sollen, wird im Laufe der ersten Protesttage immer wieder neu austariert. Dabei wird die Idee eines horizontalen Netzwerks stark gemacht. Die Ernennung von Sprechern oder Vertreterinnen wird dementsprechend abgelehnt. Das Camp erscheint als eine autonome Sphäre, die möglichst unabhängig von der Außenwelt bleiben soll – und die Sozialutopie der Empörten gleichsam im Protestvollzug verwirklicht, also im Hier und Jetzt jenen Wandel realisiert, den die Aktivistinnen für die Gesamtgesellschaft anstreben.

Kommen wir zur diskursiven Ebene im engen Sinne, also zu den Grundsemantiken, die in den Protokollen zutage treten. Um was drehte sich eigentlich der Empörtendiskurs auf der Plaça Catalunya in jenen ersten Tagen? Dass jene ersten Protokolle noch relativ wenig formalisiert und teils stark durch das persönliche Erleben der Verfasser geprägt sind, erschweren die Diskursrekonstruktion, bieten aber dennoch wichtige inhaltliche Anhaltspunkte: Die Ereignisse jener Tage Mitte Mai 2011 überschlugen sich, die Teilnehmerinnen waren in den Bann eines Ereignisflusses gerissen, wie die emphatischen Aufrufe, persönlichen Reden, die ständig wechselnden Kommissionen und die in tiefster Nacht verfassten Protokolle darlegen.

Betrachten wir den gerade in seiner Ungeordnetheit so aussagekräftigen Diskurs, der sich in jenen ersten Protokollen abzeichnet, so sticht hervor, dass sich die Fragestellungen der Indignados auf den ersten Blick kaum um zentrale Knotenpunkte oder Äquivalenzketten drehten. Übliche Schlüsselsignifikanten, wie Demokratie oder Gerechtigkeit, tauchen eher am Rande auf, auch Feindbilder wie »die Eliten« oder »die da oben« kommen zwar vor, strukturieren aber keineswegs die Protokolle. Stattdessen geht es um so prosaische Fragen wie das Festlegen von Uhrzeiten, zu denen man sich trifft, die Organisation der Übernachtungen, den Umgang mit der Polizei, das Einrichten von Mailaccounts, die Gründung von Kommissionen, die Vernetzung mit anderen Empörtencamps und mit sozialen Bewegungen Barcelonas, den Umgang mit der Presse, das Sauberhalten des Platzes oder die Festlegung der Regeln, nach denen die Debatten ablaufen sollen. Dies sind nur einige Beispiele für die Themen, die im Vordergrund der Protokolle stehen. So prosaisch sie wirken, unwichtig sind sie in keiner Weise. Es geht hier um nichts weniger als um die Aktivierung des Dispositivs, das die neue Bewegung tragen soll. Das Motto dürfte lauten: Kein Diskurs ohne eine Infrastruktur, die ihn trägt, ohne eine Organisation, welche die vielen Beiträge in eine Form gießt, die zwar stets angreifbar bleibt, aber dem Fließen des Diskurses eine temporäre Form verleiht.

Im Sinne von Foucault (1982: 180f.) betrachte ich das Dispositiv als eine Machttechnologie, die Diskurse (im engen Sinne als Zeichen gelesen) mit der Materialität von Räumen und Körpern verschränkt – und so den Diskurs selbst materialisiert. Dispositive entstehen im Zuge von Artikulationspraktiken. Sie sind verhärtete, sedimentierte Artikulationen. Sind sie einmal entstanden, wirken sie wiederum auf Artikulationen ein, verräumlichen sie, binden sie an Orte und Körper zurück (vgl. Butler 2018: 221ff.). Der Fokus auf das Dispositiv widerspricht der klassischen Diskursforschung nach Laclau und Mouffe insofern, als hiermit ein weit stärkeres Gewicht auf den »materiellen« Unterbau von Artikulationsprozessen gelegt wird, also der Diskurs in seiner materialisierten Dimension in den Fokus gerückt wird. Diskursanalytisch gewendet lässt sich dies so interpretieren, dass zuerst die Infrastruktur geschaffen wird, auf deren Grundlage sich politische Ar-

tikulationen vollziehen können. Es wurde deutlich, dass diese Infrastruktur nicht nur ein Mittel für Diskursartikulationen ist, sondern eine normative Aufladung erfährt. Ob auf dem Platz oder im Netz, das Dispositiv erscheint in den Protokollen als entscheidender Gradmesser für die Konstitution der *Indignados als Bewegung*. Der Empörtendiskurs ist gerade in den ersten Tagen mehr um die materielle und praktische Aktivierung des Camps zentriert als um die Artikulation einer homogenen Forderungskette rund um klare Feindbilder und Signifikanten.

So wird der Platz zum Verdichtungspunkt der Proteste. Auf dem Platz verbinden sich Zeichen, Praktiken, Körper und Infrastrukturen und verleihen ihrer Verbindung eine neue Qualität. Die Praktiken des »Camp-Aufbauens«, wie sie in der Zündphase des Barcelona-Camps geschahen, beziehen sich auf den diskursiven Bruch, den Manifeste und Forderungskataloge im Vorfeld der Platzbesetzungen verkündeten. Der generelle Empörungsdiskurs, mit dem Ermächtigungsanspruch von unten gegen oben, verstärkt seine Plausibilität dadurch, dass er gleichsam praktisch wirksam wird, dass er sich auf die vielfältigen instituierenden Praktiken auf dem Platz stützt. Ähnliches gilt für die Infrastruktur: So, wie sie als materieller Unterbau des Artikulationsprozesses fungiert, um ihn zu stabilisieren und zu verstetigen, erhält sie zugleich durch die Praktiken und Diskurse auf dem Platz einen neuartigen Stellenwert.

4. Fazit

Eine eher klassische Diskursanalyse nach Laclau und Mouffe, die am Beispiel des Forderungskataloges der *Indignados* durchgeführt wurde, und die eher induktive, gleichsam ethnographisch ansetzende Diskursanalyse »von unten«, mit der wir die Versammlungen in Barcelona betrachteten, sind *nicht* als zwei getrennte Dimensionen zu lesen. Vielmehr sind sie zwei Seiten *eines* Gesamtprozesses. Artikulationsprozesse sind erst dann vollständig durchdrungen, wenn man sie sowohl in ihrer Makro-Logik, als auch in ihrer Mikro-Logik nachzeichnet, wenn man sie sowohl als öffentlich ausgerichtete Diskurse (z.B. über Forderungskataloge) als auch als in den Praktiken verhaftete Diskurse (z.B. über Verlaufsprotokolle) rekonstruiert.

Ich habe in meinem Beitrag den Fokus auf die *Plaça Catalunya* gelegt, um zu zeigen, wie dieser Ort zum Protestraum gemacht wird – und wie dieser Raum dazu beiträgt, den Diskurs der *Indignados* zu stabilisieren. Damit erhöht sich das symbolische Bruchpotential des Protestdiskurses. Das Dispositiv »Plaça Catalunya« verdichtet den Empörungsdiskurs, es vervielfältigt die Praktiken und Diskurse, die sich rund um die neuen Proteste formieren.

Um solch eine holistische Diskursanalyse erfolgversprechend durchzuführen, bedarf es weit mehr als nur die Kombination der Perspektiven »von oben

und unten«. Im Grunde werden neue Kategorien benötigt, die zwischen der Top-Down-Analyse à la Laclau/Mouffe und der Bottom-Up-Analyse vermitteln. Ein Beispiel dafür bietet der Begriff des Dispositivs. Dieses Konzept hilft, die Artikulation in ihrer Materialisierung zu fokussieren, offenzulegen, wie sie ein »materielles« Setting hervorbringt, das wiederum Artikulationsprozesse strukturiert.

Der Dispositivbegriff zeigt, wie ein Konzept mittlerer Reichweite zwischen der politischen Artikulation im eher semantischen Sinne und der Entfaltung von Praktiken und Infrastrukturen in konkreten Raum-Zeit-Zusammenhängen vermittelt – und das Verständnis beider Kategorien verschiebt. Eine holistische Diskursanalyse, wie sie im Rahmen dieses Beitrages exemplarisch dargestellt wurde, kann nur gelingen, wenn sie diesen Auftrag der Vermittlung, ja der Aufweichung und wechselseitigen Übersetzung lang getrennter Gegensatzpaare ernst nimmt: Diskurs verweist auf Praxis, Praxis auf Diskurs. Die politische Erschütterung, welche die Proteste der Indignados 2011 auslösten, wäre nicht denkbar gewesen ohne ihre diskursive Infragestellung des Status quo und der Stilisierung einer neuen »Wir-Identität«, die als ein »unterdrücktes, aber souveränes Volk« antritt, das sich gegen die Eliten wendet und die Demokratie regenerieren möchte. Doch dieser Diskurs wäre schwach geblieben, wäre er nicht vom massiven Zusammenkommen der Protestierenden auf den Straßen und Plätzen begleitet gewesen. Erst die Artikulation des Diskurses durch konkrete Körper an konkreten Orten brachte das hervor, wozu der Ausbruch der Empörung im Mai 2011 aufstieg: Ein Umbruch, der ein anderes Spanien in Aussicht stellte.

5. Literatur

- 15Mpedia (o.J.): La enciclopedia del 15M y memoria de las luchas sociales. https://15mpedia.org/. Zugegriffen: 10. Dezember 2018.
- Acampada Sol (2011): Propuestas aprobadas en la asamblea de hoy día 20 de mayo de 2011 en Acampada Sol. https://madrid.tomalaplaza.net/2011/05/20/propuestas-20-mayo/. Zugegriffen: 10. Dezember 2018.
- Argiles, Ramón (2011): »La movilización de los indignados del 15-M. Aportaciones desde la sociología de la protesta«, in: Sociedad y Utopía. Revista de Ciencias Sociales, S. 141-170.
- Berezin, Mabel (1997): »Politics and Culture: Towards a Less Fissured Terrain«, in: Annual Review of Sociology 23, S. 361-383.
- Butler, Judith (2018): Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung, Berlin: Suhrkamp.

- Coca Pérez, Agustín/Río Sánchez, Ángel del/Talego Vázquez, Félix (2014): »Los indignados del 15-M en el contexto del movimiento alterglobalista. Entre el obrerismo y el republicanismo«, in: Revista andaluza de antropología 6, S. 120-142.
- Derrida, Jacques (1972): »Die Struktur, das Zeichen und das Spiel im Diskurs der Wissenschaft vom Menschen«, in: ders.: Die Schrift und die Differenz, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Domènech, Xavier (2015): Hegemonías Crisis, Movimientos de resistencia, nuevos procesos políticos, Barcelona: Akal.
- Errejón, Iñigo (2011): »El 15M como discurso contrahegemónico«, in: Encrucijadas. Revista Crítica de Ciencias Sociales 2, S. 120-145.
- Foucault, Michel (1981): Die Archäologie des Wissens, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1983): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2007): Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Gramsci, Antonio (2012): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. Neuauflage der Erstausgabe 1991, Hamburg: Argument.
- Hall, Stuart (2011): »Who needs identity?«, in: Stuart Hall/Paul du Gay (Hg.): Questions of Cultural Identity, London: Sage.
- Hildebrand, Marius (2017): Rechtspopulismus und Hegemonie. Der Aufstieg der SVP und die diskursive Transformation der politischen Schweiz, Bielefeld: transcript.
- Jäger, Siegfried (2015): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Münster: Unrast
- Laclau, Ernesto (1990): New Reflections on the Revolution of Our Time, London/ New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (1996): Emancipation(s), London/New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (2005): On Populist Reason, London/New York: Verso.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2001): Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics, London/New York: Verso.
- Lluis, Conrad (2014): »Lesenotiz: Die antagonistische Wette der Gesellschaftstheorie Zu Oliver Marchart ›Das unmögliche Objekt«, in: Theorieblog.de. https://www.theorieblog.de/index.php/2014/05/lesenotiz-die-antagonistische-wette-der-gesellschaftstheorie-zu-oliver-marchart-das-unmoegliche-objekt/. Zugegriffen: 05. Mai 2014.
- Nonhoff, Martin (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt »Soziale Marktwirtschaft«, Bielefeld: transcript.
- Nonhoff, Martin (2010): »Hegemonieanalyse: Theorie, Methode und Forschungspraxis«, in: Reiner Keller/Andreas Hirseland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis, Wiesbaden: VS.

- Prentoulis, Marina/Thomassen, Lasse (2013): »Political theory in the square: Protest, representation and subjectification«, in: Contemporary Political Theory 12 (3), S. 166-184.
- Reckwitz, Andreas (2004): »Die Politik der Moderne aus kulturtheoretischer Perspektive: Vorpolitische Sinnhorizonte des Politischen, symbolische Antagonismen und das Regime der Gouvernementalität«, in: Birgitt Schwelling (Hg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien Methoden Forschungsperspektiven, Wiesbaden: VS, S. 33-56.
- Rodríguez, Emmanuel (2016): La política en el ocaso de la clase media. El ciclo 15M-Podemos, Madrid: Traficantes de Sueños.
- Tilly, Charles (1978): From Mobilization to Revolution, Reading, MA: Addison-Wesley.
- Valdivielso, Joaquín (2012): »Sobre si es posible una filosofía política del 15M. Una tesis y algunas hipótesis provisionales«, in: Astrolabio. Revista internacional de filosofía 13, S. 471-80.
- Vicente, Nuria Pérez (2013): »El lenguaje político del 15M: hacia una nueva retórica de la indignación«, in: UNED, Revista Signa 22, S. 569-594.

Praktiken und Affekte

Rekonstruktion von (Alltags-)Kritik in dissidenten Lebensformen

Kernidee und Perspektive des Ansatzes

Die Grundeinsicht der »Soziologie der Kritik« besteht darin, dass das kritische Alltagshandeln von Akteur*innen soziale und politische Ordnungen (mit-)prägt. Im Vergleich zur Tradition der sozialen

Bewegungsforschung, die außeralltägliche Protestereignisse (z.B. Demonstrationen oder Blocka-

eignisse als Ausweitung von alltäglichen Formen der Kritik.

Zentrale theoretische Grundlage/Arbeiten Zentral für die Soziologie der Kritik sind die Vorarbeiten der französischen Soziologen Luc Bol-

tanski und Laurent Thévenot (2006). Indem die Autoren die Annahme eines fundamentalen Wissensunterschieds zwischen benhachtenden Wissenschaftler*innen und handelnden Akteur*innen hinterfragen, öffnen sie neue Räume zum Verständnis von Aktivist*innen, deren Handlungen aus

den) als Phänomene sui generis in den Fokus rückt, betrachtet die Soziologie der Kritik diese Er-

der Perspektive der etablierten Bewegungsforschung seltsam oder gar irrational erscheinen. Anwendung: Methoden Je nach Erkenntnisinteresse bieten sich für Untersuchungen im Rahmen der Soziologie der Kritik unterschiedliche Forschungsstrategien und -methoden an. Exemplarisch wird als Forschungsstra-

tegie die Möglichkeit präsentiert, einem Objekt zu folgen. Als Methode wird ein an die Grounded

auf die Analyse und Kodierung von 104 Ausgaben einer subkulturellen Zeitschrift, die über 30 Jahre

Theory angelehntes rekonstruktives Vorgehen (vgl. Roos 2013) vorgestellt.

Anwendung: Fallbeispiel

Das Potential der Soziologie der Kritik wird am Beispiel der (Veränderung der) Praxis von Bewohner*innen von Kommunen in den USA veranschaulicht. Methodisch stützt sich die Untersuchung

hinweg von und für Aktivist*innen veröffentlicht wurde.

Anwendung: Beispiele Das von Thomas Kern, Thomas Laux und Insa Pruisken (2017) herausgegebenen Sonderheft »Criti-

(2006) ein wichtiger Bezugspunkt.

que & Social Change« versammelt hauptsächlich Arbeiten zur Veränderung von Kritik, die auf qualitativen Daten beruhen. Auf quantitativen Daten basiert hingegen die historische Rekonstruktion eines Konflikts um »fracking« von Jean-Pascal Gond, Luciano Barin Cruz, Emmanuel Raufflet and

Mathieu Charron (2016). Nicht historisch, sondern kulturell vergleichend, nutzen Laurent Thévenot, Michael Moody und Claudette Lafaye (2000) die Soziologie der Kritik als Baukasten, um Umweltproteste in Frankreich und den USA zu verstehen. Mit einem Fokus auf die Veränderung einer Herrschaftsordnung als Reaktion auf Kritik, bleibt die Studie von Luc Boltanski und Ève Chiapello

Die Soziologie der Kritik

Zur Rekonstruktion dissidenter Lebensformen

Philip Wallmeier

1. Einleitung: Zur Rekonstruktion alltäglicher Formen von Kritik

Ende der 1960er Jahre verließ fast eine Millionen US-Amerikaner*innen Familie, Arbeit oder Studium und zog aufs Land, um dort gemeinschaftlich und in bewusster Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft in einer Kommune zu leben (Miller 1999: xiv). Vielen erschien die amerikanische Gesellschaft insgesamt so pathologisch und durchzogen von Herrschaft, dass sie alle Erwartungen an die etablierten politischen Institutionen aufgegeben hatten. Statt sich an den Staat zu wenden, versuchten sie, ihren Alltag radikal zu verändern. Obwohl in Kommunen und anderen »dissidenten Lebensformen« (Wallmeier 2015) also radikale Kritik an den Verhältnissen zum Ausdruck kommt, wird diese von der sozialen Bewegungsforschung kaum aufgenommen. Wie David Snow (2004) argumentiert, liegt dies am Gesamtzuschnitt dieses Forschungsdiskurses, der auf Ereignisse ausgerichtet ist, in denen Kollektive Forderungen an den Staat adressieren (vgl. Haug 2013). Im Rahmen dieses Aufsatzes möchte ich die Soziologie der Kritik daher als Instrumentarium vorstellen, um »dissidente Lebensformen« zu verstehen.¹

Die Soziologie der Kritik (im Folgenden SdK) eignet sich hier ganz besonders, weil sie, erstens, nicht so sehr auf Protestereignisse, sondern auf gewöhnliche Formen der Kritik zugeschnitten ist. So kann auch als radikal verstandenes Alltagshandeln rekonstruiert werden. Zweitens folgen Forscher*innen im Rahmen der SdK dem Handeln von Akteur*innen als Gleiche unter Gleichen. Damit ist

¹ Es mag überraschen, die Soziologie der Kritik in einem Handbuch zu »poststrukturalistischen Perspektiven auf soziale Bewegungen« zu finden. Der Hauptgrund für diese Zuordnung ist, dass die Soziologie der Kritik genau wie poststrukturalistische Perspektiven (hierzu: Leinius/Vey/Hagemann 2018) auf einer Blickverschiebung beruht, welche Kontingenz statt Ordnung in den Fokus rückt. Ein wesentlicher Unterschied besteht aber darin, dass für viele poststrukturalistische Perspektiven der Machtbegriff ein »Schlüssel« zum Verständnis sozialer Bewegungen (ebd.) ist. Die SdK versucht – im Gegenteil – die Offenheit sozialer Situationen darzustellen, indem sie Verständigungsprozesse in den Fokus rückt.

die SdK gut geeignet, um auch jene Perspektiven von Aktivist*innen in den Blick zu nehmen, die weit verbreitete Denkmuster infrage stellen. Drittens beginnen Untersuchungen im Rahmen der SdK nicht mit theoretisch abgeleiteten Ordnungsvorstellungen, sondern machen deren Herausbildung in und durch Kritik sichtbar. Damit fängt diese Perspektive auch die Praxis jener Personen ein, die nicht auf den Staat zielen, aber dennoch kollektiv Veränderung schaffen möchten.

Dieser Aufsatz beschreibt die SdK als Theoriegebäude und zeigt, wie sie zur Analyse der Kritik von Kommunard*innen und Bewohner*innen von intentionalen Gemeinschaften genutzt werden kann. Unter den synonym verwendeten Begriffen »Kommune« und »intentionale Gemeinschaft« verstehe ich Wohn- und Lebenszusammenhänge, in denen Menschen, die nicht alle verwandt sind, gemeinsam mehr oder weniger große Teile ihrer Produktionssphäre und Alltagspraxis in bewusster Abgrenzung gegen andere Formen der Vergesellschaftung organisieren, weil dies ihrer Vorstellung eines besseren Lebens entspricht. Ich beginne den Aufsatz mit einer anwendungsorientierten Darstellung der SdK (2). Danach beschreibe ich am Beispiel eigener Untersuchungen, wie die SdK zum Verständnis der Kommunenbewegung in den USA beitragen kann (3) und deute zum Schluss auf offene Fragen und Probleme des Ansatzes hin (4).

2. Forschungsansatz: Die Soziologie der Kritik

Im Rahmen der Soziologie der Kritik wird untersucht, wie Personen Kritik üben, sich rechtfertigen und dabei die Welt ordnen. Entgegen den Konnotationen ihres Namens ist die SdK keine soziologische Subdisziplin und auch kein in sich konsistentes Theoriegebäude, sondern ein Fundus an Konzepten und Ideen, die zusammengenommen eine Perspektive auf die soziale Welt ergeben. Dieser Baukasten-Charakter der SdK verdankt sich auch Luc Boltanski, einem der Begründer dieses Ansatzes, dessen Konzepte – genau wie die seines Lehrers Pierre Bourdieu – eher erfahrungsgesättigt als theoretisch abgeleitet sind und dessen Arbeiten hier im Fokus stehen.² Boltanski (2011: 47) versteht seine Forschungsergebnisse nicht als unbestreitbare, wissenschaftliche Wahrheiten, sondern als Beiträge zu Debatten um die richtige Weltdeutung. Entsprechend verfolge auch ich hier keinen systematisierenden Anspruch, sondern versuche einige Konzepte vorstellen, die zur empirischen Analyse von dissidenten Lebensformen nützlich erscheinen. Ich werde zuerst präzisieren, was mit »Kritik« gemeint ist (2.1) und danach sechs Grundprinzipien der SdK vorstellen, anhand derer ich die SdK von anderen Perspektiven abgrenze. Mit »Prinzip« ist hier einerseits gemeint, dass die SdK auf bestimmten

² Wesentlich für diesen Beitrag sind insbesondere Boltanski 2008; 2011; 2012; 2013; Boltanski/Chiapello 2007; Boltanski/Thévenot 2006.

Annahmen beruht; zusätzlich ist damit eine spezifische ethische Haltung in der Forschungspraxis gemeint (2.2).³

2.1 Was ist eigentlich »Kritik«?

Im Fokus der SdK stehen weniger die Träger*innen von Gesellschaftskritik – wie in der sozialen Bewegungsforschung – sondern die Rechtfertigung und dynamische Entwicklung derselben. Dabei unterscheidet die SdK nicht zwischen der Kritik einer sozialen Bewegung an gesellschaftlichen Missständen einerseits und alltäglicheren Formen der Kritik andererseits. Kollektive und individuelle, öffentliche und private Formen der Kritik erscheinen durch die Brille der SdK als strukturell ähnlich: Wer kritisiert, tritt aus dem Fluss der Geschehnisse (ein Stück weit) heraus und betrachtet diese aus einer der Situation externen Perspektive (Boltanski 2012: 29). Aus dieser distanzierten Position heraus löst sich die scheinbare Notwendigkeit einer Situation auf, weil sichtbar wird, dass die Welt auch ganz anders sein könnte.

Luc Boltanski und Ève Chiapello (2007: 36) unterscheiden analytisch zwischen zwei Ebenen dieses Auf-Distanz-Gebens, die Kritik ausmachen, Kritik bricht sich erstens dann Bahn, wenn eine scheinbar natürliche Ordnung zusammenbricht und als normal empfundene Handlungsvollzüge problematisch werden. Der Kommunarde Douglas Stevenson (2014: 217) schildert etwa detailliert, wie ihn die Morde an Martin Luther King und John F. Kennedy in den 1960er Jahren so nachhaltig erschütterten, dass er nicht »einfach so weitermachen« konnte. Kritik entsteht also nicht einfach aus dem Willen von Individuen, sondern ist selbst das Ergebnis einer Verschiebung oder eines Bruchs (Boltanski/Chiapello 2007: 323). Die zweite analytische Ebene verdeutlicht den Anteil der Akteur*innen an der Artikulation von Kritik. Diese versuchen ihre Erschütterungserfahrung zu generalisieren, also als ein allgemeines Problem zu entfalten. Sie versuchen zu zeigen, dass das von ihnen Erlittene kein zufälliges, individuelles, kurzzeitiges Übel ist, sondern das Ergebnis eines allgemeineren und daher kritisierbaren Problems (Boltanski 2011: 140-141). Um dies zu tun, müssen die Kritiker*innen einerseits Kausalketten herstellen und sich andererseits als Teil einer bestimmten Gruppe darstellen. Abstrakt schreibt Boltanski (ebd.), dass die Entfaltung der Kritik darin besteht, »Eigenschaften, die bis dahin als kontingent oder sekundär behandelt wurden, so zu kategorisieren, dass sie zur Grundlage von Klassen werden«. Um beim Beispiel zu bleiben, stellten immer mehr Jugendliche die öffentliche Ermordung von Kennedy und King in einen systematischen Zusammenhang mit sozialen Ungerechtigkeiten und Umweltzerstörung. Der individuelle Eindruck,

³ Die Liste ist eine Synthese aus jenen Grundmotiven, die Robin Celikates (2009: 148) und Tanja Bogusz (2010: 9-11) identifizieren.

dass »etwas nicht stimmte«, wurde also anhand einer Kausalkette (die Industriegesellschaft ist ein insgesamt zerstörerisches System) zur Kritik generalisiert. So wurde auch ein Band zwischen jenen hergestellt, die sich außerhalb dieser Industriegesellschaft wähnten.

Um individuell erlebte Problemerfahrungen derart zu generalisieren, müssen sich Akteur*innen sprachlich auf bestimmte Prinzipien beziehen, anhand derer sie eine Übereinstimmung hinsichtlich der Beschreibung und Bewertung einer Situation erzielen können. Hierzu stehen ihnen laut Luc Boltanski und Laurent Thévenot (2006: 133-138) in der westlich geprägten Moderne acht sogenannte Konventionen zur Verfügung (für eine nützliche Übersicht, vgl. Diaz-Bone 2015: 152-153). Akteur*innen können sich auf Gerechtigkeit (staatsbürgerliche Konvention), Nutzen (Marktkonvention), Effektivität (industrielle Konvention), Authentizität (Konvention der Inspiration), öffentliche Zustimmung (Konvention der Bekanntheit), Tradition (häusliche Konvention), Nachhaltigkeit (ökologische Konvention) oder die Evaluation durch Dritte (Netzwerkkonvention) beziehen. Um im vorher genannten Beispiel zu bleiben, bezog sich ein großer Teil der Kritik an der Industriegesellschaft auf Gerechtigkeit und auf Authentizität. Man empfand die Organisation des Gemeinwesens als ungerecht (staatsbürgerliche Konvention) und das eigene Leben als entfremdet (Konvention der Inspiration).

Die Wertebasis, auf die sich Kritik bezieht, dient auch als Grundlage der analytischen Unterscheidung zwischen radikaler und reformistischer Kritik (Boltanski 2011: 55). Reformistische Kritik prangert eine Situation anhand einer Norm an, welche in dem Kontext der Interaktion ohnehin anerkannt ist und fordert ihre konsequente Einhaltung. So werden etwa Wahlen teilweise deswegen kritisiert, weil diese nicht den rechtlich kodifizierten Regeln folgen – etwa, wenn Manipulationen vorliegen (Boltanski 2011: 134). Im Gegensatz dazu transzendiert radikale Kritik eine Situation und ihre Deutungen. Die meisten Kommunard*innen etwa kritisieren an Wahlen, dass diese allgemeine und gleichberechtigte Partizipation nur vortäuschen. Damit wird also nicht die Manipulation von prinzipiell akzeptablen Wahlen kritisiert, sondern das Verfahren insgesamt.

In der SdK geht es darum, auf der Grundlage dieses Kritikverständnisses Ausprägungen und Veränderungen von Kritik nachzuvollziehen. Dabei folgen Forscher*innen einigen Grundprinzipien, die im nächsten Abschnitt dargestellt werden sollen.

2.2 Grundprinzipien des Forschungsansatzes

Das Prinzip der Unwahrscheinlichkeit von Ordnung. Die SdK nimmt die Gegebenheit und Evidenz sozialer und politischer Ordnungen nicht als Ausgangspunkt wissenschaftlicher Analysen, sondern macht diese Selbstverständlichkeit zum Explanandum (Wagner 1999: 349). Gesellschaft ist aus dieser Perspektive dann

weniger eine »Ordnung« (die bestimmte Effekte hat) als ein ständiges »Ordnen« durch unterschiedliche Akteur*innen. Angenommen wird also keine inhärente Logik oder Gesetzmäßigkeit sozialer Ordnung, sondern radikale Kontingenz. Dieses Prinzip grenzt die SdK also von jenen – z.B. marxistischen – Ansätzen ab, die in sozialen Bewegungen lediglich den Ausdruck einer Struktur am Werk sehen. Wissenschaftler*innen sind entsprechend aufgefordert, sensibel für Lücken, Brüche und Verschiebungen zu sein. Dieses Prinzip ist für die Erforschung von intentionalen Gemeinschaften wichtig, weil damit jene Argumente außer Kraft gesetzt werden, welche von einer festgefügten Ordnung ausgehen und daher die Aktivitäten der Kommunard*innen lediglich auf bestehende politische Institutionen projizieren. So erscheinen die Handlungen der Kommunard*innen wirkungslos. Folgt man hingegen dem Prinzip der Unwahrscheinlichkeit von Ordnung, erscheint der Aktivismus der Kommunard*innen mindestens ebenso relevant wie andere Aktivitäten des Ordnens.

Das Prinzip der De-Ontologisierung. Die SdK besteht auf der Zerlegung verbreiteter Kategorien und Klassifikationen. Dieses Prinzip grenzt die SdK also von jenen Ansätzen ab, in denen bestimmte Kategorien, wie die soziale Position, »als zugleich ordnungsstiftendes und generalisierendes Prinzip« behandelt werden (Bogusz 2010: 41). Genauso grenzt dieses Prinzip die SdK aber von jenen Theorien ab, die soziale Bewegungen als fertige und in sich geordnete Akteur*innen verstehen, die einer rationalen Kalkulation folgend bereits definierte Ziele erfolgreich umzusetzen suchen. Stattdessen fordert die SdK von Wissenschaftler*innen eine skeptische Haltung gegenüber solchen Kategorien und Vorfestlegungen. Für die Erforschung von intentionalen Gemeinschaften ist dies deswegen wichtig, weil sie nicht *a priori* als Ausdruck einer bestimmten Identität gedeutet werden (etwa der Klassenlage), sondern die relevanten Kategorien aus der Interaktion zu rekonstruieren sind.

Das Prinzip der Symmetrie. Die SdK weist eine hierarchische Unterscheidung zwischen wissenschaftlichem Wissen und dem Wissen von Laien zurück. Sie verschreibt sich der »Symmetrie zwischen dem deskriptiven Sprachgebrauch in den Sozialwissenschaften und den in ihnen gebräuchlichen Erklärungsprinzipien und [...] den von den Akteuren benutzten Formen der Rechtfertigung beziehungsweise der Kritik« (Boltanski/Thévenot 2007: 26). Dieses Symmetrieprinzip ist zuerst einmal so begründet, dass jede wissenschaftliche Analyse die Perspektive der involvierten Akteur*innen zur Kenntnis nehmen muss, um die soziale Welt richtig zu beschreiben. Anders formuliert: Die Wahrnehmungen der handelnden Akteur*innen sind nicht epiphenomenal, sondern konstitutiv für Situationen. Gleichzeitig wird damit anerkannt, dass wissenschaftliches Wissen erhebliche Rückwirkungen auf Aktivist*innen und die politische Situation haben kann. Dieses Prinzip grenzt die SdK also von Ansätzen ab, die davon ausgehen, dass Wissenschaftler*innen über objektives Wissen verfügen, das sich von den

subjektiven (und ideologisch verblendeten oder sehr begrenzten) Sichtweisen von Akteur*innen fundamental unterscheidet (Celikates 2009: 17-32). Es gilt also, den Akteur*innen zu folgen und ihre Perspektive auch dann ernst zu nehmen, wenn sie weit verbreiteten Annahmen widersprechen. Das Symmetrieprinzip ist für die Erforschung von intentionalen Gemeinschaften wichtig, weil so auch jene Perspektiven, Ideen und Motivationen eingefangen werden, die den Erkenntnissen bestimmter Wissenschaftsdisziplinen fundamental zuwiderlaufen. So unwahrscheinlich oder naiv manche Überzeugungen aus der Sicht der wissenschaftlichen Lehrmeinung klingen, wird man die Praxis der Aktivist*innen nur verstehen, wenn man ihre Perspektive ernst nimmt.

Das Prinzip der reflexiven Fähigkeiten. Ordnung wird durch Akteur*innen hergestellt, indem sich diese gegenseitig kritisieren und Rechtfertigungen geben. Die SdK geht also davon aus, dass Menschen auf Distanz zu der Situation gehen können, in der sie sich befinden. Dieses Prinzip grenzt die SdK also von jenen Ansätzen ab, die Bewegungsakteur*innen keine eigene Handlungsfähigkeit zusprechen (Celikates 2009: 17-26). Angenommen wird – geradezu anthropologisch – dass Akteur*innen die Fähigkeit haben, sich kritisch auf die Ordnung zu beziehen, deren Teil sie sind. Die SdK fordert entsprechend von Forschenden, die Reflexionsleistung der untersuchten Akteur*innen ernst zu nehmen. Dieses Prinzip ist für die Analyse intentionaler Gemeinschaften deswegen bedeutsam, weil damit axiomatisch ein Akteur*innenbild vertreten wird, das die Möglichkeit von (Selbst-)Befreiung prinzipiell einschließt. Das ist deswegen wichtig, weil sonst bereits theoretisch ausgeschlossen würde, was viele Aktivist*innen in der Praxis erreichen wollen.

Das Prinzip des Pluralismus. Akteur*innen interagieren stets in Kontexten, die mit keinem eindeutigen Situations- und Rollenverständnis, sondern mit sehr unterschiedlichen Erwartungen und Realitätsverständnissen einhergehen (können). Dieses Prinzip grenzt die SdK von jenen Ansätzen ab, die Akteur*innen in bestimmten Feldern auf bestimmte Aktivitäten oder Rollen reduziert sehen oder ihnen lediglich eine instrumentelle Vernunft unterstellen. Die Annahme hinter diesem Prinzip ist, dass unterschiedliche und sogar dieselben Akteur*innen in denselben Situationen unterschiedliche Handlungsweisen annehmen und Werte anrufen können. Die SdK fordert also nicht nur Kontextsensibilität, sondern auch eine sensible Haltung gegenüber der spezifischen Logik der Handlung des Einzelnen. Dieses Prinzip erlaubt, die Vieldeutigkeit radikaler Alltagspraxis herauszuarbeiten und fängt damit auch ein wesentliches Merkmal »dissidenter Lebensformen« ein: die von vielen Kommunard*innen geteilte Unsicherheit, dass nie vollkommen eindeutig ist, was richtig ist und was man tun sollte.

Das Prinzip der Grammatiken (der Einigung). Die SdK weist darauf hin, dass Kritik und Rechtfertigung bestimmten Regeln der Akzeptabilität folgen. Einerseits beobachtet Boltanski (2012: 169-262), dass Kritik in einer bestimmten Form

vorgetragen werden muss, um als legitim wahrgenommen zu werden. Ein Protestbrief z.B. wirkt dann legitimer, wenn die Absender*innen einen akademischen Titel angeben und wenn anerkannte Organisationen den Brief unterschreiben. Zudem weist die SdK auch darauf hin, dass es bestimmte »Grammatiken der Einigung« gibt: Kritik und Rechtfertigung können sich in der westlichen Moderne (nur) auf bestimmte Vorstellungen von Gerechtigkeit stützen und (nur) mit Bezug auf diese wieder ausgeräumt werden (zu den Konventionen, s.o.). Dieses Prinzip grenzt die SdK also einerseits von jenen Ansätzen ab, die annehmen, dass am Ende Macht über die Auflösung von Disputen entscheidet. Genauso grenzt dieses Prinzip die SdK aber auch von jenen Ansätzen ab, welche die gesellschaftliche Vorbestimmtheit von Normalitäts- und Einigungsprinzipien übersehen oder vernachlässigen. Im Rahmen der SdK sollen Wissenschaftler*innen also - bei aller Sensibilität für die Reflexivität und Bedeutungszuschreibung durch Akteur*innen - ihre Aufmerksamkeit auch darauf richten, wie gesellschaftlich verfügbare Rechtfertigungsmuster genutzt werden. Dieses Prinzip ist wesentlich für die Erforschung von Landkommunen und dissidenten Lebensformen, weil es deren Anspruch, schon heute anders zu leben, an den Status quo rückbindet: Egal wie Kommunard*innen in Zukunft leben wollen, müssen sie sich doch heute miteinander abstimmen und damit auch auf die verfügbaren Gerechtigkeitsprinzipien zurückgreifen.

Insgesamt besteht Kritik also darin, dass Akteur*innen durch eine Irritation oder Ungerechtigkeitserfahrung auf Distanz zu jener Situation gehen, in der sie sich befinden, und eine generalisierende Aussage über ihre Erfahrung treffen, wodurch neue Kollektive hergestellt werden. Die Aufgabe von Forscher*innen besteht darin, Kritiker*innen zu folgen, um so Veränderungsansprüche aus den bestehenden Verhältnissen zu rekonstruieren. Diese Gesamtausrichtung ist der Grund, warum zahlreiche Autor*innen in der SdK eine Möglichkeit sehen, die Kritische Theorie neu empirisch zu verankern (Blokker 2011; Browne 2014; Celikates 2008; Honneth 2008; Rebughini 2010; Wagner 2011).

3. Forschungspraxis: Kommunen in den USA 1972-1999

Die SdK ist keine fixierte Theorie, sondern eine Perspektive auf Praktiken der Kritik und der Rechtfertigung. Sie ist mit keiner Forschungsmethode unmittelbar verbunden. Zwar bietet sich auf den ersten Blick die teilnehmende Beobachtung als Methode an, weil man so sehr nah an der Praxis der Akteur*innen ist und ein Gespür für Situationen und Kontexte erhält. Allerdings würde der Anwendungsbereich der SdK mit dieser Festlegung stark begrenzt. Häufig ist es nämlich nicht möglich, an bestimmten Situationen teilzunehmen (etwa, wenn es um vergange-

ne Praktiken geht) oder nicht praktikabel (wenn größere politische Zusammenhänge im Fokus stehen).

Statt sich auf eine bestimmte Forschungsmethode festzulegen, die Nähe zur Praxis und Kontextsensibilität gewährleisten soll, kann auch eine angemessene Forschungsstrategie dienlich sein. Schließlich können sich Praxisrekonstruktionen auch auf Artefakte oder Dokumente stützen (Reckwitz 2008). Um einen Überblick über verfügbare Forschungsstrategien zu Praktiken der Kritik und der Rechtfertigung zu gewinnen, ist Christian Buegers (2015) Dreiteilung nützlich (vgl. Blokker 2011). Dabei sollte jedoch bedacht werden, dass sich diese drei Strategien nicht ausschließen.

Eine erste Strategie besteht darin, die Untersuchung auf einen bestimmten Ort zu fokussieren. Dabei kann es sich z.B. um eine Region mit Beispielcharakter oder eine Institution handeln, von der besondere Strahlkraft oder Entscheidungskompetenz ausgeht. Ein Beispiel hierfür ist etwa Max Leschs (2017) Untersuchung zur Debatte über das Folterverbot im Deutschen Bundestag. Eine zweite Strategie besteht darin, einem Konflikt, einer Krise oder einer Kontroverse zu folgen. Hierzu können sehr unterschiedliche Quellen herangezogen werden. Ein Beispiel hierfür ist Laurent Thévenot, Michael Lafay und Claudette Moodys Studie (2000) zu Auseinandersetzungen um Umweltschutzmaßnahmen in Frankreich und den USA. Für ihre Studie besuchten die Autor*innen Orte der Auseinandersetzung, sprachen mit Beteiligten, analysierten öffentliche Stellungnahmen und Zeitungsberichte. Eine dritte Strategie besteht darin, bestimmten Objekten zu folgen. Ein Beispiel für diese Strategie stelle ich im Folgenden vor (vgl. ausführlich: Wallmeier 2019): Um die Praxis von Kommunard*innen in den USA historisch zu rekonstruieren, bin ich dem wichtigsten subkulturellen Magazin der Szene gefolgt, dem Magazin Communities, das seit 1972 von und für Kommunard*innen herausgegeben wird.

3.1 Forschungsstrategie: die Geschichte eines Magazins

Im Rahmen des Forschungsprojekts wurden alle zwischen 1972 – 1999 erschienenen Ausgaben des Magazins Communities in drei Hinsichten analysiert. Erstens habe ich die Zeitschrift selbst als ein Produkt jener Widerstandspraxis analysiert, für die ich mich interessiere. Communities wurde 1972 als Organ der Gegenkultur geschaffen und sollte selbst die Prinzipien der Bewegung verwirklichen. Durch die historische Rekonstruktion der Geschichte des Magazins wird also sichtbar gemacht, auf welche Schwierigkeiten die Bewegung insgesamt stieß. Zweitens wird das Magazin als Debattenmedium untersucht. In der Analyse der Inhalte des Magazins zeigt sich, welche Grundvorstellungen der im Magazin repräsentierten Praxis implizit zu Grunde lagen. Drittens betrachte ich das Magazin als historisches Artefakt, durch das ich Zugang zu explizierten Diagnosen und Ana-

lysen erlange. In der Zeitschrift finden sich etwa Herrschaftsdiagnosen, Selbstverständnisse der Akteur*innen und Kritik an der eigenen Bewegung.

Um in diesen drei Hinsichten Wissen zu generieren, wurde das Material auf der Ebene der Ausgaben und auf der Ebene der Artikel kodiert. Auf der Ausgabenebene habe ich Informationen über die jeweiligen Herausgeber*innen, den Preis der Zeitschrift und die Ausrichtung der Zeitschrift abgetragen. 4 Um einen Überblick über die impliziten Vorstellungen der Akteur*innen zu bekommen, habe ich das Magazin zudem auf der Ebene von einzelnen Artikeln induktiv kodiert. Zuerst habe ich die jeweilige Funktion eines Artikels abgetragen: Wird in einem Artikel z.B. eine Landkommune vorgestellt oder wird erklärt, wie man Tofu herstellt? Danach habe ich die jeweilige Evidenz der Berichterstattung notiert: Bezieht sich die Autor*in des Artikels z.B. auf persönliche Erfahrungen, eine wissenschaftliche Studie oder auf eine Eingebung? Zuletzt wurde kodiert, worum es im jeweiligen Artikel geht: geht es z.B. um die politische Situation oder um die Organisation des gemeinsamen Lebens? Neben diesen drei induktiven Kodierungen habe ich zudem für jeden Artikel abgetragen, auf welche der von Boltanski und Thévenot benannten acht Rechtfertigungsordnung(en) (s.o.) sich die Kommunard*innen bezogen. Insofern hier ein festgelegtes Schema an die Daten angelegt wird, handelt es sich dabei um die einzige deduktive Kodierung.

Um die expliziten Herrschaftsdiagnosen und Selbstdeutungen der Aktivist*innen herauszuarbeiten, habe ich eine bestimmte Teilmenge der Artikel noch einmal detailliert ausgewertet. Alle Artikel, deren Funktion im induktiven Kodierprozess als »Diskussion über die Bewegung und ihr Ziel« bestimmt wurde, wurden nach expliziten Herrschaftsdiagnosen, Selbstverständnissen der Akteur*innen und Kritik an der Bewegung durchsucht. Die Funde wurden zu Ergebnissen für bestimmte Zeitabschnitte synthetisiert (zum Verfahren: Roos 2013). Im Folgenden werde ich einige wesentliche Ergebnisse meiner umfangreicheren Studie so zusammenfassen, dass das Potential der SdK daraus ersichtlich wird.

3.2 Ergebnis: die Veränderung dissidenter Lebensformen

Erstens zeigt sich in den gesammelten Daten, dass die Kommunenbewegung eine »Rückzugsbewegung« in einem spezifischen Sinn ist. Wie die Analyse der Inhalte des Magazins *Communities* hervorbringt, diskutieren die Kommunard*innen sehr

⁴ Konkret habe ich in einer Excel-Tabelle notiert, welche Nummer die Ausgabe der Zeitschrift trägt, in welchem Jahr sie erschienen ist, welchen Titel/Untertitel das Magazin zu dieser Zeit trug, wo die Produktionszentrale(n) war(en), welche Personen involviert waren, welche Institutionen als Herausgeber*innen fungierten, welches Thema eine Ausgabe hatte, was auf dem Titelblatt gezeigt wurde und was die Zeitschrift kostete. Zudem wurde notiert, welche regelmäßig wiederkehrenden Kolumnen in dieser Ausgabe erschienen sind und wie viele andere Artikel in der Zeitschrift abgedruckt wurden. Eine letzte Spalte diente mir für Anmerkungen.

viel über Kommunen und die Praxis des gemeinschaftlichen Lebens. Sehr wenige Artikel beschäftigen sich jedoch mit den politischen und sozialen Rahmenbedingungen ihrer Bewegung. Aus dem Magazin erfährt man also kaum etwas darüber, wer Präsident der USA ist oder wie sich die geopolitische Lage verändert. Das sollte nicht als Hinweis darauf gedeutet werden, dass die Kommunard*innen allesamt an den politischen und sozialen Verhältnissen uninteressiert sind. Es zeigt aber, dass sich die Kommunenszene als Diskussionszusammenhang von den politischen und sozialen Rahmenbedingungen abkoppelte.

Zweitens zeigt die Analyse deutlich, dass es sich bei dieser Rückzugsbewegung dennoch nicht um Eskapismus, sondern um eine Form von Widerstand handelt. Dies zeigt sich in der Rekonstruktion der Selbstverständnisse und Herrschaftsdiagnosen der Kommunard*innen. Zu allen Zeitpunkten artikulieren die Akteur*innen nämlich eine klare Herrschafts- und Verfallsdiagnose. Für sie erscheint eindeutig, dass die Gesellschaft und die bestehenden politischen Institutionen so kaputt und sklerotisch sind, dass sie »von innen« nicht transformiert werden können. Ihre eigene Praxis verstehen sie als Antwort auf diesen Zustand der Welt und damit als Teil eines Versuchs der umfassenden Transformation. Ob nun in den 1970er oder den 1990er Jahren, stehen die Akteur*innen also eindeutig in einem radikal kritischen Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft. Stimmen die Akteur*innen in diesen groben Zügen meist mehr oder weniger überein, so finden sich jedoch - in der konkreteren Analyse - sehr unterschiedliche Selbstverständnisse. Einige verstehen die gemeinsame Organisation des Alltags als Konstitution eines Kollektivs, um damit politisch schlagkräftiger zu sein. Andere sehen in ihrer intentionalen Gemeinschaft eher ein Modellprojekt, wie eine bessere Gesellschaft aussehen könnte. Wieder andere verstehen ihre Gemeinschaft als Experimentierzentrum oder Labor, in dem nachhaltigere und gerechtere Formen des Zusammenlebens getestet werden. Insgesamt zeigt sich also in der fundamentalen Ablehnung der derzeitigen Verhältnisse und im Versuch, eine komplett andere Ordnung herzustellen, dass die Kommunard*innen als Widerstandsbewegung agierten - wenn sie die Praxis auch sehr unterschiedlich verstanden.

In diesen Diagnosen wird auch ein drittes Ergebnis der Studie sichtbar. In der Rekonstruktion der Selbstverständnisse zeigt sich, dass die Kommunard*innen ihr Handeln nicht nur auf einen nationalen oder gar lokalen Rahmen beziehen, sondern auf als global wahrgenommene Problemzusammenhänge reagieren. Die Kommunard*innen artikulieren zu allen Zeitpunkten Herrschaftsdiagnosen, die globale (oder transnationale) Zusammenhänge in den Fokus rückten, wie etwa die Ausbeutung anderer Weltregionen oder Umweltzerstörung.

Viertens zeigt sich in der Studie eine wesentliche Veränderung dieser Form von Widerstand. Verstanden sich die Kommunard*innen der frühen 1970er Jahre meist als Gegenbewegung zur Mehrheitsgesellschaft, die ihre Werte gegen die Gesellschaft in Stellung brachte, so verstehen sich die meisten Landkommunen

in den 1990er Jahren eher als Transformationszentren *für* die Gesellschaft (vgl. Wallmeier 2015; 2017; 2019). Sie wollen Möglichkeiten erarbeiten, wie die von den etablierten politischen Institutionen propagierten Werte (Demokratie, Nachhaltigkeit, Selbstbestimmung) umgesetzt werden können. Diese Veränderung zeigt sich einerseits darin, dass die »staatsbürgerliche Rechtfertigungskonvention« über die Zeit hinweg an Bedeutung verliert. Stattdessen gewinnen die »Konvention der Inspiration«, die »ökologische Konvention« und die »Marktkonvention« an Bedeutung. Statt »Ungerechtigkeit« – mit ihren antagonistischen Implikationen – geht es also eher um »nicht-Nachhaltigkeit« und »Entfremdung«. Deutlich zeigt sich dieses Muster auch in der Veränderung der Artikel im Magazin. Findet man in den 1970er Jahren viele Texte, die eine antagonistische Strategie zur Veränderung der Verhältnisse diskutieren, so werden diese in den 1990er Jahren von Debatten über eine von allen gemeinsam in die Wege geleitete »Transformation« abgelöst.

Fünftens zeigt sich durch die Brille der SdK, dass diese Veränderung von einer Gegenbewegung in eine Transformationsbewegung kein Schicksal ist, das die Kommunenbewegung von außen ereilt. Stattdessen zeigt sich in der detaillierten Rekonstruktion von Kritik und Rechtfertigung innerhalb der Bewegung, wie die Veränderung schleichend als Reaktion auf Kritik aus der Bewegung selbst stattfindet. Die Veränderungen erscheinen den Kommunard*innen also nicht einfach als schmerzhafte Anpassungen an die Anforderungen der Mehrheitsgesellschaft, sondern als Verbesserung der eigenen Praxis. Eindrücklich spiegelt sich dies in der Geschichte des Magazins Communities. Die Herausgeber*innen nahmen zuerst Abstand vom eigenen Anspruch auf Dezentralität und Spontaneität, weil sich herausstellte, dass diese Ideale dem langfristigen Erscheinen der Zeitschrift im Weg standen. Danach wandten sich die Herausgeber*innen der Zeitschrift langsam Marktmechanismen zu, um die Zeitschrift finanziell auf stabilere Beine zu stellen. Schlussendlich öffneten sich die Herausgeber*innen inhaltlich gegenüber der Mehrheitsgesellschaft, weil die Zeitschrift ansonsten in der Bedeutungslosigkeit zu versinken drohte. Durch die Brille der SdK wird sichtbar gemacht, wie sich die Anpassung der Zeitschrift an die Erfordernisse der Mehrheitsgesellschaft als Ergebnis von Kritik und Rechtfertigung innerhalb der Kommunenszene darstellt.

4. Fazit

Die SdK versteht unter »Kritik« einen Bruch im Geschehen, durch den Akteur*innen auf Distanz zu jener Situation gehen, in der sie sich befinden. Anhand von unterschiedlichen »Konventionen« treffen sie eine generalisierende Aussage über diesen Bruch, wodurch neue Kollektive hergestellt werden. Kombiniert mit den sechs vorgestellten Grundprinzipien macht dieses Kritikverständnis den Sockel

der SdK aus. So wird die Perspektive von Forscher*innen sehr eng an die Perspektive der untersuchten Akteur*innen gebunden.

Ich habe argumentiert, dass diese enge Bindung nützlich ist, um die radikale Praxis in Kommunen und intentionalen Gemeinschaften zu verstehen. Anhand des Instrumentariums der SdK habe ich die Kritik von Kommunard*innen in den USA rekonstruiert und ihre Veränderung aufgezeigt. Die SdK eignet sich hier ganz besonders, weil sie Alltagskritik und große Protestereignisse nicht fundamental unterscheidet, weil sie auch radikale Infragestellungen von weit verbreiteten Denkmustern einfängt und weil sie geeignet ist, kleine Ordnungsveränderungen zu beschreiben.

Im empirischen Beispiel zeigt sich ein langsamer Angleichungsprozess der Aktivist*innen an die Mehrheitsgesellschaft. Dieser kann zwar als Ergebnis der Kritik der Aktivist*innen an der eigenen Bewegung verstanden werden, dabei drängt sich aber der Eindruck auf, dass hier die Macht des Bestehenden nur unzureichend erfasst wird. Zu erarbeiten wäre also, wie sich Forscher*innen an die Perspektive der Akteur*innen halten können, ohne (eher strukturelle) Zwänge und Machtverhältnisse dabei zu vernachlässigen. Dies wäre auch ein notwendiger Schritt, um das Versprechen der SdK einzulösen, die Kritische Theorie empirisch zu verankern.

5. Literatur

Blokker, Paul (2011): »Pragmatic Sociology: Theoretical Evolvement and Empirical Application«, in: European Journal of Social Theory 14, S. 251-261.

Bogusz, Tanja (2010): Zur Aktualität von Luc Boltanski – Einleitung in sein Werk, Wiesbaden: Springer VS.

Boltanski, Luc (2008): »Individualismus ohne Freiheit. Ein pragmatischer Zugang zur Herrschaft«, in: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung 5, S. 133-150.

Boltanski, Luc (2011): Soziologie und Sozialkritik, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Boltanski, Luc (2012): Love and Justice as Competences, Cambridge: Polity.

Boltanski, Luc (2013): Rätsel und Komplotte – Kriminalliteratur, Paranoia, Moderne Gesellschaft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2007): The New Spirit of Capitalism, London: Verso. Boltanski, Luc/Thévenot, Laurent (2006): On Justification: Economies of Worth, Princeton: Princeton University Press.

Browne, Craig (2014): »The Institution of Critique and the Critique of Institutions«, in: Thesis Eleven 124, S. 20-52.

Bueger, Christian (2014): »Pathways to Practice: Praxiography and International Politics«, in: European Political Science Review 6, S. 1-24.

- Celikates, Robin (2008): »Von der Soziologie der Kritik zur kritischen Theorie?«, in: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung 5, S. 120-132.
- Celiktaes, Robin (2009): Kritik als soziale Praxis: Gesellschaftliche Selbstverständigung und kritische Theorie, Frankfurt a.M.: Campus.
- Communities magazine 1972 1999.
- Diaz-Bone, Rainer (2015): Die »Economie des Conventions« Grundlagen und Entwicklungen der neuen französischen Wirtschaftssoziologie, Wiesbaden: Springer VS.
- Gond, Jean-Pascal/Cruz, Luciano Barin/Raufflet, Emmanuel/Charron, Mathieu (2016): »To Frack or Not to Frack? The Interaction of Justification and Power in a Sustainability Controversy«, in: Journal of Management Studies 53, S. 330-363.
- Haug, Christoph (2013): »Organizing Spaces: Meeting Arenas as a Social Movement Infrastructure between Organization, Network, and Institution«, in: Organization Studies 34, S. 705-732.
- Honneth, Axel (2008): »Verflüssigungen des Sozialen. Zur Gesellschaftstheorie von Luc Boltanski und Laurent Thévenot«, in: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung 5, S. 84-104.
- Kern, Thomas/Laux, Thomas/Pruisken, Insa (2017): Special Issue: Critique and Social Change, in: Historical Social Research 42, S. 7-274.
- Leinius, Johanna/Vey, Judith/Hagemann, Ingmar (2017): »Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen Plädoyer für eine notwendige Blickverschiebung«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 30, S. 6-20.
- Lesch, Max (2017): »Praxistheorien und Normenforschung in den Internationalen Beziehungen Zum Beitrag der pragmatischen Soziologie«, in: diskurs 2, S. 1-23.
- Miller, Timothy (1999): The 60s Communes: Hippies and beyond, Syracuse: Syracuse University Press.
- Reckwitz, Andreas (2008): »Praktiken und Diskurse. Eine sozialtheoretische und methodologische Relation«, in: Herbert Kalthoff/Stefan Hirschauer/Gesa Lindemann (Hg.), Theoretische Empirie: Zur Relevanz qualitativer Forschung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 188-209.
- Rebughini, Paola (2010): »Critique and Social Movements: Looking Beyond Contingency and Normativity«, in: European Journal of Social Theory 13, S. 459-479.
- Roos, Ulrich (2013): »Grounded Theory als Instrument der Weltpolitikforschung. Die Rekonstruktion außenpolitischer Kultur als Beispiel«, in: Ulrich Franke/Ulrich Roos (Hg.), Rekonstruktive Methoden der Weltpolitikforschung: Anwendungsbeispiele und Entwicklungstendenzen, Baden-Baden: Nomos, 309-348.

- Stevenson, Douglas (2014): The Farm Then and Now: A Model for Sustainable Living, Gabriola Island: New Society Publishers.
- Snow, David A. (2004): »Social Movements as Challenges to Authority: Resistance to an Emerging Conceptual Hegemony«. In: Patrick G. Coy/Daniel Myers/Daniel Cress (Hg.), Authority in Contention. Research in Social Movements, Conflicts and Change, Bingley: JAI Press, S. 3-25.
- Thévenot, Laurent/Moody, Michael/Lafaye, Claudette (2000): »Forms of Valuing Nature: Arguments and Modes of Justification in French and American Environmental Disputes«, in: Michèle Lamont/Laurent Thévenot (Hg.), Rethinking Comparative Cultural Sociology: Repertoires of Evaluation in France and the United States, Cambridge: Cambridge University Press, S. 229-272.
- Wagner, Peter (1999): »After Justification: Repertoires of Evaluation and the Sociology of Modernity«, in: European Journal of Social Theory 2, S. 341-357.
- Wagner, Peter (2011): »Handlung, Institution, Kritik. Materialien zur immer noch notwendigen Erneuerung der Gesellschaftstheorie«, in: Soziologische Revue 34, S. 270-276.
- Wallmeier, Philip (2015): »Dissidenz als Lebensform. Nicht-antagonistischer Widerstand in Öko-Dörfern«, Zeitschrift für Politikwissenschaft Sonderband 2015 II, S. 181-200.
- Wallmeier, Philip (2017): »Exit as Critique Communes and Intentional Communities in the 1960s and Today«, in: Historical Social Research 42, S. 147-171.
- Wallmeier, Philip (2019): »Rückzug als Widerstand Dissidente Lebensformen in der globalen Politik«, Unveröffentlichte Dissertation, Frankfurt.

Mikrosoziologie sozialer Bewegungen

Kernidee und Perspektive des Ansatzes

Die sozialökologische Mikrosoziologie perspektiviert soziale Bewegungen hinsichtlich ihrer dynamischen Praxisvollzüge »von unten«, zugleich aber auch vor dem Hintergrund ihrer sozialökologischen Einbettung in ihre Umwelt und die Gesellschaft.

gungen als monolithische und monothematische Gebilde (Umweltbewegung, Frauenbewegung, Friedensbewegung) untersucht werden, werden durch diese mikrosoziologische Perspektive »von unten« die dynamische, sich im Praxisvollzug herstellende Fragmentierung, Vielstimmigkeit und

Charakter der Formierung zivilgesellschaftlicher Initiativen aus einer Mikroperspektive zu modellieren, ohne dabei ihre Einbettung in ihre sozialökologischen Umwelten aus den Augen zu verlieren. Die Formierung zivilgesellschaftlicher Initiativen und sozialer Bewegungen lässt sich aus dieser

teilnehmende Beobachtungen, Dokumentenanalysen und qualitative Interviews stützt, genutzt, um

Im Gegensatz zu vielen klassischen Ansätzen der Bewegungsforschung, in denen soziale Bewe-

multithematische Ausrichtung sozialer Bewegungen bereits auf der Ebene einzelner Initiativen deutlich.

Zentrale theoretische Grundlagen/Arbeiten Sozialisationstheoretische und sozialökologische Theorieangebote (Elias 1976; Habermas 1976;

Bronfenbrenner 1981; Berger/Luckmann 2000; Grundmann/Lüscher 2000, Grundmann 2015) sind für den Ansatz von besonderer Bedeutung, da sie in der Lage sind, den dynamischen und relationalen

Perspektive entlang eines Mehrebenenmodells untersuchen, um zentrale Dynamiken des Praxisvollzugs zu erfassen (Görgen/Wendt 2018).

Anwendung: Methoden
In der Analyse wurde ein an die Grounded Theory angelehntes Mixed-Methods-Design, das sich auf

die Entstehung, Entwicklung und Wirkung einer lokalen Nachhaltigkeitsinitiative zu untersuchen.

Anwendung: Fallbeispiel

Bei dem Fallbeispiel handelt es sich um eine zivilgesellschaftliche Nachhaltigkeitsinitiative im

Anwendung: Beispiele

Grundmann, Matthias (Hg.) (2018): Gesellschaft von unten!? Studien zur Formierung zivilgesellschaftlicher Graswurzelinitiativen, Weinheim: Beltz Juventa.

städtischen Raum, die durch die Forscher*innen mitinitiiert und begleitend beforscht wurde.

Gesellschaft von unten

Grassroots-Praxis in Bewegung

Benjamin Görgen, Matthias Grundmann und Björn Wendt

1. Einleitung

Die Bewegungsforschung untersucht soziale Bewegungen klassischerweise entlang spezifischer Themenbereiche: So werden beispielsweise die Arbeiter*innenbewegung, die Frauenbewegung, die Friedensbewegung, die Umweltbewegung oder die Tierrechtsbewegung als zentrale und relativ geschlossene analytische Einheiten betrachtet (vgl. etwa Klein/Legrand/Leif 1999: 199ff.; Roth/Rucht 2008: 177ff.). Daran anschließend werden die politische Gelegenheitsstruktur, die kollektive Identität, Framingprozesse, Ressourcenmobilisierung oder auch soziostrukturelle Spannungs- und Konfliktfelder der jeweiligen Bewegung beforscht, auf deren Grundlage sich Protest artikuliert und Bewegungsakteur*innen und -organisationen ihre Aktivitäten und Wirkungen entfalten (vgl. für eine Übersicht: Morris/McClurg Mueller 1992; Hellmann/Koopmans 1998; Klein/Legrand/ Leif 1999; Kern 2008). Diesen klassischen Zugängen zu sozialen Bewegungen stellen wir mit unserem Beitrag eine mikrosoziologische Analyseperspektive zur Seite, die politisch-zivilgesellschaftliche Formierungsprozesse im sozialen Nahraum untersucht (vgl. Grundmann 2018). Dadurch wird es möglich, die komplexen Formierungs- und Vergemeinschaftungsprozesse sozialer Bewegung auf der Mikroebene zu analysieren und die traditionellen Interpretationsangebote von sozialen Bewegungen als einheitliche soziale Gebilde durch eine dynamisch-prozessorientierte Perspektive herauszufordern.

Auf diese Weise reflektiert der Ansatz auch zentrale Kritikpunkte an herkömmlichen Bewegungstheorien aus einer poststrukturalistischen Perspektive (vgl. Leinius/Vey/Hagemann 2017) und kombiniert diese mit konkreten empirischen Forschungen. Einerseits werden dabei verschiedene Kongruenzen zwischen der poststrukturalistischen und der mikrosoziologischen Blickverschiebung auf Protest und soziale Bewegung deutlich. So betonen beide Untersuchungsperspektiven die Dynamik sozialer Phänomene, interpretieren soziale Bewegungen als Ursprung und Ausdruck diskursiver und materieller Dynamiken und betonen

die Bedeutung von Macht und Herrschaft für die Analyse sozialer Bewegungen. Neben diesen inhaltlichen Gemeinsamkeiten zeigen sich darüber hinaus auch ähnliche Vorstellungen hinsichtlich der engen Verknüpfung von Theorie und Empirie, sowie der Rolle von Forscher*innen im Feld (vgl. ebd.: 10ff.). Andererseits positioniert sich die Perspektive einer »Gesellschaft von unten« im Unterschied zu den eher gesellschaftstheoretischen Perspektiven poststrukturalistischer Ansätze jedoch konsequent mikrosoziologisch. Sie bietet somit eine fruchtbare Ergänzung, da sie in besondere Weise in der Lage ist, auf die Forderung nach einer angemessenen Berücksichtigung gesellschaftlicher Nahverhältnisse sowie der Fragmentierung sozialer Bewegungen in den Gegenwartsgesellschaften (vgl. Vey 2018) zu reagieren, indem soziale Bewegungen eben nicht universal »von oben« anhand von öffentlichen Großereignissen untersucht werden, sondern die Analyse an den konkreten alltäglichen Vollzugspraktiken zivilgesellschaftlicher Formierung und politischem Protest »von unten« ansetzt.

Wir argumentieren in einem ersten Schritt, dass soziale Bewegungen in einer hochdifferenzierten und fragmentierten Gesellschaft stets einen hohen Grad an Diversität aufweisen und es daher ein Gewinn ist, ihre unterstellte Einheit durch eine mikrosoziologische Perspektivierung herauszufordern, um die personellen wie thematischen Vielstimmigkeiten und Anschlussfähigkeiten abbilden zu können, die ihnen innewohnen. Dabei können nicht nur poststrukturalistische Theorien - wie in diesem Handbuch breit dokumentiert -, sondern auch sozialisationstheoretische und sozialökologische Theorieangebote (vgl. Elias 1976; Habermas 1976, 144ff.; Bronfenbrenner 1981; Berger/Luckmann 2000; Grundmann/ Lüscher 2000, Grundmann 2015) für die Analyse sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Initiativen fruchtbar gemacht werden (Abschnitt 1). Anhand eines empirischen Forschungsprojekts zu einer zivilgesellschaftlichen Nachhaltigkeitsinitiative demonstrieren wir zweitens, wie das konkrete soziale Miteinander und seine spezifischen sozialen Umwelten die Vollzugpraxis in den selbst hoch fragmentierten Grassroots lokaler Bewegungen strukturieren. Es wird dabei deutlich, dass das untersuchte Feld ein heterogenes Ensemble von Akteur*innen beinhaltet und selbst innerhalb einzelner Initiativen kaum von einer Bewegungsidentität und einem gemeinsamen ideologischen Bezugspunkt ausgegangen werden kann, die das Engagement der Aktivist*innen anleiten. Trotz der inneren Pluralität von Identitäten und Ideologien, so zeigen wir, gelingt die Handlungskoordination zwischen den Akteur*innen, sodass sich die Frage stellt, was die Initiativen und lokalen Bewegungen »im Innern zusammenhält«. Die These lautet: Es ist ihre gemeinsame Praxis, also ihr historisch geronnenes gemeinsamen Tun, das in Verbindung mit einem oder mehreren leeren Signifikanten (vgl. Laclau 2013: 65ff.) den notwendigen Zusammenhalt erzeugt, um gemeinsame Aktivitäten entfalten zu können (Abschnitt 2).

Forschungsansatz: »Gesellschaft von unten«. Umrisse eines mikrosoziologischen Zugangs zu Protest, Bewegung und zivilgesellschaftlichen Formierungen

Die für unsere Forschungsperspektive gewählte Metapher einer »Gesellschaft von unten« kann unterschiedlich ausgelegt werden (vgl. Görgen/Grundmann/Wendt 2018: 32ff.). »Gesellschaft von unten« kann einerseits soziale Phänomene im Hinblick oder aus Perspektive der unteren sozialen Positionen in der Sozialstruktur einer Gesellschaft und die damit verbundenen Unterdrückungs-, Ausbeutungs- und Diskriminierungsprozesse analysieren sowie normative Forderungen oder Perspektiven eröffnen, gegen diese Verhältnisse aufzubegehren, sei es durch die Deprivierten selbst oder in ihrem Namen. Klassischerweise wäre hier etwa an die zahlreichen Analysen der (sozialistischen) Arbeiterbewegung(en) im 19. und frühen 20. Jahrhundert (vgl. z.B. Stein 1971; Marx 1960; Marx/Engels 1974; Sombart 1966) oder auch historischer und aktueller Protestformen im globalen Süden (vgl. Calcagnotta 2003; Bruckmann/Dos Santos 2006) zu denken, die in der Regel mit einem emanzipatorischen, meist politisch links und/oder freiheitlich verorteten Anspruch verknüpft sind.

»Gesellschaft von unten« kann zweitens jedoch auch allgemeiner auf jegliche zivilgesellschaftlichen Formierungen abzielen, unabhängig von konkreten Formen, Inhalten oder Träger*innen des Protests. »Gesellschaft von unten« fokussiert dann auf die Entstehung, Prozesse und Wirkungen des politischen Engagements von Bürger*innen, – sei es in klassischen Großbewegungen (vgl. Heberle 1967), den »Neuen Sozialen Bewegungen« (vgl. Brand 1985; Brand/Büsser/Rucht 1986; Klein/Legrand/Leif 1999) oder auch in einzelnen NGOs, Vereinen, Nachbarschaftshilfen oder politischen Basis- bzw. Bürgerinitiativen (vgl. Hauff 1980; Frantz/Martens 2006; Grundmann 2018: 124ff.). In diesen kommt oftmals die Forderung zum Ausdruck, dass das Politische wesentlich durch basisdemokratische Prozesse bzw. die Bürger*innen einer Gesellschaft und nicht allein durch die politischen oder ökonomischen Eliten geprägt sein sollte.

»Gesellschaft von unten« kann drittens als allgemeines soziales Phänomen betrachtet werden, das nicht nur im politischen oder zivilgesellschaftlichen Bereich verortet ist, sondern vielmehr eine Grundkonstante jeglicher Sozialbeziehungen darstellt (vgl. Görgen/Grundmann/Wendt 2018; Samland/Henkel 2019). Eine solche mikrosoziologische Perspektive, die auf konkrete soziale Praxis fokussiert, möchten wir in diesem Beitrag einnehmen. Betrachtet man soziale Bewegungen aus dieser Perspektive, werden sie als dynamische Phänomene lesbar, die keinesfalls, wie es viele klassische Bewegungstheorien unterstellen, nach einem fluiden Ausgangszustand über die Zeit durch Institutionalisierungsprozesse in starre Formen übergehen und in ihrem Selbst- und Machterhalt ihr Ende als soziale Bewegung finden (vgl. Michels 1989; Mayreder 1926). Unterhalb dieser Starr-

heit und jenseits der Großorganisation vollziehen sich vielmehr in der sozialen Praxis der Bewegungsakteur*innen stets Aushandlungsprozesse (vgl. Hoffmann 2018). Gerade in Zeiten sich verändernder gesamtgesellschaftlicher Bedingungen treten diese Prozesse auch auf der Strukturebene wieder sichtbar zum Vorschein, sodass Bewegungsdynamiken stets an den konkreten Praxisvollzug von Bewegungsakteur*innen und das Gesamtklima einer Gesellschaft gebunden sind.

»Gesellschaft von unten« meint in diesem Sinne eine von uns eingenommene mikrosoziologische Analyseperspektive auf jegliche soziale Prozesse, die an der Praxis, am gemeinsamen Tun der Menschen und deren Koordination ansetzt, also an sozialen Beziehungen, Handlungsorientierungen und Praktiken. Diese spezifische Analyseperspektive, mit der wir dem dynamisch-prozesshaften Charakter des Sozialen Rechnung tragen, kann demnach auch genutzt werden, um soziale Bewegungen im ersten und zweiten Sinn zu analysieren.

Den Ausgangspunkt für unsere Analysen bildet eine Verknüpfung von Mikrosoziologie und Sozialökologie durch die sozialökologisch-sozialkonstruktivistische Sozialisationstheorie (vgl. Grundmann 1999, 2006; Grundmann/Lüscher 2000), die für Formierungsprozesse zivilgesellschaftlicher Grassroots-Initiativen furchtbar gemacht wird. Durch den Rekurs auf sozialisationstheoretische und sozialökologische Theorien ist es möglich, auf die in der Einleitung thematisierten zentralen Anforderungen poststrukturalistischer Theorien zu reagieren. Aus sozialisationstheoretischer Perspektive wird etwa deutlich, dass sich soziale Phänomene keineswegs als starre Entitäten (etwa Struktur und Handlung oder Individuum und Gesellschaft) gegenüberstehen, sondern vielmehr stets in der konkreten Sozialisationspraxis ko-konstruiert werden (vgl. Grundmann 2015). Historio-, sozio- und ontogenetische Prozesse, die auf die Parallelität der Entwicklung von Gesellschaftsstrukturen (Historiogenese), sozialen Beziehungen (Soziogenese) sowie der Persönlichkeitsentwicklung und Handlungsfähigkeit (Ontogenese) verweisen, sind unterschiedliche Seiten derselben Medaille im Sozialisationsprozess (vgl. Elias 1976; Habermas 1976; Grundmann 1999).

Überträgt man diese Denkfigur auf die Formierung von Grassroots-Initiativen, so erscheinen zwei Ebenen für ihre Formierung besonders relevant (vgl. Görgen/Wendt 2018): Einerseits kann auf die primordialen (also ursprünglichen und vorreflexiven, aus der grundlegenden sozialen Verbundenheit resultierenden) und reflexiven sozialen Bezugnahmen und Beziehungspraktiken innerhalb von Initiativen sowie ihre Strukturgenese und Institutionalisierung als Folge des sozialisierenden Vollzugs der politischen Handlungspraxis fokussiert werden. Über eine Analyse der Sozialökologie zivilgesellschaftlicher Initiativen kann andererseits die sozialökologische Einbettung der Initiativen und die Bedeutung der sozialökologischen Umwelten – welche sowohl Akteur*innen als auch Materialitäten und Diskurse umfassen – eingefangen werden. Umwelt meint in diesem

Sinne nicht »Natur«, sondern gerade die Verschränktheit sozialer, diskursiver und materieller Verhältnisse.

Von dieser Denkfigur ausgehend kann nun ein Mehrebenenmodell abgeleitet werden, in dem davon ausgegangen wird, dass nicht nur Individuen stets in sozialökologische Verhältnisse integriert werden und diese zugleich aktiv mitformen (wie es die Sozialisationsforschung untersucht), sondern auch kollektive Akteur*innen. Auch zivilgesellschaftliche Initiativen, als Graswurzeln sozialer Bewegungen, sind in vielfältige sozialökologische Umwelten eingebunden, die sie beeinflussen, von denen sie jedoch auch geprägt werden. Der Begriff der Formierung ist in diesem Sinne als Äquivalent für den auf Individuen zielenden Sozialisationsbegriff angelegt und meint die »Entstehung, Entwicklung und Wirkung« (Görgen/Wendt 2018: 74) von kollektiven Akteur*innen vor dem Hintergrund ihrer sozialökologischen Einbettung.

Zivilgesellschaftliche Formierungen lassen sich somit als die Entstehung, Entwicklung und Wirkung mikrosozialer Handlungsfelder bestimmen, deren sozialökologische Umwelteinflüsse und Wirkungen empirisch identifiziert werden können. Dabei verweist das Modell einerseits darauf, dass es die konkreten Beziehungspraktiken der beteiligten Individuen sind, die zur Entstehung, zur Reproduktion und Wirkung einer zivilgesellschaftlichen Initiative führen. Andererseits wird aber auch deutlich, dass diese Beziehungen innerhalb der Initiative (Mikrosystem) in verschiedene Umwelten eingebettet sind (vgl. Görgen et al. 2017; Görgen/Wendt 2018): a) das direkte Umfeld der Initiative, mit dem sie interagiert (Mesosystem), b) Akteur*innen oder Vorschriften, die auf das Handeln der Akteur*innen wirken (Exosystem) und die diese wiederum zu verändern trachten, oder c) Strukturen und Diskurse, etwa das Wirtschaftssystem, das politische Feld oder die Massenmedien (Makrosystem), die als Reibungspunkte Protest und Bewegung strukturieren, zugleich aber durch die Akteur*innen mit (re)produziert werden. Die Ko-Konstruktionsprozesse zivilgesellschaftlicher Formierungen finden somit nicht in einem freien Raum statt, sondern sind vielmehr von vielfältigen Herrschaftsbeziehungen und Macht-Asymmetrien durchdrungen, die ihrerseits vielfältige Anlässe zu Gegenmachtbildungen und Emanzipationsversuchen geben.

3. Forschungspraxis: Formierungsprozesse von Grassroots-Initiativen – Das Beispiel einer städtischen Nachhaltigkeitsinitiative

Die vorgestellte Perspektive kann anschaulich anhand einer Begleitforschung zu den Entwicklungsdynamiken einer zivilgesellschaftlichen Nachhaltigkeits-initiative nachgezeichnet werden (vgl. Görgen et al. 2017). Die Begleitforschung resultierte aus einer öffentlichen Tagung zu nachhaltiger Stadtentwicklung, die

durch unsere Forscher*innengruppe¹ angestoßen wurde und das Ziel hatte, einen Impuls zur Vernetzung und Kooperation für eine nachhaltige Entwicklung in die Stadtgesellschaft zu senden. Infolge dieser Tagung bildete sich eine Initiative, die antrat, um diese Ziele zu fördern, indem zunächst ein Tag der Nachhaltigkeit organisiert werden sollte. Die Initiative und ihre städtische Umwelt wurde im Rahmen der Begleitforschung, im Sinne der transformativen Forschung (vgl. Schneidewind/Singer-Brodowski 2014), als ein Experimentierraum interpretiert, der gerade zu Beginn durch die beteiligten Forscher*innen wesentlich mitstrukturiert wurde und in dem zugleich sowohl die Formierungsprozesse der Initiative, als auch ihre Potentiale und Wirkungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung analysiert werden konnten.

Methodisch wurde ein ethnographischer Zugang gewählt, der grundlegende Überlegungen der reflexiven Grounded Theory (vgl. Strauss 1998, Breuer 2009, Equit/Hohage 2016) berücksichtigte und die Kombination verschiedener Erhebungs- und Auswertungsverfahren ermöglichte. Es wurden u.a. Prozessdaten analysiert, leitfadengestützte Expert*inneninterviews geführt und die öffentlich stattfindenden Plenumssitzungen beobachtet, um sowohl das implizite Wissen und die konkrete Praxis der Akteur*innen, als auch die sozialen Strukturen zu entschlüsseln, die diese Praxis rahmen. Die Aufarbeitung der Daten erfolgte entlang des oben beschriebenen sozialökologischen Mehrebenenmodells (vgl. Görgen/Wendt 2018, Abbildung 1 und 2).

Die sozialökologische Formierung der Initiative lässt sich in vier Phasen darstellen: eine Initiierungs- und Visionierungsphase, eine Strukturierungs- und Institutionalisierungsphase, eine Etablierungs- und Durchführungsphase sowie eine Reflexions- und Verstetigungsphase. Im Folgenden werden die Initiierungs- und Visionierungsphase (Phase 1) und die Etablierungs- und Durchführungsphase (Phase 3) beispielhaft beschrieben, um auf diese Weise das Vorgehen und die Potentiale der entwickelten Perspektive zu verdeutlichen.

In ihrem ersten Entwicklungsstadium (vgl. Abbildung 1) setzte sich die Initiative (das Mikrosystem) vor allem aus wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zusammen, die zunächst informelle Aufgaben übernahmen und Ressourcen (materielle, wie ideologische und soziale) bereitstellten, die für die Kooperation von Bedeutung waren.

¹ Neben den Autor*innen waren auch Niklas Haarbusch, Dieter Hoffmeister und Jessica Hoffmann an dem Forschungsprojekt beteiligt.

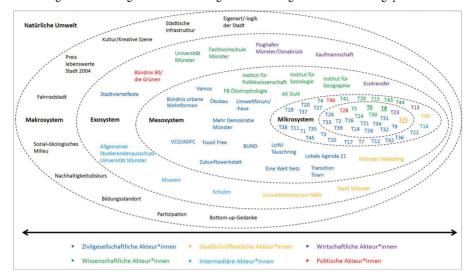


Abbildung 1: Sozialökologische Modellierung der Initiierungs- und Visionierungsphase

Es entwickelte sich eine dynamische Beziehungsstruktur zwischen den Aktivist*innen, die zunächst lediglich durch unverbindliche gemeinsame Orte der Begegnung sowie vor allem durch den gemeinsamen, aber weithin diffusen und unbestimmten Bezug zu dem Begriff »Nachhaltigkeit« zusammengehalten wurden. Diese Diffusität des Nachhaltigkeitskonzeptes drückte sich auch in den Interviews immer wieder durch das Umschiffen einer Festlegung aus:

»Nachhaltigkeit ja oder Green Economy oder Degrowth. [...] Das sind so die Schnittstellen wo ich sagen würde, das ist die Debatte und da sind wir uns noch nicht ganz einig. [M]anche sagen [...] wir müssen die Wirtschaft so organisieren, dass weniger produziert wird, weil, wenn wir genauso auf dem Level bleiben, dann geht alles den Bach runter. Manche sagen, nein, durch den wissenschaftlichen Fortschritt wird das schon.« (Interview T16)

Einigkeit darüber, was Nachhaltigkeit genau meint, bestand zu keinem Beobachtungszeitpunkt, sodass die Frage, was genau unter Nachhaltigkeit zu verstehen sei und ob der Begriff tragfähig sei, in den durchgeführten Interviews wiederholt als ungelöster Konflikt aufscheint:

»Wenn ich dann in den zwei letzten Plenen war, war's auch immer von derselben Teilnehmerin, die dann darauf hinwies, dass sie gerne mehr über Nachhaltigkeit reden möchte, weil dieser Begriff eben auch ihr inzwischen zu schwammig ist. Oder eine Teilnehmerin [...] wo sie dann äußerte, dass sie den Begriff Nachhaltig-

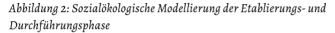
keit nicht mag, der ist ihr wirklich zu wenig konkret und das ist auch mein Problem gewesen. Ich frag mich immer, was ist nachhaltig, was ist nachhaltiges Leben?« (Interview T4)

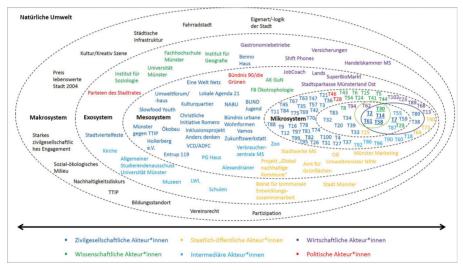
Bereits in dieser Phase spaltete sich die Gruppe darüber hinaus in aktive (in der Grafik im inneren Kreis des Mikrosystems) und eher passive Mitglieder (in der Grafik im äußeren Kreis des Mikrosystems), ohne dass sich dies in formalen organisatorischen Differenzierungen abbildete. In ihrem Nahraum (im Mesosystem) trafen sich bereits eine ganze Reihe an kollektiven Akteur*innen aus dem wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Feld, während Akteur*innen aus anderen sozialen Feldern vor allem als mögliche Kooperationspartner*innen oder Bezugspunkte für die Initiative (im Exosystem) in Erscheinung traten. Was in dieser Phase deutlich wurde, ist ferner, dass die Stadtgesellschaft (das Makrosystem) für die Mobilisierungsfähigkeit der Initiative insofern wichtig war, als dass sie zahlreiche Anknüpfungspunkte bereitstellte, sei es der vitale städtische Nachhaltigkeitsdiskurs, die städtische Infrastruktur oder die Eigenlogik der Stadt als Bildungsstandort und Fahrradstadt, die ein breites sozialökologisches Milieu und eine kulturkreative Szene beinhaltet. Durch den Pfeil und die gestrichelten Linien ist markiert, dass die Übergänge zwischen den unterschiedlichen Ebenen immer fließend und mitnichten fest und statisch sind.

Vergleicht man diese erste Phase nun mit der dritten Phase (vgl. Abbildung 2), so wird deutlich, dass sich in der Initiative eine ganze Reihe an formalen Differenzierungsprozessen vollzogen haben: es gründete sich etwa ein Projektmanagement-Team sowie ein weiterer Arbeitskreis, die zusammen die inhaltliche und organisatorische Arbeit der Initiative koordinierten (siehe weitere Kreise im innersten Kreis). Mit dieser Ausbildung rückten auch neue, vor allem zivilgesellschaftliche Akteur*innen ins Zentrum der Initiative vor. Auf diese Weise formierte sich eine innere Struktur und Praxis, die die Initiative organisatorisch zusammenhielt.

Im Mikrosystem der Initiative lassen sich eine ganze Reihe weiterer Strukturierungsprozesse beobachten, sei es in Bezug auf die Entwicklung eines gemeinsamen Projektverständnisses, ihrer Organisationsformen oder Verfahrensweisen, die den sozialen Zusammenhalt innerhalb der Initiative strukturierten. Durch die damit verbundenen Schließungsprozesse veränderten sich zugleich die internen Beziehungsdynamiken: Während am Anfang alle Beteiligten mit zahlreichen Ungewissheiten umgehen mussten und eine hohe Offenheit, aber auch Unverbindlichkeit vorherrschte, wurden im Laufe der Zeit routinierte Arten der Handlungskoordination erzeugt, die vor allem durch die Arbeitsteilung und funktionale Differenzierung in eine Führungsgruppe und das Plenum geprägt wurden. Die Sitzungen, Organisationsweisen und Instrumente wurden deutlich strukturierter, sodass sich verlässliche Erwartungshaltungen und implizite Wissensbe-

stände herausbildeten, auf deren Grundlage kooperiert werden konnte, um das gemeinsame Ziel, die Durchführung einer Veranstaltung (eines Tags der Nachhaltigkeit), erfolgreich verwirklichen zu können. Gleichwohl wurde jedoch auch deutlich, dass die damit zusammenhängenden Institutionalisierungsprozesse immer wieder als Gegenstand reflexiver Aushandlungsprozesse politisiert und weiterentwickelt wurden, indem etwa Workshops durchgeführt, eine Vereinsgründung angeregt oder auch jenseits der Plena, die viele mit der Zeit an ihren Arbeitsalltag erinnerten, gemeinsame Essensrunden organisiert wurden, um den persönlichen Austausch zu fördern.





Die identifizierten Strukturierungen waren dabei nicht nur den internen Beziehungsdynamiken und Persönlichkeitsstrukturen der Aktivist*innen geschuldet, sondern auch das Ergebnis der wechselseitigen Beziehungsrelationen der Initiative mit ihren Umwelten. Insbesondere an den Grenzen zwischen Mikro-, Mesound Exosystem fand eine Reihe an punktuellen Anpassungsleistungen an die Erwartungen externer Akteur*innen statt. Je näher die Durchführung der Veranstaltung rückte, desto stärker differenzierten sich die Bezüge der Initiativen zu den anderen Ebenen aus, sei es, um rechtliche Erwartungen zu erfüllen oder sich mit Kooperationspartner*innen verbinden zu können, die für die Durchführung der Veranstaltung von Bedeutung waren. Und so verschoben sich auch im Makrosystem vereinzelt Bezüge: Beispielsweise wurden infolge des Beschlusses der

Vereinsgründung das Vereinsrecht und damit das Rechtssystem für die soziale Praxis der Initiative relevant.

In Bezug auf die Intention und Programmatik der Initiative, in diesem Fall ihr Nachhaltigkeitsverständnis, zeigte sich auch in dieser Phase, dass Nachhaltigkeit zwar den zentralen gemeinsamen Bezugspunkt bildete, jedoch nie explizit festgelegt wurde, was darunter konkret verstanden wurde. Vielmehr wurde die Bedeutung kontingent gehalten, um keine Gruppen auszuschließen. Nachhaltigkeit kann in diesem Sinne als ein leerer Signifikant verstanden werden (vgl. Laclau 2013), also als eine »symbolische Verkörperung eines imaginären Allgemeinen« (Nonhoff 2008: 308), deren Bedeutung so weit entleert ist, dass sich zahlreiche verschiedene Bedeutungen und Gruppierungen unter ihm versammeln können. Zugleich wurde Nachhaltigkeit als gemeinsamer ideologischer Bezugspunkt in Teilen der Initiative jedoch in Frage gestellt, auch nach der gemeinsamen Durchführung des Tags der Nachhaltigkeit:

»[D]a hatte ich sofort den Gedanken (...), dass dieser Begriff Nachhaltigkeit eh für das was wir eigentlich wollen zu schade ist oder zu wenig ist, weil der inzwischen, wie viele Begriffe, die eigentlich ursprünglich positiv gemeint waren, inzwischen so abgenutzt und abgegriffen ist und auch entfremdet wird, dass man sich da ganz schnell, jetzt, nachdem der Tag der Nachhaltigkeit positiv über die Bühne gegangen ist, überlegen muss, wie wir das Kind nennen, damit es einen Namen kriegt, der das, was wir machen wollen, darstellt, aussagekräftig, aber eben auch nicht zu leicht von andern missbraucht werden kann.« (Interview T93)

Die ideologische Prägung der Initiative zeigte sich dabei weniger in Form einer kohärenten Programmatik, sondern vielmehr auf der Ebene der Lebensführung und des Habitus, in Form von Dispositionen zu spezifischen Praktiken der Vergemeinschaftung und des zivilgesellschaftlichen Engagements. Nicht nur der gemeinsame, offene Rahmen von Umweltproblemen und sozialer Frage, sondern vielmehr einerseits das Verändernwollen, das Wirken über Zusammenschluss, die Verantwortungsübernahme für sich, die Welt und die Zukunft, das gemeinsame Tun für eine sozial-ökologische Transformation sowie andererseits die Affinität zum Organisieren von Prozessen auf der Grundlage von in der Arbeitswelt erworbenen Fähigkeiten und Techniken, die das engagierte Bildungsbürger- und Beamtentum kennzeichnet, bildeten den sozialen Humus, auf dem die Initiative aufbaute.

Auf dieser Grundlage konnten zahlreiche, unterschiedliche Akteur*innengruppen und Inhalte mobilisiert werden. Dies ging mit einer erheblichen Vielstimmigkeit und Heterogenität innerhalb der lokalen Bewegung einher – von Umweltinitiativen, über den Zoo, Eine-Welt-Läden, Yoga-Gruppen, die umweltaffinen Bereiche der lokalen Wirtschaft (vor allem Kleinstunternehmen) und der

städtischen Ämter bis hin zu Postwachstumsinitiativen. Eine kohärente kollektive Identität, die das gemeinsame Handeln koordinierte und integrierte, konnte sich aufgrund dieser Pluralität nicht herausbilden. Vielmehr wurden die sich in der Initiative versammelnden Identitäten der einzelnen Gruppen dadurch vermittelt, dass man sich vornehmlich als Netzwerk verstand. Auf diese Weise war die Motivation der Aktivist*innen, sich aktiv in die Initiative einzubringen, oft gerade nicht vornehmlich über einen konkreten gemeinsamen Inhalt, sondern vor allem durch soziale Motive bestimmt. Der Gedankenaustausch und die Kommunikation mit Gleichgesinnten war den konkreten inhaltlichen Anliegen häufig vorgelagert. So wurde wiederholt deutlich, dass man sich vernetzen und Teil einer lebendigen sozialen Gruppe der Selbstorganisation sein wollte, welche das jedoch war, schien mitunter eher zufällig. Dass die Bindung an die Gruppe dabei mitunter nicht sehr stabil war, äußerte sich auch in der großen Mobilität (in Form vieler Aussteiger*innen), aber auch darin, dass stetig neue Mitglieder rekrutiert werden konnten, die auch an zentrale Stellen der Organisationsstruktur vorrückten.

Die Organisation, Strukturgenese und Verantwortungsverhältnisse innerhalb der Gruppe zeichneten sich - wie in Bezug auf die sozialökologischen Modellierungen bereits erklärt wurde - vor allem in dieser Phase einerseits durch klassische Muster der Institutionalisierung aus, die mit Theorieangeboten der Bewegungsforschung (etwa dem Institutionalisierungstheorem oder zyklentheoretischen Ansätzen) auch auf Ebene der Initiative abgebildet werden können (vgl. Hoffmann 2018). Andererseits konnte auf der Grundlage der mikrosoziologischen Analysen gezeigt werden, dass den Institutionalisierungsprozessen reflexive Dynamiken im Spannungsfeld von Umwelteinbettung und inneren Beziehungsdynamiken eingeschrieben sind. Institutionalisierung erweist sich nicht primär als eine Dynamik hin zu einer fester Form, sondern ergibt sich vor allem aus den konkreten Handlungsbezügen innerhalb und außerhalb der Initiative, die immer wieder das Bestehende in Frage stellen und dynamisieren, etwa indem neue Formen der Zusammenarbeit (Reflexionsworkshops) angestoßen wurden oder die Plenen nicht mehr an einen zentralen Ort gebunden wurden, sondern fortan bei verschiedenen Initiativen abgehalten wurden.

Bezüglich der Erfolge bzw. der Wirkungen der Aktivitäten auf die Stadtgesellschaft und die damit zusammenhängenden Möglichkeiten ihrer zivilgesellschaftlichen Mit- und Ausgestaltung konnte nachgezeichnet werden, dass die Aktivitäten durchaus Spuren hinterlassen haben. Gleichwohl stieß die untersuchte Initiative aufgrund mangelnder Ressourcenausstattung (ökonomisches, soziales und politisches Kapital) jedoch auch auf vielfältige Grenzen, die deutlich machten, wie beschränkt ihre Macht in Bezug auf die Durchsetzung einer nachhaltigen Stadtentwicklung letztlich doch war (vgl. Wendt/Görgen 2018).

4. Fazit

Die vorgestellte Forschungsperspektive einer »Gesellschaft von unten« und das präsentierte sozialökologische Mehrebenenmodell fokussieren soziale Bewegungen nicht als einheitliche, relativ geschlossene soziale Gebilde, sondern als fragmentierte und vielstimmige Akteur*innen- und Praxisfelder. Indem die konkrete soziale Praxis zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im sozialen Nahraum untersucht wird, konnten die konkreten Mikroprozesse der Verbindung von Individuen und die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Initiativen vor dem Hintergrund ihrer sozialökologischen Umwelt aufgeschlüsselt werden. Dadurch lässt sich nachzeichnen, wie zivilgesellschaftliche Initiativen genau entstehen, wie sie sich konstituieren, im sozialen Feld positionieren sowie welche Wechselwirkungen sich zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und ihren Umwelten entfalten. Durch den Rekurs auf sozialisationstheoretische und sozialökologische Ansätze ist es möglich, verschiedene zentrale Kritikpunkte poststrukturalistischer Ansätze an den klassischen Theorieangeboten der Bewegungsforschung aufzugreifen und diese empirisch zu fundieren. Es kann gezeigt werden, dass nicht nur soziale Bewegungen, sondern auch bereits einzelne zivilgesellschaftliche Initiativen sich nicht als kohärente soziale Gebilde, sondern vielmehr als komplexe Handlungs- und Praxisfelder formieren, die sich durch eine große Heterogenität von Akteur*innen, Diskursen und Praktiken auszeichnen. Die verbindenden Momente stellen sich dabei nicht primär über eine einheitliche Ideologie oder Identität her, sondern vielmehr durch eine fragmentierte soziale Praxis des gemeinsamen Vollzugs zivilgesellschaftlichen Engagements, die in Verbindung mit einem leeren Signifikanten – in diesem Fall Nachhaltigkeit – ein notwendiges Minimum an sozialer Kohäsion erzeugen.

5. Literatur

Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (2000): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt a.M.: Fischer.

Brand, Karl-Werner (Hg.) (1985): Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt a.M.: Campus.

Brand, Karl Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter (1986): Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M.: Campus.

Breuer, Franz (2009): Reflexive Grounded-Theory. Eine Einführung für die Forschungspraxis, Wiesbaden: VS.

Bronfenbrenner, Urie (1981): Die Ökologie der menschlichen Entwicklung. Natürliche und geplante Experimente, Stuttgart: Klett-Cotta.

- Bruckmann, Mónica/Dos Santos, Theotonio (2006): »Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Eine historische Bilanz«, in: PROKLA 36 (142), S. 7-22.
- Calcagnotta, Gilberto (2003): »Die brasilianische Landlosenbewegung MST und die Regierung Lula: zwischen Partnerschaft und Konfrontation«, in: Brennpunkt Lateinamerika 19 (3), S. 191-201.
- Elias, Norbert (1976): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Erster Band. Wandlungen des Verhaltens in den Weltlichen Oberschichten des Abendlandes, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Equit, Claudia/Hohage, Christoph (Hg.) (2016): Handbuch Grounded Theory. Von der Methodologie zur Forschungspraxis, Weinheim: Beltz Juventa.
- Frantz, Christiane/Martens, Kerstin (2006): Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Wiesbaden: Springer VS.
- Görgen, Benjamin/Grundmann, Matthias/Haarbusch, Niklas/Hoffmann, Jessica/Hoffmeister, Dieter/Wendt, Björn (2017): Nachhaltige Entwicklung durch lokale Initiativen und Bewegungen? Ergebnisse einer soziologischen Begleitforschung, Münster: MV Wissenschaft.
- Görgen, Benjamin/Grundmann, Matthias/Wendt, Björn (2018): »›Gesellschaft von unten‹?! Dimensionen und Perspektiven zivilgesellschaftlicher Formierung«, in: Matthias Grundmann (Hg.), Gesellschaft von unten!? Studien zur Formierung zivilgesellschaftlicher Graswurzelinitiativen, Weinheim: Beltz Juventa, S. 23-40.
- Görgen, Benjamin/Wendt, Björn (2018): »Die Sozialökologie zivilgesellschaftlicher Initiativen. Ein sozialisationstheoretisch fundierter Zugang zur ›Gesellschaft von unten«, in: Matthias Grundmann (Hg.), Gesellschaft von unten!? Studien zur Formierung zivilgesellschaftlicher Graswurzelinitiativen, Weinheim: Beltz Juventa, S. 68-83.
- Grundmann, Matthias (Hg.) (1999): Konstruktivistische Sozialisationsforschung Lebensweltliche Erfahrungskontexte, individuelle Handlungskompetenzen und die Konstruktion sozialer Strukturen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Grundmann, Matthias (Hg.) (2006): Sozialisation. Skizze einer allgemeinen Theorie, Konstanz: UVK.
- Grundmann, Matthias (2015): »Das Modell der Sozialisation als Beziehungspraxis«, in: Klaus Hurrelmann/Ullrich Bauer/Matthias Grundmann/Sabine Walper (Hg.), Handbuch Sozialisationsforschung, München: Beltz, S. 162-179.
- Grundmann, Matthias (Hg.) (2018): Gesellschaft »von unten«!? Studien zur Formierung zivilgesellschaftlicher Graswurzelinitiativen, Weinheim: Beltz Juventa.
- Grundmann, Matthias/Lüscher, Kurt (Hg.) (2000): Sozialökologische Sozialisationsforschung. Ein anwendungsorientiertes Lehr- und Studienbuch, Konstanz: Universitätsverlag.

- Habermas, Jürgen (1976): Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hauff, Volker (1980) (Hg.): Bürgerinitiativen in der Gesellschaft. Politische Dimensionen und Reaktionen, Villingen: Necker.
- Heberle, Rudolf (1967): Hauptprobleme der Politischen Soziologie, Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Hellmann, Kai-Uwe/Koopmans, Ruud (1998) (Hg.): Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen Sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus, Wiesbaden: Springer.
- Hoffmann, Jessica (2018): »Strukturgenese als Institutionalisierung, Oligarchisierung oder zyklische Dynamik? Zum Umgang zivilgesellschaftlicher (Graswurzel-)Initiativen mit Formalisierungsprozessen«, in: Matthias Grundmann (Hg.), Gesellschaft von unten!? Studien zur Formierung zivilgesellschaftlicher Graswurzelinitiativen: Beltz Juventa, S. 57-68.
- Kern, Thomas (2008): Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen, Wiesbaden: VS.
- Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hg.) (1999): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Laclau, Ernesto (2013): »Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun?«, in: Ernesto Laclau, Emanzipation und Differenz, Wien: Turia + Kant, S. 65-78.
- Leinius, Johanna/Vey, Judith/Hagemann, Ingmar (2017): »Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen. Plädoyer für eine notwendige Blickverschiebung«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 30 (4), S. 6-20.
- Marx, Karl (1960): »Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850«, in: MEW, Band 7, Berlin: Dietz, S. 9-107.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1974): »Manifest der Kommunistischen Partei«, in: MEW, Band 4, Berlin: Dietz, S. 459-493.
- Mayreder, Rosa (1926): Der typische Verlauf sozialer Bewegungen, Wien: Braumüller.
- Michels, Robert (1989): Zur Soziologie des Parteilebens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Stuttgart: Körner.
- Morris, Aldon D./McClurg Mueller, Carol (1992) (Hg.): Frontiers in Social Movement Theory, New Haven: Yale University Press.
- Nonhoff, Martin (2008): »Hegemonieanalyse: Theorie, Methode, Forschungs-praxis«, in: Reiner Keller/Andreas Hirseland/Werner Schneider/Willy Viehhöver (Hg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis, VS: Wiesbaden, S. 299-332.
- Samland, Ute/Henkel, Anna (2019): 10 Minuten Soziologie: Bewegung, Bielefeld: transcript.

- Schneidewind, Uwe/Singer-Brodowski, Mandy (2014): Transformative Wissenschaft, Marburg: Metropolis.
- Sombart, Werner (1966): Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert, Wien: Europa Verlag.
- Stein, Lorenz (1971): Proletariat und Gesellschaft, München: Wilhelm Fink.
- Strauss, Anselm L. (1998): Grundlagen qualitativer Sozialforschung, München: Wilhelm Fink.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (2008): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a.M.: Campus.
- Vey, Judith (2018): »Wie ›Gesellschaft von unten‹ denken? Möglichkeiten und Grenzen der Anwendung sozialer Bewegungstheorien auf Transformationsprozesse ›von unten‹«, in: Matthias Grundmann (Hg.), Gesellschaft von unten!? Studien zur Formierung zivilgesellschaftlicher Graswurzelinitiativen, Weinheim: Beltz Juventa, S. 42-56.
- Wendt, Björn/Görgen, Benjamin (2018): »Macht und soziale Ungleichheit als vernachlässigte Dimensionen der Nachhaltigkeitsforschung. Überlegungen zum Verhältnis von Nachhaltigkeit und Verantwortung«, in: Anna Henkel/Nico Lüdke/Nikolaus Buschmann/Lars Hochmann (Hg.), Reflexive Responsibilisierung. Verantwortung für nachhaltige Entwicklung, Bielefeld: transcript, S. 49-66.

Assemblageanalyse urbaner Aufstände

Kernidee und Perspektive des Ansatzes

nalität, Prozesshaftigkeit und Kontingenz von Protest.

Zentrale theoretische Grundlagen/Arbeiten

Der Ansatz arbeitet mit folgenden Grundbegriffen: Gefüge (Deleuze): Gefüge sind heterogene Aggregate aus menschlichen und nicht-menschlichen

Elementen, deren Ganzes über bestimmte Eigenschaften verfügt, die über die einzelnen Teile hi-

nausgehen. Affekt (Deleuze): Affekte sind physisch-emotionale Intensität, die heterogene Körper miteinander verbindet bzw. >verklebt<.

Proteste sind heterogene sozio-technische Gefüge, die sich durch eine Verkettung von Ereignissen im Prozess bilden und wieder zerfallen. Sichtbar wird die Heterogenität, sozio-materielle Relatio-

Politische Situation (Barry): Politische Situationen sind in der Öffentlichkeit politisch umstrittene Ereignisse, die (zirkulierende) Menschen, Dinge und Diskurse beinhalten und sich im Zusammen-

treffen mehrerer Bewegungsbahnen materialisieren.

Anwendung: Methoden

Zentrale Methode ist die Triangulation von teilnehmender Beobachtung, Interviews und Dokumen-

ten/Diskursanalyse vor dem Hintergrund des methodologischen Rahmens der erweiterten Fall-

methode der Manchester-Schule in der Ethnologie.

Anwendung: Fallbeispiel Im dargestellten Beispiel werden urbane Aufstände gegen die Eröffnung der ersten Erdölraffinerie in Niger 2011 analysiert.

Anwendung: Beispiele

Davies, Andrew D. (2012): »Assemblage and social movements. Tibet Support Groups and the spa-

tialities of political organisation«, in: Transactions of the Institute of British Geographers 37, S. 273-286.

McFarlane, Colin (2009): »Translocal assemblages. Space, power and social movements«, in: Geoforum 40, S. 561-567.

Featherstone, David (2011): »On assemblage and articulation«, in: Area 43, S. 139-142.

Brunner, Elizabeth (2017): »Wild Public Networks and Affective Movements in China: Environmental Activism, Social Media, and Protest in Maoming«, in: Journal of Communication 67, S. 665-677.

Srnicek, Nick (2006): Assemblage Theory, Complexity and Contentious Politics. The Political Ontology of Gilles Deleuze. Thesis.

Contentious Assemblages

Gefüge, Affekt, politische Situationen und die erweiterte Fallmethode als Analysewerkzeuge zum Verständnis urbaner Aufstände

Jannik Schritt

Einleitung: Die urbanen Aufstände in Zinder als »contentious assemblage«

Ende November 2011 wurde in Zinder, der zweitgrößten, im Südosten des Landes gelegenen Stadt, die erste Erdölraffinerie in Niger eröffnet. Während die Regierung in Niamey, der Hauptstadt im Westen des Landes, dieses Ereignis als große Feierlichkeit inszenieren wollte, führte es jedoch zu urbanen Aufständen, in deren Verlauf zwei Menschen getötet wurden. Schon im Vorfeld machten Regimegegner¹ politisch Stimmung gegen das Event. Insbesondere forderten sie einen niedrigeren Benzinpreis für die Region Zinder und behaupteten, dass Bewohner*innen aus dem Westen des Landes in der Vergabe von Jobs in der Raffineriegesellschaft bevorzugt würden. Gleichzeitig mobilisierten sie insbesondere sozial und ökonomisch marginalisierte männliche Jugendliche über Ketten-SMS² sowie stark hierarchisierte und gewaltbereite Jugendgangs, sogenannte palais.

Die Aufstände resultierten dabei auch aus einer Verkettung orts- und zeitspezifischer Ereignisse. Dies belegt die Tatsache, dass sich die urbanen Aufstände erst über eine Woche nach der Eröffnungsfeier während des Gerichtsprozesses eines oppositionellen Geschäftsmannes namens Dan Dubai und eines Schülers manifestierten. Als die zur Unterstützung mobilisierten Jugendlichen von Si-

¹ Da es sich bei öffentlichen Ereignissen und Debatten in der patriarchal organisierten nigrischen Gesellschaft fast ausschließlich um männliche Vertreter handelt, verzichtete ich bei der Benennung der beteiligten politischen Akteure bewusst aufs Gendern, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Frauen in der Öffentlichkeit kaum eine Stimme haben.

² Ketten-SMS enthalten inskribierte Handlungsaufforderungen zur Weiterleitung an eine bestimmte Anzahl von Personen (z.B. dreißig oder fünfzig) oder gleich an das gesamte Telefonregister der Empfänger*innen.

cherheitskräften vom Gelände des Gerichts geräumt wurden und auf der Straße mit der Autokarawane des Gouverneurs zusammenstießen, der gerade von einer Konferenz außerhalb Zinders zurückkehrte, eskalierte die Situation. In den gewalttätigen Zusammenstößen starb ein Schüler durch eine Tränengasgranate. Am darauffolgenden Tag organisierten deshalb die Schüler- und Studentengewerkschaften eine Demonstration gegen Polizeigewalt, bei der eine weitere Person starb. Am wiederum nächsten Tag übernahmen Jugendgangs die Aufstände. Sie bauten brennende Straßenbarrikaden auf wichtigen Verkehrsknotenpunkten, zerstörten öffentliche Infrastrukturen, lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei und plünderten eine Bank und mehrere Geschäfte. Schließlich konnten die Unruhen erst mit militärischem Einsatz, der Kooptation und Bestechung politischer Gegner sowie dem Abschalten des gesamten SMS-Netzwerkes in Zinder beendet werden (für eine ausführliche Beschreibung der Proteste vgl. Schritt 2019c). Während und nach den Protesten überschlugen sich die Stimmen der Akteure in emotionalen Radiosendungen und es wurden gezielt Falschnachrichten über Ketten-SMS zur Eskalation der Gewalt verschickt. Wiederkehrende Aufstände entlang anderer Ereignisse (z.B. Wasserknappheit, staatliche Feiertage, religiöse Karikaturen, Wahlen), aber mit ganz ähnlichen Mustern konnten in den darauffolgenden Monaten und Jahren immer wieder beobachtet werden (Schritt 2015).

Dieser Beitrag entwickelt das Konzept der »contentious assemblages« zur Analyse der hier beschriebenen urbanen Aufstände. Erst in jüngster Zeit haben Wissenschaftler*innen begonnen, das Konzept des Gefüges³ als eine nützliche theoretische Linse zu verwenden, um die Heterogenität, Effektivität, Zeitlichkeit und Räumlichkeit sozialer Bewegungen zu verstehen (Davies 2012; McFarlane 2009; Featherstone 2011).⁴ Des Weiteren zeigt Elisabeth Brunner (2017) am Beispiel von Umweltprotesten in Maoming, China, wie das Konzept des Affekts produktiv genutzt werden kann, um bestehende Netzwerkansätze zu erweitern. Aufbauend auf diesen analytischen Brillen argumentiere ich, dass die oben skiz-

³ Im französischen Original agencement genannt, wurde das Konzept des Gefüges von Gilles Deleuze und Félix Guattari durch eine etwas problematische Übersetzung ins Englische als assemblage bekannt, vgl. John Phillips (2006).

⁴ Andrew Davies (2012) zeigt am empirischen Beispiel einer Unterstützer*innengruppe für Tibet, wie z.B. durch alltägliche Praktiken der Postzustellung gleichzeitig territoriale und relationale Elemente im politischen Handeln und der Organisationsentwicklung verknüpft werden. David Featherstone (2011) untersucht am Beispiel westafrikanischer und karibischer Seefahrer und ihrer Rolle in der Entwicklung translokaler antikolonialer Netzwerke in den 1930er Jahren, wie Assemblagetheorie helfen kann, die Verfasstheit von politischer Artikulation als prozessuale und relationale Verhandlung von mehreren möglichen Bewegungsbahnen zu denken. Colin McFarlane (2009) bespricht am Beispiel einer sozialen Bewegung zu informellen Siedlungen in Mumbai, wie Assemblagetheorie dazu genutzt werden kann, aufzuzeigen, wie translokale Verbindungen durch soziale Bewegungen produziert werden.

zierten Proteste gleichermaßen durch sozio-politische Netzwerke und situative Intensitäten gekennzeichnet waren, die heterogene sozio-materielle Elemente zusammenbringen und interagieren ließen, ohne dass die Protestakteure jedoch kollektive Interessen, eine Solidarität oder gemeinsame Überzeugungen teilten. Demnach stellten die urbanen Aufstände kein homogenes Protestkollektiv, sondern ein heterogenes sozio-technisches Gefüge dar.

Aufbauend auf der poststrukturalistischen Affekt- und Assemblagetheorie von Gilles Deleuze und Félix Guattari (1987) soll das Konzept der »contentious assemblages« im Sinne der »contentious politics« (McAdam/Tarrow/Tilly 2001) nicht nur den in der Bewegungsliteratur vorherrschenden Blick auf soziale Bewegungen für andere Formen des Protests und des Widerstands, wie z.B. urbane Aufstände öffnen. Darüber hinaus sollen insbesondere auch bisher vernachlässigte Aspekte der Heterogenität, Relationalität, Kontingenz und des Affekts mit neueren Theorieentwicklungen der Prozesshaftigkeit von Protesten, wie es der »contentious-politics«-Ansatz, und den Emotionen von Protest, wie es der »passionate-politics«-Ansatz (Goodwin/Jasper/Polletta 2001) betont, zusammen gedacht werden. Für die empirische Operationalisierung solch einer Betrachtungsweise schlägt der Beitrag einen Fokus auf »politische Situationen« (Barry 2012) und die »erweiterte Fallmethode in der Protestforschung« (Schritt 2019b) vor. Veranschaulicht werden Theorie und Methode am Beispiel der urbanen Aufstände anlässlich der oben skizzierten Ereignisse.

2. Der Forschungsansatz »Contentious Assemblages«

2.1 Die poststrukturalistische Ontologie von Individuation und Gefüge

Etablierte Theorien sozialer Bewegungen, wie z.B. Ressourcenmobilisierung (Mc-Carthy/Zald 1977), politischer Prozess (Tilly 1978; Tarrow 1994), Framing (Snow/Benford 1988) oder auch »neue soziale Bewegungen« bzw. kollektive Identitäten (Polletta/Jasper 2001) basieren entweder auf einer (oft implizit) kritisch-realistischen und sogar positivistischen Ontologie oder auf der Ontologie des Sozialkonstruktivismus (vgl. Srnicek 2006). Während der kritische Realismus oder Positivismus nach kausalen Mechanismen sucht, basiert die Ontologie des Sozialkonstruktivismus auf der Idee, dass gesellschaftliche Phänomene erst durch menschliche Bedeutungszuschreibungen hervorgebracht werden. Wie Nick Srnicek (2006) zu Recht feststellt, stützen sich beide Ontologien jedoch auf problematische Voraussetzungen: Mit dem Fokus auf Sprache und Diskurs als ontologische Gegebenheit, das heißt als objektiver Ausdruck von Subjektivität, vernachlässigt der Sozialkonstruktivismus die transzendentalen Bedingungen, die Sprache und Subjektivität erst entstehen lassen. Auf der anderen Seite sucht der kritische Rea-

lismus nach den »tatsächlichen« kausalen Mechanismen, die unsere Erfahrungen hervorbringen. Indem der Gegenstand der Untersuchung als vollständig vorhanden und erfahrbar betrachtet wird, basiert die kritisch realistische Ontologie jedoch auf Essentialismus. Darüber hinaus zeichnen sich beide Ontologien sowohl durch ihr Unvermögen aus, über die Grenzen des Anthropozentrismus hinauszugehen, als auch dem Werden/der Emergenz Vorrang vor dem Sein/Zustand einzuräumen (ebd.).

Srnicek (2006) schlägt stattdessen vor, »contentious politics« mit den ontologischen Prämissen von Deleuze zu analysieren. Wie er ausführt, basiert eine solche Ontologie zum einen auf den Prinzipien der »Individuation« als prozessuales Werden von Individuen, der Ontogenese (vgl. Deleuze 2004), und nicht auf der Annahme zuvor vollständig konstruierter Individuen mit bereits festgelegten Interessen und Motivationen, wie es viele etablierte Theorien sozialer Bewegungen annehmen. Zum anderen geht eine solche Ontologie von »Gefügen« als emergierende Konstellationen heterogener Elemente aus, die sowohl materieller als auch expressiver Natur sind (Deleuze/Guattari 1987). Das Gefüge selbst verfügt dabei über spezifische Eigenschaften, Kapazitäten und Handlungsmacht, die über die Summe seiner Einzelteile hinausgeht (DeLanda 2006). Dadurch ergibt sich der Charakter der einzelnen Teile im Gefüge als auch die Eigenschaften des Gesamtgefüges erst im gegenseitigen Prozess des Werdens. Aus einer assemblagetheoretischen Perspektive betrachtet, sind soziale Bewegungen daher weder homogene noch statische Entitäten, sondern temporäre und räumliche Aggregate von menschlichen und nicht-menschlichen Elementen, die zu bestimmten Zeiten und Orten durch spezifische Konstellationen translokaler Beziehungen entstehen und wieder verschwinden (Davies 2012: 276). So betrachtet resultierten die urbanen Aufstände in Zinder aus einem Zusammenspiel ganz heterogener Akteure wie z.B. Politikern, Geschäftsleuten, zivilgesellschaftlichen Aktivisten, Journalisten und männlichen Jugendlichen mit diversen Artefakten, Technologien und Infrastrukturen wie z.B. Radios, Mobilfunknetzen, Reifen, Benzin und Verkehrsknotenpunkten. All diese heterogenen Elemente müssen demnach für ein holistisches Verständnis von urbanen Aufständen empirisch in ihrer Verwobenheit analysiert werden. Werden, wie im empirischen Beispiel der Raffinerieeröffnung und ihrer Proteste, zivilgesellschaftliche Aktivisten oder Jugendliche in politik-ökonomische Netzwerke der Regierung oder Opposition kooptiert, so verändert sich je nach politischem Lager schlagartig ihr Charakter und ihre Praktiken hin zu entweder lautstarken Unterstützern, schweigsamen Duldern oder (gewaltsamen) Gegnern des Regimes.

Zum weiteren Verständnis des Zusammenspiels zwischen Individuation und Gefüge unterscheidet Deleuze (2004) zwischen einer Reihe von Prozessen, die alle miteinander verbunden sind, nämlich dem Virtuellen (»the virtual«), dem Intensiven (»the intensive«) und dem Tatsächlichen (»the actual«). Während das Virtuelle

eine offene Reserve von Potentialen beschreibt, die nicht notwendigerweise aktualisiert werden, ist es das intensive Register der Individuation, das das Virtuelle mit dem Tatsächlichen verbindet (ebd.). Während also beispielsweise ungleiches Wirtschaftswachstum, hohes Bevölkerungswachstum und sozial benachteiligte (männliche) Jugendliche nicht nur in Niger sondern in vielen Teilen Afrikas virtuelle Potentiale für gewaltsame Proteste bereitstellen, müssen wir uns auf die intensiven Mikromechanismen der Individuation konzentrieren, um erklären zu können, wann und wie sich diese Latenz für urbane Aufstände in einer tatsächlichen Präsenz materialisiert. Mit anderen Worten: Warum manifestieren sich Proteste und Aufstände an bestimmten Orten und zu bestimmten Zeiten, während anderswo ganz ähnliche Gemengelagen keine Proteste hervorrufen? Es ist also schließlich die Verknüpfung mikropolitischer Mechanismen und Ereignisse miteinander, die kontingente, lokal spezifische Ergebnisse hervorruft. Für den oben skizzierten Fall bedurfte es beispielsweise bestimmter Ereignisse, die nicht nur als Anlässe problematisiert bzw. politisiert wurden, sondern auch eine affektive Dimension besaßen (ob eine Raffinerieeröffnung, staatliche Feiertage, oder als religiös empfundene Verunglimpfungen wie Karikaturen des Propheten Mohammed). Des Weiteren bedarf es einer politischen Mobilisierung über sozio-materielle Netzwerke wie z.B. Ketten-SMS, sodass Menschen als »smart mobs« in die Lage versetzt werden, gemeinsam zu handeln, auch wenn sie persönlich nicht in Kontakt stehen (Rheingold 2002). Schließlich wird der konkrete Protestverlauf durch die affektive Kraft einer Verkettung orts- und zeitspezifischer Ereignisse, also dem Zusammentreffen verschiedener Bewegungsbahnen, bestimmt, wie etwa dem Tod (Un-)Beteiligter oder der Überlappung verschiedener Proteste und Gruppen.

2.2 Die Rolle von Affekt und Übersetzungsarbeit in den »contentious assemblages«

Folgt man der Assemblagetheorie, ist es wichtig, nicht davon auszugehen, dass heterogene Elemente einfach wie von Geisterhand in Gefüge affiziert werden. Wie Andrew Davies (2012: 277) argumentiert, müssen wir untersuchen, wie die Beziehungen zwischen heterogenen Elementen tatsächlich auf mehr oder weniger stabile Weise hergestellt, zusammengehalten oder auch getrennt werden – wer sind die Akteur*innen, Artefakte, Technologien und Infrastrukturen, die Gefüge für eine bestimmte Zeit zusammenhalten oder zerfallen lassen und an welchen Verbindungs- und Trennungsprozessen sind sie wie beteiligt? In diesem Sinne versucht das hier skizzierte Konzept der »contentious assemblages« die Arbeit und den Affekt zu analysieren, die urbane Proteste erst hervorbringen.

Anders gesagt, müssen wir die Praktiken der Akteur*innen und die Intensität ihrer körperlichen Involviertheit betrachten, um erklären zu können, wie be-

stimmte Ereignisse in Streit und Gewalt und schließlich zurück zum sozialen Frieden verwandelt werden. Affekt im Sinne von Deleuze wird hierbei allgemein verstanden als die Fähigkeit von menschlichen und nicht-menschlichen Körpern zu affizieren und affiziert zu werden, d.h. Affekt ist sowohl aktiv als auch rezeptiv (Slaby/Mühlhoff 2019). Dabei beschreibt das Konzept des Affekts immer die Parallelität (und nicht einen cartesianischen Dualismus) von reziproken körperlichen und mentalen Dynamiken, die nicht voneinander zu trennen sind (ebd.) Der hier verwendete Affektbegriff wird also zur Analyse relationaler Dynamiken zwischen sich kontinuierlich entwickelnden Körpern in einer bestimmten Situation benutzt und grenzt sich von Affektverständnissen als interner Zustand, Gefühl oder Emotion ab (ebd.). Eine Affizierung von Körpern ist insbesondere dann gegeben, wenn sich Charakter, Eigenschaft und Fähigkeit der Körper ändern, wodurch Affekt untrennbar mit Macht im Sinne von bestimmten Praktiken, als auch reiner Präsenz von bestimmten Elementen verbunden ist (ebd.). Mit anderen Worten fokussiert Affekt auf die »klebrigen Verbindungen« (Ahmed 2004), die heterogene Elemente zu einem Kollektiv zusammenfügen, d.h. es gibt in einem Gefüge keine einseitig gerichtete Kausalität von Affekt zwischen Körper A und B, sondern nur ein gemeinsames Werden aller beteiligten Teile zu einem affektiven Ganzen. Dabei geht es im konkreten Fall der urbanen Proteste in Niger z.B. sowohl um das Verlangen der marginalisierten Jugendlichen nach sozialem Aufstieg und die Hoffnung auf Veränderung der sozio-kulturellen und politik-ökonomischen Formation der Gesellschaft als Ganzes, als auch um die emotional-körperlichen Reaktionen im dynamischen Prozess der Interaktionen zwischen den Protestteilnehmern und den Sicherheitskräften.

Zum anderen fokussiert dieser Ansatz auch auf die harte Übersetzungsarbeit der Mobilisierung, Überzeugung, Bestechung, dem Zwang und der Gewalt, die zum Aufbau und Schmieden von Verbindungen unerlässlich ist (Callon 1986). Nach Michel Callon gibt es dabei vier Momente der Übersetzung (ebd.): Erstens, die Problematisierung (problematization) von Ereignissen oder Gegenständen in einer bestimmten Situation, die zu einer gewissen Pfadabhängigkeit im Umgang mit der eingeführten Problemdefinition führen. Im konkreten Fall bedeutete dies die Deutung der Eröffnungsfeier als Zeichen der Herrschaft des Westens (der Hauptstadt Niamey) über die Region Zinder und den Osten des Landes. Zweitens, die Einfügung/Vermittlung (interessement) von Rollen, die zur Problemlösung vorgesehen wurden. Hier wurde die Bevölkerung Zinders über Radiosendungen und Ketten-SMS zum Widerstand gegen das Regime und die Ankunft des Präsidenten am Tag der Eröffnung aufgerufen. Drittens, die Einschreibung (enrolment) der Rollen, die im vorherigen Schritt vorgesehen wurden. Zur Einschreibung der Rollen als Widerstandskämpfer wurden auch Jugendganganführer und andere Aktivisten finanziell entlohnt, um ihre Gefolgschaft zu mobilisieren. Viertens, die Mobilisierung (mobilization) von Sprecher*innen bzw. paternalistischen Vertretern für das gesamte Kollektiv als ein singulärer Akteur. In diesem Prozess kristallisierte sich insbesondere der Geschäftsmann und Oppositionspolitiker Dan Dubai als »Volksheld« und »Rächer der Armen« heraus.

Mit dem doppelten Fokus auf die Übersetzungsarbeit und den Affekt als zwei analytisch getrennte, aber stets miteinander verbundene Assoziationskräfte zwischen heterogenen Elementen sucht das Konzept der »contentious assemblages« eine wechselseitige Befruchtung zwischen Netzwerkansätzen, die sich kaum für Affekt interessieren, mit der Assemblage-/Affekttheorie, die weitgehend blind für die Übersetzungsarbeit zur Herstellung oder Trennung von Verbindungen zwischen heterogenen Elementen ist (Müller/Schurr 2016).

3.3 Die Perspektivverschiebung zu »abstrakten Maschinen« in den »contentious assemblages«

Schließlich ermöglicht eine Perspektivverschiebung von den Mikromechanismen des Protests hin zu »abstrakten Maschinen«, die ganze Teile der Gesellschaft strukturieren, die Wahrnehmung und Kontextualisierung der Proteste in großen sozio-politischen Umbrüchen (Srnicek 2006). Eine Analyse von »contentious assemblages« sollte sich daher zum einen auf den gesamten Protestzyklus konzentrieren, um nicht nur aufzuzeigen, wie Affekt, Mobilisierung und Ereignisspiralen die Beziehungen für das Protestgeschehen konstituieren, sondern auch, wie repressive Politik Proteste beschwichtigen und zum Bruch einer Bewegung führen kann, indem sie die Verbindungen zwischen heterogenen Elementen kappt. Zum anderen muss auch die Verstrickung des gesamten Protestprozesses im Kontext von Projekten verschiedener Größenordnungen (lokal, regional, national, global) betrachtet werden. Eine gute Möglichkeit, solch einen Protestzyklus ethnographisch zu untersuchen und ihn analytisch in einen größeren Kontext einzubetten, bietet das Konzept der »politischen Situation« (Barry 2012) und »die erweiterte Fallmethode in der Protestforschung« (Schritt 2019b).

3. Forschungspraxis

3.1 Politische Situationen

Andrew Barry (2012) versteht politische Situationen als umstrittene Ereignisse und materiell-semiotische Gefüge, die nicht nur Menschen, sondern auch Artefakte und Technologien sowie diskursive Ideenbewegungen beinhalten. Er konzeptioniert dabei Ereignisse nicht als Momente, sondern als Interferenzpunkte zwischen mehreren Bewegungsbahnen. Eine politische Situation ist nach Barrys Verständnis also weder auf lokale Orte, noch auf einen bestimmten Zeitpunkt

begrenzt, sondern erstreckt sich über längere Zeitspannen und Räume. Dementsprechend stoßen in einer politischen Situation Projekte verschiedener Größenordnungen aneinander und führen zu Konflikten. Durch diese Verflechtung lokalisierter Projekte mit transnationalen Kräften des Fortschritts und Ideen der Modernisierung, wie z.B. neoliberale Marktreformen und selbst-optimierende Subjektivierungsformen, kollidieren lokale Erfahrungen und Praktiken mit translokalen Projekten, wodurch die politische Situation inhärent »global« wird (Tsing 2000). Durch die räumlich-zeitliche Ausdehnung von Situationen sind lokale Projekte somit immer sowohl in der Geschichte verwurzelt als auch mit translokalen Kräften verflochten. Schließlich wird die politische Situation durch Berichterstattungen von Medien sowie Veröffentlichungen von Sozialwissenschaftler*innen und politischen und wirtschaftlichen Analyst*innen koproduziert, d.h. erst performativ zu einer spezifischen Realität gemacht, welche demnach Teil der Analyse werden müssen (Barry 2012: 331).

3.2 Die erweiterte Fallmethode

Zur Produktion neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse ist es wichtig, Situationen als theoriegenerierend zu begreifen, anstatt sie nur als »passende Illustration« bereits formulierter Theorien zu verwenden (Kapferer 2006). Um mit einem Fokus auf politische Situationen Theorie zu generieren, bieten sich die vier »Momente« der erweiterten Fallmethode nach Michael Burawoy (1998) an.

Die erste Erweiterung betrifft die eigene Involviertheit vom Beobachtenden zum Teilnehmenden. Eine »dichte Teilnahme« erlaubt nicht nur Beobachtungen mit Konversationen über die gemachten Beobachtungen zu verknüpfen, sondern auch in die Lehre und Praxis von Berufs- und Akteursgruppen zu gehen sowie das Erleben und den Gebrauch der Sinne hautnah zu erfahren (Spittler 2001). In diesem Sinne wurde ich Mitglied in einem zivilgesellschaftlichen Komitee, das an der Organisation der Proteste beteiligt war. Dabei hatte ich die Möglichkeit, das Komitee von seiner Gründung kurz vor der Eröffnung der Raffinerie bis zu seinem Zerfall einige Monate später zu begleiten. Als Mitglied des Komitees nahm ich nicht nur an den wöchentlichen Sitzungen, sondern auch an deren politischen Aktivitäten teil. Schließlich erfuhr ich so (un-)glücklicherweise Protest und Gewalt als teilnehmender Beobachter hautnah, als ich mich während des Gerichtsprozesses von Dan Dubai mitten in aufkommenden Protesten zwischen männlichen Jugendlichen und der Polizei wiederfand. Durch meine dichte Teilnahme habe ich nicht nur Insiderwissen über die Strategien des Komitees und die politischen Logiken von Bestechung, Kooptation und Korruption in Niger gewonnen, sondern die Aufstände auch als eine Art Gewaltspirale verstehen gelernt, die durch eine Verkettung orts- und zeitspezifischer Ereignisse erst eskalierte (Schritt 2019c).

Die zweite Erweiterung dehnt die teilnehmende Beobachtung über Zeit und Raum aus, um zunächst den gesamten Protestzyklus in den Blick zu nehmen und dann den empirischen Fall über mehrere Jahre, manchmal sogar Jahrzehnte, hinweg zu verfolgen. Ein solcher Fokus auf den Protestprozess kann sowohl die harte Übersetzungsarbeit der Akteur*innen sowie den Affekt, die Kontingenz und die Verkettung von zeit- und ortsspezifischen Ereignissen beleuchten, die in ihrem multikausalen Zusammenspiel heterogene Elemente zu urbanen Aufständen emergieren lassen. Des Weiteren führte diese methodologische Erweiterung des Ereignisses über Raum und Zeit dazu, dass ich die Zusammenhänge zwischen den Ereignissen rund um die Einweihungsfeier in Zinder immer in Verbindung zu politischen Prozessen in der Hauptstadt Niamey und sogar darüber hinaus untersuchte. Um meinen empirischen Fall der Raffinerieeröffnung über mehrere Jahre zu verfolgen, habe ich von 2011 bis 2014 vier zeitlich voneinander getrennte und mehrortige Forschungsaufenthalte in Niger durchgeführt und auch nach meinem letzten Forschungsaufenthalt durch kontinuierliche Berichte meiner Freunde und Assistenten als auch über mediale Berichterstattung auf Internetplattformen die Ereignisse in Niger bis heute weiterverfolgt. Durch diese Erweiterung wurde mir zum Beispiel klar, dass die Gewalt um die Einweihung der Ölraffinerie tatsächlich ein politischer Konflikt war, der sich zwar auf das Erdölprojekt bezog, in seiner Genese und Logik jedoch der Einführung des Mehrparteiensystems in Niger 1991 entsprang, die zu politischem Wettbewerb und einer Fragmentierung der Elite führte (Schritt 2019a).

Die dritte Erweiterung bezieht sich auf eine Kontextualisierung der Interaktionen auf der Mikroebene in ihrer Verstrickung mit transnationalen Kräften auf der Makroebene, um lokale Effekte der kapitalistischen Weltordnung aufzuspüren. Indem die Reibungen, Brüche und Spannungen globaler Kräfte in den untersuchten Situationen betrachtet werden, können Kräfte der Globalisierung (z.B. Neoliberalismus) an bestimmten Orten lokalisiert werden, ohne dabei eine weltumspannende Hegemonie dieser Kräfte annehmen zu müssen. So habe ich gerade durch einen Fokus auf die lokalen Narrative des sozialen Lebens die Reibungen, Brüche und Misserfolge westlicher transnationaler Gouvernementalität im nigrischen Kontext aufdecken können und dabei argumentiert, dass politische Dynamiken in Niger nicht ausreichend mit dem vereinfachenden Konzept des Neoliberalismus als eine globale kapitalistische Kraft verstanden werden können (Schritt 2016).

Die vierte Erweiterung betrifft die Theorie. Indem bestehende Konzepte durch das empirische Fallmaterial stetig angepasst und umformuliert werden, wird neue Theorie generiert. Solch ein abduktives Vorgehen zur beständigen Erweiterung bestehender Konzepte lässt sich besonders gut mit »sensibilisierenden Konzepten« (Blumer 1954) und der in der Ethnographie liegenden Serendipität (»glücklicher Zufall«) kombinieren. Zum einen ermöglichen uns sensibilisierende

Konzepte, empirische Phänomene überhaupt erst zu erforschen, indem uns die theoretischen Begriffe Richtungen vorgeben, in die wir schauen müssen (ebd.: 7). Hier ist es wichtig, Konzepte zu wählen, die materiell-semiotische Praktiken in den Blick nehmen. Zum anderen ist es die Offenheit in der Ethnographie, die für Überraschungen sorgt, mit Vorannahmen bricht und dadurch nicht nur neue Phänomene aufdeckt, sondern im Sinne der Serendipität überhaupt erst die Möglichkeiten schafft, Theoriebildung voranzubringen. Durch diesen Prozess wurde ich nicht nur während der Eröffnung der Raffinerie in die Organisation und den Ablauf der Proteste hineingezogen, sondern erst so erschlossen sich mir die Heterogenität und die Verkettung von orts- und zeitspezifischen Ereignissen in der Produktion der Proteste, als auch die ineinander verwobenen Dynamiken und Logiken aus Politik und Gesellschaft in Niger im Allgemeinen. Erst dadurch wurde es mir möglich, die blinden Flecken etablierter Theorien sozialer Bewegungen aufzudecken und neue konzeptionelle Wege vorzuschlagen (Schritt 2019c).

4. Fazit

Zusammengefasst zeigt das Konzept der »contentious assemblages« am Beispiel der Raffinerieeröffnung in Zinder die sozio-materielle Heterogenität urbaner Aufstände in ihren verschiedenen Erscheinungsformen und Dynamiken, die nicht mit der Annahme gemeinsamer Interessen, Solidarität oder Identität von sozialen Bewegungen erklärt werden können. Das Konzept bietet dabei eine analytische Ressource, um mehrere miteinander zusammenhängende Dimensionen urbaner Aufstände zu veranschaulichen: Erstens, gezielte Problematisierungen von bestimmten Ereignissen, wie der Einweihung der Raffinerie, produzieren Öffentlichkeiten und ermöglichen so politische Mobilisierung entlang dieser Themen. Zweitens, Opportunitätsstrukturen wie das Mehrparteiensystem oder die Fragmentierung der politischen und wirtschaftlichen Eliten in Niger ermöglichen nicht nur Meinungs- und Pressefreiheit sowie öffentliche Auseinandersetzungen und politische Mobilisierung entlang der Logik gegenseitiger Schuldzuweisungen, Lagerdenken und Blockbildung, sondern ihre historische Genese erlaubt auch Kooptierung, Bestechung und Zwang zur Beschwichtigung der Proteste. Drittes, die verteilte sozio-materielle Handlungsmacht zwischen politische Akteuren, neuen Medien und städtischer Infrastruktur ermöglichen und beschränken zugleich Formen politischer Mobilisierung und Protestrepertoires, indem sie z.B. bestimmten Akteuren eine Stimme verleihen und anderen nicht. Viertens, Affekte und Emotionen wie z.B. Gewalterfahrungen, hegemoniale Männlichkeit, Hierarchie- und Solidaritätsnetzwerke aber auch Hoffnung und Sehnsüchte auf eine bessere Zukunft ermöglichen sowohl klebrige Verbindungen als auch Trennungen zwischen den Elementen. In ihrem gegenseitigen Zusammenspiel bringen

diese unterschiedlichen Dimensionen so kollektives Handeln in seiner Gesamtheit zeit- und ortsspezifisch hervor. Im Protestprozess können sich Ereignisketten nicht nur im Sinne von Gewaltspiralen verstärken, sondern die Protestbewegungen auch abfedern oder auseinanderbrechen lassen. Die sich kontinuierlich entwickelnde Formierung urbaner Aufstände ist somit niemals abgeschlossen. Aus diesen Überlegungen erklärt sich auch die Kontingenz einer Bewegung, die mehrere unterschiedliche Bewegungsbahnen einschlagen kann. Schließlich stehen Protestgefüge immer auch in einem Zusammenspiel mit größeren abstrakten Maschinen, die kleinere Gefüge strukturieren und transformieren. Somit müssen Protestgefüge selbst wieder in ihrem Zusammenspiel mit anderen sozio-technischen Gefügen analysiert werden. Aus einer poststrukturalistischen Perspektive der Assemblagetheorie reicht es daher nicht, die Motivationen, Interessen und Strategien von Bewegungsanführern zu analysieren, sondern es muss der gesamte Protestzyklus mit seinen verschiedenen menschlichen und nicht-menschlichen Elementen in den Blick genommen werden, um der Heterogenität, Relationalität, Prozesshaftigkeit und Kontingenz von Protest gerecht zu werden.

5. Literatur

Ahmed, Sara (2004): The cultural politics of emotion, New York: Routledge.

Barry, Andrew (2012): »Political situations: knowledge controversies in transnational governance«, in: Critical Policy Studies 6, S. 324-336.

Blumer, Herbert (1954): »What is wrong with social theory?«, in: American Sociological Review 19, S. 3-10.

Brunner, Elizabeth (2017): »Wild Public Networks and Affective Movements in China: Environmental Activism, Social Media, and Protest in Maoming«, in: Journal of Communication 67, S. 665-677.

Burawoy, Michael (1998): »The Extended Case Method«, in: Sociological Theory 16, S. 4-33.

Callon, Michel (1986): »Some elements of a sociology of translation. Domestication of the scallops and the fishermen of St Brieuc Bay«, in: John Law (Hg.), Power, action and belief//Power, action, and belief. A new sociology of knowledge? London u.a.: Routledge & Kegan Paul, S. 196-233.

Davies, Andrew D. (2012): »Assemblage and social movements. Tibet Support Groups and the spatialities of political organisation«, in: Transactions of the Institute of British Geographers 37, S. 273-286.

DeLanda, Manuel (2006): A new philosophy of society. Assemblage theory and social complexity, London, New York: Continuum.

Deleuze, Gilles (2004): Difference and repetition, London: Continuum.

- Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (1987): A thousand plateaus. Capitalism and schizophrenia, London: Continuum.
- Featherstone, David (2011): »On assemblage and articulation«, in: Area 43, S. 139-142.
- Goodwin, Jeff/Jasper, James M./Polletta, Francesca (Hg.) (2001): Passionate politics. Emotions and social movements, Chicago: University of Chicago Press.
- Kapferer, Bruce (2006): »Situations, Crisis, and the Anthropology of the Concrete.

 The contribution of Max Gluckman«, in: Terry. M. S. Evens/Don Handelman (Hg.), The Manchester School. Practice and ethnographic praxis in anthropology, New York: Berghahn Books, S. 118-157.
- McAdam, Doug/Tarrow, Sidney/Tilly, Charles (2001): Dynamics of contention, Cambridge: Cambridge University Press.
- McCarthy, John D./Zald, Mayer N. (1977): »Resource Mobilization and Social Movements. A Partial Theory«, in: American Journal of Sociology 82, S. 1212-1241.
- McFarlane, Colin (2009): »Translocal assemblages. Space, power and social movements«, in: Geoforum 40, S. 561-567.
- Müller, Martin/Schurr, Carolin (2016): »Assemblage thinking and actor-network theory: conjunctions, disjunctions, cross-fertilisations«, in: Transactions of the Institute of British Geographers 41, S. 217-229.
- Phillips, John (2006): »Agencement/Assemblage«, in: Theory, Culture & Society 23, S. 108-109.
- Polletta, Francesca/Jasper, James M. (2001): »Collective Identity and Social Movements«, in: Annual Review of Sociology 27, S. 283-305.
- Rheingold, Howard (2002): Smart mobs. The next social revolution, Cambridge, MA: Perseus Pub.
- Schritt, Jannik (2015): »The ›Protests against Charlie Hebdo‹ in Niger: A Background Analysis«, in: Africa Spectrum 50, S. 49-64.
- Schritt, Jannik (2016): "The petro-political configuration. Entanglements of Western and Chinese oil zones in Niger«, in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 60, S. 40-56.
- Schritt, Jannik (2019a): »Well-Oiled Protest. Adding Fuel to Political Conflicts in Niger«, in: African Studies Review 62, S. 49-71.
- Schritt, Jannik (2019b): »Die erweiterte Fallmethode in der Protestforschung«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 32, S. 58-68.
- Schritt, Jannik (2019c): »Urban protest in oil-age Niger. Towards a notion of >contentious assemblages««, in: Sociologus 69, S. 19-36.
- Slaby, Jan/Mühlhoff, Rainer (2019): »Affekt«, in: Jan Slaby/Christian von Scheve (Hg.), Affective Societies. Key Concepts, Milton: Routledge.
- Snow, David A./Benford, Robert D. (1988): »Ideology, Frame Resonance and Participant Mobilization«, in: International Social Movement Research 1, S. 197-217.

- Spittler, Gerd (2001): »Teilnehmende Beobachtung als Dichte Teilnahme«, in: Zeitschrift für Ethnologie 126, S. 1-25.
- Srnicek, Nick (2006): Assemblage Theory, Complexity and Contentious Politics. The Political Ontology of Gilles Deleuze, Thesis. University of Western Ontario.
- Tarrow, Sidney G. (1994): Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics, Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Tilly, Charles (1978): From mobilization to revolution, Reading: Addison-Wesley Publishers.
- Tsing, Anna (2000): »The Global Situation«, in: Cultural Anthropology 15, S. 327-360

Affekttheorie sozialer Bewegungen

Kernidee und Perspektive des Ansatzes

Mit Rückgriff auf Affekttheorien wird die unterbelichtete theoretische und empirische Bedeutung von Affekten und Körpern in der sozialen Bewegungsforschung herausgearbeitet.

schaftliche Denken von Deleuze und Guattari und bildet den zentralen Hintergrundtext des Handbuchbeitrags. Massumi legt die philosophischen Grundlagen für eine Affekttheorie nach Deleuze

Zentrale theoretische Grundlagen/Arbeiten

Das Werk »Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie II« von Deleuze und Guattari (1992)

Das Werk » lausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie II« von Deleuze und Guattari (1992) ist ein umfassender, aber unsystematischer Einstieg in das soziologische sowie politikwissen-

und eröffnet zugleich einen soziologischen Anschluss (2002). Protevi (2009) entwickelt einen systematischen Versuch einer politischen und soziologischen Theorie der Affekte, die an verschiede-

nen Fallbeispielen veranschaulicht wird.

Anwendung: Methoden
Um die Wirkungsweise von Affekten und Affektdynamiken in Bürgerwehren zu untersuchen, bieten sich – trotz aller Schwierigkeiten – narrative und problemzentrierte Interviews und insbesondere

Gruppeninterviews an. Diese sollten durch ethnographische Forschungen ergänzt werden.

Anwendung: Fallbeispiel

Die empirischen Fallbeispiele bilden zwei Bürgerwehren aus West- und Ostdeutschland.

Anwendung: Beispiele

Ahmed, Sara (2004a): »Affective Economies«, in: *Social Text* 22 (2), S. 117-139.

Gould, Deborah B. (2009): Moving Politics. Emotion and Act Up's Fight Against Aids, Chicago/London:

The University of Chicago Press.

Hochschild, Arlie Russell (2016): Strangers in their Own Land. Anger and Mourning on the American

Right. A Journey to the Heart of Our Political Divide, New York/London: The New York Press.

Affekttheorien und soziale Bewegungen

Kollektivierungen, Affizierungen und Affektmodulationen in Bürgerwehren

Christian Helge Peters

1. Einleitung: Die Aktualität des Affekts in politischen Kollektiven

Von Ende 2015 bis Anfang 2017, also während der starken Zunahme der Geflüchtetenzahl in Deutschland, hatten Bürgerwehren oder bürgerwehrähnliche Vereinigungen in Deutschland eine erhöhte Verbreitung und Attraktivität (vgl. Speit 2016). Seit den rechten Ausschreitungen im August und September 2018 in Chemnitz gibt es wieder verstärkt Berichte über neu entstandene Bürgerwehren (vgl. Zeit Online 2018). Das übergeordnete Ziel der Bürgerwehren ist es, in eine als sehr gefährlich wahrgenommene Sicherheitslage in Deutschland zu intervenieren, um Sicherheit wiederherzustellen.

Bürgerwehren ist gemeinsam, dass ihre Kollektivierungen, Handlungsweisen und Eigenlogiken verstärkt auf affektiven Funktionslogiken basieren. Affekte sind körperlich-intensive Prozesse und eine eigenständige und produktive Kraft, die zwischen und durch Körper wirkt; sie verbinden heterogene Körper auf eine ihnen spezifische Weise miteinander und beeinflussen sie (vgl. Spinoza 1994: 110). Affizierungsprozesse funktionieren primär nach einer anderen Logik als eine sinnhafte, inhaltliche und kommunikative Verständigung und Repräsentation. Formale Organisationsprinzipien, gemeinsame Ziele, Identitäten, Interessen und politische Selbstbeschreibungen treten in ihrem konkreten Funktionieren tendenziell hinter Affektionen zurück (vgl. Massumi 2002: 23-45).

¹ In Chemnitz kam es nach dem Tod eines Mannes im Verlauf einer Auseinandersetzung mit verschiedenen Personen, die z.T. Geflüchtete waren, zu spontanen und mehrtägigen Demonstrationen von Neonazis und anderen Bürger*innen sowie zu progromartigen Zuständen mit Angriffen und Hetzjagden auf Personen, die als nicht-deutsch gelesen wurden. Bis zur Fertigstellung des Artikels sind der Fall und der Gerichtsprozess noch nicht abgeschlossen und der Tathergang noch nicht abschließend geklärt (vgl. MDR.de 2019).

Bürgerwehren können als soziale Bewegungen verstanden werden, weil sie ein organisiertes, zivilgesellschaftliches, nicht-institutionalisiertes und politisches Kollektiv sind, das das gemeinsame Ziel verfolgt, einen Wandel der Sicherheitslage herbeizuführen (vgl. Kern 2008: 13). Ihre Spezifik liegt gegenüber anderen sozialen Bewegungen darin, dass sie vor allem über ihre Affekte verstanden werden können. Bürgerwehren – so die zugrunde liegende Annahme des Beitrags – verweisen auf die Affektivität bestimmter sozialer Bewegungen im Politischen. Sie sind ein exemplarischer Fall eines affektiven politischen Kollektivs, da sich die Ursachen ihrer Kollektivierung, ihre Dynamiken und Handlungsweisen über ihre Affektivität erklären lassen. Neben Bürgerwehren gibt es noch weitere affektive soziale Bewegungen, wie z.B. populistische Bündnisse, Anonymous oder Occupy Wall Street. Der vorliegende Beitrag wendet sich damit einem unterbelichteten Thema der sozialen Bewegungsforschung zu: Affekten und Körpern.

2. Forschungsansatz: Affekte in sozialen Bewegungen

2.1 Grundlagen der Affekttheorien

Die Eigenlogiken von affektiven Kollektiven verweisen verstärkt auf körperlich-intensive Kräfte. Ein Körper ist das Medium von Affekten, da Affekte sich in diesem ausdrücken und materielle Effekte haben. In Affekttheorien wird diesem Aspekt Rechnung getragen; Körper erhalten eine eigenständige und aktive Position, die in den Sozialwissenschaften lange Zeit ausgeblendet wurde. Affekttheorien wurden in Abgrenzung zu einer Sozial-, Politik- und Kulturwissenschaft entwickelt, die nicht nur Körper und Gefühle unterbelichtet, sondern darüber hinaus vor allem Werte, Interessen sowie sinnhafte Verständigungen und symbolische Signifikationsprozesse, Diskurse und Repräsentationen als zentrale Kräfte im Sozialen und Politischen ausmacht (vgl. Gregg/Seigworth 2010; Clough 2007).

Im Anschluss an Baruch de Spinoza (1994), Gilles Deleuze und Félix Guattari (1977) als auch Brian Massumi (2002) sind Affekte wechselseitige intensive Prozesse, die zwischen und durch heterogene Körper wirken und sie verbinden. Affekte sind eine materielle Kraft, die Affizierungen, Anziehungs- und Abstoßungsprozesse zwischen Körpern bewirkt. So bekommen Affekte einen konkreten Effekt auf individuelle und soziale Praktiken, wie beispielsweise während Selbstorganisationsprozessen auf Demonstrationen oder sich virulent verbreitenden Nachrichten im Internet.

Der Rückgriff auf Affekte zum Verständnis von Kollektiven ist vielversprechend, weil diese eine bestimmte Qualität von Verbindungen in einem politischen Kollektiv darstellen: Sie sind relational und produktiv, sie erschaffen das Kollektiv auf eine ihr eigentümliche Weise – Affekte sind ein relationaler Emergenz-

mechanismus und ermöglichen die Aktivierung einer latenten Potentialität in einer Verbindung von Körpern (vgl. Deleuze 2005; Massumi 2002: 33, 227; Thoburn 2007). Affekte sind ein permanenter Kollektivierungsprozess, der vielfältige Körper zusammenbringt und dabei in ihnen neue Potentiale entfaltet, aber auch Verbindungen neu konstituieren oder wieder auflösen kann. Durch Affizierungen vermindern oder steigern sich die Aktivität, Stärke und Selbstwirksamkeit der einzelnen Körper im Kollektiv.

Affekten wird dabei eine eigenständige Kraft zugeschrieben, die sich den Intentionen, Interessen, Kontrollen und Bedeutungen von Subjekten und Kollektiven weitestgehend – aber nicht vollständig – entzieht. Deshalb verstehen besonders Deleuze und Massumi die Kraft von Affekten und die körperlichen Veränderungen durch Affekte in dieser Hinsicht als »autonom« (Massumi 2002: 23-45; vgl. auch Protevi 2009: 3-60).

Die Wirksamkeit von Affekten in politischen Kollektiven zeigt sich in Bürgerwehren darin, dass sie nicht mehr primär in den Funktionslogiken von Parteien oder Interessenvertretungen mit ihren repräsentativen Funktionen, gemeinsamer Identität und formalen Strukturen analysierbar sind. Ein affektives Kollektiv kennzeichnen vielfältige affektive Anziehungskräfte und weniger gemeinsame Ziele, Argumente, Interessen, politische Selbstbeschreibungen oder Weltanschauungen, und auch keine einheitlichen und formalen Organisationsformen. So können affektive Kollektive trotz inkonsistenter Argumente und widersprüchlicher Politiken längerfristig bestehen und handlungsfähig sein. Ein affektives Kollektiv kann schnell seine inhaltliche Ausrichtung verändern, wenn neue Themen und Probleme für sie affektiv relevant werden.

2.2 Affekte im Feld der sozialen Bewegungsforschung

Affekte spielen seit den historischen Vorläufern der Bewegungsforschung eine marginalisierte Rolle: In den ersten klassischen Ansätzen sozialer Bewegungsforschung bei Karl Marx, Émile Durkheim oder Max Weber, an die viele Ansätze der Bewegungsforschung angeschlossen haben, treten sie hinter Fragen der ökonomischen Bedingungen und Klassenkämpfe bei Marx, Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und Bewusstseins bei Durkheim oder gegenüber den Fragen von Autorität und Legitimität bei Weber zurück, ohne gänzlich zu verschwinden (vgl. Buechler 2011: 9ff.). Dass beispielsweise Durkheim (1998: 291ff., 531ff.) selbst Elemente einer Theorie der Affekte und Kollektivierungen entwickelt hat, die er unter dem Begriff der »kollektiven Efferveszenz« fasst, oder dass Weber (1972: 140ff.) »charismatische Herrschaft« durch Affekte legitimiert sieht, wird in der sozialen Bewegungsforschung weniger rezipiert.

Affekte nehmen zuerst in Massenpsychologien zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine zentrale Rolle ein. Gustave Le Bon (1982) oder Gabriel Tarde (2015) den-

ken politische Kollektive und Kollektivierungen von ihrer Affektivität aus. Die Debatte um Massen wurde von Le Bon dominiert, der Massen aufgrund ihrer affektiven Dynamiken als irrational beschreibt und aus Sicht einer vernunftorientierten Moderne als gefährlich kritisiert, weil Massen willkürlich und unüberlegt agieren würden. Die Einzelnen verlieren nach Le Bon in der Masse ihre Individualität und Vernunft und lassen sich bedingungslos von ihr mitreißen. Zur Beschreibung von Massen nutzt Le Bon biologische Metaphern, wie »Mikroben« (Le Bon 1982: 5) oder »Zellen eines Organismus« (ebd.: 13), womit Massen tendenziell zu einem natürlichen und keinem sozialen Phänomen werden.

Die soziale Bewegungsforschung war dennoch lange Zeit durch eine Nichtbeachtung beziehungsweise Skepsis gegenüber Affekten gekennzeichnet und konzentrierte sich stattdessen auf instrumentelle, rationale und kognitive Prozesse in sozialen Bewegungen. John McCarthy und Mayer Zald, die den Ressourcenmobilisierungsansatz einwickelt haben (1977), verstehen Aktivist*innen als rationale, Kosten-Nutzen-abwägende Subjekte, die sich zu einer Bewegung zusammenschließen, wenn sie einen individuellen Mehrwert von der Organisierung erwarten. David Snows und Robert Benfords Framing-Analyse (1988) stellt einen weiteren instrumentellen Ansatz dar, der soziale Bewegungen mit den Interessen der Akteur*innen, ihren Werten, Überzeugungen und Bedeutungen erklärt. Neben diesen eher mikrosoziologischen Ansätzen folgen Makroansätze ebenfalls diesem Muster: Charles Tilly (1978) untersucht die strukturellen Voraussetzungen von sozialen Bewegungen, die für ihn in den von Akteur*innen instrumentell und interessengeleitet nutzbaren Möglichkeiten und Zugängen zu Institutionen liegen.

Auch die ersten Arbeiten von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2006) zu hegemonialen Politiken sind aus Sicht der Affekttheorie zu kognitivistisch und instrumentell konzipiert. Nicht nur argumentieren sie ausgehend von linguistischen und nicht ontologischen-materiellen Prämissen wie Deleuze und Massumi – die Materialität und Eigenständigkeit von Körpern nimmt keine zentrale Rolle in ihren Theorien ein. Politische Kollektive bilden sich für Laclau und Mouffe in identifikatorischen Hegemoniepolitiken, Repräsentations-, Signifikations- und Artikulationsprozessen und Diskursen. Eine politische Bewegung konstituiert sich über sinnstiftende Gemeinsamkeiten gegenüber einem Antagonisten. Antagonistische Bewegungen unterscheiden sich in ihren Identitäten, Interessen, gesellschaftlichen Stellungen oder politischen Positionen. Im Verlauf ihrer Arbeiten verändern beide ihre Positionen: Laclau (2007) und Mouffe (2002) integrieren in späteren Arbeiten zum Populismus immer stärker Affekte und Gefühle in ihre politische Theorie.

Die fehlende Berücksichtigung von Affekten in Hegemonietheorien versuchen post-hegemoniale Positionen, wie die von Jon Beasley-Murray (2003) oder Scott Lash (2007), auszugleichen. Sie arbeiten die produktive und gestalterische Kraft von Affekten im Politischen heraus. Politische Kollektive bilden sich ihrer

Meinung nach nicht primär aufgrund von Signifikationen, Repräsentationen, Diskursen oder Verständigungen, sondern aufgrund von nicht-bewussten körperlichen Anziehungs- und Abstoßungskräften. Deshalb ist es nicht zentral für politische Kollektive, was sie repräsentieren und repräsentieren können, sondern welche neuen Formen der Solidarität sie herausbilden (vgl. Day 2004).

Im Feld der sozialen Bewegungsforschung erhalten intensive Beziehungen in den letzten Jahren eine erneute Aktualität. Es gibt zunehmend Arbeiten, die stärker die intensiven Kräfte in sozialen Bewegungen wie Gefühle, Emotionen, Begehren, Leidenschaften oder Affekte, berücksichtigen. Einen Forschungsüberblick über diese »Passionate Politics« geben beispielsweise Jeff Goodwin, James Jasper und Francesca Polletta (2001). Die Autor*innen erläutern in dem Sammelband die Bedeutung von Emotionen für politische Kollektive: Vielfältige Emotionen wie Angst, Wut, Hass, Empörung, Freude, Scham, Sympathie, Resignation oder Liebe bestimmen die Motive der Subjekte und ihre Kollektivierungen.

An diese Diskussionen schließen Affekttheorien an. Affekttheorien unterscheiden sich aber insofern von den meisten im letzten Absatz genannten Ansätzen, als dass mit der Begriffswahl von Affekten im Gegensatz zu Emotionen eine theoretische Verschiebung einhergeht. Deleuze (2005: 124f.) und Massumi (2002: 26ff.) grenzen Affekte von Emotionen ab: Emotionen sind Qualifizierungen von Affizierungen. Emotionen strukturieren Affekte, indem Affekte erst bewusst wahrgenommen werden und dann als individuelle Emotionen eine feste Bedeutung, einen Sinn und einen symbolischen Ausdruck bekommen, der ihre Autonomie und Eigenständigkeit einschränkt. In Interaktionen nehmen Emotionen eine bestimmte Funktion ein und sind strategisch einsetzbar. Emotionen sind in kognitive Prozesse, Signifikationsprozesse und diskursive Ordnungen eingeschlossen, die nach einer anderen Logik als Affekte funktionieren – Affekte entziehen sich Signifikationsprozessen.²

Ein weiterer Unterschied zwischen Affekten und Emotionen liegt darin, dass Emotionen meist einzelnen Individuen oder Kollektiven als ihr subjektiver oder kollektiver Inhalt zugeschrieben werden. Affekte sind hingegen eigenständig, unstrukturiert, unfixiert, nicht auf eine*n einzelne*n Akteur*in reduzierbar, sondern zirkulieren und sind nicht bewusst steuerbar und entziehen sich einer sprachlichen Artikulation (vgl. Massumi 2002: 26, 28). Ein solcher Affektbegriff findet sich nur selten in der sozialen Bewegungsforschung. Eine Ausnahme bildet die umfassende Studie zum AIDS-Aktivismus von Deborah Gould (2009), in der

² Aus Sicht der empirischen Sozialwissenschaften führt diese Annahme zu größeren Problemen. In empirischen Studien – wie die vorliegende, die eng an Massumi argumentiert – wird das Problem so gelöst, dass Affekte als solche sich diesen Prozessen entziehen, daher nur in ihren Effekten analysierbar sind und dabei zumindest teilweise Sinn und Bedeutung erhalten.

Emotionen und Affekte zusammen gedacht und im Rahmen der empirischen Studie operationalisiert werden.

3. Forschungspraxis: Zur Operationalisierung von Affekttheorien und den Logiken affektiver Kollektive

Am Beispiel zweier Bürgerwehren in Deutschland werden die Affektdynamiken und Affektmodulation eines politischen Kollektivs nun genauer beschrieben und analysiert, um das theoretische und empirische Potential von Affekttheorien für die Bewegungsforschung darzulegen. Im Frühjahr 2016 wurden ein mehrstündiges Einzelinterview mit einer Bürgerwehr aus Westdeutschland (Interview 1) und eine mehrstündige Gruppendiskussion mit einer ostdeutschen Bürgerwehr (Interview 2) geführt. Darüber hinaus wurden eine Fernseh- und eine Print-Reportage über das erste Fallbeispiel herangezogen (über das zweite liegt nichts Vergleichbares vor), sowie die Facebookauftritte der beiden Bürgerwehren ausgewertet.

Affekte mittels Interviews zu untersuchen, steht vor dem Hintergrund der ausgeführten Theorien vor Problemen. Das zentrale Problem von Leitfaden-Interviews besteht darin, dass sie schwer die subtilen und unintendierten Prozesse hervorbringen, die auf Affekte verweisen, sondern stattdessen die bedeutungsvollen und reflektierten Aussagen der Akteur*innen. Deshalb sind narrative Interviews, die immer wieder um eine bestimmte, besonders relevante Situation kreisen, oder Gruppeninterviews geeigneter, wenn es darum geht, die Autonomie und Produktivität von Affekten zu untersuchen. Darüber hinaus sind besonders ethnographische Studien fruchtbar, weil sie einen eigenen Blick auf die affektiven Prozesse ermöglichen und die spezifischen Bewegungen der Körper und ihre Affizierungsdynamiken beobachtet werden können, die sich individuellen Verbalisierungen widersetzen. Mit Interviews allein können nicht alle Logiken des Affekts in Kollektiven analysiert werden. Ethnographische Studien zur Praxis der beiden Bürgerwehren konnten bedauerlicherweise nicht realisiert werden, weil sich die beiden Bürgerwehren kurz nach den Interviews aus der Öffentlichkeit zurückgezogen haben. Diese hätten die Interviews ergänzen und begleiten können, sodass die Aussagen aus den Interviews mit der tatsächlichen Praxis hätten abgeglichen werden können.

Die Affekttheorien von Deleuze und Massumi bilden die Forschungsheuristik, um die Interviews auszuwerten. Eine ausgearbeitete soziologische Forschungsmethode, die diese Affekttheorien operationalisiert und in ein Forschungsdesign überträgt, steht gegenwärtig noch aus. Die Auswertung der Interviews ist insofern explorativ und experimentell. Die Affekttheorien wurden anhand des Mate-

rials konkretisiert und diese Theorien parallel dazu mit dem empirischen Material und anderen Forschungen zu Bürgerwehren ergänzt und weiterentwickelt.

Aus dem empirischen Material lassen sich auf diese Weise vier Funktionslogiken von Bürgerwehren idealtypisch herausarbeiten:

1) Affekte der Angst als produktive Gründungskraft: Die Gründung der untersuchten Bürgerwehren war eine Selbstermächtigung der Aktivist*innen aus der Kraft der Empörung und Angst heraus.³ Die verbindende und produktive Kraft von Affekten ist es, die die Selbstermächtigung neben anderen Faktoren, wie gesellschaftlichem Kontext, Rassismus oder Werten, ermöglichte und ermöglicht. Bürgerwehren organisieren sich selbst und handeln vor allem autonom von Polizei und Politik – »alle Gewalt« gehe schließlich »vom Volk aus« (Interview 2). Sie vertrauen der Politik und Polizei nicht mehr, weil diese nicht auf die Bedürfnisse der Bürger*innen eingehen würden, sie sich nicht gehört fühlen und die Polizei Kriminalität nicht mehr verhindere.

Zu wissen, ob es wirklich (objektiv) zu einem Anstieg der Kriminalität gekommen ist, die eine zunehmende Furcht vor Kriminalität und ein Eingreifen begründen könnte, ist aufgrund der affektiven Struktur nicht notwendig. Die Bürgerwehren wissen, oder besser: fühlen einfach die veränderte Sicherheitslage, weil sie die zugenommenen Gefahren argumentativ nicht begründen können (vgl. Interview 1, 2; auch Hitzler/Milanés 1998: 173ff.). Die Annahme eines Anstiegs von Gewalt(-bereitschaft) und der Brutalisierung von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen plausibilisieren sie durch ihre zentrale Legitimationsquelle: der Angst (vgl. Bröckling 2016; Hochschild 2016). Die gesellschaftliche Lage sei so verheerend, dass sie nicht mehr wirklich rausgehen könnten, überall lauerten die Gefahren (vgl. Interview 1, 2).

2) Affektive Besetzungen des »Außen« und »Innen«: Bürgerwehren konstituieren sich in Bezug auf eine imaginierte existentielle Bedrohung, einen äußeren oder inneren Feind, wie »den Flüchtling«, der für sie gleichzeitig auch »der Terrorist« und »Verbrecher« mit Perversionen und schädlichen sexuellen Neigungen ist (vgl. Interview 2). Die Mitglieder der Bürgerwehr bedienen sich hier deutlich rassistischer Vorurteile, um ihren Affekten einen Sinn zu geben. Diese Figuren funktionieren als ein Moment affektiver Vereinheitlichung und Zentralisierung. Es ist das »Fremde« oder »Andere«, das als bedrohlich für die eigene Identität, tradi-

³ Angst und Empörung werden an dieser Stelle als Affekte analysiert und nicht als Emotionen, die sie aber auch sein können. Angst und Empörung sind die Legitimationsfiguren der Interviewten, die sie affektiven Prozessen geben. Es werden die Begriffe der Interviewten verwendet, um Affekte in ihren Wirkungen zu spezifizieren. Das bedeutet erstens nicht, dass Ängste nicht kritisiert werden dürften oder per se politisch legitim sind und zweitens, dass mit dem Fokus auf Affekte nicht ausgeschlossen ist, dass auch organisierte Rechte mit ihren strategischen Zielen die Gründung und Aktionen von Bürgerwehren vorantreiben oder selbst an einer Gründung maßgeblich beteiligt sind.

tionelle Gewissheiten, eigene Ordnungsvorstellungen, ökonomische Ressourcen wahrgenommen wird und damit zu einem »Verlust von Geborgenheit und Gelassenheit« (Hitzler 1997: 184) führt und deshalb misstrauisch als verdächtig beobachtet wird. Die eigene Gemeinschaft ist der schöne und schützenswerte Ort, an dem die Mitglieder sich wohl und sicher fühlten bzw. fühlen (vgl. Interview 2) – diese Gemeinschaft wird von Affekten der Liebe zusammengehalten, die vom »Fremden« bedroht wird (vgl. Ahmed 2004b). Ein anderes Subjekt ist aber nicht aus sich heraus gefährlich. Durch die produktive Kraft von Affekten wird ein Subjekt oder anderes Objekt erst angsteinflößend und gefährlich (vgl. Ahmed 2004a: 126ff.).

3) Gezielte Kontrolle der Affekte in bestimmten Situationen: Verteidigung und notfalls gewalttätiges Einschreiten im Ernstfall müssen die beteiligten Akteur*innen einer Bürgerwehr erst lernen (vgl. Grossman 2009). Die Mitglieder der Bürgerwehr aus Westdeutschland müssen als Grundvoraussetzung, um auf »Streife« (Interview 1) gehen zu dürfen, lange genug Kampfsport gemacht haben, um auch in hitzigen und gefährlichen Situationen absolut kontrolliert zu bleiben. Affekte haben dieser Aussage zufolge überhaupt keinen Einfluss: »Ich weiß meine Gefühle zu beherrschen. [...] die Sinne werden halt viel schärfer, man ist viel aufmerksamer. Aber dass ich dann im Affekt handle, das auf keinen Fall.« (Ebd.) Ob diese Aussage zutrifft, konnte nicht überprüft werden. Die Selbstdarstellung des eben genannten Interviewten ist nicht stringent und verweist darauf, dass Bürgerwehren die affektiven Dynamiken ausblenden oder sich derer nicht bewusst sind. Die Ambivalenz des Affekts zeigt sich gerade darin, dass ein Affekt einerseits bewusst moduliert und damit gelenkt werden kann, aber andererseits eine unkontrollierbare Eigendynamik und Offenheit mit repressiven oder progressiven Folgen entfaltet (vgl. Anderson 2010: 162ff.). Dass Bürgerwehren tatsächlich nicht immer kontrolliert und im Rahmen ihrer legalen Möglichkeiten operieren, zeigen regelmäßige Berichte über Körperverletzungen (vgl. Bartsch 2016; Locke 2016) sowie die Tatsache, dass die Bürgerwehren Gewalt als politisches Mittel befürworten (vgl. Interview 1, 2).

4) Stark schwankende affektive Erregungen: Bürgerwehren können darüber hinaus als exzessive Kollektive beschrieben werden, deren Intensität sehr schwankend ist. Sie sind durch eine besonders hohe affektive Erregtheit, Enthusiasmus und Mitgerissenheit gekennzeichnet. Das exzessive Kollektiv befindet sich aufgrund einer gefühlten akuten Bedrohungslage in einem permanenten Ausnahmezustand der Erregtheit (vgl. Massumi 2015: 112-145). Dies zeigt sich im Rahmen der Gruppendiskussion (Interview 2) vor allem symbolisch an den ausgemalten Katastrophenszenarien: Es wird immer wieder vor den vermeintlich »60 Mio. Flüchtlingen« gewarnt, die nach Deutschland kämen und davor, dass »die Flüchtlinge« scheinbar wahllos und ohne Rücksicht sofort äußerste Gewalt einsetzten, die es früher nicht gegeben habe. Die Interviewten sehen Deutschland kurz vor

einem »Bürgerkrieg«, wenn sich die gesellschaftliche Lage weiter zuspitzt (vgl. Interview 1, 2).

Ihre affektive Intensität lässt sich leicht weiter steigern. In exzessiven Kollektiven ist die spontane, schnelle und widerstandsfreie Nachahmung oder Übertragung bestimmter Intensitäten zwischen Körpern besonders leicht möglich (vgl. Brennan 2004: 1-23, 51-73; Gibbs 2008). Affektive Ansteckungen werden über bestimmte Medien, wie Facebook oder WhatsApp, gefördert, mit denen Ereignisse extrem schnell verbreitet werden und Bürger*innen sich flexibel zusammenfinden können, um spontan aktiv zu werden (vgl. Bennett/Segerberg 2012: 752ff.). Ihre höchste Intensität finden die Bürgerwehren im Mobverhalten, wenn sie im Rahmen von Lynchjustiz erklärte Feinde angreifen (vgl. Ludwig 2016). Wenn das Ereignis vorbei ist, nimmt ihre Erregtheit wieder (etwas) ab und es besteht die Möglichkeit, dass sie als Kollektiv wieder auseinandergehen.

3.2 Potentiale und Probleme von Affekttheorien in der Bewegungsforschung

Die *Potentiale* von Affekttheorien für die (klassische) Bewegungsforschung liegen *erstens* darin, politische Kollektivierungen und Kollektive nicht mehr nur ausschließlich aufgrund kognitiver, intentionaler, instrumenteller und sinnhafter Prozesse zu verstehen. Und auch poststrukturalistische Bewegungsforschungen verbleiben zu sehr in diesem Denken von sinnhaften bzw. bedeutungsvollen Signifikations- und Repräsentationsprozessen verhaftet, wenn sie das Politische als Ort diskursiver Praktiken und antagonistischer Positionen und Identitäten verstehen.

Die genannten Prozesse sind zwar relevant, doch mit Berücksichtigung der affektiven Dimension von politischen Kollektiven kommt ein weiterer wichtiger Erklärungsansatz hinzu, der oftmals ausgeblendet wird. Bestimmte Kollektive lassen sich, wie der Fall der Bürgerwehren zeigt, gerade aufgrund ihrer Affekte verstehen, die nach einer anderen Logik funktionieren. Körperlich-intensive Prozesse wie Affizierungen, Ansteckungen und Nachahmungen verbinden heterogene Körper sehr viel direkter und unmittelbarer als andere Prozesse. Sie entfalten dabei eine Kraft, die immer wieder zu unerwarteten Ereignissen, wie Gewaltausbrüchen, führt.

Zweitens ist die affekttheoretische Perspektive ein relationaler und prozessualer sowie mikrosoziologischer Ansatz. Der Fokus liegt auf den Prozessen affektiver Kollektivierungen und nicht auf einem emergenten Kollektiv an sich, das ein Eigenleben jenseits der individuellen Körper oder einzelnen Mitglieder führt. Die Motive und Beweggründe der Aktivist*innen sind nicht mehr ausschließlich

entscheidend, sondern die intensiven und affektiven Prozesse zwischen Körpern. ⁴ Die vorgestellte Perspektive der Affekttheorie führt keine Mikro-Makro- oder Struktur-Handlungs-Unterscheidung ein. In ihrer flachen Ontologie gibt es nur vielfältige Mikroprozesse und flache Netzwerke. Eine Kollektivierung ist ein offener und permanenter Prozess, insofern gibt es in einem strengen Sinne keine Kollektive, sondern nur Kollektivierungen. Gerade affektive Kollektive sind niemals endgültig stabilisiert, sondern fluide, unterliegen schwankenden Intensitäten und die Vermögen der involvierten Körper verändern sich.

Drittens gelingt es, nicht nur Offenheiten und Veränderungen in Kollektiven herauszuarbeiten, wie es poststrukturalistische Ansätze oft tun. Affekttheorien im Anschluss an Deleuze und Massumi denken sowohl Offenheit als auch Schließungen, Wandel und Stabilisierungen ausgehend von körperlichen Prozessen in politischen Kollektiven direkt zusammen. Jenseits der Dichotomien geschlossen/ offen und verbunden/nicht-verbunden sind affektive Verbindungen lose und in permanenter Veränderung. Im Fallbeispiel zeigten sich Schwankungen und Spannungen der Intensitäten in affektiven Prozessen und wie sie moduliert, und damit auch eingeschränkt werden.

Ein weiterer Vorteil der Affekttheorien besteht *viertens* in ihrer Offenheit und Anschlussfähigkeit an weitere Theorien. Affekte sind Kräfte zwischen allen Arten von Körpern, nicht nur menschlichen. Sie verbinden Gegenstände, Techniken, Ideen, Pflanzen oder Tiere miteinander, um nur einige mögliche Körper zu nennen. Spontane und intensive Affizierungen in Bürgerwehren funktionieren besonders über neue Medien.

Die *Probleme* in den Affekttheorien und insbesondere in den von Deleuze und Massumi inspirierten Ansätzen liegen *erstens* in der Gefahr eines neuen Dualismus zwischen Affekten und anderen Prozessen in Kollektiven. Affekte können zwar dominant in affektiven Kollektiven sein, doch bestehen neben ihnen immer noch weitere Kräfte, wie Intentionen, Emotionen, Interessen, ökonomische Bedingungen, Repräsentationen oder kommunikative Verständigungen. Ältere Erklärungsansätze der Bewegungsforschung werden durch die Affekttheorien zwar herausgefordert und ergänzt, sie bleiben aber relevant. Je nach Kollektiv müssen die verschiedenen Kräfte und Logiken aufgeschlüsselt und in ihrer jeweiligen Bedeutung untersucht werden.

⁴ Besonders die Entwicklung der sozialen Medien und ihre Bedeutung für Kollektivierungen müssen in künftigen Studien vertieft werden. Das Internet spielt für die Dynamik und die Steigerung von Affekten in sozialen Bewegungen eine zentrale Rolle. Durch soziale Medien und die permanente Verbindung unterschiedlicher Körper über individuelle mobile Endgeräte auch über weite Entfernungen hinweg, verknüpfen sich urbane und digitale Räume miteinander und ermöglichen neue Formen von Kollektivierungen.

Zweitens besteht ein weiteres Problem darin, dass Affekten in der politischen Theorie und Bewegungsforschung häufig vor allem progressive Eigenschaften zugeschrieben werden, die in ihrer besonderen Wirkmächtigkeit jenseits von Signifikationsprozessen und ihrer potentiellen Exzessivität liegen, heterogene Subjekte spontan quasi unmittelbar und direkt verbinden und gemeinsam agieren lassen. Ihre Exzessivität zeigt sich meist darin, soziale und unterdrückende Ordnungen aller Art zu öffnen und zu verändern. In diese Richtung wird beispielsweise in den Arbeiten von Michael Hardt und Antonio Negri (2002) argumentiert. Dabei wird die zentrale Ambivalenz von Affekten ausgeblendet, sowohl entscheidende Kraft in progressiven als auch regressiven Bewegungen zu sein.

Das dritte Problem ist ein methodisches und besteht in der Schwierigkeit der Operationalisierung der Affekttheorie. Wenn Affekten Autonomie zugeschrieben wird, eignen sich Forschungsmethoden am besten, die nicht nur die »oberflächlichen«, signifizierten und bewussten Prozesse des Sozialen untersuchen können. Die meisten Interviewformen oder Diskursanalysen sind dafür größtenteils ungeeignet oder sie müssen ihren Gegenstand und ihre Vorgehensweise nach den Erfordernissen der Affekttheorie neu ausrichten; ethnographische Ansätze sind hingegen vielversprechend.

4. Fazit und Ausblick: Die Zukunft affektiver Bewegungen

Affekte sind zentrale Kräfte in politischen Kollektiven, die von der sozialen Bewegungsforschung stärker berücksichtigt werden sollten. Im Beitrag wurde das theoretische und analytische Potential von Affekttheorien ausgeführt: Allgemein, indem die theoretischen Grundlagen der Affekttheorien vorgestellt und die Bedeutung von Affekten in der sozialen Bewegungsforschung verortet wurden; und konkret am Fall der Bürgerwehr, einem affektiven politischen Kollektiv.

In Bürgerwehren sind Affekte nicht nur die Gründungskraft, die Akteur*innen motiviert, für ihre Sicherheit aktiv zu werden. Affekte der Angst sorgen bei den Mitgliedern auch immer wieder dafür, dass sie kontinuierlich aktiv bleiben. Sie verbinden die vielfältigen Menschen zu einer Gemeinschaft, die sich gegenüber »dem Fremden« zu wehren weiß. Dieses wird mit Hass besetzt, während in der Gemeinschaft der Bürgerwehr Affekte der Liebe, Solidarität und Verbundenheit zirkulieren. In der konkreten Praxis geben die Aktivist*innen vor, ihre Affekte zu kontrollieren, um auch in gefährlichen Situationen immer richtig zu handeln. Die permanente affektive Erregtheit der Gruppen ist jedoch Grund dafür, dass diese Kontrolle niemals vollständig gelingen kann und immer wieder in gewalttätigen Aktionen ausbricht.

Anhand von Bürgerwehren konnte die Wirksamkeit von Affekten dargestellt werden; es zeigten sich ihre repressiven Dynamiken. Die meisten Bürgerwehren,

die sich zwischen 2015-2017 gegründet haben, sind nicht mehr aktiv – ihre affektive Intensität war über einen längeren Zeitraum nicht stark genug. Die Frage, inwieweit das Phänomen gerade nach Chemnitz bald wieder verstärkt auftritt, ist offen, da es bereits in den 1960er, 70er, 80er, 90er und 2000er Jahren Konjunkturen des selbstständigen Bürger*innenschutzes gab.

5. Literatur

- Ahmed, Sara (2004a): »Affective Economies«, in: Social Text 22, S. 117-139.
- Ahmed, Sara (2004b): »Collective Feelings: Or, the Impressions Left by Others«, in: Theory, Culture & Society 21, S. 25-42.
- Anderson, Ben (2010): »Modulation the Excess of Affect: Morale in a State of ›Total War«, in: Melissa Gregg/Gregory Seigworth (Hg.), The Affect Theory Reader, Durham/London: Duke University Press, S. 161-185.
- Bartsch, Michael (2016): »Rassismus in Sachsen. Bürgerwehr fesselt Iraker an Baum«, in: TAZ vom 02.06.2016.
- Beasley-Murray, Jon (2003): »On Posthegemony«, in: Bulletin of Latin American Research 22, S. 117-125.
- Bennett, Lance W./Segerberg, Alexandra (2012): »The Logic of Connective Action. Digital Media and the Personalization of contentious Politics«, in: Information, Communication & Society 15, S. 739-768.
- Brennan, Teresa (2004): The Transmission of Affect, Ithaca: Cornell University
- Bröckling, Ulrich (2016): »Man will Angst haben«, in: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 25, S. 3-7.
- Buechler, Steven M. (2011): Understanding Social Movements: Theories from the Classical Era to the Present, Boulder: Paradigm.
- Clough, Patricia T. (Hg.) (2007): The Affective Turn: Theorizing the Social, Durham/London: Duke University Press.
- Day, Richard J. F. (2004): »From Hegemony to Affinity«, in: Cultural Studies 18, S. 716-748.
- Deleuze, Gilles (2005): »Wunsch und Lust«, in: Schizophrenie und Gesellschaft. Texte und Gespräche von 1975 bis 1995, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 117-128.
- Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (1977): Anti-Ödipus. Kapitalismus und Schizophrenie I, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Durkheim, Émile (1998): Die elementaren Formen des religiösen Lebens, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Gibbs, Anna (2008): »Panics! Affect Contagion, Mimesis and Suggestion in the social Field«, in: Cultural Studies Review 14, S. 130-145.

- Goodwin, Jeff/Jasper, James M./Polletta, Francesca (Hg.) (2001): Passionate Politics. Emotions and Social Movements, Chicago: The University of Chicago Press.
- Gould, Deborah B. (2009): Moving Politics. Emotion and Act Up's Fight Against Aids, Chicago/London: The University of Chicago Press.
- Gregg, Melissa/Seigworth, Gregory J. (Hg.) (2010): The Affect Theory Reader, Durham/London: Duke University Press.
- Grossman, Dave (2009): On Killing. The Psychological Cost of Learning to Kill in War and Society, New York/Boston/London: Back Bay Books.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Hitzler, Ronald (1997): »Riskante Reaktionen. Formen der Bewältigung von auf Kriminalitätsfurcht fokussierter alltäglicher Verunsicherungen«, in: Rupert Moser (Hg.), Innere Sicherheit und Lebensängste, Bern: Haupt, S. 183-207.
- Hitzler, Ronald/Milanés, Alexander (1998): »Das Bürgertum schlägt zurück«, in: Jo Reichertz (Hg.), Die Wirklichkeit des Rechts, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 172-188.
- Hochschild, Arlie Russell (2016): Strangers in their Own Land. Anger and Mourning on the American Right. A Journey to the Heart of Our Political Divide, New York/London: The New York Press.
- Kern, Thomas (2008): Soziale Bewegungen: Ursachen, Wirkungen, Mechanismen. Wiesbaden: VS.
- Laclau, Ernesto (2007): On Populist Reason, London/New York: Verso.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2006): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien: Passagen.
- Lash, Scott (2007): »Power after Hegemony: Cultural Studies in Mutation?«, in: Theory, Culture & Society 24, S. 55-78.
- Le Bon, Gustave (1982): Psychologie der Massen, Stuttgart: Körner.
- Locke, Stefan (2016): »Amtsgericht in Meißen verurteilt ›Reichsbürger‹«, in: FAZ vom 15.01.2016.
- Ludwig, Kristiana (2016): »Wenn ›Bürgerwehren‹ Hetzjagden veranstalten«, in: Süddeutsche vom 11.01.2016.
- Massumi, Brian (2002): Parables for the Virtual. Movement, Affect, Sensation, Durham/London: Duke University Press.
- Massumi, Brian (2015): The Politics of Affect, Cambridge/Malden: Polity Press.
- McCarthy, John D./Zald, Mayer N. (1977): »Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory«, in: American Journal of Sociology 82, S. 1212-1241.
- MDR.de (2019): »Der Todesfall Daniel H. eine Chronologie der Ereignisse in Chemnitz«, in: MDR.de vom 11.04.2019. https://www.mdr.de/sachsen/chemnitz/chemnitz-stollberg/chemnitz-ausschreitungen-chronologie-demonstrationen-100.html. Zugegriffen: 23. April 2019.

- Mouffe, Chantal (2002): Politics and Passions. The Stakes of Democracy, London: Centre for the Study of Democracy.
- Protevi, John (2009): Political Affect. Connecting the Social and the Somatic, Minneapolis/London: University of Minnesota Press.
- Snow, David A./Benford, Robert D. (1988): »Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization«, in: International Social Movement Research 1, S. 197-217.
- Speit, Andreas (2016): »Problematische Bürgerwehren: Helfer, die Öl ins Feuer gießen«, in: TAZ vom 24.02.2016.
- Spinoza, Baruch de (1994): Die Ethik nach geometrischer Methode dargestellt, Hamburg: Meiner.
- Tarde, Gabriel (2015): Masse und Meinung, Konstanz: Konstanz University Press.
- Thoburn, Nicholas (2007): »Patterns of Production. Cultural Studies after Hegemony«, in: Theory, Culture & Society 24, S. 79-94.
- Tilly, Charles (1978): From Mobilization to Revolution, New York: Random House.
- Weber, Max (1972): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Zeit Online (2018): »Sechs mutmaßliche Mitglieder von ›Bürgerwehr‹ festgenommen«, in: Zeit Online vom 15.09.2018. https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-09/chemnitz-buergerwehr-sechs-tatverdaechtige-festnahme. Zugegriffen: 14. März 2019.

Hegemonie und Herrschaftskritik

Intersektionale Analyse sozialer Bewegungen

Kernidee und Perspektive des Ansatzes

Intersektionale Analysen sozialer Bewegungen beschäftigen sich mit dem dynamischen Zusammenwirken von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen. Sie können sichtbar machen, inwiefern die politischen Subjektivitäten von Akteur*innen sozialer Bewegungen durch miteinander
verschränkte rassistische, klassistische, ableistische und sexistische Verhältnisse geprägt sind

und wie soziale Ungleichheit und politische Machtverhältnisse in sozialen Bewegungen konflikthaft

Jahren vor allem in der Geschlechterforschung (vgl. Knapp 2005: Meyer 2017; Walgenbach 2007) ein

die speziell für intersektionale Forschungsanliegen konzipiert worden sind, wie die intersektionale Mehrebenenanalyse (Winker/Degele 2009), eigenen sich auch viele Formen qualitativer Interviewstudien, Netzwerkanalysen oder Diskursanalysen für intersektionale Forschungsanliegen. Intersektionalität lenkt als normatives und empirisches Forschungsparadigma den Blick auf die Frage,

Zentrale theoretische Grundlagen/Arbeiten

Intersektionale Analysen sozialer Bewegungen schließen u.a. an die Rechtswissenschaftlerin Kimberlé Crenshaw an (vgl. Crenshaw 1991). In Deutschland ist Intersektionalität schon seit einigen

zentrales Thema und wird auch in aktivistischen Kreisen diskutiert.

Anwandung, Mathaday

ausgehandelt werden.

Anwendung: Methoden

Intersektionale Forschung muss stets gegenstandsbezogen entwickelt werden. Neben Methoden,

welche Subjektpositionen durch die Methodik sichtbar bzw. unsichtbar gemacht werden.

Anwendung: Fallbeispiel

Anwendung: railbeispiel Viele Sozialen Bewegungen und Kampagnen, etwa der Women's March, Black Lives Matter oder

#SayHerName, eine Kampagne gegen Polizeigewalt, thematisieren Intersektionalität im Rahmen ihrer politischen Arbeit.

Anwendung: Beispiele

Grundsätzlich lassen sich alle sozialen Bewegungen darauf hin befragen, wie Herrschaftsverhältnisse in ihnen und durch sie wirken und welche Koalitionen darin über Differenzen hinweg gebildet

werden: Sei es die solidarische Frauengruppe Somos Hermanas, die 1984 als US-amerikanische Delegation nach Nicaragua gereist ist (Carastathis 2016), die Asian Immigrant Women Advocates (AIWA), die Intersektionalität im Rahmen ihres Organizing strategisch nutzen (Chun/Lipsitz/Shin

(AIWA), die Intersektionalität im Rahmen ihres *Organizing* strategisch nutzen (Chun/Lipsitz/Shin 2013), oder die Netzbewegung in Deutschland, die sich für ein freies Internet einsetzt (Ganz 2018).

Kollektive Identitäten als Koalitionen denken

Intersektionalität in der sozialen Bewegungsforschung

Kathrin Ganz

Einleitung: Intersektionalität zwischen aktuellem Frame und Analyseperspektive

Über eine Millionen Menschen waren am 24. März 2018 in Washington und vielen anderen US-amerikanischen Städten auf der Straße. Anlass war der »March For Our Lives«, organisiert von Schüler*innen der Stoneman Douglas High School in Parkland, Florida.¹ In einem Interview mit National Public Radio spricht der Schüler Cameron Kasky über die Verantwortung, die die Schüler*innen von Parkland für andere Communities tragen:

»Our story was told because we are an affluent white community. Students who are in lower income communities and don't get to speak out the way we do, because people don't listen, we have to connect with these students.« (NPR 2018)

Durch seine Positionierung als Teil einer wohlhabenden und weißen Community, die den Stimmen der Schüler*innen von Parkland im Vergleich zu Schüler*innen aus mittellosen Communities of Color ein stärkeres Gewicht verleihe, wird soziale Ungleichheit sichtbar gemacht. Solche Akte der Selbstverortung sind Teil dessen, was Katrin Meyer als das Sprachspiel der Intersektionalität bezeichnet (Meyer 2017: 61). Intersektionalität gehört heute zu den zentralen ethischen und programmatischen Bezugspunkten vieler sozialer Bewegungen, vor allem solcher, die an Prinzipien sozialer Gerechtigkeit ausgerichtet sind. »Feminism Without Intersectionality Is Just White Supremacy« war so zum Beispiel im Januar 2017 auf einem Transparent beim Vancouver Women's March zu lesen (vgl. Spencer 2017).

¹ Im Februar hatte dort ein ehemaliger Schüler17 Menschen erschossen und damit der langen Liste der School-Shootings in den USA ein weiteres Datum hinzugefügt. Durch ihren Aktivismus für schärfere Waffengesetze wurden die Schüler*innen von Parkland zu Aushängeschildern der Bewegung gegen Waffengewalt.

Die #SayHerName-Kampagne, die von Kimberlé W. Crenshaw mitgegründet wurde, thematisiert Polizeigewalt gegen Schwarze Frauen² – eine Gruppe, die im politischen Kampf gegen rassistische Polizeigewalt in den USA oft wenig Beachtung findet. In Deutschland reagierten Aktivist*innen mit dem intersektionalen Aufruf #Ausnahmslos auf die Debatte im Anschluss an die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln und anderen Städten. Und selbst auf der überwachungskritischen Freiheit-statt-Angst-Demonstration war bereits »Intersectional Or Bullshit« auf einem Plakat zu lesen (vgl. MW 238 2014).³ Die Beispiele zeigen, dass Intersektionalität als Frame mittlerweile Eingang in den politischen Diskurs vieler sozialer Bewegungen gefunden hat.

Intersektionalität als Konzept ist ein Produkt aktivistischer Analysen und Theoriebildung. Es entstand im Umfeld des Black Feminism, der feministischen, anti-rassistischen und anti-kapitalistischen Bewegung Schwarzer Frauen und Lesben in den USA. Mangels geeigneter Bezugspunkte entwickelte der Black Feminism eigene analytische Werkzeuge, um zu verstehen, wie Sexismus, Rassismus und Kapitalismus als »interlocking systems of oppression« (Combahee River Collective 1982) zusammenwirken und politisch bekämpft werden können. Den Begriff Intersektionalität prägte die Schwarze Feministin und Rechtswissenschaftlerin Crenshaw in ihren Analysen des Antidiskriminierungsrechts und von Gewaltschutzprogrammen, in denen sie sich auch mit den sozialen Bewegungen auseinandersetzt, die diese Rechte erkämpft hatten (Crenshaw 1989; 1991). Seitdem hat Intersektionalität eine bemerkenswerte Karriere vorzuweisen. Das Konzept wirkt über nationale und disziplinäre Grenzen hinweg in Forschung, Aktivismus und Policy (vgl. Knapp 2005).

Der vorliegende Artikel argumentiert, dass Intersektionalität für die soziale Bewegungsforschung eine zentrale und grundlegende Analyseperspektive ist – gerade auch für poststrukturalistisch bzw. postfundationalistisch orientierte

^{2 »}Schwarze Frauen« ist eine politische Selbstbezeichnung Schwarzer Frauen. Die Großschreibung von Schwarz verweist auf eine »Strategie der Selbstermächtigung und zeigt das symbolische Kapital des Widerstandes gegen Rassismus an, welches rassistisch markierte Menschen und Kollektive sich gemeinsam erkämpft haben« (Piesche 2012: 7; vgl. Lauré al-Samarai 2011).

³ Der Slogan ist eine Abwandlung einer viel zitierten Blogpost-Überschrift von Flavia Dzodan (2011): »My feminism will be intersectional or it will be bullshit«. Das Plakat bezieht sich mutmaßlich auf einen Blogpost der Bloggerin »Sanczny« (2015), der Leerstellen der deutschsprachigen Netzpolitikdebatte kritisiert.

⁴ Vergleichbare Formen aktivistischer Wissensproduktion wurden auch von Aktivist*innen in Deutschland betrieben, z.B. von Schwarzen Frauen in Deutschland, Jüd*innen, Migrant*innen oder Frauen mit Behinderung (vgl. Walgenbach 2007). Intersektionalität wirkt hier als »travelling concept« (Knapp 2005; Davis 2008), das sich in global vernetzten wissenschaftlichen und aktivistischen Diskursfeldern verbreitet. Mittlerweile ist »intersektionaler« bzw. »intersektioneller« Aktivismus aber auch im deutschsprachigen Raum als politische Selbstverortung verbreitet.

Forschung (zum Begriff postfundationalistisch vgl. Marchart 2013: 48ff.). Diese zeichnet sich durch die Erkenntnis aus, dass die kollektive Identität einer sozialen Bewegung dem Ringen »um die ›richtige‹ soziale Ordnung« (Leinius/Vey/Hagemann 2017: 10) nicht vorausgeht, wodurch »Beziehungen zwischen sozialen Phänomenen zum entscheidenden analytischen Ansatzpunkt« (ebd.) werden. Durch die Beschäftigung mit sozialen Positionierungen – also den Positionen, die Subjekte im gesellschaftlichen Gefüge einnehmen und zugeschrieben bekommen – stellt Intersektionalität Relationen zur hegemonialen gesellschaftlichen Ordnung in den Fokus, welche die Handlungsfähigkeit politischer Subjekte entscheidend beeinflussen. Indem Herrschaftsverhältnisse zentral gesetzt und zugleich dynamisiert werden, wirkt Intersektionalität der Strukturvergessenheit entgegen, die poststrukturalistische Ansätze aufgrund ihrer »radikalen Kontingenzakzeptanz« (Marchart 2013: 49) mitbringen können.

Nach einer kurzen Einführung in das Konzept Intersektionalität diskutiert mein Beitrag die Reibungspunkte, die zwischen poststrukturalistischen Theorien und standpunkttheoretisch ausgerichteten Analysen von multiplen Unterdrückungsverhältnissen bestehen – zwei Denkweisen, die in der Intersektionalitätsforschung zusammenfließen. Anschließend werden verschiedene Zugänge zur Analyse sozialer Bewegungen skizziert, die sich durch Intersektionalität eröffnen.

2. Intersektionalität als Forschungsansatz

2.1 Intersektionalität als vielstimmiges Konzept

Klassen-, Geschlechter-, rassistische und Körperverhältnisse wirken in der sozialen Praxis nicht isoliert voneinander, sondern sind immer schon aufeinander bezogen. Wer verstehen will, wie gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse sich strukturell und diskursiv auf die Lebensweisen und Handlungsmöglichkeiten von Individuen und gesellschaftlichen Gruppen auswirken, muss sich – so lautet die Kernaussage von Intersektionalität – damit auseinandersetzen, wie verschiedene Formen der gesellschaftlichen Hierarchisierung und Differenzierung, etwa Klasse, Geschlecht, >Rasse< und Körper zusammenwirken. ⁵ Betrachtet man einzelne Verhältnisse isoliert voneinander, entsteht ein ungenaues Bild von sozialer Un-

⁵ Den Begriff >Rasse< setze ich in Anführungszeichen, um die Irritation, die der Begriff im Deutschen ausüben muss, zu unterstreichen und damit einen Marker gegen seine Normalisierung zu setzen (vgl. Knapp 2005: 257f.). Ich entscheide mich damit gegen einen vermeintlich neutraleren »Ersatzbegriff« (Arndt 2011b: 186), wie >Ethnizität<, der die Asymmetrie von Rassismus überspielt (dies. 2011a: 632f.). Die Kategorie Körper nutze ich vorläufig als Oberbegriff für Alter, Ability und andere körperbezogene Normen, wie etwa Attraktivität.

gleichheit, insbesondere von Lebensrealitäten an den Schnittstellen gesellschaftlicher Benachteiligung. Dies kann in der politischen Praxis fatale Folgen haben, wie es Crenshaw (1991) eindrucksvoll in »Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics, and Violence Against Women of Color« am Beispiel von feministischen Gewaltschutzprogrammen zeigt, die Women of Color⁶ und Migrant*innen systematisch ausschließen. Intersektionale Ansätze untersuchen deshalb, wie sich Rassismus, (Hetero-)Sexismus, Klassismus und Ableismus historisch zusammen entwickelt haben und wie diese sich artikulieren. Intersektionale Analysen interessieren sich für die historisch und lokal spezifischen Konfigurationen von interdependenten Differenzkategorien und deren globalen Verbindungen. Sie untersuchen, was Geschlecht, Klasse etc. in Bezug auf den räumlich-zeitlichen Kontext des Forschungsgegenstandes bedeuten und wie diese sich durch die soziale Struktur, die die symbolische Ordnung und durch Identitätsangebote in Relation zueinander artikulieren.

Auf diesen Überlegungen aufbauend wurde eine Vielzahl von Forschungsansätzen entwickelt. Systematisch können intersektionale Ansätze entlang von Analyseebenen und -gegenständen unterschieden werden: Während manche Arbeiten auf die interaktive Konstruktion von Identität und subjektiver Erfahrungen fokussieren, analysieren andere Arbeiten Policys und Institutionen, Diskurse, Repräsentation und Kultur. Daneben gibt es gesellschaftstheoretisch orientierte Ansätze sowie Mehrebenenansätze, die sich an einer konzeptionellen Verbindung mehrerer Materialisierungsebenen sozialer Ungleichheit versuchen (vgl. Mauer 2018: 95ff.; Meyer 2017: 108ff.; Sauer/Wöhl 2008; Winker/Degele 2009 18ff.). Mit Blick auf empirische Analysen unterscheidet Leslie McCall (2005) darüber hinaus zwischen intrakategorialen, interkategorialen und anti-kategorialen (d.h. dekonstruktivistischen) Ansätzen. Intrakategoriale Analysen interessieren sich für Differenzen innerhalb von sozialen Gruppen, interkategoriale Analysen nutzen komplexe Konfigurationen von Kategorien als Ausgangspunkt für die Analyse von sozialer Ungleichheit und anti-kategoriale Analysen fokussieren sich auf die Dekonstruktion von kategorialen Zuschreibungen. Eine weitere, für die soziale Bewegungsforschung relevante Unterscheidung kommt darüber hinaus von Crenshaw (1991), die in ihrer Analyse von häuslicher Gewalt von struktureller und politischer Intersektionalität spricht. Als strukturelle Intersektionalität untersucht Crenshaw, wie >Rasse< und Geschlecht die Erfahrungen von Women of Color im Kontext von häuslicher Gewalt auf spezifische Weise prägen. Mit politischer Intersektionalität beschreibt sie die marginalisierenden Effekte, die

⁶ Wie der Begriff Schwarze Frauen (vgl. Fußnote 2) wird auch Women of Color hier im Sinne einer politischen Selbstbezeichnung rassistisch markierter Kollektive verwendet. Die Begriffe Women of Color und People of Color stehen für Bündnispolitiken im Widerstand gegen rassistische Diskriminierung (Dean 2011).

feministische respektive anti-rassistische Politiken für Women of Color mit sich bringen können. Die dargestellten Systematisierungsformen verweisen auf die Vielgestalt intersektionaler Analysen: Intersektionalität ist nicht gleich Intersektionalität, sondern ein vielstimmiges Konzept »zwischen Metapher und Theorie« (Meyer 2017: 122).

2.2 Poststrukturalismus und Intersektionalität: Standpunkte, Dekonstruktion oder Gesellschaftsanalyse?

Trotz der Vielgestalt von Intersektionalität lässt sich aus wissenschaftssoziologischer Perspektive mit Kathy Davis (2008) argumentieren, dass Crenshaw nicht nur eine »handy catchall phrase« (Phoenix/Pattynama 2006: 187) für die Beschäftigung mit dem Zusammenwirken Gender, ›Rasse‹ und Klasse in die Welt gesetzt hat. Crenshaws »twist« (Davis 2008: 73) besteht darin, einen Ansatz zu entwickeln, der sowohl für »critical feminist theory on the effects of race, class and gender« (ebd.) als auch für poststrukturalistische feministische Theorie (z.B. Butler 1991; Mohanty 1988) anschlussfähig ist. Während erstere die Verortungen von Subjekten entlang von »gender/race/class« (Davis 2008 74) in erkenntnistheoretischer und politischer Hinsicht zentrieren, zielen poststrukturalistische Feminismen auf eine Dekonstruktion von Identitätskategorien ab. Zwischen poststrukturalistischen Analysen von Subjektivierung durch Macht-Wissenskomplexe und feministischen Analysen von ›Rasse‹, Geschlecht und Klasse bestehen theoretische und methodologische Reibungspunkte (ebd.: 73). Sie betreffen den zugrundeliegenden Machtbegriff, die Bedeutung der materiellen Wirkmächtigkeit sozialer Strukturen sowie die epistemologische Bedeutung des Standpunktes:

Erstens zeichnen sich poststrukturalistische Ansätze durch einen dynamischen Machtbegriff aus. Insbesondere mit Bezug auf Michel Foucault wird Macht nicht als Top-Down-Arrangement zwischen Herrscher*innen und Beherrschten gedacht, sondern als fluides und strategisches Verhältnis, das Wissen und Subjekte zuallererst hervorbringt. Ein wesentlicher Anspruch ist die kritische Auseinandersetzung mit essentialistischen Vorstellungen von Geschlecht, Sexualität oder ›Rasse‹, die die Wissensproduktion der bürgerlichen Moderne hervorgebracht hat (Butler 1991; Foucault 1983; Hausen 1976). Kritische feministische Theorien der Effekte von »gender/race/class« (Davis 2008: 74) beziehen sich machtanalytisch dagegen überwiegend auf Konzepte der rassistischen, kapitalistischen und patriarchalen Unterdrückung. Dass Macht nicht als komplexe strategische Situation (Foucault 1983:94) konzipiert wird, sondern als Herrschaft über Gruppen und Individuen, hat auch Konsequenzen für den Freiheitsbegriff. Ein viel zitierter Satz aus dem Combahee River Collective Statement lautet: »If Black women were free, it would mean that everyone else would have to be free since our freedom would necessitate the destruction of all the systems of oppression« (Combahee River Collective 1982). Freiheit ist hier kein konstitutives Element gouvernementaler Macht (Foucault 2005: 257), sondern das Ziel, das es durch die Überwindung von Unterdrückung und Ausbeutung zu erreichen gilt (vgl. Mauer 2018).

Damit zusammen hängt zweitens die unterschiedliche Gewichtung, die den materiellen Folgen gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse zugeschrieben wird. Für kritische feministische Analysen von »gender/race/class« (Davis 2008: 74) geht es im Kern um die Frage, wie die Möglichkeiten von Menschen in einem rassistischen und patriarchalen System kapitalistischer Ausbeutung eingeschränkt werden. Poststrukturalistische Ansätze werden dafür kritisiert, sich wenig für die materiellen Konsequenzen von Sexismus, Rassismus und Kapitalismus zu interessieren. Indem sie die Kontingenz von Macht-Wissenskomplexen betonen und sich auf dekonstruktivistische Sprachspiele kaprizieren, verlieren sie aus Sicht ihrer Kritiker*innen die Frau(en) als das (Kollektiv-)Subjekt feministischen Handelns und Widerstands (Duden 1993; Haraway 1988; aktueller: Soiland 2008). Beiden Ansätzen gemein ist jedoch ein ausgeprägtes Interesse an dem Verhältnis zwischen dem Universellen und dem Partikularen vor allem in Bezug auf Repräsentation. Auch bezüglich des epistemologischen Stellenwertes nehmen die beiden Ansätze keine grundlegend gegensätzliche Position ein, teilen sie doch die Skepsis gegenüber einem unmarkierten Ort privilegierter Erkenntnis. Kritische Theorien zu »race, class and gender« gewichten jedoch die soziale Positionierung der Subjekte deutlich stärker als poststrukturalistische Ansätze und leiten daraus eine epistemologische Konsequenz ab: Die Erfahrungen von spezifisch positionierten Subjekten werden als der wichtigste Ausgangspunkt für Wissensproduktion und politisches Handeln angesehen. In dieser Hinsicht handelt es sich um Standpunkttheorien: »Standpoint theories map how a social and political disadvantage can be turned into an epistemic, scientific and political advantage« (Harding 2004: 7f.). Aus poststrukturalistischer Warte ist ein solcher Umgang mit sozialer Positionierung stets verdächtig, Identität zu reifizieren. Davis argumentiert, dass Intersektionalität in der Lage ist, die skizzierten Differenzen zwischen Poststrukturalismus und Standpunkttheorien zu überbrücken:

»[Intersectionality] takes up the political project of making the social and material consequences of the categories of gender/race/class visible, but does so by employing methodologies compatible with the poststructuralist project of deconstructing categories, unmasking universalism, and exploring the dynamic and contradictory workings of power.« (Davis 2008: 74)

Durch den Fokus auf die Durchkreuzung von sozialen Verhältnissen wird die Beschäftigung mit den materiellen Konsequenzen von Herrschaft machttheoretisch dynamisiert. Auf dieser Grundlage stellt auch Intersektionalität kategoriale Identitäten (z.B. »wir Frauen«) infrage und rekonzeptualisiert Identitätspolitik

als »coalitions, or at least potential coalitions waiting to be formed« (Crenshaw 1991). Die kategoriale Mehrdimensionalität, die Intersektionalität aufmacht, resultiert in der Erkenntnis, dass individuelle Positionierungen nicht von einem gesellschaftlichen Verhältnis bestimmt, sondern durch differente gesellschaftliche Verhältnisse überdeterminiert sind. An dieser Stelle verknüpft sich das Interesse an mehrdimensionalen Herrschaftsverhältnissen mit einer Theorie der Artikulation, wie sie Stuart Hall entwickelt hat (u.a. Hall 1988: vgl. Mever 2017: 88f.). sowie mit dem Konzept der Subjektpositionen, das sich etwa bei Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2001; Laclau 1990) findet. Das theoretische Vokabular poststrukturalistischer Theorien kann an dieser Stelle nutzbar gemacht werden, ohne zu negieren, dass Erfahrungen und Positionalitäten eine wichtige Grundlage für Theoriebildung sein können (Lewis 2013: 873; Engel/Schulz/Wedl 2005). Intersektionalität wird damit zu einem »gathering place for open-ended investigations of the overlapping and conflicting dynamics of race, gender, class, sexuality, nation, and other inequalities« (Cho/Crenshaw/McCall 2013: 788), dessen Offenheit, Unvollständigkeit und Ambiguität es ermöglicht, für unterschiedliche theoretische Positionen anschlussfähig und inspirierend zu sein (Davis 2008: 76f.).

Der Hype um Intersektionalität lässt sich also auch darauf zurückführen, dass das Konzept vor allem innerhalb der feministischen Theorie nach jahrelangen Debatten um Essentialismus die Möglichkeit einer gemeinsamen Neuorientierung bot. Diese Neuausrichtung blieb selbstverständlich nicht ohne Kritik. Ein wichtiger Strang der kritischen Auseinandersetzung betrifft die Frage, inwiefern Intersektionalität lediglich als Anspruch formuliert oder auch eingelöst wird, was u.a. auch bedeuten würde, Machtverhältnisse in der Wissenschaft herauszufordern (vgl. Gutiérrez-Rodríguez 2011; Tomlinson 2013). Ein anderer Strang bemängelt eine fehlende gesellschaftstheoretische Perspektive. So kritisiert Tove Soiland, dass auch eine nicht-essentialistische, komplexe Auseinandersetzung mit Kategorien nicht weiterführend sei, wenn sie bei Kategorien und Identitäten stehen bliebe. Diese untersuche im Kern

»nicht die Mechanismen der Segregation, sondern deren Effekte und daran anschließend die Frage, wie Gruppen zu konzeptualisieren sind, um genügend komplex, das heißt, den realen soziologischen Gegebenheiten angemessen zu sein« (Soiland 2008).

Kritische Gesellschaftsanalysen sollen sich Soiland zufolge damit beschäftigen, wie Ungleichheit entstehe und nicht damit, welche Gruppen im Zuge dessen entstehen.

Diesem Einwand muss entgegengestellt werden, dass die Frage, welche Gruppen durch, oder vielmehr: geprägt durch soziale Ungleichheit entstehen, wichtig ist, um politisches Handeln zu verstehen. Wenn Subjekte sich kollektiv gegen Mechanismen sozialer Ungleichheit auflehnen, tun sie das als Subjekte, die von den Effekten sozialer Ungleichheit betroffen sind. Ihr Handeln kann durch diese Effekte erschwert oder auch befördert werden, etwa mit Blick auf materielle und zeitliche Ressourcen, soziales Kapital, zu erwartende Repressionen oder die Prekarität des staatsbürgerlichen Status. Politische Intersektionalität (Crenshaw 1991) rückt in den Fokus der Aufmerksamkeit, weil die soziale Positionierung als Effekt von Herrschaft kritisch zu reflektieren ein wichtiger Schritt zur Überwindung von Herrschaft sein kann. Dies betrifft nicht nur die Frage der Bündnispolitik zwischen distinkten Gruppen, sondern auch die Möglichkeit neuer Subjektpositionen, die in politischen Kämpfen entstehen.

3. Forschungspraxis: Analysen von politischer Intersektionalität in sozialen Bewegungen

Welche sozialen Bewegungen sind nun intersektional bzw. können Gegenstand intersektionaler Analysen sein? Aus hegemonietheoretischer Perspektive sind soziale Bewegungen zunächst eine spezifische Form von Hegemonieprojekt. Unter einem Hegemonieprojekt verstehe ich in Anlehnung an Martin Nonhoff (2006: 139-141) ein politisches Projekt, das in einem mehr oder weniger großen gesellschaftlichen Bereich bzw. Sachgebiet diskursive Vorherrschaft erlangen will. Die soziale Bewegung ist eine Form kollektiver Interaktion, die sich netzwerkartig und informell zwischen Individuen, Gruppen und Organisationen entspannt, die durch Prozesse der kollektiven Identifizierung verbunden sind (Diani 1992: 1). Der Prozess der kollektiven Identifizierung verweist darauf, dass Subjektpositionen dem Hegemonieprojekt nicht vorausgehen, sondern im Zuge unabgeschlossener diskursiver Prozesse entstehen und sich beständig weiterentwickeln.

Hegemonieprojekte entfalten sich in einem gesellschaftlichen Raum, der von sozialen Ungleichheiten durchzogen ist. Gleichzeitig sind sie selbst Orte der Differenzproduktion. Intersektionalität wird seit einigen Jahren vermehrt zum expliziten Gegenstand der politischen Artikulation von sozialen Bewegungen. Aktivist*innen entwickeln intersektionale Kampagnen wie die #SayHerName-Kampagne oder #Ausnahmslos. Gruppen wie Black Lifes Matter Berlin beziehen Intersektionalität in ihren Community Konsens mit ein (Black Lifes Matter Berlin o.J.). Bewegungsorganisationen wie die Asian Immigrant Women Advocates (AIWA) nutzen Intersektionalität im Kontext von Organizing (vgl. Chun/Lipsitz/Shin 2013). Aber auch bereits bevor der Begriff Intersektionalität zum politischen Frame geworden ist – Meyer spricht von Intersektionalität »avant la lettre« (Meyer 2017: 36) – haben in sozialen Bewegungen aktive Gruppen, wie das Combahee River Collective oder die solidarische Frauengruppe Somos Hermanas, die 1984 als US-amerikanische Delegation nach Nicaragua gereist ist (Carastathis 2016:

163ff.), ihre kollektiven Identitäten ganz bewusst an der Schnittstelle zwischen verschiedenen Unterdrückungsformen und in Auseinandersetzung mit Identitätspolitiken, die solche Subjektpositionen unsichtbar machen, entwickelt. Diese Bewegungen lassen sich als intersektionale soziale Bewegungen bezeichnen. Andere soziale Bewegungen beziehen sich nicht auf den Nexus Herrschaft - Identität. Aber auch sie lassen sich daraufhin befragen, wie unterschiedliche Herrschaftsverhältnisse in ihnen und durch sie wirken (vgl. z.B. für die Netzbewegung Ganz 2018). Angesichts des Befundes, dass die jüngeren Protestbewegungen in Deutschland von Aktivist*innen aus sozial gut gestellten Milieus und überwiegend von Männern getragen wurden (Walter 2013), lohnt es sich, sich vor Augen zu führen, dass auch sozial gut gestellte Gesellschaftsmitglieder intersektional verortet sind. Intersektionalitätsanalysen sollten, so Nira Yuval-Davis, »alle Mitglieder der Gesellschaft einschließen« (2013: 208f.). Das beinhaltet, auch die Spitze sozialer Hierarchie als Ausdruck intersektionaler Dominanzverhältnisse zu untersuchen (Carbado 2013: 814). Gerade auch bei den nicht-intersektionalen Bewegungen kann es demzufolge erkenntnisbringend sein, zu untersuchen, wie soziale Differenzmarker in die Ensembles von Subjektpositionen eingearbeitet werden, die diese Bewegungen hervorbringen.

Intersektionalität eröffnet für die soziale Bewegungsforschung verschiedene Forschungsperspektiven, die hier kurz skizziert werden sollen. Die erste Forschungsperspektive betrifft die *Subjektpositionen*, die eine soziale Bewegung konstituieren. Eine Untersuchung der Anhänger*innenschaft von sozialen Bewegungen, die sich an demographischen Kennzahlen orientiert, ist damit jedoch nicht gemeint. Vielmehr ist damit eine diskurstheoretische Perspektive angesprochen, die untersucht, welche Subjektpositionen angerufen werden, wie diese Subjektpositionen zueinander im Verhältnis stehen, wie sie sich durch das kollektive Handeln verändern und welche Subjektpositionen innerhalb einer sozialen Bewegung nicht eingenommen werden können. Durch den Einbezug einer intersektionalen Perspektive wird das diskurstheoretische Interesse an Subjektpositionen stärker an ein gesellschaftstheoretisches Interesse an der Artikulation von Machtverhältnissen angebunden.

Zweitens kann eine intersektionale Perspektive bei der Analyse von Konflikten innerhalb sozialer Bewegungen zum Tragen kommen. Als informelle Netzwerkstruktur (Diani 1992) sind soziale Bewegungen in besonderer Weise darauf angewiesen, neu auszuhandeln, wo ihre Grenzen verlaufen. Diese Konflikte sind Teil des von Alberto Melucci (1995) beschriebenen Prozesses kollektiver Identifizierung, in den intersektionale Machtverhältnisse hineinwirken. Oftmals handeln bewegungsinterne Konflikte von unterschiedlichen Zugängen zu Macht innerhalb der Bewegung, Kämpfen um Deutungshoheit und von Ausschlüssen (vgl. Taylor/Whittier 1992). Dabei werden Subjektpositionen artikuliert, die sich mehr oder weniger explizit auf unterschiedliche Positionen im sozialen Gefüge

beziehen. Dies herauszuarbeiten kann eine Aufgabe intersektionaler Forschung sein. Intersektionalität kann hierbei auch einen strategisch bedeutenden Beitrag zur Stärkung sozialer Bewegungen leisten. Sie kann helfen, »to identify potential contradictions and conflicts, and to recognize split and conflicting identities not as obstacles to solidarity but as valuable evidence about problems unsolved and as new coalitions that need to be formed« (Chun/Lipsitz/Shin 2013: 923).

Drittens lässt sich Intersektionalität auch für die Analyse der politischen Programmatik von sozialen Bewegungen nutzen, und zwar in zweierlei Hinsicht. Zum einen kann untersucht werden, wie sich Interessen unterschiedlich positionierter Subjekte in den politischen Diskurs einer sozialen Bewegung einschreiben und welche Rolle Machtverhältnisse und ungleiche Ressourcen in diesem Prozess spielen. Diese Frage ist auch mit Blick auf Prozesse zunehmender politischer Etablierung interessant, wenn etwa bestimmte Perspektiven beim Marsch durch die Institutionen zunehmend ausgeblendet werden (vgl. Verloo 2013). Zum anderen werden intersektionale Figurationen von Geschlecht-Klasse->Rasse<-Körper in politischen Diskursen mobilisiert, um bestimmte Programmatiken durchzusetzen. Zu denken ist hier etwa an Bewegungen, die Vorstellungen von »kriminellen und sexuell übergriffigen jungen muslimischen Männern«, vor denen »junge, weiße Frauen« »geschützt« werden müssten, für rassistische Mobilisierungen nutzen (vgl. Dietze 2017: 291ff.).

In Bezug auf alle drei Perspektiven eröffnet Intersektionalität auch eine normativ-kritische Veränderungsperspektive, denn sie verfügt über einen normativen Bezugspunkt: soziale Gerechtigkeit (Meyer 2017: 63ff.). Das Beharren darauf, Machteffekte zu kritisieren, kann jedoch gerade im Kontext von sozialen Bewegungen als Versuch wahrgenommen werden, Spaltung herbeizuführen. Es ist jedoch gerade nicht das Anliegen intersektionaler Kritik, immer partikularere Formen von Identitätspolitik zu fördern, die den Verlust einer gemeinsamen Sache vorantreiben. Vielmehr geht es um einen reflexiven Umgang mit Differenz, aus dem eine Stärkung von gerechtigkeitsorientierten sozialen Bewegungen resultieren kann:

»Through an awareness of intersectionality, we can better acknowledge and ground the differences among us and negotiate the means by which these differences will find expression in constructing group politics.« (Crenshaw 1991)

Die Unabgeschlossenheit der Identität sozialer Bewegungen, die auch Laclau/ Mouffe (2001: 141) betonen, ist gerade unter den Bedingungen gegenwärtiger vernetzter, mediatisierter Öffentlichkeiten relevanter denn je. Dass sich beispielsweise in digitalen Öffentlichkeiten die Diskussionen und Konflikte zwischen Aktivist*innen öffentlich nachvollziehen lassen, bringt eine neue Dynamik mit sich, der nicht mit einem Appell an Geschlossenheit über Differenzen hinweg be-

gegnet werden kann, sondern nur mit einer komplexen Darstellung politischer Subjektpositionen. Politische Subjektpositionen sind in einem intersektionalen, poststrukturalistischen Verständnis immer schon politische Kategorien, die von multiplen sozialen Ungleichheitsverhältnissen durchzogen sind, ohne sich auf diese reduzieren zu lassen.

4. Fazit

Poststrukturalistisch orientierte Forschung kann Intersektionalität dazu nutzen, die Effekte sozialer Ungleichheit stärker in die Analyse sozialer Bewegungen miteinzubeziehen. Denn auch wenn poststrukturalistische Ansätze betonen, dass soziale Strukturen Subjekte und ihr politisch-diskursives Handeln nicht determinieren (Leinius/Vey/Hagemann 2017: 12), konstituieren sich die politischen Subjekte in sozialen Bewegungen nicht erst mit der sozialen Bewegung. Sie haben Gesellschaft im Gepäck, die in ihre Körper und sozialen Praxen eingeschrieben ist und so die diskursive Praxis der sozialen Bewegungen prägt. Intersektionalität ermöglicht es, diesen Zusammenhang sichtbar zu machen.

Indem sie das Anliegen verfolgen, bei der Analyse von gesellschaftlichen Verhältnissen von konstitutiv aufeinander bezogenen, aber in ihrer historisch materialisierten Gewordenheit nicht identischen Herrschaftsverhältnissen auszugehen, nehmen sich intersektionale Ansätze immer etwas mehr vor, als ein Forschungsprojekt leisten kann. Die komplexen Relationen zwischen Herrschaftsverhältnissen und Analyseebenen erfordern deshalb ein sorgfältiges und dem Gegenstand angemessenes methodisches Vorgehen. Die intersektionale Methode gibt es nicht. Vielmehr muss intersektionale Forschung gegenstandsbezogen entwickelt werden: als Perspektive, die Forschungsansätze wie quantitative Interviewstudien, Netzwerkanalysen oder Diskursanalysen informiert, oder in Form etwa einer intersektionalen Mehrebenenanalyse, wie von Gabriele Winker und Nina Degele vorgeschlagen (vgl. 2009; Ganz 2018). In jedem Fall muss intersektionale Forschung kategoriale Offenheit mitbringen, um sensibel zu sein für die Konfigurationen von Macht, die im Feld wirksam sind. Zudem darf intersektionale Forschung nicht von einer Masterkategorie ausgehen. Zwar kann es sinnvoll sein, intersektionale Forschung als intrakategoriale Forschung anzulegen - also nach Differenzen innerhalb einer Gruppe zu fragen. Damit sollte aber explizit nicht die Annahme einhergehen, dass sich die anderen sozialen Verhältnisse von diesen ableiten. Auf diese Weise kann Intersektionalität für die soziale Bewegungsforschung einen Beitrag dazu leisten, zu untersuchen, wie sich »Mechanismen sozialer Segregation« (Soiland 2008) in sozialen Bewegungen reproduzieren und welchen Beitrag diese dazu leisten, diese im eigenen Handeln und auf die Gesellschaft bezogen zu überwinden.

5. Literatur

- Arndt, Susan (2011a): »Ethnie«, in: Susan Arndt/Nadja Ofuatey-Alazard (Hg.), Wie Rassismus aus Wörtern spricht: (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv der deutschen Sprache, Münster: Unrast Verlag, S. 632.
- Arndt, Susan (2011b): »Racial Turn«, in: Susan Arndt/Nadja Ofuatey-Alazard (Hg.), Wie Rassismus aus Wörtern spricht: (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv der deutschen Sprache, Münster: Unrast Verlag, S. 185-189.
- Arndt, Susan/Ofuatey-Alazard, Nadja (Hg.) (2011): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv der deutschen Sprache, Münster: Unrast.
- Black Lifes Matter Berlin (o.J.): BLMB Community Consent/Gemeinsamer Konsens. www.blacklivesmatterberlin.de/blmb-community-guidelines/. Zugegriffen: 16. März 2019.
- Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt a.M.: Suhrkamp. Carastathis, Anna (2016): Intersectionality. Origins, Contestations, Horizons, Lincoln/London: University of Nebraska Press.
- Carbado, Devon W. (2013): »Colorblind Intersectionality«, in: Signs 38 (4), S. 811-845.
- Cho, Sumi/Crenshaw, Kimberlé Williams/McCall, Leslie (2013): »Toward a Field of Intersectionality Studies: Theory, Applications, and Praxis«, in: Signs 38 (4), S. 785-810.
- Chun, Jennifer Jihye/Lipsitz, Georg/Shin, Young (2013): »Intersectionality as a Social Movement Strategy: Asian Immigrant Women Advocates«, in: Signs 38 (4), S. 917-940.
- Combahee River Collective (1982): »A Black Feminist Statement«, in: Akasha (Glora T.) Hull/Patricia-Bell Scott/Barbara Smith (Hg.), All the Women are White, All the Blacks Are Men, But Some of Us are Brave: Black Women's Studies, New York: The Feminist Press, S. 13-22.
- Crenshaw, Kimberlé W. (1989): »Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics«, in: University of Chicago Legal Forum 1989 (Article 8). https://chicagounbound.uchicago.edu/uclf/vol1989/iss1/8. Zugegriffen: 16. März 2019.
- Crenshaw, Kimberlé W. (1991): »Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics, and Violence Against Women of Color«, in: Stanford Law Review 43 (6), S. 1241-99.
- Davis, Kathy (2008): "Intersectionality as Buzzword: A Sociology of Science Perspective on What Makes a Feminist Theory Successful", in: Feminist Theory 9 (1), S. 67-85.

- Dean, Jasmin (2011): »Person/People of Colo(u)r«, in: Susan Arndt/Nadja Ofuatey-Alazard (Hg.), Wie Rassismus aus Wörtern spricht: (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv der deutschen Sprache, Münster: Unrast Verlag, S. 597-607.
- Diani, Mario (1992): »The Concept of Social Movement«, in: Sociological Review 40 (1), S. 1-25.
- Dietze, Gabriele (2017): Sexualpolitik. Verflechtungen von Race und Gender, Frankfurt a.M.: Campus.
- Duden, Barbara (1993): »Die Frau ohne Unterleib: Zu Judith Butlers Entkörperung. Ein Zeitdokument«, in: feministische studien 11 (2), S. 24-33.
- Dzodan, Flavia (2011): »My Feminism will be Intersectional or it will be Bullshit!«, in: Tigerbeatdown. http://tigerbeatdown.com/2011/10/10/my-feminism-will-be-intersectional-or-it-will-be-bullshit/. Zugegriffen: 12. Oktober 2018.
- Engel, Antke/Schulz, Nina/Wedl, Juliette (2005): »Kreuzweise quer: eine Einleitung«, in: Femina Politica 14 (1), S. 9-23.
- Foucault, Michel (1983): Sexualität und Wahrheit: Bd. 1: Der Wille zum Wissen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2005): »Subjekt und Macht«, in: ders.: Dits et Ecrits, Band IV 1980-1988, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 269-294.
- Ganz, Kathrin (2018): Die Netzbewegung. Subjektpositionen im politischen Diskurs der digitalen Gesellschaft, Opladen/Toronto: Barbara Budrich.
- GutieÏrrez RodriÏguez, EncarnacioÏn (2011): »Intersektionalität oder: Wie nicht über Rassismus sprechen?«, in: Sabine Hess/Nikola Langreiter/Elisabeth Timm (Hg.), Intersektionalität Revisited. Empirische, theoretische und methodische Erkundungen, Bielefeld: transcript, S. 77-100.
- Hall, Stuart (1988): The Hard Road to Renewal: Thatcherism and the Crisis of the Left, London/New York: Verso.
- Haraway, Donna (1988): »Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective«, in: Feminist Studies 14 (3), S. 575-599.
- Harding, Sandra (2004): »Introduction: Standpoint Theory as a Site of Political, Philosophic, and Scientific Debate«, in: dies. (Hg.), The Feminist Standpoint Theory Reader. Intellectual and Political Controversies, New York/London: Routledge, S. 1-15.
- Hausen, Karin (1976): »Die Polarisierung der ›Geschlechtscharaktere‹ Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben«, in: Werber Conze (Hg.), Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart: Klett, S. 263-393.
- Knapp, Gudrun-Axeli (2005): »Race, Class, Gender«, in: European Journal of Women's Studies 12 (3), S. 249-265.
- Laclau, Ernesto (1990): New Reflections on the Revolutions of Our Time, London/ New York: Verso.

- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2001): Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics, London/New York: Verso.
- Lauré Al-Samarai, Nicola (2011): Schwarze Deutsche, in: Susan Arndt/Nadja Ofuatey-Alazard (Hg.), Wie Rassismus aus Wörtern spricht: (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv der deutschen Sprache, Münster: Unrast Verlag, S. 611-613.
- Leinius, Johanna/Vey, Judith/Hagemann, Ingmar (2017): »Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen. Plädoyer für eine notwendige Blickverschiebung«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 30 (4), S. 6-20.
- Lewis, Gail (2013): »Unsafe Travel: Experiencing Intersectionality and Feminist Displacements«, in: Signs 38 (4), S. 869-892.
- Marchart, Oliver (2013): Die Prekarisierungsgesellschaft I: Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung, Bielefeld: transcript.
- Mauer, Heike (2018): Intersektionalität und Gouvernementalität. Die Regierung von Prostitution in Luxemburg, Opladen/Toronto: Barbara Budrich.
- McCall, Leslie (2005): »The Complexity of Intersectionality«, in: Signs 30 (3), S. 1771-1800.
- Melucci, Alberto (1995): »The Process of Collective Identity«, in: Hank Johnston/ Bert Klandermans (Hg.), Social Movements and Culture, Minneapolis: University of Minnesota Press, S. 41-64.
- Meyer, Katrin (2017): Intersektionalität zur Einführung, Hamburg: Junius.
- Mohanty, Chandra Talpade (1988): »Under Western Eyes: Feminist Scholarship and Colonial Discourses«, in: Feminist Review 30 (1), S. 61-88.
- MW 238 (2014): »#FsA14 Freiheit statt Angst 052« (Foto vom 30. August 2014), in: Flickr. https://flic.kr/p/oGwhAQ. Zugegriffen: 12. Oktober 2018.
- Nonhoff, Martin (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt Soziale Marktwirtschaft, Bielefeld: transcript.
- NPR (2018): Up First, Friday, March 23th 2018. https://overcast.fm/+IxRvlW-FTY/09:43. Zugegriffen: 12. Oktober 2018.
- Phoenix, Ann/Pattynama, Pamela (2006): »Intersectionality«, in: European Journal of Women's Studies 13 (3), S. 187-192.
- Piesche, Peggy (2012): »Gegen das Schweigen. Diasporische Vernetzungen schwarzer Frauen in transnationalen Begegnungen«, in: dies. (Hg.): Euer Schweigen schützt euch nicht. Audre Lorde und die Schwarze Frauenbewegung in Deutschland. Berlin: Orlanda Frauenverlag, S. 7-16.
- Sanczny (2015): My Netzpolitik will be intersectional or it will be bullshit. http://sanczny.blogsport.eu/2015/07/05/my-netzpolitik-will-be-intersectional-or-it-will-be-bullshit/. Zugegriffen: 16. März 2019.
- Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (2008): »Governing Intersectionality. Ein kritischer Ansatz zur Analyse von Diversitätspolitiken«. in: Cornelia Klinger (Hg.), Über-

- Kreuzungen. Fremdheit, Ungleichheit, Differenz, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 249-273.
- Soiland, Tove (2008): »Die Verhältnisse gingen und die Kategorien kamen. Intersectionality oder vom Unbehagen an der amerikanischen Theorie«, in: querelles-net 26 (2008). https://www.querelles-net.de/index.php/qn/article/view/694/702. Zugegriffen: 16. März 2019.
- Spencer, Ian (2017): "Ya Goof!", in: Wikimedia Commons. https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ya_goof!_(31605832784).jpg. Zugegriffen: 12. Oktober 2018.
- Taylor, Verta/Whittier, Nancy E. (1992): »Collective Identity in Social Movement Communities: Lesbian Feminist Mobilization«, in: Aldon D. Morris/Carol McClurg Mueller (Hg.), Frontiers in Social Movement Theory. New Haven: Yale University Press, S. 104-129.
- Tomlinson, Barbara (2013): »To Tell the Truth and Not Get Trapped: Desire, Distance, and Intersectionality at the Scene of Argument«, in: Signs 38 (4), S. 993-1017.
- Verloo, Mike (2013): »Intersectional and Cross-Movement Politics and Policies: Reflections on Current Practices and Debates«, in: Signs 38 (4), S. 893-915.
- Walgenbach, Katharina (2007): »Gender als interdependente Kategorie. Neue Perspektiven auf Intersektionalität, Diversität und Heterogenität«, in: Gabriele Dietze/Kerstin Palm/Katharina Walgenbach/Lann Hornscheid (Hg.): Gender als interdependente Kategorie, Leverkusen: Barbara Budrich, 23-64.
- Walter, Franz (2013): »Protest in der Misstrauensgesellschaft. Konklusion und Ausblick«, in: Stine Marg/Lars Geiges/Felix Butzla/Franz Walter (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? BP Gesellschaftsstudie, Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt, S. 301-344.
- Winker, Gabriele/Degele, Nina (2009): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheit, Bielefeld: transcript.
- Yuval-Davis, Nira (2013): »Jenseits der Dichotomie von Anerkennung und Umverteilung: Intersektionalität und soziale Schichtung«, in: Helma Lutz/Maria Teresa Herrera Vivar/Linda Supik (Hg.): Fokus Intersektionalität, Wiesbaden: Springer VS, S. 203-221.

Konzeption eines postanarchistischen Ansatzes

Kernidee und Perspektive des Ansatzes Mit dem hier vorgestellten postanarchistischen Ansatz wird eine solidarisch-kritische Befragung sozialer Bewegungen auf ihren Umgang mit Macht möglich, wozu ein Denken in Paradoxien ge-

nutzt wird. Ausgangspunkt der postanarchistischen Perspektive ist, dass Akteur*innen in (emanzipatorischen) sozialen Bewegungen ein ambivalentes Verhältnis zu Macht und Herrschaft haben,

welches jeweils spezifiziert und problematisiert werden kann. Postanarchistische Ansätze gehen vom Konzept einer nach Autonomie strebenden Politik aus, die damit sichtbar und theoretisierbar wird. Damit betrachten sie, wie die ethischen, organisatorischen und theoretischen Ebenen von

Akteur*innen-Handeln vermittelt werden.

Zentrale theoretische Grundlagen/Arbeiten Im postanarchistischen Ansatz werden verschiedene theoretische Denkfiguren aus poststrukturalistischen Theorien mit anarchistischen Vorstellungen und Annahmen verbunden. Einen Haupt-

bezugspunkt dafür stellt Saul Newman (2010) dar, weil in seinem Werk diese Verbindung nachvollziehbar gezogen wird und damit Grundlagen für eine erneuerte politische Theorie entwickelt werden. Die Annahme eines grundlegenden Spannungsfeldes zwischen Politik und Ethik/Utopie

erweist sich als plausibel, um anarchistisches Denken zu erfassen.

Anwendung: Methoden

Der Postanarchismus stellt einen theoretischen Ansatz zur Verfügung, aus welchem kein bestimmtes Methodenset folgt. Im Rahmen der entwickelten Betrachtungsweise wird die Annahme einer Kluft einerseits zwischen den Ansprüchen von bestimmten Akteur*innen und ihrem tatsächlichen

Handeln, sowie andererseits zu anarchistischen Zielvorstellungen und Handlungsstrategien zu-

Illustriert wird der konzeptionelle Beitrag durch Erfahrungen in den Protesten gegen den G20-Gip-

grunde gelegt.

Anwendung: Fallbeispiel

fel in Hamburg 2017.

Anwendung: Beispiele

Richard Day mit Gramsci is dead (2005) theoretisiert die globalisierungskritische Bewegung mit einer postanarchistischen Perspektive.

Saul Newman verbindet in The Politics of Postanarchism (2010) verschiedene Elemente poststrukturalistischer Theorien synkretistisch mit anarchistischem Denken um einen postanarchistischen

theoretischen Ansatz zu entfalten. Markus Lundström arbeitet in An Anarchist Critique of Radical Democracy (2018) mit postanarchis-

tischer Theorie, um unter anderem die »Husby Riots« von 2013 unter einem spezifischen Blickwinkel zu betrachten.

Whose streets, whose power? - Which streets, what power?

Ein postanarchistischer Ansatz zur Untersuchung sozialer Bewegungen

Jonathan Fibisch

1. Einleitung: Postanarchismus als spezifischer theoretischer Ansatz

Dieser Beitrag zielt darauf ab, Postanarchismus als theoretischen Ansatz einzuführen und für die empirische Forschung zu sozialen Bewegungen zu plausibilisieren.¹ Wenn ich hier eine postanarchistische Perspektive auf links-emanzipatorische soziale Bewegungen entfalte, so nehme ich den Titel dieses Sammelbandes dahingehend wörtlich, als dass es an dieser Stelle darum gehen soll, einen bestimmten Blickwinkel einzunehmen. Statt dies anhand einer empirischen Untersuchung zu veranschaulichen oder ein bestimmtes Methodenset zu beschreiben, möchte ich in diesem Text vor allem Fragen aufwerfen, um die Grundlinien einer postanarchistischen Perspektive zu umreißen. Es geht mir daher weniger darum, einen vollständig ausgearbeiteten Ansatz zu präsentieren, sondern einen Denkanstoß zu geben, wie solch eine Perspektive aussehen könnte. Gleichwohl entstanden diese Überlegungen unter dem Eindruck der Proteste gegen den G20-Gipfel, die 2017 in Hamburg stattfanden. Da bei diesem Großereignis verschiedenste Akteur*innen zusammenkamen, vielfältige Aktionsformen angewandt wurden und unterschiedliche politische Versammlungen stattfanden, die in einer Tradition

¹ Erstmals angestoßen wurde die Diskussion um Postanarchismus durch Todd May (1994), der vorschlug, Poststrukturalismus als Theorie des Anarchismus zu betrachten. Dieser These wird hier nicht zugestimmt, sondern eher von potentiell eigenständigen anarchistischen Theorien ausgegangen, die sich selbstredend auf verschiedene andere Theorien beziehen und sich ihrer bedienen. Weitere wichtige Beiträge formulierten Saul Newman (2001) und Lewis Call (2002). In eine Auseinandersetzung mit Fragestellungen, die sich aus der postanarchistischen Debatte im englischsprachigen Raum ergeben, begibt sich Nathan Jun (2011), der »den« Postanarchismus verwirft und Anarchismus insgesamt als Bewegung jenseits der Moderne betrachtet. Im deutschsprachigen Raum spielten vor allem die Beiträge von Jürgen Mümken (2003; 2005), Jens Kastner (2000) und Gabriel Kuhn (2007) eine Rolle.

von Protesten sozialer Bewegungen zu sehen sind, eignen sich die Gipfel-Proteste sehr gut, um das Spezifische der postanarchistischen Perspektive darzustellen. Dabei stellt der Postanarchismus eine Möglichkeit dar, mit welcher eine eigenständige anarchistische Theoriebildung gelingen kann. Das heißt, Postanarchismus ist keine neue politische Unterströmung der vielfältigen anarchistischen Bewegung, sondern eine Variante, anarchistisch zu denken, zur Selbstreflexion anzuregen sowie Ambivalenzen auszuhalten, welche sich bei der Erforschung sozialer Bewegungen ergeben, um praxisnahe und -relevante Erkenntnisse zu generieren. Im Folgenden werden dazu, soweit dies in dem begrenzten Rahmen des Beitrags möglich ist, die politisch-theoretischen Grundlagen und die analytische Perspektive umrissen und einige Anwendungsmöglichkeiten konturiert.

2. Forschungsansatz: Postanarchismus als Denken in Paradoxien und Spannungsfeldern

2.1 Zum theoretischen Gehalt anarchistischer politischer Theorie

Analog zum Postmarxismus, welcher marxistische mit poststrukturalistischen Theorien verbindet, zielt der Postanarchismus darauf ab, die Prämissen und Ansatzpunkte anarchistischer Theorien zu dekonstruieren und zu erneuern, von denen angenommen wird, dass sie nach wie vor stark dem Denken der Aufklärung und der Moderne verhaftet sind (Mümken 2005: 11-22; Newman 2010: 6). Diese Grundannahmen zu dekonstruieren bedeutet jedoch nicht, die theoretischen Implikationen und die ethischen (Milstein 2013) und utopischen Fluchtlinien (Kinna/Davis 2014), welche Anarchismus als gesellschaftspolitisches Projekt beinhaltet (z.B. egalitäre und freiwillige Selbstorganisation), generell über Bord zu werfen, sondern sie als sozial-revolutionäre Bezugspunkte zu reformulieren. Solch ein Entwurf eines nicht-fundamentalistischen Anarchismus' (vgl. Abensour 2012: 227-269) stellt sich insofern als besondere Herausforderung dar, da anarchistische Ansätze, Praktiken und Perspektiven zumeist mit starken ethischen Wertungen und Axiomen, Prinzipien oder Idealen einhergehen, die als Sedimente historischer Erfahrungen in Kämpfen sozialer Bewegungen zu verstehen sind. Diese stehen im politischen Denken des Anarchismus wiederum im Dreiklang von Lebensformen, politischer Philosophie und sozialer Bewegung (Loick 2017: 10ff.; vgl. Seyferth 2015: 14f.; vgl. Graeber 2009: 214). Mit dem postanarchistischen Ansatz werden ethische Grundwerte (z.B. Vielfalt, Gleichheit, Selbstbestimmung) mit Organisationsprinzipien (z.B. Dezentralität, Horizontalität, Autonomie) und theoretischen Axiomen (z.B. Pluralität, Kooperation, Selbstorganisation) als notwendigerweise verknüpft erachtet. Es geht also darum, neu zu betrachten und zur Debatte zu stellen, auf welche Weise verschiedene Akteur*innen ethische,

organisatorische und theoretische Überlegungen absichtsvoll oder unbewusst verbinden. Dennoch meint Postanarchismus einen theoretischen Ansatz und beschreibt keinen normativen Wertehorizont.

2.2 Die analytische Perspektive des Postanarchismus

Eine postanarchistische Perspektive stellt bei der Betrachtung sozialer Bewegungen Macht-Fragen (Rousselle/Evren 2011)2. An dieser Stelle werden sie insbesondere an die bei den Protesten beteiligten Akteur*innen gerichtet, wobei zwischen deren jeweils eigenen Ansprüchen und Verständnissen einerseits und einer dezidiert anarchistischen Position andererseits zu unterscheiden ist. Macht wird im anarchistischen Denken keineswegs rundum abgelehnt, sondern differenziert betrachtet (Jun 2018; Clark 2013: 16-21) Allerdings wird besonders kritisch darauf geachtet, wo sie sich (potentiell) zu Herrschaft (vgl. Imbusch 2012; Aden 2004; Wallat 2015; Fisahn 2008) verdichtet. Wie bei anderen Ansätzen in der Bewegungsforschung geht es darum, durch eine solidarisch-kritische Bezugnahme auf emanzipatorische soziale Bewegungen diese als handelnde Subjekte in den Fokus zu rücken, anstatt Diskurse auf medialer Ebene oder politische Verhandlungen über sie zu betrachten. In diesem Zusammenhang lautet die alte, aber immer wieder neu zu stellende Leitfrage: Wie können sich Akteur*innen, die sich auf die Fluchtlinie hin zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft beziehen, Macht aneignen und diese zielgerichtet ausüben, ohne sich dabei selbst herrschaftsförmiger Methoden, Mittel und Subjektivierungsweisen zu bedienen? Bei allen dafür in Frage kommenden Akteur*innen aus dem Spektrum linker Bewegungen ist dahingehend von einer Kluft zwischen dem Anspruch, die Zielvorstellung eine herrschaftsfreien Gesellschaft verwirklichen zu wollen, und der Wirklichkeit eines durch verschiedene Herrschaftsverhältnisse geprägten und bedingten sozialen Handlungsraums auszugehen.

Damit einen Umgang zu finden, stellt ein kompliziertes Problem dar, wenn erstens davon ausgegangen wird, dass es eine Entsprechung von gewählten Zielen und angewandten Mitteln geben soll, wenn zweitens die bloße Negation des Bestehenden als nicht zielführend angesehen wird und drittens, wenn Handlungsstrategien verworfen werden, die allein auf Reformen abzielen. In diesem Zwiespalt stehen selbstverständlich auch jene, die im eigentlichen Sinne als Anarchist*innen zu bezeichnen sind, wobei sie jedoch oftmals eine ausgeprägte Sensibilität für diese Fragen besitzen. Denn seine Ursachen liegen in der Widersprüchlichkeit von gesellschaftlichen Verhältnissen und Subjekten selbst. Mit diesen umzugehen, zeigt sich insbesondere dann als Herausforderung, wenn

² Die Beiträge von Süreyya Evren, Andrew M. Koch, Tadzio Mueller und Nathan J. Jun in Rousselle/ Evren (2011) sind dafür aufschlussreich.

(theoretisch) ein radikal Anderes zur bestehenden Gesellschaftsordnung als Bezugspunkt angenommen wird. Dies ergibt Sinn, wird es als Bündel von Fluchtlinien verstanden, an denen sich eine Politik der Autonomie fortwährend orientiert (Arditi 2007: 210-224). Eine solche Politik der Autonomie ist als strukturelle Erneuerung der Verhältnisse zu denken, das heißt in der Rekonstruktion neuer gesellschaftlicher Institutionen und sozialer Beziehungen (vgl. z.B. Adamczak 2017).

Diese Herangehensweise spiegelt sich ebenfalls auf Ebene der Theorie wider und wird für den Postanarchismus von Newman meines Erachtens nach mit einer spezifisch anarchistischen Variante der poststrukturalistischen Figur der »politischen Differenz« (vgl. Bedorf/Röttgers 2010; Bröckling/Feustel 2010) gefasst, indem er Politik und Anti-Politik gegenüberstellt (Newman 2010). Als Anti-Politik werden vor allem die Sphären von Utopie und Ethik begriffen. Sie gilt Newman als hauptsächlicher Modus des »klassischen« Anarchismus mit dessen Ansatz, »das« Soziale gegen »die« Politik zu stellen. Politik werde gemeinhin vorrangig als »dem« Staat, das Soziale »der« Gesellschaft zugeordnet gedacht. Zwischen ihnen bestehe eine konstitutive Lücke, welche zu einer unauflöslichen Spannung führe. Im Zuge des Auftretens von Anti-Politik werden - in diesem Sinne - verstaatlichte Politikformen kritisiert und in Frage gestellt. Doch auch anarchistische Zielvorstellungen und Handlungsmuster lassen sich paradoxerweise nur durch politische Praktiken umsetzen, weswegen anarchistische Ansätze auf eine Politik der Autonomie abzielen, um ihre eigene Bedingtheit zu überschreiten (Newman 2010:11, 170).

Diese von Newman entfaltete, aus dem poststrukturalistischen Denken abgeleitete theoretische Figur ist meiner Ansicht nach äußerst sinnvoll, um Spannungen zu beschreiben, die dem Anarchismus grundsätzlich und aktuell inhärent sind. Weil sie darüber hinaus auch viele andere radikale politische Akteur*innen betrifft, kann sie dazu dienen, den postanarchistischen Ansatz zu umreißen, der genauer als ein *Denken in Paradoxien* bezeichnet werden kann. Die paradoxe Herangehensweise des Postanarchismus bietet neue Möglichkeiten, über gesellschaftliche Widersprüche nachzudenken, sie zu begreifen, aber auch in sie einzugreifen. Dieser zeigt auf, dass unsere Alltagsvorstellungen häufig von zahlreichen widersprüchlichen Annahmen durchzogen sind, die uns zumeist jedoch als unhinterfragte Wahrheiten gelten. Die Hinterfragung grundlegender Prämissen führt dabei zunächst zu Irritationen, weil Paradoxien die Widersprüche in unserer Intuition aufzeigen (Cuonzo 2015). Voraussetzung für diese Dekonstruktion und Anerkennung von Paradoxien ist das Eingeständnis, dass Widersprüche sich nicht einfach vermitteln lassen und zudem, dass es verschiedene Perspektiven,

Ansatzpunkte und Wege gibt und geben muss, wenn im anarchistischen Sinne von radikaler sozialer Revolutionierung der Gesellschaft gesprochen wird.³

Diese postanarchistische Herangehensweise soll nun anhand von Überlegungen zu nach Autonomie strebenden Politikformen und zu Hegemonietheorien (vgl. Eibisch 2017) an Beispielen aus den Protesten gegen den G2O-Gipfel illustriert werden. Um diese Perspektive weiter zu untermauern, könnte in einem nächsten Schritt eine ausführliche empirische Studie an diese exemplarische Darstellung anschließen.

3. Forschungspraxis

3.1 Konzeptionen von (Anti-)Politik: Verstaatlichung der Zivilgesellschaft oder Politik der Autonomie?

Mit dem postanarchistischen Ansatz wird betont, dass »Politik« als Teil der sozialen Realität als vermachtetes, herrschaftsförmiges und hegemonial strukturiertes Terrain zu betrachten und aus einer Perspektive grundsätzlicher Herrschaftskritik zu problematisieren ist. Die anarchistische Ethik und Utopie streben eben nicht nach Verhandlungen verschiedener Interessen bei Machtungleichheiten, sondern auf die prozesshafte Verwirklichung der Zielvorstellung einer konsensualen, egalitären, freiwilligen und autonomen Assoziation in Selbstorganisation und Selbstverwaltung. Da herrschaftsförmige gesellschaftliche Verhältnisse vorgefunden und verändert werden sollen, gilt es dennoch auch aus anarchistischen Positionen heraus, »Politik« zu machen. Als Politik der Autonomie lehnt sie jedoch jene Politikformen ab, die dem Staat zugeordnet sind und stellt sie in Frage (Newman 2010: 98ff.; vgl. Lundström 2018: 77-82).

In Hinblick auf die Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg 2017 können so beispielsweise Versammlungen von zivilgesellschaftlichen⁴ Akteur*innen untersucht werden. Im Zuge der G20-Proteste wurde am 2. Juli 2017, das heißt

³ Dabei soll nicht geleugnet werden, dass sich das Denken in Paradoxien auch besonderen Gefahren ausgesetzt, nämlich erstens die vorhandenen Widersprüche zu relativieren, herabzuspielen und im schlimmsten Fall zu feiern und darum zu affirmieren, zweitens die Gegensätze, welche damit vermittelt werden sollen, überhaupt erst auf diese Weise zu konstruieren und damit alles diesem Schema zuzuordnen, drittens die Spezifik der verschiedenen Seiten überzubetonen und damit die gemeinsame Grundlage, auf der ihre Vermittlung und Ziele gedacht werden, nicht ausreichend zu bestimmen und schließlich viertens in seinen Schlussfolgerungen schwammig zu bleiben und einem selbstgenügsamen Sowohl-als-auch zu frönen. Siehe u.a. bereits die Kritik an Proudhon durch Marx (1962; 1963).

⁴ Der Begriff der Zivilgesellschaft wird hier im gramscianischen Sinne verwendet (Becker et al. 2013: 68ff.).

eine Woche vor dem eigentlichen Gipfeltreffen am 7. und 8. Juli, von Greenpeace, Campact, dem BUND, dem DGB, der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung und weiteren NGOs eine »Protestwelle« veranstaltet. Wie auch schon bei den Protesten gegen den G7-Gipfel auf Schloss Elmau im Jahr 2015, organisierten sie sich bewusst unabhängig von der linken Großdemonstration »Solidarität statt G20« –, um laut ihren Pressemitteilungen nicht mit »Gewalt« assoziiert zu werden. Mit dem Slogan »Eine andere Politik ist nötig«, wandten sie sich explizit nicht gegen die Ausrichtung des Gipfels in Hamburg, sondern appellativ an die Regierungen der G20-Staaten, »für mehr Gerechtigkeit, mehr Nachhaltigkeit, mehr Transparenz und mehr Zusammenarbeit gegen soziale, ökologische und wirtschaftliche Verwerfungen« (G20 Protestwelle 2017) zu sorgen. Dies spiegelt den Grad der Ausrichtung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und NGOs auf die Regierungspolitik im internationalisierten neoliberalen Herrschaftsgefüge wider. ⁵

Viele Teilnehmenden der Kundgebung »Protestwelle« waren politisch in lange bestehenden sozialen Bewegungen, wie der Friedens- Umwelt- und Gewerkschaftsbewegung, aktiv und sozialisiert worden. Es kann daher angenommen werden, dass sie vorhandene Bezüge und auch Sympathien bezüglich Graswurzelbewegungen und radikaler Regierungs- und Gesellschaftskritik haben. Gleichzeitig nehmen sie jedoch an solch einer Kundgebung teil, die sich explizit an neoliberale Regierungen und demokratisch nicht legitimierte internationale Versammlungen richtet. Im Sinne der Konzeption einer Politik der Autonomie kann daher von einer Kluft zwischen dem Politikverständnis der die »Protestwelle« organisierenden NGOs und jenem der Teilnehmenden der Kundgebung ausgegangen werden. Selbstverständlich sind auch die Teilnehmenden als heterogene Gruppe mit unterschiedlichen politischen Bewusstseinsformen, Positionen und Bezügen zu den Veranstalter*innen anzusehen.

Im Rahmen eines postanarchistischen Ansatzes wäre nun danach zu fragen, ob und wie stark die individuellen politischen Ansichten und Politikverständnisse der Teilnehmenden der »Protestwelle« von jenem des veranstaltenden NGO-Bündnisses abweichen, inwiefern ihnen dahingehend Widersprüche bewusst sind, wie sie mit diesen umgehen und schließlich, wie sie selbst die Rolle der Zivilgesellschaft wahrnehmen. Dies könnte beispielsweise mit der Methode eines offenen Fragebogens geschehen.

⁵ Dabei handelt es sich um einen beidseitigen Annäherungsprozess, was auch an der Veranstaltung von Vorfeldgipfeln wie »Woman2o«, »Youth2o«, »Labour2o«, »Civil2o« und »Business2o« durch die deutsche Bundesregierung deutlich wird. Überdeutlich ist, dass diese Regierungstechniken eine Form postdemokratischer Interessenaggregration und -vermittlung darstellen.

3.2 Eine anti-hegemoniale Hegemonietheorie: Hierarchisches Bewegungsmanagement oder Vielfalt der Affinitäten

Im Sinne Antonio Gramscis lässt sich Hegemonie

»als eine Form von Klassenherrschaft verstehen, die auf der Zustimmung großer Teile der Beherrschten basiert. (...) Herrschaft erschöpft sich nicht im Beherrschen, im Unterwerfen, im Bezwingen. Vielmehr geht es um eine Kombination von Führung und Herrschaft, von Zustimmung und Unterwerfung, von Konsens und Zwang« (Becker et al. 2013: 19f.).

Es spricht nichts dagegen, dies wörtlich zu verstehen und das Streben nach Hegemonie als das Streben nach Herrschaft zu begreifen. Gramscis Hegemonietheorie ist dennoch auch für anarchistisches Denken anschlussfähig, wenn ihre analytische und ihre politische Dimension auseinandergehalten werden (vgl. Kastner 2011: 99f.). Dabei wird Hegemonie in historisch-spezifischen Gesellschaftsformationen von verschiedenen Akteur*innen zu sehr unterschiedlichen Graden angestrebt.

Nach Richard Day, der sich auf verschiedene poststrukturalistische Theoretiker, wie Jacques Derrida, Gilles Deleuze und Félix Guattari, Michel Focualt und Jacques Lacan bezieht, besteht die neoliberale Regierungsform und ihre Gesellschaftskonzeption in einer »Hegemonie der Hegemonie« (Day 2005: 8). Damit beschreibt Day die Duldung verschiedener gegenhegemonialer politischer Projekte, weil jene die Struktur der hegemonialen Ordnung in ihrer Orientierung auf sie bestätigen, womit die Hegemonie der neoliberalen staatlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufrechterhalten wird. Diese hegt zudem soziale Bewegungen ein, konstruiert mit ihren Forderungen verschiedene Minderheiten und ordnet sie mittels einer Ideologie des liberalen Multikulturalismus dem Staat zu (vgl. Day 2005: 76-87).

Entgegen dieser Sogwirkung von hegemonialer Politik, der sich klassisch sozialistische Projekte, aber auch soziale Bewegungen fügten, problematisierten nach Day die »neuesten sozialen Bewegungen« (vgl. Sitrin 2018), namentlich die globalisierungskritische Bewegung, die hegemoniale Strukturierung von Politik. Sie wendeten sich mit nicht-hegemonialen und anti-hegemonialen Praktiken und Perspektiven gegen das Streben nach politisch-kultureller Hegemonie⁶ selbst, die

⁶ Als anti-hegemoniale Politik kann im Rahmen der G20-Proteste beispielsweise der militante Demonstrationszug auf der Elbchaussee am Vormittag des 7. Juli 2017 angesehen werden. Bei diesem waren keine Versuche, »Regierungspolitik« zu beeinflussen, erkennbar. Stattdessen ging es bei der bewussten Verursachung von Sachschäden um die symbolische Wirkung einer klaren Absage an die Politik der G20 (beziehungsweise, das, was der Staatsgipfel insgesamt für die De-

sie nicht übernehmen, sondern abbauen und angreifen wollen würden (Day 2005: 5-18; 44ff.; 123ff.; vgl. Arditi 2007: 206). Dazu föderierten gleichberechtigte und autonome Akteur*innen nach einer Logik der »Affinität« zu einem heterogenen Kollektivakteur als »movement of movements« (Day 2005: 178-186), anstatt etwa zentral gegründet oder von einer bestimmten Fraktion geführt und vereinheitlicht zu werden.

Zumindest die radikaleren Strömungen der heterogenen globalisierungskritischen Bewegung – welche oft als »anarchistisch« beschriebenen wurden (Graeber 2009: xi-xiii) –, vertreten diese Organisationsprinzipien (die jedoch zugleich auch ethischen und theoretischen Überlegungen folgen, siehe S. 2). Im Rahmen eines internationalen Großevents, wie die Proteste gegen den G20-Gipfel, kann es dabei immer wieder zu Spannungen mit professionellen Bewegungspolitiker*innen kommen, die tendenziell ein Bewegungsmanagement bilden. Dieses zeichnet sich durch eine eigene Sprache und bestimmte Hierarchien aus und weist damit einen Abstand zu einem Großteil der Protestierenden auf, welche sie potentiell vereinnahmen können. In Einzelfällen werden bezahlte Stellen geschaffen, um Proteste zu managen. Daraus folgt die Etablierung von formellen Sprecher*innen, da diese professionellen Bewegungspolitiker*innen für die Protestierenden sprechen. Infolgedessen interpretieren sie auch deren Handlungsweisen und suggerieren insgesamt eine politische Wirkmächtigkeit und Seriosität der sozialen Bewegungen, mittels der sie an hegemoniale Diskurse anzudocken hoffen. Dies deutet auf eine Orientierung auf hegemoniale Politikformen dieser Bewegungsaktivist*innen hin. Diese ist bei den unterschiedlichen Akteur*innen in Protestbündnissen verschieden ausgeprägt. Als eine bedeutende Kraft innerhalb des bewegungslinken Spektrums kann im deutschsprachigen Raum zweifellos der »postautonome« Zusammenschluss »Interventionistische Linke« (IL) betrachtet werden, der sich im Vorfeld auf die Mobilisierungen zum G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 formiert hatte und sich daher in Hinblick auf die Proteste gegen den G20-Gipfel in besonderer Verantwortung sah. Die Aktivist*innen beteiligten sich während der Gipfelproteste an mehreren Aktionen und organisierten die Aktion zivilen Ungehorsams »Block G20« unter dem Motto: »Colour the red zone«. Um mit einem postanarchistischen Ansatz nicht-hegemoniale und anti-hegemoniale Perspektiven stark zu machen (ohne jedoch jegliche Form hegemonialer Politik per se abzulehnen), kann die IL darauf hin untersucht werden, inwiefern ihre Politikformen hegemonial orientiert sind. Dies ist beispielsweise mittels einer Textanalyse

monstrationsteilnehmer*innen verkörperte). Die friedliche Aneignung des öffentlichen Raumes durch das »hedonistische Massencornern«, zu welchem für den 4. Juli 2017 aufgerufen wurde und an dem sich mehrere tausend Personen beteiligten, kann als *nicht-hegemoniale Politik* begriffen werden. Zwar wurden hier vor allem auch von »Recht-auf-Stadt«-Initiativen bestimmte politische Inhalte artikuliert, diese können jedoch nicht einem bestimmten gegenhegemonialen Projekt zugeordnet werden.

eines offiziellen Statements der IL als »vorläufige Bilanz« zu den Gipfel-Protesten vorstellbar. Der Text »Die rebellische Hoffnung von Hamburg« (IL-Bilanz 2017) vom 12. Juli 2017 kann dafür als paradigmatisch betrachtet werden. In ihm ist gut nachvollziehbar, wie die eigene, partikulare Deutung der Protestereignisse als allgemeine Beschreibung derselben ausgegeben wird und Aktionen verschiedener Akteur*innen gezielt einem diffusen »Wir« zugeordnet werden, von welchem angenommen werden kann, dass sich die IL als ihre Protagonistin sieht. Diesen Text aus einer postanarchistischen Perspektive heraus zu analysieren, sollte umgekehrt mit der Untersuchung einhergehen, wie unterschiedliche Akteur*innen ihre jeweils eigenen Sichtweisen in die Interpretation der Ereignisse einbringen. Daraus ließe sich der Blick auf die tatsächlich vorgefundene Bewegung richten, anstelle ein konstruiertes »Mosaik« links-emanzipatorischer Bewegungen anzunehmen.

3.3 Emanzipationsverständnis und Subjektivierungsprozesse

Bisher wurde der postanarchistische Ansatz vor dem Hintergrund einer Denkweise in Paradoxien und der Ambivalenz der Macht-Herrschaft-Problematik umrissen und beispielhaft durch die Konzeption einer Politik der Autonomie und von anti-hegemonialen und nicht-hegemonialen Politikformen und politischen Strategien verdeutlicht. Diese Aspekte lassen sich sinnvoll mit der Darstellung eines spezifisch postanarchistischen Verständnisses von Emanzipation kombinieren und exemplarisch anhand der hedonistischen Rave-Demo am 5. Juli 2017 unter dem Motto »Lieber tanz ich als G20« diskutieren. Es wird davon ausgegangen, dass die Ausgestaltung der Formen und Inhalte von politischen Ereignissen und Praktiken entscheidend dafür ist, ob und inwiefern sie emanzipierende Prozesse ermöglichen und begünstigen, und dass derartige Ermächtigungsvorgänge in kollektiven Erfahrungsräumen als wichtige Schritte für generelle Emanzipationsprozesse anzusehen sind. Mit einem postanarchistischen Ansatz kann danach gefragt werden, inwiefern das Konzept der Rave-Demonstration und ihre konkrete Umsetzung tatsächlich die »Spontaneität der Massen« (und somit ihr selbständiges und selbst-bewusstes Handeln) fördert oder nicht vielmehr eigentlich zu einer »Lethargie der Massen« beiträgt.

Weiterhin kann nach Subjektivierungsprozessen in und jenseits der bürgerlichen Subjektform gefragt werden, die im Postanarchismus zentral sind. Subjektivierung, die in Anschluss an Foucault (2015) zugleich als Unterwerfung und Handlungsbefähigung zu verstehen ist (Reckwitz 2008: 9-38), findet in allen Ereignissen der Proteste gegen den G20-Gipfel statt. Für einen postanarchistischen Ansatz sind dabei allerdings insbesondere die Krawalle im Schanzenviertel in der Nacht vom 7. auf den 8. Juli 2017 interessant, da anarchistische Theorien der »temporären autonomen Zone« (vgl. Arditi 2007: 218f.) die befreienden Aspekte

von Aufstandssituationen betonen, weil hier Grenzüberschreitungen besonders intensiv erfahren werden und subjektivierend wirken. Doch sind jene Verhaltensweisen, die in Räumen sichtbar werden, in denen kurzzeitig das staatliche Gewaltmonopol ausgesetzt wird, vor allem Ausdruck der bürgerlichen Subjektform (beziehungsweise ihres Scheiterns), oder verweisen sie auf (und verwirklichen sie bereits) alternative Subjektformen, wobei Letztere – etwa nach anarchistischen ethischen Vorstellungen – als wünschenswert erachtet werden?

Die postanarchistische Perspektive und Denkweise lässt sich also prinzipiell mit anderen sozialwissenschaftlichen Theorien verbinden und auf weitere Felder der Bewegungsforschung beziehen. Die Ablehnung oder der Verlust der mit dieser Perspektive einhergehenden ethischen Implikationen und ihrer herrschaftskritischen Intention würde sie allerdings untergraben, da dadurch der legitime Anspruch aufgegeben werden würde, theoretische Überlegungen aus (immer normativ gefärbten) politischen Perspektiven und Traditionen abzuleiten. Dafür ist ein Übersetzungsprozess erforderlich, in dem normative Ausgangspunkte, politische Intentionen, theoretische Prämissen, Leerstellen und Widersprüche des postanarchistischen Ansatzes transparent und nachvollziehbar abgebildet sowie seine Begrenzung und Reichweite offengelegt werden.

4. Fazit

In diesem Beitrag wurde ausgeführt, dass die Perspektive des Postanarchismus sich wesentlich aus verschiedenen theoretischen Figuren des poststrukturalistischen Denkens speist und diese mit anarchistischen Annahmen, Gedankengängen und Erfahrungswelten verbindet. Mithilfe einer postanarchistischen Perspektive werden die ethisch-utopischen Zielvorstellungen des Anarchismus betont, welche nach Autonomie strebende Politikformen und Lebensstile inspirieren und zu radikalem Handeln motivieren. Einen interessanten Untersuchungsgegenstand – z.B. bei den Proteste gegen den G20-Gipfel – bilden dabei die Formen der Vermittlung zwischen ethischer, organisatorischer und theoretischer Ebene bei verschiedenen Bewegungsakteur*innen. Um nach der wechselseitigen Vermittlung von politischen Zielvorstellungen und jeweiligen Handlungspraktiken fragen zu können, gilt es, die Ebenen im theoretischen Ansatz des Postanarchismus gedanklich zu trennen.

Stärker als etwa postmarxistische Ansätze formuliert er dabei eine konkrete Herrschaftskritik, die ihn auf einer Meso-Ebene zu einer solidarisch-kritischen Infragestellung der Praktiken, Strategien, Zielsetzungen und Organisationsformen verschiedener Akteur*innen in sozialen Bewegungen führt. Dies geschieht im Bewusstsein der grundlegenden Ambivalenz im Umgang mit der Notwendigkeit der Aneignung und Ausübung von Macht, bei gleichzeitig permanenter

Verhinderung ihrer Verdichtung zu Herrschaft – jene Herausforderung, der sich Anarchist*innen oftmals entzogen haben. Weniger als beispielsweise postoperaistische Ansätze zielt der Postanarchismus auf die Umwälzung der gesellschaftlichen Totalität als Ganzes ab, geht jedoch ebenfalls von einem immanenten Vorhandensein als wünschenswert erachteter (solidarischer, gleichberechtigter, freiwilliger etc.) Beziehungen aus, welche es auszubauen gälte. Weil gesellschaftliche Verhältnisse darüber hinaus jedoch grundlegend transformiert werden sollen, ist die postanarchistische Perspektive nicht reformerisch, sondern sozial-revolutionär. Mit ihrem Denken in Paradoxien betrachtet sie »präfigurative Politik«, also einen Handlungsmodus des Als-ob (Herrschaft aufgehoben werden kann), um tatsächliche Handlungsmöglichkeiten in politischen Prozessen – bevorzugt bei Protestereignissen – auszumessen und gedanklich zu erweitern. Dieses Denken stellt einen sinnvollen Ansatzpunkt dar, um links-emanzipatorische Politikvorstellungen, gesellschaftspolitische Narrative und Handlungsstrategien fortwährend zu hinterfragen und auf radikale Fluchtlinien hin auszurichten.

5. Literatur

Abensour, Miguel (2012): Demokratie gegen den Staat. Marx und das machiavellistische Moment, Berlin: Suhrkamp.

Adamczak, Bini (2017): Beziehungsweise Revolution, Berlin: Suhrkamp.

Aden, Hartmut (Hg.) (2004): Herrschaftstheorien und Herrschaftsphänomene, Wiesbaden: Springer VS.

Arditi, Benjamin (2007): »Post-hegemony: outside the usual post-Marxist paradigm«, in: Contemporary Politics 13 (3), S. 205-224.

Becker, Florian/Candeias, Marion/Niggemann, Janek/Steckner, Anne (Hg.) (2013): Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte, Hamburg: Argument Verlag.

Bedorf, Thomas/Röttgers, Kurt (2010): Das Politische und die Politik, Berlin: Suhrkamp.

Bröckling, Ulrich/Feustel, Robert (2010): Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen, Bielefeld: transcript.

Call, Lewis (2002): Postmodern Anarchism, Lanham: Lexington Books.

Clark, John (2013): The Impossible Community. Realizing communitarian Anarchism, London: Bloomsbury.

Cuonzo, Margaret (2015): Paradoxien, Berlin: Berlin University Press.

Day, Richard J.F. (2005): Gramsci is Dead. Anarchist currents in the Newest Social Movements, London/Ann Arbor: Pluto Press.

Eibisch, Jonathan (2017): »Vom Inhalt und Nutzen postanarchistischer politischer Theorien«, in: Philippe Kellermann (Hg.): Ne znam. Zeitschrift für Anarchismusforschung 6, S. 91-109.

- Fisahn, Andreas (2008): Herrschaft im Wandel. Überlegungen zu einer kritischen Theorie des Staates, Köln: PapyRossa.
- Foucault, Michel (2015): »Subjekt und Macht«, in: ders.: Analytik der Macht, Berlin: Suhrkamp, S. 240-263.
- Graeber, David (2009): Direct Action. An Ethnography, Oakland/Edinburgh: AK Press.
- G20-Protestwelle (2017): Eine andere Politik ist nötig! https://www.cms.igme-tall-kueste.de/files/D_a336425705.pdf. Zugegriffen: 05. März 2019.
- Imbusch, Peter (Hg.) (2012): Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Theorien und Konzeptionen, Wiesbaden: Springer VS.
- Interventionistische Linke (2017): Die Rebellische Hoffnung von Hamburg. Eine erste, vorläufige Bilanz der Interventionistischen Linken. www.interventionistische-linke.org/beitrag/die-rebellische-hoffnung-von-hamburg. Zugegriffen: 05. März 2019.
- Jun, Nathan J. (2011): Anarchism and Political Modernity, New York/London: continuum.
- Jun, Nathan J. (2018): "The State", in: Carl Levy/Matthew Adams (Hg.), The Palgrave Handbook of Anarchism, New York/London: Palgrave Macmillan, S. 27-45.
- Kastner, Jens (2000): Politik in der Postmoderne: Libertäre Aspekte in der Soziologie Zygmunt Baumans, Münster: Unrast.
- Kastner, Jens (2011): »Hegemonie, Alltag und die ›langhaarigen und frenetischen Romantiker‹. Antonio Gramsci und der Anarchismus«, in: Philippe Kellermann (Hg.), Begegnungen feindlicher Brüder. Zum Verhältnis von Anarchismus und Marxismus in der Geschichte der sozialistischen Bewegung, Bd. 1, Münster: Unrast, S. 86-106.
- Kinna, Ruth/Davis, Laurence (Hg.) (2014): Anarchism and utopianism, Manchester: Manchester University Press.
- Kuhn, Gabriel (2007): Jenseits von Staat und Individuum. Individualität und autonome Politik, Münster: Unrast.
- Loick, Daniel (2017): Anarchismus zur Einführung, Hamburg: Junius.
- Lundström, Markus (2018): Anarchist Critique of Radical Democracy. The Impossible Argument, Cham: Palgrave Macmillan.
- Marx, Karl (1962): Ȇber P.J. Proudhon«, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Marx-Engels-Werke, Bd. 16, Berlin: Dietz-Verlag, S. 25-32.
- Marx, Karl (1963): »Brief an Pawel W. Annenkow«, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Marx-Engels-Werke, Bd. 27, Berlin: Dietz-Verlag, S. 451-462.
- May, Todd (1994): The Political Philosophy of Poststructuralist Anarchism, Pennsylvania: Pennsylvania State University Press.
- Milstein, Cindy (2013): Der Anarchismus und seine Ideale, Münster: Unrast.

- Mümken, Jürgen (2003): Freiheit, Individualität, Subjektivität, Frankfurt a.M.:
 Assoziation A.
- Mümken, Jürgen (Hg.) (2005): Anarchismus in der Postmoderne. Beiträge zur anarchistischen Theorie und Praxis, Frankfurt a.M.: Assoziation A.
- Newman, Saul (2001): From Bakunin to Lacan. Anti-Authoritarianism and the Dislocation of Power, Lanham: Lexington Books.
- Newman, Saul (2010): The Politics of Postanarchism, Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Reckwitz, Andreas (2008): Subjekt, Bielefeld: transcript.
- Rousselle, Duane/Evren, Süreyya (Hg.) (2011): Post-Anarchism: A Reader, Chicago: Pluto Press.
- Seyferth, Peter (Hg.) (2015): Den Staat zerschlagen. Anarchistische Staatsverständnisse, Baden-Baden: Nomos.
- Sitrin, Marina (2018): »Anarchism and the Newest Social Movements«, in: Carl Levy/Matthew Adams (Hg.): The Palgrave Handbook of Anarchism, New York/London: Palgrave Macmillan, S. 659-676.
- Wallat, Hendrik (2015): Fundamente der Subversion. Über die Grundlagen materialistischer Herrschaftskritik, Münster: Unrast.

Hegemonietheoretische Analyse islamistischer Bewegungen; postkolonial-feministische Perspektiven auf Islam und Islamismus

Kernidee und Perspektive des Ansatzes Entgegen vorherrschender Analysen, die Islamismus als politisierte Religion und damit auf eine

ideologische Funktion reduzieren, nimmt der Ansatz die spezifischen Artikulationsformen von Religion, Politik und Geschlecht in gesellschaftlichen Kämpfen in den Blick. Islamistische (Frauen-)

Bewegungen werden infolgedessen als soziale Kräfte in Kämpfen um Hegemonie verstanden. Zentrale theoretische Grundlagen/Arbeiten Hegemonie dient mir als zentrale Kategorie politischer Analyse, die von Antonio Gramsci geprägt

und in der Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe weiterentwickelt wurde. In dieser Konzeption können soziale Bewegungen als soziale Kräfte verstanden werden, die maßgeblich am Prozess der

ein Konzept von Religion als Trägerin von Bedeutung nach Clifford Geertz zugrunde.

Artikulation gesellschaftlicher Konflikte beteiligt sind. Für die Analyse islamistischer Bewegungen ist Religion bzw. der Islam als analytische Kategorie zu konzipieren. Entgegen orientalistischer Lesarten, in denen Islamismus als »Rückkehr des Religiö-

sen« und dem Islam eine fixierte transhistorische Bedeutung zugeschrieben wird, legt der Ansatz

Schließlich basiert der Ansatz auf einer Konzeption von Geschlecht als gesellschaftlicher Strukturkategorie und damit als soziales Verhältnis, das in gesellschaftlichen Kämpfen hergestellt und

umkämpft wird. Anwendung: Methoden

Die Forschung beruht auf qualitativen empirischen Daten, die in Form von Expert*inneninterviews

Anwendung: Fallbeispiel

Das vorgestellte Fallbeispiel untersucht die islamistische Frauenbewegung in der Türkei und fragt, wie Geschlechterverhältnisse in dieser Bewegung zu einem spezifischen historischen Zeitpunkt

(Mitte der 2000er Jahre) artikuliert werden und wie sich darin hegemoniale Kämpfe ausdrücken.

mit islamistischen Aktivist*innen und ethnographischen Methoden erhoben wurden.

Anwendung: Beispiele Eine hegemonietheoretische Analyse des Aufstiegs des politischen Islam in der Türkei hat Ilker

wicklung. Wechselwirkungen in Staat und Gesellschaft, Mandelbaum: Wien. Die Erforschung von Islamismus aus der Perspektive der US-amerikanisch geprägten sozialen Bewegungsforschung wird von Asef Bayat (2005) hinsichtlich der möglichen Chancen dieser Her-

Ataç vorgelegt: Ataç, Ilker (2007): »Kampf um Hegemonie: Zur Entstehung des politischen Islam in der Türkei in den 1970er-Jahren«, in: Gerald Faschingeder/Clemens Six (Hg.), Religion und Ent-

angehensweise und ihrer Grenzen diskutiert: Bayat, Asef (2005): »Islamism and social movement theory «, in: Third World Quarterly 26 (6), S. 891-908.

Islamismus als soziale Bewegung

Kämpfe um Hegemonie aus postkolonial-feministischer Perspektive

Tanja Scheiterbauer

1. Einleitung: Thinking otherwise - Islamismus als soziale Bewegung?

Islamismus wird spätestens seit 9/11 in engem Zusammenhang mit Jihadismus im Rahmen von Terrorismus-/Extremismusforschung und Security Studies diskutiert (vgl. u.a. Kepel 2000; Rougier 2007). Die Analysen und das hierdurch produzierte Wissen über islamistische Bewegungen sind vor allem durch eine auf Sicherheitspolitiken fokussierte Erkenntnisperspektive verengt (vgl. Volpi 2011). Der Jihadismus deckt jedoch nicht das gesamte heterogene Spektrum islamistischer Bewegungen ab, sondern ist nur eine Form des Islamismus.¹ Betont wird in der Islamismusforschung vor allem der Befund, dass die facettenreiche und lange Geschichte vielgestaltiger islamistischer Bewegungen in verschiedenen nationalen Kontexten sowie in transnationalen Netzwerken weder eine alleingültige theoretische Perspektivierung, noch die Rede von dem Islamismus als einheitliches Phänomen zulässt (vgl. u.a. Esposito 1997; Mandaville 2007; Volpi 2011; Wiktorowicz 2004).

Islamistische Frauenbewegungen haben empirische feministische Forschungen vor eine weitere besondere Herausforderung gestellt: Das Auftreten Kopftuch oder Schleier tragender Frauen in Protesten, politischen Arenen und Parteien, die vormals männlich (und säkular) bestimmt waren, wird als das markanteste Zeichen für die gesellschaftliche Durchdringung islamistischer Bewegungen in der MENA²-Region gedeutet (vgl. Ilyasoglu 2000). So wurde konstatiert, dass diese

¹ Jihadismus kann als eine militante Form von Islamismus bezeichnet werden, die seit den 1970er Jahren im Maghreb und im Mashrek sowie in Südasien entstanden ist. Während die Anwendung und Legitimierung von Gewalt in der islamistischen Bewegung extrem umstritten ist, erheben Jihadist*innen den bewaffneten Kampf nicht nur zum Mittel, um ein politisches Ziel zu erreichen, sondern zur zentralen Glaubenspflicht von Muslim*innen.

² MENA wird hier verwendet als Akronym für Middle East and North Africa.

Bewegungen es einerseits ermöglicht haben, Frauen neue Handlungsräume für verschiedene Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen und neue Formen von Identitätspolitik zu entwerfen (vgl. u.a. Badran 2002; Klein-Hessling et al. 1999; Mahmood 2005). Andererseits werden durch diese Bewegungen essentialistische Vorstellungen einer naturhaften Ordnung der Geschlechter transportiert und bereits erkämpfte Frauenrechte in manchen Kontexten in Frage gestellt (vgl. u.a. Göle 2004; Kreile 2009). Zugespitzt formuliert, ist durch das Auftreten dieser Bewegungen eine Kontroverse entstanden, die sich unterteilt in poststrukturalistisch und subjekttheoretisch inspirierte Analysen, die die Handlungsfähigkeit der Subjekte in der Vordergrund stellen und die islamistischen Frauenbewegungen als autochthonen islamischen Feminismus interpretieren, sowie in strukturalistisch orientierte Zugriffe, die Islamismus mit patriarchaler Unterdrückung gleichsetzen.

Die Aufgabe postkolonial-feministischer Kritik besteht meines Erachtens darin, soziale Praktiken und Politiken islamistischer Frauen(-Bewegungen) jenseits der Dichotomie von feministischem Widerstand und patriarchaler Beherrschung zu analysieren und die Kontinuitäten kolonialer Wissensbestände in diesen Repräsentationsformen zu entschlüsseln. Ich schlage vor, die heterogenen islamistischen (Frauen-)Bewegungen als soziale Kräfte in Kämpfen um Hegemonie zu betrachten und dabei an die Hegemonie- und Diskurstheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2014) anzuschließen. Das Erkenntnisinteresse richtet sich aus dieser Perspektive nicht zentral darauf, wie es diesen Bewegungen gelingt, religiöse Praktiken und Diskurse zu verändern oder diese zu politisieren. Vielmehr werden die spezifischen Artikulationsformen von Religion, Politik und Geschlecht in gesellschaftlichen Kämpfen in den Blick genommen. Soziale Bewegungen werden dabei gesellschaftstheoretisch als zivilgesellschaftliche Kräfte³ verstanden, die um Hegemonie ringen. Dies setzt voraus, Religion als Analysekategorie im Hinblick auf deren eurozentrische Konzeptualisierung zu befragen, um die darin verwobenen komplexen Verhandlungen von Geschlecht, Macht und Kolonialität freizulegen.

Im ersten Teil des Beitrags werden zentrale Begriffe der Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe erläutert und die Grenzen ausgelotet, die dieser theoretischen Perspektivierung gesetzt sind. Im zweiten Teil wird das Verhältnis von Religion und sozialer Bewegung geklärt. Die Möglichkeiten einer postkolonial-feministischen Rekonzeptualisierung von Religion werden diskutiert, um sich der Bedeutung von Religion für soziale Bewegungen anzunähern, die über ein Ver-

³ Das Konzept Zivilgesellschaft wird hier nicht im liberalen Sinne gebraucht, demzufolge Zivilgesellschaft als demokratisierende Kraft konzipiert wird, die Politik »von unten« gestaltet. Zivilgesellschaft wird in Anlehnung an Gramscis Verständnis als Arena, in der Hegemonie hergestellt, aber auch in Frage gestellt werden kann, verwendet.

ständnis hinaus geht, das Islamismus auf eine politische Ideologie reduziert. Im letzten Teil des Beitrags werde ich anhand meiner eigenen Feldforschungen über die islamistische Frauenbewegung in der Türkei zeigen, welche methodologischen und methodischen Implikationen diese Perspektive für qualitativ-empirische Forschungen bereithält.

2. Forschungsansatz

2.1 Islamistische (soziale) Bewegungen: Hegemonietheoretische Perspektiven

Ernesto Laclau versteht Hegemonie als die zentrale Kategorie politischer Analyse (Butler/Laclau 1998: 259). Der Begriff, wie ihn Antonio Gramsci geprägt hat, meint die Fähigkeit herrschender Gruppen und Klassen, ihre Interessen so durchzusetzen, dass diese von subalternen Klassen als Allgemeininteresse betrachtet werden (vgl. Laclau/Mouffe 2014: 57). Hegemoniale Verhältnisse sind in der Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe als prinzipiell unabgeschlossen und als Ergebnis politischer Aushandlungsprozesse zu verstehen. Gegenwärtige soziale Formationen und deren Strukturierung können als unabgeschlossen und veränderbar begriffen werden (vgl. Butler/Laclau 1998: 254). Der Fokus wird gerichtet auf die antagonistische und machtförmige Konstituierung des Sozialen; dessen innere Brüchigkeit und Kontingenz wird betont. Hegemonie ist dabei erst das Ergebnis »artikulatorischer Praktiken« (articulatory practices) (vgl. Laclau/Mouffe 2014: 120). Mit Artikulation beschreiben Laclau und Mouffe Praktiken, die eine Beziehung zwischen Elementen so etablieren, dass deren Identität als Resultat modifiziert wird (ebd.: 111).

Inwiefern geben soziale Bewegungen aus dieser theoretischen Perspektive Auskunft über den Zustand der gesellschaftlichen Formation, die diese konstituieren? Soziale Probleme, die von sozialen Bewegungen bearbeitet werden, verweisen zwar auf die jeweiligen antagonistischen Verhältnisse einer sozialen Formation. Funktionalistische Perspektiven reduzieren die Bedeutung sozialer Bewegungen an dieser Stelle jedoch auf eine Art »Frühwarnsystem« (vgl. z.B. Luhmann 1996) von Gesellschaft, denen die Aufgabe beigemessen wird, diese sozialen Probleme >anzeigen« zu können. Demgegenüber gehen Laclau und Mouffe davon aus, dass Antagonismen als polysemisch betrachtet werden müssen, und somit in multiplen Formen vorliegen können. In welcher Form antagonistische Verhältnisse artikuliert werden, ist demnach davon abhängig, wie sie diskursiv konstituiert sind (Laclau/Mouffe 2014: 152). Politische Positionen und Identitäten werden also nicht aus sozialen Positionen oder objektiven Verhältnissen abgeleitet, sondern in politischen Kämpfen diskursiv hergestellt. Gesellschaftliche Antagonismen, die

ihren Ausdruck in islamistischen Bewegungen finden, werden aus dieser theoretischen Perspektive nicht als Konflikte zwischen (prä-existenten) religiösen/islamischen und säkularen Identitäten bestimmt. Vielmehr liegt der Fokus auf der Frage, wie (kollektive) Identitäten in islamistischen Bewegungen diskursiv konstituiert werden und mit welchen Vorstellungen, Diskursen und Praktiken diese hergestellt werden. Die Bandbreite und Heterogenität islamistischer Bewegungen in verschiedenen Regionen der Welt können somit als unterschiedliche Artikulationen antagonistischer Verhältnisse interpretiert werden.

An dieser Stelle zeigen sich auch die Grenzen von Laclau und Mouffes Werk: In ihrem Versuch, das Hegemonie-Konzept von Antonio Gramsci einer anti-essentialistischen Re-Lektüre zu unterziehen, werden zwar die sozialen Produktionen von Bedeutung durch und in sozialen Bewegungen begrifflich und konzeptionell erfassbar. Die Reproduktion von Materialität bleibt jedoch in ihren Begrifflichkeiten und Konzepten untertheoretisiert (vgl. Scherrer 1995: 466; Sum/Jessop 2013: 132). Um diese Zusammenhänge analysierbar zu machen, bedarf es meines Erachtens eines stärkeren Zusammendenkens sozialer Bewegungsforschung mit historisch-materialistischen Theorien, ohne dabei die Polysemie der Antagonismen kapitalistischer Vergesellschaftung auf den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zu reduzieren.

2.2 Religion und soziale Bewegung in postkolonialen Kontexten

Während von der Islamismusforschung gesagt werden kann, dass der hier grundlegende Begriff der Religion und das epistemologische Grundverständnis dieser bisher wenig diskutiert wurde, gibt es in der sozialen Bewegungsforschung einige Ansätze, Religion und soziale Bewegung zusammenzudenken (vgl. Willems 2004).

Gesellschaftstheoretisch fundierte Erklärungsansätze in der Religionssoziologie fragen nach der Einlassung von Religion und des Religiösen in gesellschaftliche Verhältnisse sowie deren Transformationen. Hier wird Islamismus als »Rückkehr der Religionen«, als »Politisierung der Religion« oder als »Krise der Moderne« gedeutet (vgl. u.a. Riesebrodt 2000). In diesen Studien wird der Islam als Mittel der Widerspruchsbearbeitung betrachtet: Die »Wiederbelebung des Religiösen« wird als Ausdruck des Widerstands gegen Prozesse der Säkularisierung, der Modernisierung sowie der Globalisierung gelesen, die seit den 1970er Jahren die MENA-Region verändert haben (vgl. ebd.).

Die gesellschaftstheoretischen Implikationen dieser Erklärungsmodelle sind aus zwei Gründen unzureichend, um die Transformations- und Modernisierungsprozesse dieser Region zu verstehen: Zum einen beruhen diese auf der »Säkularisierungsthese«, die davon ausgeht, dass Prozesse der Modernisierung notwendigerweise auf der zunehmenden Emanzipation und Ausdifferenzierung von

Staat, Ökonomie, und Wissenschaft von der religiösen Sphäre beruhen. Sowohl Talal Asad (2003) als auch José Casanova (2007) haben kritisiert, dass mit der Universalisierung der Säkularisierungsthese (als Voraussetzung für Modernisierung) verdeckt bleibt, dass Säkularisierung in Europa als gesellschaftlicher Prozess, aber auch als theoretischer Begriff aufs Engste mit der internen Transformation des europäischen Christentums und der Herausbildung moderner Nationalstaaten verbunden ist. Die Auseinandersetzung mit der »Rückkehr der Religionen« wird somit vor dem Hintergrund einer dezidiert eurozentristischen Deutung und Entwicklung von gesellschaftlichem Wandel geführt, was jedoch unbenannt bleibt. Zudem schreiben sich Erklärungsmodelle, die von einer ›Rückkehr der Religionen« ausgehen, in orientalistisch-kolonialistische Formen der Wissensproduktion ein, in denen der Islam als ›das Andere‹ von Moderne und Aufklärung fungiert und die Idee der Andersartigkeit >der islamischen Welt</br> (vgl. Said 1978). Die gesamte Region wird trotz ihrer politischen, ökonomischen kulturellen und religiösen Heterogenität als kulturell-islamisch (über-)determiniert konstruiert (kritisch hierzu u.a. Al-Ali 2002; Zayzafoon 2005).

Die komplexen gesellschaftlichen Transformationsprozesse, in die der Islamismus in verschiedenen Kontexten eingebettet ist und auf die er gleichzeitig einwirkt, werden darauf reduziert, dass der politische Raum zunehmend von Religion bestimmt wird. Der Religionsbegriff ist dabei geprägt von der Annahme, es gäbe im Islam eine fixierte transhistorische Bedeutung, die religiösen Normen und Schriften (wie z.B. dem Koran) umstandslos entnommen werden könne.

Demgegenüber wird in poststrukturalistischen Rekonzeptualisierungen von Religion diese als Trägerin von Bedeutung verstanden (vgl. Geertz 2017). Ayse Saktanber (2002) hat im Anschluss an diese Theorieperspektive vorgeschlagen, den Islam in seiner Dimension als Kultur zu adressieren, um die vielfältigen Facetten seiner Bearbeitung erfassen zu können (ebd.: 4). Betont wird die immer nur partielle und zeitlich begrenzte Möglichkeit der Festschreibung von Bedeutung. »Der Islam« bzw. islamische religiöse Praktiken, auf die sich islamistische Aktivist*innen beziehen, können somit als jeweils im spezifischen historischen und geografischen Kontext diskursiv konstituiert und materialisiert verstanden werden. Religion ist als unabgeschlossener Raum von Diskursen, Praktiken und Institutionen zu verstehen, deren Bedeutungen fortwährend von sozialen Akteur*innen bearbeitet und hergestellt werden (vgl. Saktanber 2002). Die Herausforderung hier ist es jedoch, die Materialität von Religion und Religiosität nicht diskursiv aufzulösen, sondern angesichts von Verkörperungen von Geschlecht oder der Institutionalisierung von Religion auch die soziale Strukturierung von Religion und Geschlecht in die Analyse miteinbeziehen zu können. Die Diskurse und Artikulationen des Islam sind daher in ihrer Verschränkung mit sozialen und vergeschlechtlichten Praktiken, Verkörperungen und Institutionen zu verstehen, um die materielle Dimension von Religion und ihre Wirkmächtigkeit hinsichtlich sozialer Strukturierung zu erfassen.⁴

Soziale Bewegungen, die sich in ihren Kämpfen auf den Islam als Referenzund Handlungsrahmen beziehen, schaffen in diesen Auseinandersetzungen Verbindungen des islamischen Referenzrahmens zu anderen Diskursen (wie z.B. dem der Frauenrechte oder dem der Menschenrechte, vgl. u.a. El Guindi 2000). Die artikulatorischen Praktiken, die in diesen Auseinandersetzungen generiert werden und nicht nur als sprachliche Akte, sondern auch als menschliche Handlungen zu begreifen sind, schaffen neue Bedeutungen, Praktiken, Institutionen und Strukturen. Der Islam ist Sammelpunkt unterschiedlichster und widersprüchlicher Deutungen, die durch Praktiken der Artikulation erst hergestellt werden (vgl. Scheiterbauer 2014: 58-61).

3. Forschungspraxis

3.1 Methodologische Grundlegungen empirischer Forschungen über islamistische Frauenbewegungen – Looking and hearing otherwise?

Um der Forschungsfrage nachzugehen, wie sich Geschlechterverhältnisse in islamistischen Frauenbewegungen in der Türkei in den 2000er Jahren artikulieren, wurden ethnografische Forschungsmethoden wie teilnehmende Beobachtung mit qualitativen Interviews kombiniert. Darüber hinaus wurden Materialien, die von Aktivist*innen und Bewegungsorganisationen produziert wurden (Infomaterialien, Internetseiten oder auch publizierte Interviews und Veröffentlichungen von Aktivist*innen) in die Analyse miteinbezogen. Das theoriegenerierende Expert*inneninterview, wie es von Meuser und Nagel (2002) entwickelt wurde, zeigte sich als geeignet für die Erkenntnisziele der empirischen Forschung, weil damit das Deutungswissen und die Erfahrungen von Subjekten erhoben werden können, die spezifische soziale Systeme strukturieren (Bogner/Menz 2002: 43). Als qualitative Methode eignet sich das Expert*inneninterview zudem, weil sich dadurch die verschiedenen und oftmals auch innerhalb der Bewegung umkämpften Deutungsweisen religiöser Praktiken (wie das Tragen des Kopftuchs) und religiöser Diskurse nachzeichnen lassen. Darüber hinaus können mithilfe von ethnografischen Methoden soziale Bewegungen als kollektives Handeln ent-

⁴ Diese meines Erachtens wichtige theoretische Verbindung der semiotischen und außer-semiotischen Dimension sozialer Verhältnisse wird ausführlich diskutiert in Hauf 2016: 35-58.

schlüsselt werden, wenn z.B. Protest- und Organisationsformen in die Analyse mit einbezogen werden.⁵

3.2 Soziale Bewegung und Geschlechterpolitiken: Empirische Einblicke und theoretische Rückbindungen

Der Kampf gegen das Kopftuchverbot⁶ an türkischen Universitäten und in öffentlich-staatlichen Institutionen war für die islamistische Frauenbewegung, die Anfang der 1980er Jahre entstand, identitätsstiftend (wenn auch nicht darauf beschränkt).

Im Verlauf der Jahre haben sich die Diskurse und Praktiken dieser Bewegung der urbanen Mittelklasse verändert: Während islamistische Aktivist*innen das Kopftuchverbot in den 1980er Jahren noch mit Diskursen wie »Das Kopftuch ist unsere Ehre« politisierten, waren die 2000er Jahre vor allem von Kämpfen um Religions- und Meinungsfreiheit geprägt, die zunehmend mit dem Diskurs der Menschenrechte verbunden wurden. Obgleich ein Großteil der Bewegungsaktivist*innen das Tragen des Kopftuchs als religiöse Pflicht erachtet, ist das bis Ende der 2000er Jahre geltende staatliche Kopftuchverbot als Einschränkung des Menschenrechts auf Glaubensfreiheit in der Öffentlichkeit thematisiert worden. Gleichzeitig wurde damit auch das laizistische Verständnis der strikten Trennung von Religion und Staat als für Frauen ausschließend und diskriminierend kritisiert: Die durch das Kopftuchverbot bewirkten Ausschlüsse vieler Frauen* aus öffentlich-staatlichen Einrichtungen und aus bestimmten Berufsfeldern wurden als geschlechtsspezifische Formen der Diskriminierung und als Rechtsverletzungen zur Sprache gebracht. Laizistische Politiken - so die Argumentation -, die das Tragen religiöser Symbole in staatlichen Institutionen im Namen der strikten Trennung von Staat und Religion im Sinne des Kemalismus verbieten, würden bestehende ungleiche Geschlechterverhältnisse verschärfen, da nur gläubige Frauen und nicht Männer von dem Verbot betroffen seien (vgl. Scheiterbauer 2014: 177-179). Die Aktivist*innen berufen sich in ihren Forderungen auf das republikanische Gleichheitsversprechen als türkische Staatsbürger*innen. Die kemalistische Erzählung der modernen türkischen Nation hat in besonderer Weise Gleichheit zwischen Frauen und Männern in das Nationalstaatsprojekt eingeschrieben. Die »moderne« Frau, die als säkular orientiert und westlich gekleidet verkörpert wurde, fungierte als Fahnenträgerin dieses Modernisierungsprojekts (vgl. Göle 2004).

⁵ Die ethnografische Feldforschung umfasste in dieser Studie beobachtende Teilnahme bei Gruppentreffen, Versammlungen und Vernetzungstreffen sowie Protestkundgebungen.

⁶ Ein Gesetz, das ausdrücklich das Tragen des Kopftuchs verbietet, existiert zwar nicht, aber Verordnungen z.B. für Staatsbeamt*innen schreiben vor, dass Bedienstete ihren Kopf unbedeckt lassen müssen (vgl. Göztepe 2004).

In den Diskursen und diskursiven Praktiken der Bewegung wird deutlich, wie das vorherrschende Verständnis der modernen nationalen Identität in Frage gestellt und neu organisiert wird. Die im nationalistischen Diskurs etablierte Gleichsetzung der Bedeutung »säkular« = »westlich« = »fortschrittlich« wird kritisiert, weil >religiös dadurch nicht nur aus dem nationalen Selbstverständnis und Identitätskonstruktionen ausgeschlossen wird. Durch die Gleichsetzung von ›religiös‹ mit ›rückständig‹ und ›traditionell‹ und der Verkörperungen dieser Charakteristika durch Kopftuch tragende Frauen sind diese als ›differente Andere‹ der türkischen Nation konstituiert worden (vgl. Scheiterbauer 2014: 133-134). Der hier beschriebene Antagonismus bezieht sich nicht nur auf politische Exklusion, sondern wird hier als ein doppelter bearbeitet: Die Geschlechterdifferenz wird als gesellschaftliches Machtverhältnis thematisiert. Gerade letztere Artikulationsform hat dazu beigetragen, dass es zu partiellen Verbindungen und Solidarisierungen zwischen den Kämpfen islamistischer und feministischer Aktivist*innen kommen konnte. In vielen Analysen werden diese Prozesse als »Politisierung der Religion« bezeichnet, im Sinne einer illegitimen Grenzüberschreitung dessen, was als politisch und laizistisch verfasster Raum verstanden wird. Aus hegemonietheoretischer Perspektive, die an Laclau und Mouffe anschließt, lässt sich gerade an diesen Prozessen »das Politische« erkennen, da durch Politisierung die Kontingenz gesellschaftlicher Sinnfixierungen aufscheint.

Wird die islamistische Frauenbewegung im Kontext gesellschaftlicher Kämpfe analysiert, wird deutlich, wie diese Bewegung dazu beigetragen hat, staatliche Herrschaft umzubauen. Ilker Atac (2007) hat die Formierung des Islamismus in der Türkei seit den 1970er Jahren hegemonietheoretisch untersucht. Er hat dabei herausgearbeitet, wie sich in der Phase der neoliberalen Restrukturierung der Türkei nach dem Militärputsch 1980 eine Bündelung nationalistischer und islamistischer Kräfte formierte. Der konstitutive Zusammenhang von neoliberaler Restrukturierung und der Entstehung des Islamismus ist mittlerweile in vielen Studien hervorgehoben worden.7 Diese ging einher mit der Zerschlagung und Repression linker gewerkschaftlicher Kräfte und Politiken (vgl. u.a. Caglar 2000: 191), die sich lange gegen die harten Maßnahmen der Restrukturierung des Internationalen Währungsfonds gewehrt hatten (vgl. Yavuz 2003). Werden die oben beschriebenen Diskursverschiebungen im Zusammenhang mit den Veränderungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse betrachtet, so kann die Bewegung kaum als Ausdruck von Demokratisierungsprozessen betrachtet werden. Erkennbar wird, wie in diesen Transformationsprozessen der Islam selbst als diskursives Feld analysiert werden muss, das von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen umkämpft, verändert und angeeignet wird und in dem Hegemonie ausgearbeitet wird (vgl. Scheiterbauer 2014: 91).

⁷ Für Ägypten siehe u.a. Bayat 2007.

4. Fazit

Eine hegemonietheoretische Perspektive ermöglicht es, islamistische Bewegungen als Bestandteil der Kämpfe um Hegemonie in Prozessen neoliberaler Restrukturierung zu begreifen. Jene Antagonismen werden in den Blick genommen, die in diesen Prozessen erzeugt werden und die multiplen Formen, in denen sie artikuliert und in denen kollektive Identitäten erst hervorgebracht werden. Hiermit lässt sich ein positivistisches Verständnis überwinden, wonach gesellschaftliche Widersprüche soziale Probleme hervorbringen, die als solche bereits erkennbar und von sozialen Bewegungen bearbeitet werden können. Die von Laclau und Mouffe entwickelten Konzepte der Hegemonie und der Artikulation halten somit Antworten für einige der Grundfragen gesellschaftstheoretisch fundierter Bewegungsforschung bereit.

Anhand qualitativ empirischer Forschungen kann gezeigt werden, dass Geschlechterverhältnisse, wie sie in islamistischen Frauenbewegungen thematisiert werden, sich nicht auf ein Verständnis von Geschlechterkomplementarität reduzieren lassen, das aus dem Islam abgeleitet wird. Vielmehr zeugen die Verschiebungen in den Thematisierungsweisen von Geschlecht davon, dass gesellschaftliche Widersprüche, wie die Unterordnung von Frauen, mit anderen Formen der Unterordnung (Klasse und religiöse Zugehörigkeit) artikuliert werden und wie vergeschlechtlichte Identitäten in diesen Prozessen hergestellt und verändert werden.

5. Literatur

- Al-Ali, Nadje (2002): "The Women's Movement in Egypt, with Selected References to Turkey". https://www.files.ethz.ch/isn/102668/5.pdf. Zugegriffen: 3. Februar 2018.
- Asad, Talal (2003): Formations of the Secular: Christianity, Islam and Modernity, Stanford: Stanford University Press.
- Ataç, Ilker (2007): »Kampf um Hegemonie: Zur Entstehung des politischen Islam in der Türkei in den 1970er-Jahren«, in: Gerald Faschingeder/Clemens Six (Hg.), Religion und Entwicklung. Wechselwirkungen in Staat und Gesellschaft, Wien: Mandelbaum.
- Badran, Margot (2002): »Islamic Feminism: What's in a Name«, in: Al-Ahram Weekly Online, 17-23 Januar. http://weekly.ahram.org.eg/2002/569/cu1.htm. Zugegriffen: 23. Januar 2019.
- Bayat, Asef (2007): Making Islam Democratic. Social Movements and the Post-Islamist Turn, Stanford: Stanford University Press.

- Bogner, Alexander/Menz, Wolfgang (2002): »Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnsinteresse, Wissensformen und Interaktion«, in: Alexander Bogner/Beate Littig/Wolfgang Menz (Hg.), Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung, Opladen: Leske+Budrich, S. 33-70.
- Butler, Judith/Laclau, Ernesto (1998): »Verwendungen der Gleichheit«, in: Judith Butler/Simon Critchley/Ernesto Laclau/Slavoj Žižek (Hg.), Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus, Wien: Turia+Kant, S. 238-261.
- Casanova, José (2007): »Rethinking Secularization: A Global Comparative Perspective«, in: Peter Beyer/Lori G. Beaman (Hg.), Religion, Globalization and Culture, Brill: Leiden, S. 101-120.
- Çaglar, Gazi (2000): Staat und Zivilgesellschaft in der Türkei und im osmanischen Reich, Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- El Guindi, Fadwa (2000): Veil: Modesty, Privacy and Resistance, Oxford/New York: Berg.
- Esposito, John L. (1997): Political Islam: Revolution, Radicalism, or Reform? Boulder: Lynne Rienner.
- Geertz, Clifford (2017): The Interpretation of Culture, New York: Basic Books.
- Göle, Nilüfer (2004): »Die sichtbare Präsenz des Islam und die Grenzen der Öffentlichkeit«, in: Nilüfer Göle/Ludwig Ammann (Hg.), Islam in Sicht. Der Auftritt von Muslimen im öffentlichen Raum, Bielefeld: transcript, S. 11-44.
- Göztepe, Ece (2004): »Die Kopftuchdebatte in der Türkei. Eine kritische Bestandsaufnahme für die deutsche Diskussion«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 33-34, S. 32-38.
- Hauf, Felix (2016): Beyond Decent Work. The Cultural political Economy of Labour Struggles in Indonesia. Frankfurt a.M.: Campus.
- Ilyasoglu, Aynur (2000): »Islamist Women in Turkey: Their Identity and Self-Image«, in: Zehra F. Arat (Hg.), Deconstructing Images of »The Turkish Woman«, New York: Palgrave, S. 241-261.
- Kepel, Gilles (2000): Jihad: Expansion et Déclin de l'Islamisme, Paris: Gallimard.
- Klein-Hessling, Ruth/Nökel, Sigrid/Werner, Karin (Hg.)(1999): Der neue Islam der Frauen: Weibliche Lebenspraxis in der globalisierten Moderne. Fallstudien aus Afrika, Asien und Europa, Bielefeld: transcript.
- Kreile, Renate (2009): Transformation und Gender im Nahen Osten. In: Martin Beck/Cilja Harders/Annette Jünemann/Stephan Stetter (Hg.), Der Nahe Osten im Umbruch. Zwischen Transformation und Autoritarismus, Wiesbaden: VS, S. 253-276.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2014): Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics, London/New York: Verso.
- Luhmann, Niklas (1996): Protest: Systemtheorie und soziale Bewegungen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Mahmood, Saba (2005): Politics of Piety: The Islamic Revival and the Feminist Subject, Princeton: Princeton University Press.
- Mandaville, Peter (2007): Global Political Islam. New York: Routledge.
- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (2002): »ExpertInneninteriews vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion«, in: Alexander Bogner/Beate Litttig/Wolfgang Menz (Hg.), Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung, Opladen: Leske+Budrich, S. 71-93.
- Riesebrodt, Martin (2000): Die Rückkehr der Religionen. Fundamentalismus und der ›Kampf der Kulturen‹, München: C.H. Beck.
- Rougier, Bernard (2007): Everyday Jihad: The Rise of Militant Islam among Palestinians in Lebanon, Cambridge: Harvard University Press.
- Saktanber, Ayse (2002): Living Islam: Women, Religion and the Politicization of Culture in Turkey, London/New York: I.B. Tauris.
- Said, Edward (1978): Orientalism. Western Conceptions of the Orient, New York: Pantheon Books.
- Scheiterbauer, Tanja (2014): Islam, Islamismus und Geschlecht in der Türkei. Perspektiven der sozialen Bewegungsforschung, Wiesbaden: Springer.
- Scherrer, Christoph (1995): »Eine diskursanalytische Kritik der Regulationstheorie«, in: Prokla 25, S. 457-482.
- Sum, Ngai-Ling/Jessop, Bob (2013): Towards a Cultural Political Economy: Putting Culture in its Place in Political Economy, Cheltenham: Edward Elgar.
- Volpi, Frederic (2011): Political Islam. A Critical Reader, London/New York: Routledge.
- Willems, Ulrich (2004): »Religion und soziale Bewegungen Dimensionen eines Forschungsfeldes«, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 17, S. 28-41.
- Wiktorowicz, Quintan (2004b): Islamic Activism: A Social Movement Theory Approach, Bloomington: Indiana University Press.
- Yavuz, M. Hakan (2003): Islamic Political Identity in Turkey, Oxford/New York: Oxford University Press.
- Zayzafoon, Lamia Ben Youssef (2005) The Production of the Muslim Woman: Negotiating Text, History and Ideology, New York: Lexington Books.

Artikulationen

Die Artikulation postfundamentalistischer Bewegungen

Kernidee und Perspektive des Ansatzes

Kernidee der postfundamentalistischen Perspektive auf soziale Bewegungen ist ein analytischer Fokus auf A(nta)gonismus, Abwesenheit und Kontingenz. Im Vergleich zu anderen Arbeiten wird

von vier >Vektoren< der Artikulation operationalisiert, sichtbar, wie politische Akteur*innen trotz

durch diesen Beitrag, der den Artikulationsbegriff nach Ernesto Laclau und Chantal Mouffe in Form

vielschichtiger Konflikte Forderungen aufstellen und Repräsentationsangebote machen können.

Akteur*innen (z.B. Laclau/Mouffe 2001) zu betonen.

Zentrale theoretische Grundlagen/Arbeiten Die zentralen theoretischen Ansätze für diese Entwicklung stammen aus der postfundamenta-

listischen bzw. postmarxistischen politischen Theorie. Sie sind wichtig für die hier ausgeführte Perspektive, um das Ringen zwischen Universalität und Partikularität (z.B. Laclau 2007), das Hin-

und Herschwingen zwischen Abwesenheit und Anwesenheit bzw. die (Un-)Möglichkeit von Repräsentation (z.B. Marchart 2013) und den grundlegend (gegen-)hegemonialen Charakter politischer

Anwendung: Methoden

Die Operationalisierung des Artikulationsbegriffs dient sowohl als analytisches als methodisches Werkzeug, um die Organisations- und Entscheidungsdynamiken heterogener sozialer Bewegungen empirisch greifbar zu machen. Die sogenannten >Artikulationsvektoren (#1 Handlungsmäch-

tigkeit/Agency; #2 Versuch der Totalisierung; #3 Produktion/Herausforderung von Diskurs; #4 Fixierung flottierender diskursiver Elemente) markieren sowohl einzelne Merkmale kollektiver politischer Subjekte als auch ineinander verschränkte Ordnungsprinzipien jener Subjekte für deren

(Selbst-)Beschreibung, Einflussnahme und repräsentative Positionierung in umkämpften politischen Kontexten.

Anwendung: Fallbeispiel

Als mein Fallbeispiel dient die freie Berliner Kulturszene, die sich 2012 zur Koalition der Freien Szene als neuer politischer Akteur zusammenschloss, und deren Entstehungs- und Artikulationsbewegung ich in meiner Dissertation untersuchte (Landau 2019a).

Anwendung: Beispiele

Meine Dissertation bietet eine erste Forschungsarbeit zur Exploration eines postfundamentalisti-

schen Ansatzes für die Formation neuer politischer Akteur*innen (Landau 2019a). Auch Marcharts (2013) Überlegungen zu post-identitären Artikulationen im Zuge der EuroMayDay-Bewegung beschäftigen sich mit sozialen Bewegungsakteur*innen aus postfundamentalistischer Perspektive.

Weiterhin ist Leipolds und Winkels (2016) Ansatz diskursiver Handlungsmächtigkeit spannend für das Verstehen der Herausbildung diskursiv-repräsentativer Akteur*innen.

A(nta)gonistische Artikulation

Ein postfundamentalistischer Zugang zu sozialen Bewegungen

Friederike Landau

Einleitung: Ein konflikttheoretischer Zugriff auf soziale Bewegungen

Der folgende Beitrag aktiviert politische Theorien des Antagonistischen/Agonistischen (Laclau/Mouffe 2001; Mouffe 2005; Marchart 2013; Roskamm 2017), um einen konfliktorientierten Zugang zu Praktiken der Mobilisierung, Repräsentation und Legitimation sozialer Bewegungen zu erarbeiten. Im Rahmen der Diskussion poststrukturalistischer Ansätze auf soziale Bewegungen skizziere ich mithilfe einer konflikttheoretischen Perspektive das Zusammenspiel von unüberwindbarem Konflikt (Antagonismus) und Variationen von ›gezähmtem‹ Konflikt (Agonismus) sogenannter >postfundamentalistischer Bewegungen. Über die binäre Kategorisierung von Konflikt- oder Konsensbewegungen (McCarthy/Wolfson 1992; Della Porta 2008) und die generelle Annahme hinaus, dass soziale Bewegungen politische oder kulturelle Konflikte thematisieren, verstehe ich Konflikte oder Konfliktualität nicht nur als Thema, Tragfläche oder Treibstoff sozialer Bewegungen, sondern als konstitutives (Be-)Gründungsmerkmal sozialer Bewegungen. Der Mehrwert der Betrachtung sozialer Bewegungen unter dem Vorzeichen von Konflikt liegt nicht nur in der Identifikation verschiedener Ebenen von Konflikt oder Antagonismus, die gängige Sichtweisen auf ›Erfolg‹ oder ›Scheitern‹ von Bewegungen irritieren können. Eine Betonung von und analytische Hinwendung zur Produktivität von Konflikt im Hinblick auf das Verstehen von gegenhegemonialen Gesellschaftsentwürfen kann auch das Erkunden und Theoretisieren potentiell neuer Möglichkeiten emanzipatorischen politischen Handelns bestärken (Landau 2017a). Entgegen einem konsensverhafteten Verständnis von Politik und Demokratie, welches sich durch den scheinbaren Triumph neoliberaler Alternativlosigkeit und die These, dass wir in einem postpolitischen Zeitalter leben, verbreiten (Beveridge/Koch 2016; Swyngedouw 2009), ist ein Anliegen dieses Beitrags, aus dem Windschatten der Dominanz deliberativer Demokratie hinauszutreten und die politische Debatte, postpolitisch oder nicht, durch Blickverschiebungen auf neue Artikulationsformen von Politik zu (re-)politisieren (Jessop 2014). Anstatt Heterogenität, Unstimmigkeiten und Konflikt als Scheitern oder Fehler zu degradieren, versteht die hier ausgeführte antagonistische Perspektive Dynamiken der Konflikt- und Kontingenzverhandlung als reflexive Momente möglicher politischer Emanzipation. Anders gesagt, der Beitrag nimmt die Kategorien von A(nta)gonismus, Abwesenheit und Kontingenz als zentrale Bestandteile einer postfundamentalistischen Konzeption von sozialen Bewegungen in den Blick, um zu verstehen, wie sich kollektive politische Akteur*innen unter diesen analytischen Vorzeichen formieren. Weiterhin ist es Bestreben dieses Beitrags, interdisziplinären Bewegungsforscher*innen eine exemplarische empirische Analyse aus dem wenig beachteten Feld künstlerischer und kultureller Akteur*innen im Forschungskontext sozialer Bewegungen vorzustellen (Hollands/Vail 2012; Lee/Lingo 2012). Neben der explorativen Fallstudie möchte der Beitrag Leser*innen und Praktiker*innen des Handbuchs das in postmarxistischer Diskurstheorie verankerte Konzept der Artikulation als praktisch-analytisches Werkzeug zugänglich machen. Die Ent-Ankerung oder Entschlüsselung des Artikulationsbegriffs soll mithilfe der hier vorgestellten vier Artikulationsvektoren für eine Vielzahl lokaler, kultureller und politischer Felder zur Analyse neuer politischer Akteur*innen¹ anwendbar gemacht werden, um eine akteur*innenzentrierte Analyse sozialer Bewegungen vornehmen zu können, die sich nicht auf vorgegebenen kollektiven Identitäten oder Wesensmerkmalen ausruht oder ausschließlich von rational-instrumenteller Interessensmaximierung ausgeht.

2. Forschungsansatz: Postfundamentalismus -Bewegung aus radikaler Abwesenheit heraus

Im Feld verschiedener Theorien zu Konflikt und Antagonismus verfolge ich eine postfundamentalistische Perspektive (Marchart 2007, 2010). Für die Ergründung des Wesenszustands einer Bewegung beschäftige ich mich mit drei wesentlichen Elementen innerhalb der postfundamentalistischen Theorien: Abwesenheit, Kontingenz und A(nta)gonismus.

¹ Im Wissen um andere sozialtheoretische Auseinandersetzungen mit Artikulationstheorien, wie beispielsweise Stuart Halls Ansatz, der in diesem Handbuch analysiert wird (siehe Drobot in diesem Band), oder Antonio Gramscis Ausführungen, auf dessen Werk die Arbeit von Laclau und Mouffe maßgeblich aufbaut, widmet sich dieser Beitrag ausschließlich einer postfundamentalistischen Analyse der Artikulation nach Laclau und Mouffe und meiner eigenen Weiterentwicklung.

Zunächst geht postfundamentalistisches Denken von der Abwesenheit letzter Gründe wie zum Beispiel Religion, Natur, Technik oder Vernunft aus. Soziale und politische Identitäten und Machtzusammenhänge entstammen also nicht aus einer unbezwingbaren oder absoluten Rationalität, Notwendigkeit oder Wertvorstellung, sondern entwickeln und begründen sich aus einer radikalen Kontingenz. Diese unüberwindbare Nicht-Notwendigkeit verdeutlicht, dass sämtliche Positionen und Forderungen, die im politischen Feld Entwürfe von Macht- und Gegenmacht hervorbringen, generell hinterfragbar und veränderbar sind. Die Entstehung neuer Akteur*innen und Forderungen vollzieht sich nach der Erkenntnis der Abwesenheit und eigentlichen ›Leere‹ letzter Rechtfertigungen über das ›gute‹ Leben, den ›guten‹ Staat oder die ›gute‹ Politik, ohne eindeutige Antworten auf diese normativen Vorstellungen geben zu können. Postfundamentalismus ist in dieser Negativität (»Da ›ist‹ kein Grund«) jedoch nicht mit Anti-Fundamentalismus oder Fatalismus gleichzusetzen. Akteur*innen sind angesichts der ›Leere« des politischen Feldes nicht grundsätzlich politisch demotiviert, gelähmt oder verfallen in nihilistische Hoffnungslosigkeit. Im Gegenteil verweist der postfundamentalistische Zugriff auf die Notwendigkeit permanenter Aushandlung verschiedener Positionen und Identitäten, die temporäre und prekäre Grundierungen politischer und sozialer Bedeutung hervorbringen. In anderen Worten muss politische Bedeutung, Macht und Verantwortung gemacht und gegründet werden.

Schließlich ist der Begriff des A(nta)gonismus maßgeblich für die Ergründung politischer Beziehungen. Antagonismus umschreibt Chantal Mouffe (2005, 2009) in Rückgriff auf Carl Schmitt als politischen Dialog unter Feind*innen, die auf gegenseitige Konfrontation und Zerstörung abzielen. Antagonismus präsentiert sich als unauslöschliche Dimension des Streits und Konflikts in menschlichen Beziehungen, die eine finale Schließung von Identität, Bedeutung oder Macht auf einer ontologischen Ebene unmöglich macht. Anders gesagt, eine politische Identität oder Institution viste nie in einer höheren Rationalität oder Notwendigkeit begründet, sondern entsteht als Resultat aus umstrittenen Prozessen, die Begründungen übergangsweise hervorbringen und als prekäre Hegemonien etablieren. Während sich Konflikt also als konstitutiv für politische Beziehungen herausstellt, konzeptualisiert Mouffe (2013) durch das Einhalten von Regeln, insbesondere den Respekt für Freiheit und Gleichheit, das Entstehen agonistischer Beziehungen. Agonistische Akteur*innen verstehen ihren politischen Austausch als Wettstreit (lat.: agon) unter legitimen Gegner*innen. Während Interpretationen und Auslegungen von ›Freiheit‹ und ›Gleichheit‹ sowohl als axiomatisch festgesetzte Grundwerte liberaler Demokratie, als auch jeweils in sich selbst ambivalent bleiben, wird Agonismus als ergebnisoffene Konfliktkategorie erkenntlich.

Die ›gezähmte‹ Version des Antagonismus führt einerseits zu einem Spannungsverhältnis zwischen Antagonismus und Agonismus (Roskamm 2015), da letzterer Gefahr laufen könnte, Antagonismus auszuschalten bzw. zu entradikalisieren. Andererseits aktiviert das spannungsgeladene Verhältnis zwischen irreduziblem Antagonismus und Spielarten des Agonismus Möglichkeiten für emanzipatorische Politik sozialer Bewegungen oder anderer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, da eben nicht das Zerstören einer Feind*in im Vordergrund steht, sondern die Herstellung eines konfliktuellen Konsenses (Landau 2017b).² Das Ausverhandeln von konfliktuellem Konsensk identifiziert Mouffe als Bestandteil agonistischer Politik und Demokratie (Mouffe 2005).

Im Hinblick auf neue politische Akteur*innen³ sind Abwesenheit, Kontingenz und A(nta)gonismus für die (Be-)Gründungen für und von sozialen Bewegungen ständig (neu) ge- und begründet, eben als streitbare und zeitlich-räumlich kontingente Strukturen sozialer Ordnung (Marchart 2013). Somit handelt es sich auch bei postfundamentalistischen Bewegungen um ein ständiges Oszillieren zwischen Konstruktion und Destruktion, Grund und Abgrund, Einschreibung in und Exodus aus bestehenden politischen und institutionellen Strukturen zwischen Bewegung und Stillstand. Letztlich entsteht durch das Wegfallen letzter Gründe eine Abwesenheit, die im Sinne einer produktiven Leere die Entstehung, Formen und Wirksamkeit sozialer Bewegungen radikal neu denken kann. Somit geht eine postfundamentalistische Betrachtungsweise auch über rein epistemologische Überlegungen hinaus und wendet sich den gesellschaftstheoretischen und ontologischen Dimensionen sozialer Bewegungen zu, welche in der Bewegungsforschung unterbeleuchtet blieben (Misoczky et al. 2017: 247).

Im Kontext von Bewegungsforschung über das Entstehen kollektiver Identitäten (Melucci 1989) gehe ich von einer radikalen Abwesenheit aus, aus welcher kollektive politische Subjekte sich gründen. Angesichts der sich so eröffnenden Analysemöglichkeiten bietet der empirische Fall des Berliner Kulturfelds einen Einblick in die Anwendung des postfundamentalistischen Artikulationsbegriffs. Die Artikulationsperspektive zeigt das Entstehen einer sozialen Bewegung unter Bezugnahme auf A(nta)gonismus, Abwesenheit und Kontingenz auf. Anschließend argumentiere ich, dass in Transformationsprozessen politischer Organisationen oder Bewegungen, die sich zwischen Agonismus und Antagonismus bewegen, ihre antagonistische Grundausrichtung oder Konfliktualität nicht

² Ich habe diese Konsens- und Konfliktverhandlungsmechanismen zur Erreichung (temporärer) konfliktueller Konsensformationen in einer sogenannten «Konfliktuellen Konsens Matrix« entlang ontologischer (d.h. wertebasierter oder »ideologischer«, unüberbrückbarer Differenzen) und ontischer Konflikte (d.h. maßnahmen- oder ressourcenbezogener, potentiell zu überwindender Differenzen) veranschaulicht (Landau 2019a: 81).

³ In Anlehnung an Laclau (1994: 6) verstehe ich die Herausbildung neuer politischer Identitäten oder Akteur*innen als Resultat antagonistischer und artikulatorischer Identifikationsprozesse.
Das heißt, politische Akteur*innen oder Zugehörigkeiten basieren nicht auf einer gegebenen Essenz oder Notwendigkeit, sondern gründen sich aus einer ontologischen Abwesenheit letzter Gründe.

verschwindet, sondern diese in verschiedenen agonistischen Konstellationen und Netzwerken aktualisiert wird. Da Antagonismus jederzeit wieder ausbrechen kann, aber agonistische Akteur*innen auch jederzeit wieder neue Allianzen schmieden können, ermöglicht das a(nta)gonistische Rahmenwerk einen analytischen Zugriff, um die Organisation sowie Identitäts- und Entscheidungsbildung neuer politischer Akteur*innen zu verstehen. Das Skizzieren von vier Vektorender Artikulation soll verdeutlichen, inwiefern sich soziale Bewegungen als gegenhegemoniale Momente in bestehende politische Strukturen einschreiben und so mittels neuer Formen der Entscheidungsfindung, Forderungsaufstellung und Repräsentation auf zukunftsweisende Formen der Demokratie verweisen können. Der Begriff des Vektors soll nicht im engeren Sinne die mathematische Vermessung politischer Aktivitäten ausdrücken, sondern die Gerichtetheit und Intensität politischer Energien sowie die Vielzahl repräsentativer Forderungen oder Strategien anzeigen, die zur Etablierung einer Bewegung herangezogen werden.

3. Forschungspraxis: Die freie Kulturszene Berlins, eine postfundamentalistische soziale Bewegung?

Die Kollektivierung der Berliner >Freien Szene<, bestehend aus Künstler*innen und Kulturschaffenden aus sämtlichen Kunstsparten der bildenden und darstellenden Kunst, Jazz, neuer Musik, Tanz, Literatur, Kulturproduktion sowie künstlerischen Projekträumen, in Form der Koalition der Freien Szene (Koalition) soll verdeutlichen, wie postfundamentalistische und a(nta)gonistische Konzepte in empirischen Erklärungszusammenhängen sozialer Bewegungen operationalisiert werden können. Die Koalition versteht sich als offene Aktionsplattform für freie Kulturproduzent*innen Berlins und setzt sich aus verschiedenen Gremien, vor allem dem lose geformten, nicht im engeren Sinne demokratisch gewählten Sprecher*innenkreis zusammen. Der Sprecher*innenkreis besteht aus Vertreter*innen spartenspezifischer Verbände sowie kulturpolitisch aktiven Individuen als Sprecher*innen. Darüber hinaus gibt es Arbeitsgruppen und ein regelmäßig stattfindendes Plenumstreffen, um kulturpolitische Forderungen der Freien Szene zu bündeln und anschließend in Gesprächen mit Kulturverwaltung und -politik in Politik- und Haushaltsverhandlungen einzubringen (mehr zum Hintergrund der Organisation siehe Landau 2016).

Im Folgenden diskutiere ich die Koalition als soziale Bewegung im Sinne eines Netzwerks von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, sozialen Gruppen oder Organisationen zur Vertretung gemeinsamer, jedoch nicht notwendigerweise rationaler oder ökonomischer Interessen (Kern 2008). Die Koalition ist aufgrund ihrer regelmäßigen, wenn auch zu Beginn wenig demokratisch verfassten Treffen, sowie aufgrund eines gemeinsam erstellten Forderungskatalogs, dem Elf-

Punkte-Plan, mehr als eine zufällige oder spontane soziale Interaktionsform. In Verbindung mit der postfundamentalistischen Perspektive dieses Beitrags soll die Koalition als soziale Bewegung beleuchtet werden, die sich im permanenten Aushandlungsprozess ihrer eigenen Position befindet. Oliver Marchart (2013: 224) bietet hierzu einen postfundamentalistischen Zugriff an, um kollektive Bewegungsakteur*innen zu verstehen, und bezeichnet sogenannte post-identitärek Bewegungen als "paradoxe Form der Selbstinfragestellung, eine reflexive Bewegung, die die eigene Identität – natürlich nie vollständig und in jeder Beziehung, aber doch hinsichtlich ihrer Grenzen und Grundlagen – in Frage stellt oder zu stellen bereit ist«.

In Anlehnung an dieses Verständnis und meine Konzeptualisierung der Koalition als postfundamentalistischem politischem Akteur (Landau 2019a) gehe ich folglich nicht davon aus, dass einer Bewegung irgendeine Essenz oder kohärente Gemeinsamkeit innewohnt (außer der Gemeinsamkeit der Differenz gegenüber einem konstitutiven Außen), sondern vielmehr, dass sie aus der Abwesenheit ihrer eigenen Begründung heraus entsteht. Um Bewegung zu werden oder zu gründen, konstituieren sich postfundamentalistische Bewegungen somit durch permanente (Be-)Gründungsanstrengungen in Form von Artikulationen oder Forderungsaufstellungen (Saward 2006). Nicht eine gegebene oder strukturelle Einheit, Identität oder Berechtigung, sondern das andauernde Postulieren von letztlich kontingenten Forderungen nach anderen Gesellschafts- oder Machtordnungen konstituieren die Bewegung (Laclau 2007b). Im Verlauf dieses Postulierens stellen postfundamentalistische soziale Bewegungen bestehende Verhältnisse in Frage (Dislokation) und können zum Beispiel durch Verstetigung und Routinisierung ihrer eigenen Aktivitäten und Organisationsprinzipien zu neuen institutionellen Formationen beitragen (Sedimentationen; Landau 2019c).

Obwohl Abwesenheit als wichtiges Kriterium für postfundamentalistische Bewegungen identifiziert wird, ist weder Abwesenheit noch die gegründete oder artikulierte Anwesenheit final zu erhalten. Postfundamentalistische Bewegungen changieren stets zwischen Gründungsversuch und der Infragestellung von (letzten) Gründen. Dies hält postfundamentalistische Bewegungen im wahrsten Sinne des Wortes in permanenter Bewegung. Neue politische Akteur*innen, Subjekte oder Repräsentationen formieren sich entsprechend qua Aufstellung von Forderungen. Durch den Artikulationsbegriff sollen nicht nur die Prozesse der Formulierung und Repräsentation von Forderungen, sondern auch Abgrenzungsmöglichkeiten zu anderen sozialen Interaktionsformen erkenntlich werden. Stellt eine Bewegung beispielsweise keinen Anspruch auf die Repräsentation einer sozialen Allgemeinheit (siehe Vektor #2 in Kapitel 3.2) oder macht den Versuch, heterogene Positionen zu einer temporären diskursiven Einheit verbinden zu (wollen) (siehe Vektor #4), handelt es sich nicht um eine postfundamentalistische Bewegung im hier skizzierten Verständnis. Artikulationen postfundamentalistischer

Bewegungen verdichten im Gegensatz zu Interaktionen politischer oder sozialer Art zu Repräsentations- und (Gegen-)Hegemoniebestrebungen, die zwischen den konfliktuellen Polen der (Selbst-)Identifikation und (Selbst-)Hinterfragung hinund herschwingen.

3.1 Vektoren der Artikulation

In ihrem Klassiker Hegemony and socialist strategy: Towards a radical democratic politics begreifen Chantal Mouffe und Ernesto Laclau (2001:105) Artikulation als

»[a]ny practice establishing a relation among element such that their identity is modified as a result of the articulatory practice. The structured totality resulting from the articulatory practice, we will call discourse. The differential positions, insofar as they appear articulated within a discourse, we will call moments. By contrast, we will call element any difference that is not discursively articulated.«

Ausgehend von dieser Definition der Artikulation habe ich vier analytische Vektoren⁴ abstrahiert, welche die Entstehung oder Artikulation sozialer Bewegungen operational erfassbar machen sollen. Während in Laclau und Mouffes Begriff bereits wesentliche Elemente zur Konzeption postfundamentalistischer politischer Akteur*innen anklingen, bedarf es einer weiteren Schärfung bzw. analytischen Auseinandersetzung. Die Artikulationsvektoren sollen sowohl einzelne Repräsentationspositionierungen als auch als ineinander verschränkte Legitimationspraktiken beleuchten. Ich schlage folgende Vektoren vor:

- #1 Artikulation als Praxis: Agency, Handlungsmächtigkeit;
- #2 Artikulation als (Versuch der) Totalisierung: Repräsentation von Universalität;
- #3 Artikulation als Produktion/Herausforderung von Diskurs: (De-)Konstruktion;
- #4 Artikulation als *Fixierung* flottierender Elemente als diskursive Momente: Stabilisierung.

Aus dem qualitativen Datenkorpus⁵ meiner Dissertation schöpfend möchte ich im Folgenden aufzeigen, wie in den Kommunikations- und Verhaltensweisen

⁴ Der Ausdruck des »Vektors« spielt mit der Assoziation mathematischer oder physikalischer Vermessung, drückt analytisch jedoch das Vorhandensein von und die Stärke politischer Mobilisierungs- und Repräsentationsfähigkeit aus. Durch die Bündelung und Verbindung einzelner artikulatorischer Anstrengungen zeigen die Vektoren an, wie sich kollektive Akteur*innen durch das Aufstellen repräsentativer Forderungen oder Strategien positionieren.

⁵ Das Material der Dissertation besteht aus über 20 qualitativen Interviews mit Sprecher*innen der Koalition sowie Verwaltungsangestellten der Senatskanzlei, der mehrjährigen teilnehmenden Beobachtung von Plenumstreffen der Koalition (2014-2018) und einer kritischen Dokumenten-

der Koalition diese einzelnen Vektoren sichtbar werden, ineinandergreifen und unterschiedlich priorisiert werden. So zerlege ich die Organisations- und Entscheidungsprinzipien des Fallbeispiels der Koalition als agentische Praktiken (#1 Artikulation), um Differenzen zwischen den einzelnen diskursiven Elementen temporär als diskursiven Moment (oder Versuch der Äquivalenz) zu bündeln (#4 Artikulation), der eine Verschiebung des kulturpolitischen Diskurses in Berlin hin zur Unterstützung freier Kulturproduktion einfordert (#3 Artikulation). Im Hinblick auf die Berliner Freie Szene, die schätzungsweise 40.000 bis 50.000 freie Kulturproduzent*innen umfasst, präsentiert sich die Koalition als Sprachrohr für diese diverse und räumlich verstreute Gesamtheit (#2 Artikulation). In Verbindung dieser einzelnen Vektoren artikuliert sich die Koalition im engeren Sinne des Begriffs als postfundamentalistische Bewegung bzw. als Akteur der Berliner Kulturpolitik, die durch förderpolitische Forderungen für den Erhalt und die Stärkung freier Kulturproduktion Berlin als kreative Stadt umdeutet und so von unten artikuliert (Misoczky 2017).

3.2 Artikulation in Aktion - Die Koalition der Freien Szene

Im Hinblick auf die erste Dimension von Artikulation als Praxis oder agentische Tätigkeit (#1 Artikulation) bestärkt die Koalition ihre politische und repräsentative Rolle im Machtkomplex der Berliner Kulturpolitik immer wieder durch eine Definition als >offene Aktionsplattform<. Diese Sprachregelung, die sich im Laufe der Jahre vorranging als (Selbst-)Beschreibung der Gruppe verbreitet hat, fungiert jedoch nicht als kollektive Identität im engeren Sinne. Die ›offene Aktionsplattform« wird wesentlich durch Handlungen und Entscheidungen vom oben angesprochenen Sprecher*innenkreis getragen, welcher als quasi-legitimierter Zusammenschluss ›für‹ die Gesamtheit der Freien Szene agiert. Die freischaffenden Künstler*innen selbst unterstützen zwar gegebenenfalls die Koalition, identifizieren sich aber weniger wahrscheinlich direkt als Teil der Gruppe. Die Identifikation erfolgt eher in Verbindung zu einzelnen der unterschiedlichen Akteur*innen (z.B. Spartenverbände), Meinungen und Haltungen zu einem temporären Moment oder Ausdruck ›der‹ Freien Szene als Ansammlung heterogener Elemente (siehe #4 Artikulation). Das Mandat zur aktiven Dialogführung mit Schlüsselfiguren der Kulturverwaltung und -politik und zur Verhandlung über die Um- und Neugestaltung von Förderinstrumenten sowie des Kulturhaushalts erobern sich die Sprecher*innen ›qua Aktion‹, also durch den Einsatz für die Belange der Freien

analyse von Presse- und Haushaltsdokumenten. Die Datenauswertung erfolgte in einem mehrschrittigen Kodierungsverfahren. Zur Theoriebildung aus dem empirischen Material wurden zudem die sensibilisierenden Konzepte Konflikt/Konsens und Partikularität/Universalität zur Navigation und Strukturierung des Interviewmaterials entwickelt.

Szene, die im Elf-Punkte-Plan formuliert sind, aber durch konkrete Praktiken aktualisiert werden. Diese Tätigkeiten der Sprecher*innen, einzeln oder im Verbund, umfassen die Teilnahme an Treffen mit Mitgliedern der Kulturverwaltung, das Konzipieren und Verfassen von Positionspapieren, Pressemitteilungen, Überarbeiten von Konzepten der Verwaltung etc. Auf der anderen Seite ist die Aktivität oder Aktion der Koalition im Gegensatz zur (angeblichen) Passivität anderer kulturpolitischer Initiativen ein legitimierendes Moment. Diese artikulatorische Begründung über Aktion oder Aktivierung verbindet sich auch mit dem zweiten Vektor (s.u.), der auf die zu repräsentierende Gesamtheit abzielt. Gegenüber der >spontanen und >losen Verbindung der Gruppe Haben und Brauchen sowie dem als schwerfällig(er) und teilweise nicht präsent beschriebenen Rat für die Künste artikuliert sich die Koalition als handlungsfähiger(er) Akteur der Kulturpolitik. Im Laufe des nun siebenjährigen Bestehens nahm der kulturpolitische Einfluss der Koalition zeitweise zu, als Politiker*innen, Kulturverwaltungsangestellte und die fachlich interessierte Öffentlichkeit die Gruppe zunehmend als kollektive Stimme der Freien Szene wahrnahmen und anerkannten. Im Hinblick auf die relative Offenheit und Transparenz der Gruppe (die, wie gesagt, nicht unerhebliche demokratische Defizite aufweist, die jedoch durch alternative Legitimationen kompensiert werden; Landau 2019a: 86ff.), argumentiert die Gruppe als selbstorganisierte und -verwaltete Struktur damit, dass sie die Kulturproduzent*innen selbst vertrete, und somit im relativen Gegensatz zu repräsentative(re)n Strukturen wie dem Rat für die Künste zu sehen sei, da Letzterer gewählt werde, allerdings (angeblich) weniger auf die Belange der Kulturproduzent*innen, als auf künstlerische Präsentation und Kulturinstitutionen ausgerichtet sei. Im Hinblick auf die Artikulationspraxis steht hier also das konkrete Handeln in alltäglichen politischen Verfahrens- und Verwaltungsabläufen und das Ermächtigen eigener Handlungsfähigkeit im Vordergrund.

Der zweite Vektor der Artikulation umreißt den Versuch der Totalisierung (#2 Artikulation). Diese Totalisierung, egal ob erfolgreich oder scheiternd, bezieht sich auf Prozesse der Ein- und Ausschließung bzw. der Herstellung von Partikularität und Totalität/Universalität. Um eine Totalität herzustellen, müssen einige Elemente ausgeschlossen werden: Da Elemente einer Bewegung unterschiedlich sind, muss durch Artikulation übergangsweise eine relative Einheit hergestellt werden, also artikuliert werden, die es der Bewegung möglich macht, als kollektives politisches Subjekt aufzutreten. Im Fall der Koalition bleiben die einzelnen Kunstspartenverbände und engagierten Einzelkünstler*innen stets different; sie markieren und sind markiert durch Unterschiede hinsichtlich ihrer kulturpolitischen Historie, ihrer Beziehungen zu politischen Akteur*innen, politischem und verwaltungstechnischem Knowhow, ihrer zeitlichen Ressourcen und ihren kulturpolitischen Erfolgen. In der artikulierten Totalität der Koalition, die aus verschiedenen Partikularverbänden besteht, die jeweils eine künstlerische Sparte

oder Produktionsform vertreten, werden diese differenziellen Elemente jedoch äquivalent in ihrer Gemeinsamkeit, nicht ›der Kulturverwaltung‹ oder ›der Politik zugehörig zu sein. Die eigentlich unterschiedlichen Elemente schließen sich also in ihrer Differenz zu einem gemeinsamen/konstitutiven Außen zu einer Äquivalenzkette zusammen (Laclau 2007b). Unterschiede zwischen den Sparten werden somit weniger relevant, als die Gemeinsamkeit der Differenz zu einem Außen. Innerhalb des Spannungsverhältnisses zwischen Unterschied (Differenz) und Gemeinsamkeit (Äguivalenz) vollzieht sich also im zweiten Artikulationsvektor eine Aushandlung zwischen Universalität und Partikularität hin zu einer relativen Äquivalenz, oder >relativen Universalität<, die die Koalition mit ihrem Vertretungsanspruch untermauert (Laclau 2007a). Im artikulatorischen Versuch des zweiten Vektors übersteigt die Koalition sozusagen ihre eigene Form, da sie eben nicht nur die Interessen einzelner künstlerischer Sparten aggregieren und vertreten will, sondern das eigentlich Unmögliche wagt: die unklare, sich immer verändernde Gesamtheit der Berliner Freien Szene zu repräsentieren. Dieser Anspruch wird in den Selbstbeschreibungen der Koalition deutlich, wenn Sprecher*innen davon berichten, ›für‹ die gesamte Szene zu sprechen, oder für nicht Anwesende >mitzusprechen<, >mitzuhandeln< und deren Forderungen und Nöte >mitzutragen<. Judith Butler (2008: 32-33, Übersetzung FL) versteht den anti-essentialistischen Charakter des Universalen als »fragiles, wandelndes und immer unvollständiges Erreichen einer politischen Aktion; es ist nicht die Hülle einer Anwesenheit, sondern Platzhalter einer Abwesenheit«. Hier verschränkt sich der zweite Artikulationsvektor also entgegen dem totalitären Repräsentationsdrang mit der radikalen Abwesenheit, die ich als Kennzeichen einer postfundamentalistischen Perspektive auf soziale Bewegungen und politische Akteur*innen unterstreiche. Anstatt sich der Macht-Illusion eines Universalvertretungsanspruchs völlig hinzugeben, ist das Streben nach Macht, Universalität oder Totalität einer postfundamentalistischen Artikulation oder Bewegung auf temporäre Grenzziehungen zwischen ›uns‹ und ›ihnen‹ ausgerichtet, die jederzeit widerrufen werden können. Somit werden hegemoniale Setzungen und Ordnungen unter anderem durch gegenhegemoniale Bestrebungen oder Bewegungen einerseits destabilisiert und andererseits auch hervorgebracht (Mouffe 2007; Landau i.E. 2019b). Anders gesagt, Machtkonstrukte werden fast paradoxerweise durch kritische Stimmen und Akteur*innen in ihrer hegemonialen Position gestärkt. Ersichtlich wird jedoch (beruhigenderweise), dass das Scheitern der vollständigen Repräsentation sowohl auf Seiten hegemonialer als auch gegenhegemonialer Akteur*innen vorprogrammiert ist: Die Koalition engagiert sich zwar in dem eigentlich unmöglichen Unterfangen, Universalität zu repräsentieren und verlautbart an manchen Stellen, dass die Koalition quasi-universal ›für‹ die gesamte Freie Szene von 40.000 bis 50.000 Kulturschaffenden spricht oder sprechen kann/will. Gleichzeitig lehnt die Gruppe es ab, als universal oder ultimativ legitimierte Interessenvertretung der Freien

Szene von beispielsweise der Kulturverwaltung zur Verantwortung gezogen zu werden. Dieses Oszillieren zwischen dem An- und Widerrufen von Universalität wurde in der Vergangenheit mehrfach deutlich, wenn die Koalition Gespräche mit Kulturverwaltung und -politik zeitweise aussetzte oder während laufender oder geplanter Prozesse eben nicht als Sprachrohr aller Kulturschaffende fungierte. Hier wird auch die Verschränkung der ersten beiden Artikulationsvektoren deutlich, denn das (taktische) Einfordern oder Zurückweisen einer universalen repräsentativen Position erfolgt durch das aktive Handeln der Koalition bzw. ihrer Sprecher*innen (#1 Artikulation). Abschließend wird im strategischen Artikulieren von Universalität deutlich, dass diese notwendigerweise unvollständig bleiben wird. Als postfundamentalistische Bewegung zeigt die Koalition (wenn auch manchmal implizit) die konstitutive Abwesenheit ihrer eigenen letzten Begründung und die Notwendigkeit stetiger Aushandlungsprozesse um ihre Position und Berechtigung im kulturpolitischen Feld.

Der dritte Vektor der Artikulation (#3 Artikulation) umschreibt sowohl die Produktion, als auch die Herausforderung von Diskurs als (De-)Konstruktion. Die Bedeutung von Diskurs für poststrukturalistische Theoriebildung verdeutlichen Johanna Leinius et al. (2017: 11): »[D]urch das In-Beziehung-Setzen von Konzepten, Sinnzuschreibungen und Objekten wird Bedeutung fixiert: Es entsteht Sinn.« Das Entstehen von Sinn, welches hier als Artikulationspraxis in den Blick genommen wird, drückt sich in der Koalition so aus, dass die Gruppe neue Fakten und Allianzen in der kulturpolitischen Landschaft schafft. Durch gemeinschaftliche Studien und Bedarfsberechnungen produziert die Koalition aktiv Informations- und Datengrundlagen für politische Forderungen, die im Verlauf von politischen Diskussionen und Haushaltsverhandlungen eine Basis für die finanzielle Verbesserung der Produktionsbedingungen der Freien Szene liefern können. Abgesehen von dem Dilemma, dass die Abwesenheit von Fakten und Zahlen über die prekäre Situation vieler Kunstsparten dazu beitragen kann, deren Zustand weiter als nicht-skandalisiert fortzuschreiben, ist die Herstellung einer diskursiven Öffentlichkeit für die Belange der Freien Szene indirekt mit der Kritik an der bestehenden Priorisierung von Hochkultur verbunden. Die Koalition artikuliert neben neuen faktenbasierten Problematisierungen also zudem ein neues Narrativ der ›kreativen‹ Stadt Berlin und fordert damit indirekt die bestehende, hegemoniale Setzung des Berliner Kulturkomplexes heraus. Angesichts dieser Anstrengungen der oben angesprochenen Fixierung von Bedeutung macht die Koalition deutlich, wie der dritte Artikulationsvektor explizit mit den anderen Vektoren verwoben wird: Neue diskursive Problemsetzungen werden von Künstler*innen als Akteur*innen selbst gemacht (#1 Artikulation) und eine Diskursverschiebung mit stärkerem Fokus auf die Belange der Freien Szene stärkt diesen neuen Akteur, der eine betroffene Gesamtheit zu repräsentieren anstrebt (#2 Artikulation).

Der vierte und finale Vektor der Artikulation umschreibt die temporäre Stabilisierung flottierender Elemente als diskursiven Moment (#4 Artikulation). Diese Fixierung kommt insbesondere im Hinblick auf die Zusammensetzung der einzelnen Initiativen, die gemeinsam in der Koalition agieren, zum Vorschein. Die Zusammenkunft bestehender künstlerischer Interessens- und Spartenverbände entspricht einer Äquivalenzkettenbildung unter verschiedenen Einzelkünstler*innen und spartenspezifischen Verbänden, die über stark unterschiedliche Ressourcen wie Personal, finanzielle Ausstattung, Mitgliederstärke und kulturpolitisches Knowhow verfügen. Allerdings ist die Koalition keine rein aggregative Kollektivität, also bloß eine Summe ihrer Teile. Im Gegenteil: Die neue Form, die neue Bewegung, die durch die Koalition zustandekommt, entfaltet erstmalig eine gemeinschaftliche(re) Stimme als andere kulturpolitischen Vereinigungen in der Stadt zuvor. Es kommt also zur Fixierung diskursiver Elemente und der Herausbildung eines diskursiven Moments. Diese Verstetigung ist eng mit dem dritten Artikulationsvektor verbunden, neue diskursive Eingangspunkte in politische Debatten zu postulieren (#3 Artikulation). Nichtsdestotrotz kann dieser neu gegründete, prekäre Moment potentiell von anderen Elementen, die nicht Teil der diskursiven Verkettung sind, in Frage gestellt werden. Beispielsweise kann seine relativ universale Stellung hinterfragt werden (#2 Artikulation). Insbesondere im Hinblick auf die organisationale Zukunft der Koalition bleibt diese Verbindung der Artikulationsvektoren (#2, #4 Artikulation) instabil, da politische Aufmerksamkeiten und Prioritätensetzungen kurzlebig sind, und der Koalition schon beim nächsten Regierungswechsel ihre quasi-privilegierte Position wieder abgesprochen werden könnte. Im Hinblick auf die Konzeptualisierung postfundamentalistischer Bewegungen demonstriert die Koalition jedoch einen Ansatz, zerstreute und teilweise zerstrittene Elemente dennoch als neue politische Akteur*innen zusammenzubringen. Beispielsweise der Elf-Punkte-Plan ist ein Dokument, welches konfliktuelle Konsensentscheidungen festhält. Interne Sprecher*innenkreis-Treffen diskutieren Streitpunkte ebenfalls in einem geschützten Raum und verhandeln diese untereinander zu konfliktuellem Konsens, um diesen anschließend als konfliktuell-kollaborative Einheit nach außen zu kommunizieren, beispielsweise in Haushaltsverhandlungen oder Plenumstreffen. Angesichts der ständigen Aushandlungsprozesse nach außen und innen, die die Koalition ausmachen, kommt die konstitutive Kontingenz und Brüchigkeit der Bewegung zum Vorschein.

Nach dieser überblicksartigen Vorstellung der einzelnen Artikulationsvektoren wird deutlich, wie unterschiedlich sie sich ausformen können. Ihre Verschränkung zur Entfaltung politischen Gewichts hängt beispielsweise davon ab, ob die politische Mobilisierung, Aktion und Handlungsermächtigung im Vordergrund steht (#1 Artikulation), die Stabilisierung und Vereinheitlichung verschiedener Positionen (#4 Artikulation) oder das Aufbauen politischen Drucks (#2, #3 Artikulation). Obwohl Artikulationen vielleicht auch ohne die explizite Ausprä-

gung des einen oder anderen Vektors zu denken wäre, soll diese Destillation des Laclau'schen und Mouffe'schen Begriffs im Dialog mit empirischen Bewegungen Einstiegspunkte für die konkrete Annäherung an die (Be-)Gründungspraktiken sozialer Bewegungen liefern.

4. Fazit und Ausblick

Die postfundamentalistischen Konzepte Abwesenheit, Kontingenz und A(nta) gonismus haben exemplarisch einen Einblick in die Artikulations- und Legitimationsmuster einer postfundamentalistischen Bewegung ermöglicht. Solche Bewegungen schwanken reflexiv zwischen Affirmation und Negation von Vertretungsansprüchen (#2, #4 Artikulation), Handlungsspielräumen (#1 Artikulation) und Bedeutungshoheiten (#2, #3 Artikulation). Das Operationalisieren des Laclau'schen und Mouffe'schen Artikulationsbegriffs hat aufgezeigt, wie die Koalition neue Formen der strategischen Universalisierung und gegenhegemonialen Positionierung gegenüber der vetablierten Politik entwirft.

Das Bewusstsein dieser konstitutiven Kontingenz grenzt postfundamentalistische soziale Bewegungen von sich selbst essentialisierenden Bewegungen ab, die entweder ungeachtet ihrer konkreten Bestandteile eine kollektive Identität formulieren, oder mit Konsensgläubigkeit interne Differenzen überschreiben. Anstatt eine radikale Unbegründbarkeit als Anlass für politische Hoffnungslosigkeit zu nehmen, scheuen postfundamentalistische Akteur*innen oder Bewegungen nicht vor Aktion zurück, sondern entwickeln Formen politischer Teilhabe, Legitimation und somit von Politik und Demokratie, die der Konsensbesessenheit neoliberaler und/oder deliberativer Demokratie die Stirn bietet. Obwohl Mouffes Mindestkriterien von ›Freiheit‹ und ›Gleichheit‹, die von agonistischen kollektiven Subjekten oder Bewegungen einzuhalten sind, in sich selbst nicht abschließend definierbar sind, bietet der Ansatz a(nta)gonistischer Artikulationspraxis sowohl ein analytisches als auch politisches Werkzeug, um konfliktuelle Aktivitäten kollektiver Akteur*innen und Bewegungen als politisch zu begreifen. Die Koalition hat durch ihre a(nta)gonistische Artikulationspraxis das diskursive Feld Berliner Kulturpolitik und -förderung so re-artikuliert, dass dort nun eher agonistische Wettstreiter*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft legitime Streits aushandeln, anstatt dass antagonistische Feind*innen gegenseitige Vernichtung anstreben würden. Mit diesem nicht-konfrontativen Ansatz erreichte die Koalition nicht nur eine materielle Verbesserung der freien Kulturproduktion in Berlin, sondern auch eine diskursive Verschiebung der hegemonialen Erzählung, was die >kreative« Stadt Berlin eigentlich ausmache. Um diesen Nexus politischer, diskursiver, materieller und symbolischer Machtverschiebungen zu veranschaulichen, dient der Artikulationsbegriff dazu, verschiedene Ebenen der (Selbst-)(De-)Konstruktion in den Blick zu nehmen. Dies kann auch über den Kontext des konfliktuellen Berliner Kulturfeldes hinaus auf soziale Bewegungen in anderen Politikfeldern und -kontexten übertragen werden.

Konkret bedeutet der postfundamentalistische bewegungstheoretische Ansatz, dass das Thematisieren der eigenen Nicht-Notwendigkeit und Kontingenz Bewegungen stärken kann, indem sie sich auf ihre stets neu zu artikulierende Notwendigkeit konzentrieren und sich nicht um ihrer selbst willen begründen. Die Bewegung viste quasi nichts außer dem, was sie durch Aufstellen von Forderungen schafft (Abwesenheit). So eröffnet der Ansatz zusätzliche Erklärungszugänge, wie neue Bewegungen mit internen Konflikten umgehen, um nach außen eine vorläufige repräsentative Position einzunehmen (Antagonismus). Insbesondere das Konzept des konfliktuellen Konsens bietet eine analytische Perspektive, die Dynamiken aufzeigen kann, die nicht von absoluter Identifikation oder Übereinstimmung von Bewegungsakteur*innen ausgeht, sondern multiple Konflikte als (Be-)Gründungsanlass neuer politischer Subjekte begreift. Obwohl die Disaggregation der Artikulationsvektoren hilfreich für die heuristische Einbettung von Bewegungsaktivitäten und (Selbst-)Beschreibungen sein kann, liegen Schwächen des Ansatzes jedoch in der teilweise starken Überschneidung der einzelnen Vektoren, einer potentiellen Konkurrenz einzelner Artikulationsbestrebungen (z.B. zwischen #2 und #4 Artikulation) sowie in der theoretischen Unerschöpflichkeit der Vektorenanzahl. So wäre es für weitere, vor allem empirische Analysen von potentiell postfundamentalistischen Bewegungen denkbar und spannend, fünfte oder sechste Vektoren der Artikulation zu identifizieren. Schließlich soll die hier vorgestellte Operationalisierung als Versuch dienen, hegemonietheoretische Konzepte für die Analyse empirischer Fallstudien fruchtbar zu machen. Ganz im Sinne postfundamentalistischer Theoriebildung ist dieser Versuch jedoch in seiner eigenen Kontingenz und Streitbarkeit verhaftet, und muss stets neu ge-/begründet werden.

5. Literatur

Beveridge, Ross/Koch, Philippe (2016): »The Post-Political Trap? Reflections on Politics, Agency and the City«, in: Urban Studies 54, S. 31-43.

Butler, Judith (2008): »Restaging the universal: Hegemony and the limits of formalism«, in: Judith Butler/Ernesto Laclau/Slavoj Žižek (Hg.), Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left, London/New York: Verso, S. 11-44.

Della Porta, Donatella (2008): »Consensus in Movements«, in: Donatella Della Porta/Mario Diani (Hg.), The Oxford Handbook of Social Movements, Oxford: Oxford University Press, S. 73-99.

- Hollands, Robert/Vail, John (2012): "The Art of Social Movement. Cultural Opportunity, Mobilisation, and Framing in the Early Formation of the Amber Collective, in: Poetics 40, S. 22-43.
- Jessop, Bob (2014): »Repoliticising Depoliticisation. Theoretical Preliminaries on Some Responses to the American Fiscal and Eurozone Debt Crises, in: policy and politics 42, S. 207-223.
- Kern, Thomas (2008): Soziale Bewegungen: Ursachen, Wirkungen, Mechanismen, Wiesbaden: VS.
- Laclau, Ernesto (Hg.) (1994): The Making of Political Identities, London/New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (2007a): Emancipation(s), London/New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (2007b): On Populist Reason, London/New York: Verso.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2001): Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics, London/New York: Verso.
- Landau, Friederike (2016): »Articulations in Berlin's independent art scene. On new collective actors in the art field«, in: International Journal of Sociology and Social Policy 36, S. 596-612.
- Landau, Friederike (2017a): A(nta)gonistic Policy Success. Unhinging the >Success Bias in Policy Evaluation. Paper presented at American Association of Geographers, Boston.
- Landau, Friederike (2017b): »Unpacking Conflictual Consensus in Berlin's Cultural Policy-making«, in: Serhan Ada (Hg.), Independent Republic of Culture, Istanbul: Istanbul Bilgi University Press, S. 28-36.
- Landau, Friederike (2019a): Agonistic Articulations in the >Creative< City: On New Actors and Activism in Berlin's Cultural Politics, London/New York: Routledge.
- Landau, Friederike (2019b): »(Gegen-)Entwürfe Über Artikulationen von Kreativität«, in: Grossmann, Andreas (Hg.), Entwerfen & Erfinden, Tübingen: Mohr Siebeck. S. n/a.
- Landau, Friederike (2019c): »[Un]settling Urban Cultural Politics«, in: Tihomir Viderman/Sabine Knierbein/Elina Kränzle/Sybille Frank/Ed Wall/Nikolai Roskamm (Hg.), Urban Space Unsettled Routines, Temporalities and Contestations. London/New York: Routledge. S. n/a.
- Lee, Caroline W./Lingo, Elizabeth Long (2011): »The ›Got Art? Paradox: Questioning the Value of Art in Collective Action«, in: Poetics 39, S. 316-335.
- Leinius, Johanna/Vey, Judith/Hagemann, Ingmar (2017): »Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 30, S. 6-20.
- Leipold, Sina; Winkel, Georg (2016): »Discursive Agency. (Re-)Conceptualizing Actors and Practices in the Analysis of Discursive Policymaking«, in: Policy Studies Journal 7, S. 1-25.

- Marchart, Oliver: (2007) Post-foundational Political Thought. Political Difference in Nancy, Lefort, Badiou and Laclau, Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Marchart, Oliver (2010): Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Marchart, Oliver (Hg.) (2013): Die Prekarisierungsgesellschaft, Bielefeld: transcript.
- McCarthy, John D./Wolfson, Mark (1992): »Movements, Conflict Movements, and the Cooptation of Civic and State Infrastructures«, in: Aldon D. Morris (Hg.), Frontiers in Social Movement Theory, New Haven: Yale University Press, S. 273-299.
- Melucci, Alberto (1989): Nomads of the Present. Social movements and Individual Needs in Contemporary Society, London: Hutchinson Radius.
- Misoczky, Maria Ceci/Dornelas Camara/Guilherme/Böhm, Steffen (2017): »Organizational Practices of Social Movements and Popular Struggles. Understanding the Power of Organizing From Below«, in: Qualitative Research in Organization & Management 12, S. 250-261.
- Mouffe, Chantal (2005): On the Political, London/New York: Routledge.
- Mouffe, Chantal (2007): »Artistic Activism and Agonistic Spaces«, in: ART&RE-SEARCH: A Journal of Ideas. Contexts and Methods 1. S. 1-5.
- Mouffe, Chantal (2009): The Democratic Paradox, London/New York: Verso.
- Mouffe, Chantal (2013): Agonistics. Thinking the World Politically, London/New York: Verso.
- Roskamm, Nikolai (2015): On the Other Side of Agonism. The Enemy, the Outside, and the Role of Antagonism, in: Planning Theory 14, S. 384-403.
- Roskamm, Nikolai (2017): Unbesetzte Stadt. Postfundamentalistisches Denken und das Urbanistische Feld, Basel: Birkhäuser.
- Saward, Michael (2006): The Representative Claim, in: Contemporary Political Theory 5, S. 297-318.
- Swyngedouw, Erik (2009): The Antinomies of the Postpolitical City: In Search of a Democratic Politics of Environmental Production, in: International Journal of Urban and Regional Research 33, S. 601-620.

>Theorie der Artikulation< und Bewegungsforschung

Kernidee und Perspektive des Ansatzes

Die Stuart Hall'sche ›Articulation-Theory‹ wird als Rahmenmethodologie für den gesamten Forschungsprozess einer poststrukturalistisch unterrichteten Protest- und Bewegungsforschung vorgeschlagen. Der sozial-historische Kontext als prozessuales Kontinuum sozialer Bewegungen wird durch diese explizit zum Gegenstand, wodurch die Defizite einseitig ökonomistischer oder

kulturalistischer Erklärungsansätze umgangen werden können. Sichtbar wird der Aspekt der aktiven Herstellung von Artikulationen, als auch der Prozess von De- und Reartikulationen sozialer Formationen, der sich besonders deutlich im Protest- und Bewegungsgeschehen ausdrückt.

Der zentrale theoretische Bezugspunkt ist die Artikulations-Theorie der britischen Cultural Stu-

In die hier vorgeschlagene Artikulationsanalyse werden vor allem diskursanalytische Verfahren,

Zentrale theoretische Grundlagen/Arbeiten

dies, wie sie speziell von Stuart Hall im Anschluss an Althusser und Laclau entwickelt wurde. Erst hier wurde sie als praktikable Methodologie ausformuliert, indem Hall Artikulation als Methode zur Theoriekonstruktion (I), als analytisches Beobachtungswerkzeug (II) und als Option für politische Interventionen (III) zusammenführte.

Anwendung: Methoden

aber auch quantitative Analysen eingebettet. Der Methodenpluralismus, bzw. das kombinieren verschiedenster analytischer Zugänge ist ein zentrales Moment der Artikulationstheorie.

Anwendung: Fallbeispiel

Als Fallbeispiel dient der Protest- und Bewegungskontext der Pegida-Gruppierung.

Anwendung: Beispiele Interessante Forschungsarbeiten sind etwa die Analyse Stuart Halls zum Thatcherismus (Hall 1988)

oder die Arbeit von Tina Spies (2009), in der sie das Artikulationskonzept nutzt, um Diskurs- und Biografieforschung zu verknüpfen. Bisher sind die Konzeptionen der Cultural Studies in der Protest- und Bewegungsforschung insgesamt eher unterrepräsentiert und kaum rezipiert. Eine Ausnahme bilden dabei Forschungsarbeiten zur Populärkultur (vgl. Brunow 2015). Hier ist vor allem Lawrence Grossberg zu nennen, der in seinen Arbeiten dazu vielfach auf das Artikulationskonzept zurückgreift (vgl. Grossberg 2010).

Stuart Halls >Theorie der Artikulation«

Eine Rahmenmethodologie für die Protestund Bewegungsforschung

Marc Drobot

1. Einleitung

Im vorliegenden Beitrag wird dargestellt, inwiefern die Artikulationstheorie (insbesondere nach Stuart Hall) Potential für einen poststrukturalistisch informierten Forschungsansatz bieten kann. Das zentrale Bezugsproblem des artikulationstheoretischen Ansatzes ist es, zu verstehen, wie Elemente des Sozialen in einer Formation verknüpft sind und wie diese Verknüpfungen sich verändern. Dabei wird grundsätzlich von der Kontingenz des Sozialen ausgegangen. 1 Um zu zeigen, wie dieser Ansatz als methodologischer Orientierungsrahmen für praktische Forschung dienen kann, wird speziell die Hall'sche Articulation-Theory hinsichtlich ihrer theoretischen und epistemologischen Prämissen in den Mittelpunkt gesetzt. Insbesondere wird dabei auf Artikulation als Methode zur Theoriekonstruktion (I), als analytisches Beobachtungswerkzeug (II) und als Optionen für politische Interventionen (III) eingegangen. Am Beispiel der Pegida-Gruppierung2 werden dann Anregungen für eine mögliche forschungspraktische Operationalisierung gegeben. Dazu werden Ergebnisse und Konzeption des Forschungsprojektes >Pegida als Spiegel und Projektionsfläche (Heim 2017a) aufgegriffen. Indem die in dieser Studie an diskursanalytischen Verfahren orientierten Untersuchungen als Teilbeobachtungen eines übergeordneten Kontextes miteinander in Beziehung gesetzt wurden, konnte die Artikulation Pegida in ihren vielfältigen Wechsel-

¹ Kontingent ist etwas, das weder notwendig noch unmöglich ist. Zum überordneten Kontingenzproblem siehe (Luhmann 1992; Makropoulos 1997).

² Zur Entwicklung des Protestphänomens Pegida von dessen Anfängen bis Februar 2016 siehe (Antifa Recherche Team Dresden 2017). Pegida ist eine Selbstbezeichnung einer zunächst Dresdner und dann europaweiten rechten Protestbewegung, die am 20. Oktober 2014 öffentlich in Erscheinung trat. Pegida steht für Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«.

wirkungen zu Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften in den Blick zu genommen werden.

Um dies transparent zu machen, bedarf es aber Konzepte, die den Kontext sozialen Protestgeschehens explizit zum eigentlichen Gegenstand machen und Proteste nicht als außerhalb von Gesellschaft stattfindende pathologische Erscheinungen isolieren.

Eine Möglichkeit dazu bietet der hier vorgestellte artikulationstheoretische Ansatz, dessen Anschlüsse und Grenzen am Ende des Beitrages diskutiert werden.

2. Forschungsansatz

2.1 Stuart Halls >Theorie der Artikulation«

Seit ca. 1965 wird der Begriff der Artikulation (articulation) vor allem in neo- bzw. postmarxistischen Theorieentwicklungen häufig verwendet.³ Eine abgeschlossene oder einheitliche Theorie der Artikulation bildet sich aus den heterogenen Verwendungsweisen allerdings nicht heraus. Zumeist dient der Begriff Artikulation lediglich als »anatomical metaphor to indicate relations of linkage and effectivity between different levels of all sorts of things« (Foster-Carter 1978: 54). Dies ist auf seine Doppelbedeutung als ›etwas verknüpfen‹ und ›etwas aussprechen‹ zurückzuführen.⁴ Erst für die britischen Cultural Studies⁵ und speziell für Stuart Hall wird der Artikulationsbegriff zum zentralen Brückenkonzept, welches die beiden Paradigmen Strukturalismus und Kulturalismus miteinander verknüpft (vgl. Hebdige 1986: 95; Hall 1980). Zudem sieht Stuart Hall beide Bedeutungsaspekte des Begriffes als konstituierend für soziale Prozesse an und unterscheidet sich damit von »Althusser and his colleagues«, welche »only systematically use [articulation] in the first sense« (Foster-Carter 1978: 53).

Hall greift dazu auf die von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (vgl. Laclau/ Mouffe 2001; Laclau 2011) zuvor entfaltete abstrakt-diskurstheoretische Verwendungsweise des Artikulationsbegriffes zurück und setzt dieser einer neuen Verhältnisbestimmung aus, die gleichermaßen an sozialen Praxen der Repräsentation und historisch strukturierten Dominanzverhältnissen ansetzt. Seine Kritik an Laclau und Mouffe ist, dass deren ahistorischer Formalismus ihm für die Analyse von konkreten gesellschaftspolitischen Konflikten nicht adäquat er-

³ Zentraler Bezugspunkt sind die Arbeiten von Louis Althusser, vor allem dessen strukturalistische Relektüre der Schriften von Karl Marx (vgl. Althusser 2005; Althusser/Balibar 1977).

⁴ Zur Doppelbedeutung siehe weiter unten. Hier nur so viel, dass diese im Französischen wie auch im Englischen funktioniert.

⁵ Einen guten Überblick zum Theorieprogramm der Cultural Studies bietet Marchart (2008).

scheint, da er theoretisch nicht abfangen könne, dass – wie auch immer man Subjektpositionen konzeptualisiert – diese immer Teil einer historisch strukturierten und zugleich strukturierenden Struktur sind.⁶ Hall wirft Laclau und Mouffe vor, dass sie »die Frage der historischen Kräfte, die die Gegenwart produziert haben und die nach wie vor als Schranken und Determinanten einer diskursiven Artikulation fungieren, nicht berücksichtigt [hätten]« (Hall 2000b: 73). Bei Laclau sähe er letztlich keinen Grund, »warum nicht alles potentiell mit allem artikulierbar ist. Die Kritik am Reduktionismus mündet offenbar in einem Begriff von Gesellschaft als völlig offenem diskursiven Feld« (Hall 2000b: 71).

Für Hall ist eine Artikulation gerade nicht als »zufällige Kombination« (Hall 1994: 113) von Elementen zu betrachten. Um dies herausstellen zu können, verknüpft er die verschiedenen Aspekte des Artikulationsbegriffes neu und entwickelt diesen so zu einem allgemeinen methodologischen Ansatz weiter. Das Ergebnis ist ein quelloffenes Konzept⁷, das den großen Vorteil hat, zunächst auf relativ simplen Ausgangsannahmen zu beruhen, im Moment seiner Anwendung aber seine Komplexität zu entfalten.

Ein wichtiges Ausgangsproblem Halls ist, wie Entstehung, Wandlung und Zerfall von sozialen Formationen als metastabile und machtvolle Einheiten beschrieben werden können, ohne Entwicklungsnotwendigkeiten zu behaupten.

Der Begriff Artikulation hat dabei die Doppelbedeutung von ›sprechen‹ oder ›zum Ausdruck bringen‹ aber auch ›artikuliert sein‹, im Sinne von verkoppelt/ver-knüpft sein. Anhand des Bildes eines aus ›Anhänger‹ und ›Führerhaus‹ verkoppelten (articulated) Lastwagens macht Hall deutlich, dass in einer Artikulation die Verkopplung verschiedener Elemente »nicht für alle Zeiten notwendig, determiniert, absolut oder wesentlich ist«, da diese nur »unter bestimmten historischen Bedingungen« (Hall 2000b: 65) eine ›Einheit‹ herstellen.

Forschende, die sich der Beschreibung und Analyse von sozialen Phänomenen widmen, welche sich im Diskurs gemeinhin als 'Einheiten repräsentieren (Nationen, Regionen, soziale Bewegungen, Protestgruppen, Kollektive, letztlich jede Art von Identität), sollten demzufolge die Frage stellen, unter welchen Bedingungen diese Artikulationen hergestellt wurden. Da die in einer Artikulation verknüpften Elemente keine "notwendige 'Zugehörigkeit haben (ebd.), ist für Hall die 'Einheit als repräsentiertes empirisches Phänomen immer nur "eine Verbindung zwi-

⁶ Hall bearbeitet damit eine ähnliche Problemlage, wie sie auch für Pierre Bourdieus Habituskonzept Pate stand (vgl. Bourdieu 2018).

⁷ Diese ad-hoc Adaption entspricht dem wissenschaftlichen und politischen Verständnis von Hall (vgl. Hall 2000a). Nachvollziehbar ist diese Adaption etwa in seinem Text »Rasse«, Artikulation und Gesellschaften mit struktureller Dominante« (1994), in welchem der Übergang von der Laclau'schen Begrifflichkeit zu Halls Theorie der Artikulation zu beobachten ist. In ›Reflections on »Race, Articulation, and Societies Structured in Dominance« (2002) weist Hall selbst explizit darauf hin.

schen [einem] artikulierten Diskurs und den sozialen Kräften, mit denen es, unter bestimmten historischen Bedingungen aber nicht notwendig, verbunden werden kann« (ebd.).

Hall formuliert sein drauf aufbauendes Forschungsprojekt daher als wechselseitigen Prozess des Verstehens und Fragens:

»Eine Theorie der Artikulation ist daher zugleich eine Art und Weise zu verstehen, wie ideologische Elemente unter bestimmten Bedingungen sich in einem Diskurs verbinden und eine Art zu fragen, wie sie in bestimmten Konjunkturen mit politischen Subjekten artikuliert oder nicht artikuliert werden.« (Hall 2000b: 65)

Wichtig ist, dass das ›Führerhaus‹ (zum Beispiel ein ›diskursives Element‹) und der ›Anhänger‹ (zum Beispiel ein ›politisches Subjekt‹) in dem Modell Halls keine mit sich selbst identischen Entitäten des sozialen Raums sind. Sie sind vielmehr selbst vorgelagerte Artikulationen und unterliegen (auch, wenn sie gegenwärtig als stabil erscheinen mögen) den gleichen Prämissen wie die Artikulation ›Lastwagen‹. In der Konzeption Halls gibt es also keine ›natürlichen‹ Einheiten. Bedeutungen, Identitäten oder auch aktivistisch intervenierende Subjektkonstellationen entstehen nur im und in Bezug auf einen Kontext, den die verschiedenen Elemente wechselseitig für sich bilden.⁸ Je nachdem, wie Elemente miteinander artikuliert sind, entscheidet sich, welche Teilaspekte dieser Elemente jeweils hervorgehoben oder ignoriert werden. Kurz: Bedeutungen, wie auch politische Subjekte gehen den Verknüpfungen [Artikulationen] nicht voraus. Sie sind der Kontext und sie haben Geschichte.

Neben dieser eher strukturellen Bedeutung von Artikulation (als kontingente Form der Verknüpfung von Elementen) ist für Hall der zweite Aspekt des zum Ausdruck Bringens immanent wichtig, um zu zeigen, wie Artikulationen durch Praxen der Repräsentation als temporäre Fixierungen von Bedeutung aktiv hergestellt werden.

Hier wird sichtbar, dass aus dem homologen Begriff Artikulation eine Methodologie entfaltbar ist, die sowohl den Forschungsprozess, als auch den Gegenstand, der beforscht wird, umgreift und wechselseitig strukturiert. Sie ist ein analytisches Werkzeug (I) zur Beschreibung komplexer sozialer Phänomene, eine

⁸ Dies entspricht dem linguistischen Modell von Ferdinand de Saussures, welches er in >Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft< darlegt: Die Verbindung zwischen Zeichen und Bezeichnetem ist immer allgemein, das heißt sie ist beliebig und wird lediglich durch Konvention festgelegt und stabilisiert (vgl. Saussure 2016: 30).

Methode der Theoriekonstruktion (II) und sie bezeichnet eine Form politisch-aktivistischer Intervention (III).9

Der letzte Punkt weist auf theoretisch informierte Praxen hin, welche auf eine Dezentrierung bestehender Diskurse ausgerichtet sind. Dies sind Praxen, die eine postfundamentalistische Politik der Repräsentation stark machen, indem sie das Arbiträre und Kontingente von Bedeutungen anerkennen und die darauf abzielen, aktiv bestimmte, fixierte Artikulationen von bspw. Subjektpositionen und Ideologien (etwa das binäre Denken rassistischer Wissensproduktion) zu de- und reartikulieren. Die Widerständigkeit artikulatorischer (kultureller) Praxen liegt dabei in einer Art Institutionalisierung des unabschließbaren Kampfes um Neukonfigurationen von Bedeutungen, mit dem Ziel, stabilisierte Repräsentationsregime aufzubrechen, ohne neue Fixierungen als essentialistisch abgesichert zu begreifen. »Hall«, resümiert Lawrence Grossberg,

»offers [...] a theory of >nonecessary (non/) correspondence<, in which history is the struggle to produce the relations within which particular practices have particular meanings and effects, to organize practices into larger structures, to >inflect< particular practices and subject-positions into relations with political, economic and cultural structures of domination and resistance« (Grossberg 1996: 156).

Mit der Integration struktureller Dominanten in sein Artikulationskonzept sind zwei weitere Aspekte verknüpft, die für das poststrukturalistische Denken insgesamt zentrale Bezugspunkte darstellen: Erstens die Hervorhebung, dass jede bedingte Artikulation (und damit auch jeder Protest) immer zugleich in- und exklusiv (ein und ausschließend) ist, da bei Artikulationen »von strukturierten Beziehungen der Dominanz und der Unterordnung zwischen ihren Teilen ausgegangen werden [muss]« (Hall 1994: 113), und zweitens die Vorstellung von Machtverhältnissen als produktiv und nicht als problematisch (vgl. Leinius/Vey/Hagemann 2017: 12). Dies ist ein Machtbegriff, den Hall von Foucault übernimmt. Dieser begreift Machtverhältnisse als produktive Elemente, durch welche die spezifisch artikulierten Einheiten (also auch die kontingenten Wechselverhältnisse zwischen Subjektpositionen und Struktur) erst entstehen. Macht wird hier verstanden als nicht-exklusive, aber strukturierende Möglichkeitsbedingung der prozessualen Bildung sozialer Realität, die selbst immer nur als Verhältnis und

⁹ Speziell zur Konzeption der verschiedenen Identitätspolitiken bei Hall siehe (Supik 2005). Allgemeiner zum Verhältnis von Halls theoretischen Konzeptionen und dessen politischem Aktivismus etwa: (Winter 2012) bei diesem speziell zum Artikulationsbegriff siehe: (Winter 2005).

¹⁰ Dieses Problem verweist auf die Debatten zum Postfundamentalismus (vgl. Marchart 2013). Als Performativität findet sich solch ein interventionalistisches Praxiskonzept bei Judith Butler (Butler 2018). Stuart Hall's Anschlüsse an diese siehe bspw.: (Hall 2004a).

niemals als Essenz zu bestimmen ist (vgl. Foucault 1994). Gleichwohl sind Machtverhältnisse immer auch Dominanzverhältnisse, in welchen bestimmte Repräsentationen von Wirklichkeit fixiert, andere dagegen unterdrückt bzw. dethematisiert werden. Oliver Marchart beschreibt kulturelle Praxen in Anschluss an Hall und Grossberg daher auch als »Teil des Artikulationskampfs um die vorübergehende Fixierung sozialer Formationen qua Machteinsatz« (Marchart 2012b: 268f.). Analysen solcher Artikulationen stünden insofern

»nicht nur vor der Aufgabe, den kontingenten und beweglichen Charakter jedes relationalen Ensembles herauszuarbeiten, sondern es müssten auch dessen partielle Fixierungen beschrieben werden. Soziale Formationen sind immer partiell fixiert, weil sie machtgesättigt sind. Artikulation impliziert Macht.« (Ebd.)

Halls Fokus auf die Rolle der Medien im Kampf um kulturelle Hegemonie, seine Analysen zu 'Thatcherismus' (Hall 1988), 'Rassismus' (Hall 1994), 'Identität' (Hall 2004a) und 'Populismus' (Hall 2014) wie auch sein Kommunikationsmodell 'Kodieren/Decodieren' (Hall 2004b) sind als Teilelemente innerhalb einer so orientierten Artikulationstheorie jederzeit anschlussfähig und bieten gerade für modernes Protest- und Bewegungsgeschehen Analysemittel, die aufeinander beziehbar, hochgradig kompatibel und dennoch bei Bedarf unabhängig voneinander verwendbar sind. Sie stellt einen methodischen Rahmen bereit, welcher sowohl monokausale Erklärungen, Essentialismen und jegliche Form von Naturalisierungen, als auch die Gefahr formalisierter Diskurstheorien hinsichtlich der Unbestimmbarkeit konkreter sozialer Formationen und Aktionen zu vermeiden versucht.

2.2 Artikulationsanalyse sozialer Bewegungen

Für die Protest- und Bewegungsforschung ist der artikulationstheoretische Ansatz vor allem durch die Verknüpfung der beiden Paradigmen Strukturalismus und Kulturalismus und durch die dezidierte Blickverschiebung auf die Praxen der Repräsentation interessant. Was aber ist aus artikulationstheoretischer Sicht der Gegenstand der Protestforschung? Da dieser nicht in Form eines Akteurs oder einer dem Kontext vorausgehenden Einheit festgelegt werden kann, besteht die Schwierigkeit in der Identifizierung von Elementen, die dem Kontext inhärent sind, bzw. in diesem als Quasi-Subjekte funktionieren. Elemente also, die nach innen die Einheit und nach außen die Differenz einer Artikulation repräsentieren (vgl. Marchart 2017: 67). Bei Hall finden sich zu diesem eher theoretischen Problem kaum Anhaltspunkte. In seiner empirischen Forschung ergeben sich die Gegenstände pragmatisch, indem er gewissermaßen vortheoretisch festlegt, welche Kontexte ihn als Ausgangspunkte interessieren. Um dieses Problem auch theoretisch einzufangen, bietet sich der späte Laclau an. Bei diesem finden sich

weiterentwickelte Theoriemittel, die unmittelbar auf die Artikulationstheorie aufsatteln und die geeignet sind, um Anfangspunkte im Kontext zu setzen (vgl. Laclau 2007a). Laclau reagiert damit in gewissem Sinne auf die frühere Kritik Halls. Um die Einheit eines Protestes artikulationstheoretisch zu erfassen, schlägt er vor, in Bezug auf Protestphänomene demands [Forderungen] als Einheit von Artikulationen zu operationalisieren (vgl. Marchart 2012a). Zugleich bleibt es möglich, beispielsweise Eigennamen von Bewegungen als deere Signifikanten. zu identifizieren, durch welche sich ein Protest oder eine Bewegung ebenso als Einheit repräsentieren kann. Für die Protestforschung stellen die Werkzeuge Leerer Signifikant und Demand zwei Analysemittel bereit, die sich jeweils auf unterschiedliche Modi der Artikulation beziehen.

So können beispielsweise für den Fall des Protestphänomens Pegida die Kategorien Leerer Signifikant und Demand als Indikatoren genutzt werden, um dieses (I) als spezifische Artikulation in den Blick zu bekommen und um (II) den Untersuchungsbereich zu konzeptualisieren. Die Identifizierung des Eigennamens Pegida als leeren Signifikanten zeigt, dass sich um und auf diese eine Komplexität von Elementen gruppiert und bezieht, die weit über die Gruppe der Protestierenden hinausgeht.

Die im Namen Pegida zentral artikulierte Forderung (Demand) ¿gegen die Islamisierung des Abendlandes«, kann wiederum als Repräsentation einer Einheit der Gruppe nach innen gefasst werden. »[T]he unity of the group is, in my view, the result of an articulation of demands« (Laclau 2007a: XI). Beides sind Formen der Artikulation, die in unterschiedlicher Intensität und Reichweite den Gegenstand forschungspraktisch fixieren. Einmal schließen eher Fragen zur Konstituierung des Kollektivs als ›Identität« mit seinen vielfältigen, individuell sehr heterogenen Forderungen an und einmal eher Fragen nach den makropolitischen Wechselwirkungen, die die Artikulation des leeren Signifikanten Pegida stimuliert. Beide Ebenen sind nicht zu trennen.

Zudem blickt man mit der Artikulationstheorie Halls immer auch auf die Praxis von konkreten Akteuren – als ein Element des Kontextes. Denn: »There is always someone who is doing the articulation (speaking, organizing, advertising etc.)« (Weinstein 2004). Solche »someones« sind aktiv intervenierende Subjekte, Kollek-

¹¹ Laclaus > On Populist Reason kann durchaus als »a critical dialogue between Cultural Studies [...] and [...] the Essex School « (Marchart 2012: 223) verstanden werden, in dem einige der von Hall problematisierten Aspekte produktiv bearbeitet sind.

¹² Zur Bedeutung leerer Signifikanten im Feld des Politischen siehe Laclau (2007b): Ein leerer Signifikant ist »genaugenommen ein Signifikant ohne Signifikat« (ebd.: 65), der gerade aufgrund seiner Leere integraler, wenn nicht zentraler Bestandteil eines Bedeutungssystems (einer Artikulation) ist.

¹³ Dies schließt auch Kräfte mit ein, deren Interventionen Disartikulationen begünstigen (vgl. Slack 1996, 2016).

tive oder Netzwerke. Indem man fragt: »Who is doing the articulation?«, können diese ebenfalls als Ausgangselemente für Beobachtungen konkretisiert werden.

Angelehnt an Matthew Weinstein (2004) und Jennifer Daryl Slack (1996, 2016) folgen nun Hinweise und Orientierungshilfen für ein mögliches forschungspraktisches Vorgehen. Diese sind pragmatisch formuliert, setzen aber zugleich auf der Theorie der Artikulation auf. Selbstredend sind für eine konkrete Fallanalyse die artikulierten Theoriebausteine immer auch abhängig von der Fragestellung, dem Gegenstand, von dem Wissen und den Erfahrungen der Fragenden. Jedes Forschungsprojekt und jede konkrete Artikulationsanalyse ist demnach selbst eine temporär fixierte Identität, also eine Einheit der Differenzen, die aus sich selbst heraus entscheiden muss, welche Elemente im Prozess des Forschens artikuliert werden. Die Anerkennung, dass das Soziale selbst als komplexer Prozess von Deund Reartikulationen funktioniert, prädestiniert allerdings methodische Werkzeuge, die vor allem in Theorien mit radikaler Kontingenzakzeptanz zu finden sind: beispielsweise in wissenssoziologischen und diskurstheoretischen Ansätzen, aber auch in postfundamentalistischen Varianten der Systemtheorie. 14

Anschließend an eine (vorläufige) Gegenstandsbestimmung sind nun zum Beispiel folgende Leit- bzw. Orientierungsfragen sinnvoll, um Teilbereiche einer Artikulationsanalyse abstecken zu können (vgl. Weinstein 2004):

- I. Welche Elemente werden reartikuliert (Personen, Objekte, Diskurse, Praktiken)?
- II. Welche Elemente/Akteure versuchen aktiv De- und Reartikulationen zu produzieren?
- III. Wie sind die Elemente artikuliert? Welche Teilaspekte werden in der Repräsentation jeweils hervorgehoben? Was wird thematisiert, was dethematisiert? Welche Gemeinsamkeiten werden betont, welche werden ausgelöscht?
- IV. Wie sieht die Organisationsstruktur der konkreten ›Artikulation‹ aus? Welche Hierarchien haben sich ausgebildet, bzw. wie haben sich diese verändert?
- V. Was ist die spezifische Funktionalität der Artikulation? Was ist der Metadiskurs, der artikuliert wird?
- VI. Welche alternativen Artikulationen waren historisch gegeben und welche sind zukünftig vorstellbar?
- VII. In welche Artikulationen ist die untersuchte Artikulation ihrerseits als Element eingebunden?

Allgemein ist eine an der Artikulationstheorie orientierte Methodologie eher an Fragen nach der Funktionsweise und der Dynamik von »interconnected flows, forces, tendencies, and influences« (Slack 2016: 4) interessiert, als an einer Beschreibung einzelner, isolierter Elemente – daher auch die Kennzeichnung der

¹⁴ Zu postfundamentalistischen Theorieoptionen vgl. Marchart (2013).

»articulation-theory« als einer »theory of contexts« (ebd.: 7). In der Anwendung heißt dies: Wenn festzustellen ist, dass bei den ›Spaziergängen‹ der Pegida-Gruppierung (vgl. Heim 2017b) oder den EuroMayDay ›Paraden‹ (vgl. Marchart 2017) alle Elemente auch in anderen Kontexten (Artikulationen) vorliegen, dann bilden die sozialen Formationen Pegida, wie auch EuroMayDay Reartikulationen, in welchen verschiedene Elemente historisch neu verknüpft wurden.

Jede dieser Artikulationen bildet dann eine spezifische Konfiguration von Differenzen (einen Kontext), in der selektiv Teilaspekte von Elementen zu einer repräsentativen Einheit verkoppelt werden. Dennoch:

»Es ist eine Transformation durch die Reorganisation von Elementen kultureller Praxis, Elemente, die selbst keine notwendige politische Konnotation haben. Nicht die einzelnen Elemente eines Diskurses haben eine politische oder kulturelle Konnotation, sondern die Art und Weise, in der diese Elemente in einer neuen diskursiven Formation angeordnet sind.« (Hall 2000b: 68)

In diesem Sinne sind die multiplen gesellschaftlichen Krisenkonstellationen der Gegenwart und damit in Beziehung stehende Aussagen, Texte, Praktiken, Bedeutungen, Ideologien, Erfahrungen, Politiken, Strukturen, Wirkungen und Affekte (vgl. Slack 2016: 4) nicht nur als Hintergrund oder Auslöser von ansonsten isoliert ablaufenden Protestphänomenen zu begreifen, sondern als konstitutive Elemente des Kontextes von Reartikulationen selbst.

3. Forschungspraxis

3.1 Fallbeispiel: Das Phänomen Pegida aus der Perspektive der Artikulationstheorie

Die Artikulationstheorie bietet eine Option, um zu verstehen, »wie die Ideologie Menschen handlungsfähig macht und es ihnen ermöglicht, auf einsichtsvolle Weise ihre historische Situation zu begreifen, ohne diese Formen der Einsicht auf ihre sozioökonomische, Klassen- oder soziale Position zu reduzieren« (Hall 2000b: 66). Damit ist implizit eine erste Ausgangsbeobachtung des Forschungsprojektes ›Pegida als Spiegel und Projektionsfläche‹¹⁵ thematisiert. Bei der feuilletonistischen

¹⁵ Die in dem Band Pegida als Spiegel und Projektionsfläche (Heim 2017a) abgebildete Forschung zeigt in Ansätzen, wie ein kontextorientierter Zugang zu Protest- und Bewegungsphänomenen auch empirisch umgesetzt werden kann. Allerdings fehlt dem Band in Bezug auf die Einzeluntersuchungen ein einheitlicher methodologischer Rahmen, wie ihn eine Theorie der Artikulation bereitstellen könnte.

und in Teilen auch sozialwissenschaftlichen Verarbeitung des Phänomens Pegida war zu beobachten, dass diese sich, konfrontiert mit der sozial-strukturellen und thematischen Heterogenität der Pegidateilnehmer*innen, zunächst nicht selten irritiert gaben. Sie versuchten, das Phänomen als außergewöhnlich, absolut neu und überraschend - da aus den eigenen Wahrnehmungskategorien und Analysemodellen nicht prognostizierbar - zu markieren und daran anschließend das Entstehen dieser Außergewöhnlichkeit und Neuheit aus der zwingenden Kontinuität der sozialen Herkunft, der Mentalität oder den Motivationslagen der Teilnehmer*innen nachzuweisen. Es zeigt sich aber, dass die Bedingungen und Effekte der Pegida-Gruppierung gerade nicht hinreichend aus diesen zu verstehen sind, genauso wenig, wie ohne die Einbeziehung historisch-sozialer, lokaler und globaler Spezifika (vgl. Heim 2017b). Eine durch die Theorie der Artikulation angeregte Analyse zeigt dagegen bereits als Schnelltest, dass es sich bei der Pegida-Gruppierung nicht um ein überraschendes, neues oder außergewöhnliches Phänomen handelt - vielmehr wird an diesem Beispiel die >Überdeterminiertheit sozialer Phänomene deutlich:16 Die bei der Pegida sichtbar gewordenen Einstellungen, Weltbilder und Forderungen sind in Deutschland weit verbreitet (vgl. Fehser 2017): Forschungen zu Wohlstandschauvinismus, Rassismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Neotribalismus zeigen dies.¹⁷

Ebenso sind auch die Organisationsstruktur, der Kampagnencharakter und die gepflegten Strategien im Umgang mit Medien, Politik und Gegenöffentlichkeit in vielen anderen Protesten bereits erprobt und seit langem etabliert (vgl. Ullrich 2017). Immer neu sind Reartikulationen zwar insofern, dass sie keine »gradlinige, ungebrochene Kontinuität mit der Vergangenheit« (Hall 2000b: 68) besitzen. Gewöhnlich ist es aber ebenso, da dies auf jede soziale Formation – von der ›Familie‹ bis zum ›Staat‹ – zutrifft.

Ist dies einmal festgestellt, folgen daraus (die viel interessanteren) Fragen nach den Bedingungen, die dieser komplexen Reartikulation und Rekonfigu-

¹⁶ Halls Analysen zum Thatcherismus (Hall 1988) bilden hierzu ein paradigmatisches Beispiel: Laclau schreibt mit direktem Bezug auf Hall: »Daß die Widerstandsformen gegen neue Unterordnungsformen polysemisch sind und vollkommen in einem anti-demokratischen Diskurs artikuliert werden können, wird zweifellos durch den Vormarsch der Neuen Rechten in den letzten Jahren bewiesen. Deren Neuheit liegt in ihrer erfolgreichen Artikulation einer Reihe von demokratischen Widerständen gegen die Transformation sozialer Verhältnisse mit dem neo-liberalen Diskurs. [...] Es wird somit ein Versuch gemacht, einen neuen historischen Block zu konstruieren, in dem eine Vielzahl ökonomischer, sozialer und kultureller Aspekte artikuliert werden (Laclau/Mouffe 2001: 212). Da gegenwärtig in Deutschland auch diesbezüglich eine Art nachholende Entwicklung stattfindet, empfiehlt sich die Relektüre Stuart Halls.

¹⁷ Hier sei exemplarisch lediglich auf die dementsprechenden Resultate der Langzeitstudie »Deutsche Zustände« (Heitmeyer 2012) sowie die aktuelle »Mitte«-Studie (Decker/Brähler 2018) der Universität Leipzig zu autoritären und rechtsextremen Einstellungen hingewiesen.

ration von bereits Bekanntem zugrunde liegen: Wie lässt es sich beispielsweise erklären, dass Pegida nicht, wie so viele andere ähnliche Artikulationsversuche, medial ignoriert und dadurch dethematisiert wurde, sondern dass deren Sprecher*innen sich vielmehr in bundesweiten Talkshows wiederfanden? So ist zunächst einmal zu ermitteln, woher die Deutungsmuster, Narrative und Kollektivsymboliken stammen, die Pegida aufgreift, reproduziert und nutzt, und zu fragen, wie sich die Form ihrer Verwendung bei Pegida zu anderen politischen und medialen Verwendungsweisen verhält? Die Analyse von Positionspapieren, Erklärungen, Reden, Transparenten, Sprechchören und Presseinterviews zeigt, dass die von der Pegida-Gruppierung und deren Anhänger*innen »artikulierten Ressentiments, Positionen und Forderungen medial und in partei-politischen Debatten [bereits] so vielfältig präsent [waren], dass sie eher als Momente einer übergreifenden Konsenskultur erschienen« (Heim 2017c: 343). So finden sich bei Pegida mit Narrativen und Zitaten angereicherte Reden, die trotz aller Abgrenzung von der ›Lügenpresse‹ und den ›Volksverrätern‹ wie Collagen aus Originalzitaten etablierter politischer Positionen anmuten – die also durchaus den dominanten Mustern politischer und medialer Diskurse entsprechen. Durch den Fokus unserer Studie >Pegida als Spiegel und Projektionsfläche (Heim 2017a) auf Selbstzeugnisse war es zudem möglich, die artikulatorische Praxis des Komplexes Pegida als Praxis der Repräsentation zu erfassen, die durch einen genuinen Modus der Abgrenzung und Adaption geprägt ist (vgl. Knopp 2017). So thematisiert Pegida eine imaginierte Bedrohung des Abendlandes und eine gemeinschaftsstiftende Betroffenheit von Migration als zentralen Bezugspunkt diverser Interessen, differenziert aber klar zwischen ›Volk‹ und ›Bevölkerung‹ – zwischen ›Wir‹ und ›die Anderen«. Pegida inszeniert sich dabei selbst lautstark als sprachlos ungehörtes Kollektiv und ignoriert und exkludiert die real Bedrohten und Sprachlosen - die nach Schutz und Existenzmöglichkeiten Suchenden. Die individuell äußerst heterogenen Forderungen der Teilnehmer*innen werden dabei im ›Volk‹ ebenso aufgelöst wie beispielsweise die wertbezogene Differenz einer kriminalitätsbedingten Flucht des Pegidachefs Lutz Bachmann (Raub und Drogendelikte) zu den – sich im Zustand moralischer Panik befindlichen – >anständigen« Pegida-Anhänger*innen. Blickt man auf die Repräsentationslogik von Diskurselementen innerhalb der Artikulation Pegida/Medien/Politik, wird es artikulationstheoretisch dann besonders interessant, wenn aus dem Feld heraus gefragt wird, warum dieselben Positionen bei Pegida als >rechtsextrem<, aber bei der CSU als >normal< gelten (vgl. Oertel, Kathrin 2014, Gründungsmitglied bei Pegida). Da die Pegida und die CSU andere Subjektpositionen innerhalb einer Artikulation aus Medien, Politik und Wissenschaft einnehmen, ist dies für Artikulationstheoretiker*innen evident. Der Kontext der Pegida ist ein anderer als der Kontext der CSU, wodurch sich auch dasjenige, was artikulierbar ist, unterscheidet. Indem verschiedene Elemente im Bewegungskontext Pegida neu artikuliert werden konnten, bildete

sich eine machtvolle Position, die Bedeutungen von zum Beispiel ›Abendland‹, ›Volk‹, ›Patriotismus‹ oder ›Rassismus‹ im Diskursgeflecht von ›jüdisch-christlicher Abendlandkultur‹, ›europäischen Werten‹, ›Nation‹ und ›kultureller Identität‹ verschiebt und versucht, anders zu fixieren. Pegida kann daher zu Recht als wichtiges Element in einem neu-rechten Hegemonieprojekt verstanden werden (vgl. Staatsprojekt Europa Forschungsgruppe 2012).

Die Antagonismen, die im Kontext der Pegida hergestellt werden, können wiederum als fundamentalistische Artikulation zusammengefasst werden, die Subjektpositionen bereitstellen, welche es ermöglichen, das Durchschlagen der globalen sozioökonomischen Kriseneffekte mit lokalen individuellen Bewältigungsstrategien zu bearbeiten. In unserer Untersuchung zum Fundamentalismus der Pegida konnten wir beispielsweise zeigen, wie - nicht an sich als fundamentalistisch zu verstehende - Narrative, Diskursfiguren, Symbolpolitiken, Organisationsstrukturen, und Praktiken der Mobilisierung sich im Kontext mit dem Eigennamen Pegida zu einem modernen Fundamentalismus artikulieren. Fundamentalismus deshalb, da wir im Abgleich mit Artikulationen, die ähnliche Elemente auf eine ähnliche Art und Weise verknüpfen, diese als strukturell ähnlich klassifiziert (also thematisiert) haben. Dominante Elemente sind ein paradoxer radikaler Traditionalismus, der sich in dem Wunsch nach einer partiellen Moderne (das Gute ohne das Schlechte) niederschlägt; eine hierarchische Organisation und charismatische Führungsfiguren; sowie das zentrale Narrativ vom permanenten Belagerungszustand und eine herausgehobene Mobilisierungstätigkeit - ein Element, das besonders bei Protest- und Bewegungsphänomenen relevant ist (vgl. Drobot/Schroeder 2017).

Dabei war es auch wichtig zu zeigen, welche Funktionalität eine solchermaßen artikulierte Struktur des Verhaltens, Denkens und der sozialen Organisation (vgl. ebd.: 254) für Grenzziehungsprozesse im Kontext multipler Krisenerscheinungen hat. Krisen, deren Effekte lokal und global zu Dis- und Reartikulation tradierter sozialer Formationen führen. Eine solche global einschlägige Disartikulation stellt beispielsweise die zunehmende Trennung der nationalstaatlichen Politik von den Einflussmöglichkeiten auf die Parameter globaler wirtschaftlicher, geopolitischer und soziokultureller Dynamiken dar. Staaten, wie auch konservative außerparlamentarische >Pressure Groups<, greifen verstärkt auf das in der reflexiven Moderne sich herausgebildete Diskursstrategem ›globale Probleme lokal behandeln zu wollen zurück (vgl. Bauman 2005). Das Lokale, als das zu Verteidigende, wird als Interventionsobjekt herausgehoben, da man meint, mit seiner begrenzten Handlungsmacht darauf noch Zugriff zu haben. Die Krise der ›Linken‹ und der Aufstieg eines regressiven Populismus, wie von Stuart Hall bereits 1988 (Hall 1988) für England beschrieben und von Didier Eribon 2009 ähnlich für Frankreich dargestellt (Eribon 2016), kommt einer weiteren, nicht zu unterschätzenden Disartikulation gleich, die zum einen die Herausbildung Neuer Sozialer Bewegungen überhaupt

erst ermöglichte, zum anderen aber die Reartikulation ehemals als ›links‹ apostrophierter Elemente in neu-rechten Kontexten begünstigte.

3.2 Probleme der Operationalisierung und mögliche Lösungsvorschläge

Durch die Setzung, dass Artikulationen keine Einheiten vorausgehen, die nicht selbst Artikulationen sind, können sich Probleme bei der forschungsorientierten Bestimmung und Abgrenzung des Gegenstandes, den man untersuchen möchte, ergeben. Aus theorieimmanenten Gründen »can [there] be no formal rules for what one goes looking for in order to identify relevant elements, flows, and forces that work to articulate or disarticulate a particular identity« (Slack 2016: 4).

Diese Schwierigkeiten der Abgrenzung korrespondieren allerdings direkt mit der theoretischen Anerkennung, dass dem Sozialen nichts vorausgeht. Dies hat auch für Theoriekonstruktionen selbst zu gelten, sollen diese offengehalten werden, um auch veränderte Komplexitätsbedingungen der Gesellschaft adäquat abbilden zu können. Zudem werden Schwierigkeiten eines »scaling up« der Artikulationstheorie von der Mikro- auf die Makroebene erwähnt (vgl. Slack 2016; Marchart 2012a). Einzelne Artikulationen, heißt es, lassen sich zwar recht gut mit Bezug auf die in ihnen artikulierten Elemente abbilden, wogegen spezifisch vermachtete Prozesse innerhalb einer größeren sozialen Formation schwieriger zu erfassen seien. 18 Die Erfahrungen im Forschungsprojekt >Pegida als Spiegel und Projektionsfläche« zeigten dagegen, dass sich die Verknüpfungen von Mikro- und Makrozugängen sehr gut und zum gegenseitigen Vorteil herstellten, da ein gemeinsamer methodologischer Rahmen bestand. Bei Hall selbst ist das Problem des »scaling up« etwa durch seine Adaption von Gramscis Hegemoniekonzept (vgl. Hall 2012) gelöst. In seinen Untersuchungen des Thatcherismus zeigt er beispielsweise, wie verschiedene Elemente aus ihren alten Artikulationen gelöst werden und in einer neuen sozialen Formation (eben dem Thatcherismus) reartikuliert werden.

Durch die strategische Offenheit der Theorie ist auch die Festlegung des Untersuchungsmaterials nicht durch die Methode bestimmt. Die Verknüpfung von verschiedenen Daten sowie die Integration etablierter Studien als Elemente in den untersuchten Kontext sind ebenso möglich, wie die Adaption anderer Forschungsfelder.¹⁹

¹⁸ Lawrence Grossberg versucht in seiner Weiterführung der Tradition der britischen Cultural Studies die Machtfrage mehr in den Blick zu bekommen. Er greift dazu auch auf das Konzept der >conjuncture<zurück (vgl. Grossberg 2010).

¹⁹ Tina Spies etwa identifizierte das »Konzept der Artikulation [als] eine Brücke von der Diskurszur Biografieforschung« um erstere für empirische Arbeiten aus dem Bereich der Biografieforschung anschlussfähig zu machen (vgl. Spies 2009). Für eine weitere Anwendungsmöglichkeit des Artikulationsbegriffes siehe auch den Beitrag von Friederike Landau in diesem Band.

4. Fazit

Dieser Text sollte dazu anregen, Halls Theorie der Artikulation als eine Basismethodologie für eine poststrukturalistisch informierte Protest- und Bewegungsforschung in Betracht zu ziehen. Da mit ihr der Kontext von Protestgeschehen selbst zum Gegenstand der Protest- und Bewegungsforschung wird, findet hier bereits eine wichtige Blickverschiebung statt. Die Stabilität von Protest- und Bewegungsphänomenen, als auch die Bildung und der Zerfall solcher Reartikulationen werden dabei im wechselseitigen Bezug zu diesem beobachtbar. Er umfasst dabei alle Ebenen des Sozialen – von globalen Krisen und Transformationsphänomenen bis hin zu kollektiv geteilten Symboliken und Narrativen einer Diskursgemeinschaft.

Das hinsichtlich seiner Elemente schwer auf einen Nenner zu bringende Phänomen Pegida kann in dieser Perspektive als Reartikulation aus Elementen des Kontextes der Moderne selbst begriffen und erklärt werden.

Durch die Offenheit, aber auch den Anspruch, Komplexität abzubilden, eignet sich die Artikulationstheorie besonders als Methodologie für Forschungsgruppen und kollektiv organisierte Projekte, die eine gemeinsame Basis suchen, über die innerhalb der Forschungsgruppe ein Austausch stattfinden soll. Gerade zur Beschreibung und Analyse des global immer diffuser werdenden Protestgeschehens eignet sich ein Konzept, das sich von der Kontingenz sozialen Protestgeschehens durch fehlende Eindeutigkeiten der Zuordnung von Aussagen und Subjektpositionen nicht beirren lässt, sondern Prozesse der De- und Reartikulation als konstitutiv für das Soziale selbst anerkennt, zugleich aber auch der Bedingtheit des Sozialen und Kulturellen als historisch Gewordenes, Rechnung trägt. Der Blick auf den Kampf um Bedeutung als strukturierter und zugleich strukturierender Prozess des Sozialen nimmt in der Artikulationstheorie daher einen zentralen Platz ein. Mehr noch als eine Methode zur Beantwortung bestimmter Fragen ist die Artikulationstheorie ein methodologischer Rahmen, in dem vielfältige Fragen - vom Forschungsdesign bis hin zur Bestimmung des Gegenstandes - in ihrer Differenz zusammengeführt werden können. Als gut ausgestatteter Werkzeugkasten kann sie für künftige Forschende ähnlich produktiv sein wie für Stuart Hall selbst.

5. Literatur

- Althusser, Louis (2005): For Marx, London/New York: Verso.
- Althusser, Louis und Étienne Balibar (1977): Reading Capital, London: NLB.
- Antifa Recherche Team Dresden (2017): »Pegida: Entwicklung einer rechten Bewegung«, in: Tino Heim (Hg.), Pegida als Spiegel und Projektionsfläche: Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden: Springer VS, S. 33-54.
- Bauman, Zygmunt (2005): Verworfenes Leben: Die Ausgegrenzten der Moderne, Hamburg: Hamburger Edition.
- Bourdieu, Pierre (2018): Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brunow, Dagmar (Hg.) (2015): Stuart Hall: Aktivismus, Pop und Politik, Mainz: Ventil Verlag.
- Butler, Judith (2018): Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.) (2018): Flucht ins Autoritäre: rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft: die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Drobot, Marc/Schroeder, Martin (2017): »Wie man bekämpft, was man selbst repräsentiert: Pegida eine fundamentalistische Gruppierung«, in: Tino Heim (Hg.), Pegida als Spiegel und Projektionsfläche: Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden: Springer VS, S. 253-306.
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims, Berlin: Suhrkamp.
- Fehser, Stefan (2017): »Demaskierung und Kontinuitäten: Pegida als Offenlegung und Entfesselung bestehender Dispositionen«, in: Tino Heim (Hg.), Pegida als Spiegel und Projektionsfläche: Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden: Springer VS, S. 55-78.
- Foster-Carter, Aidan (1978): »The Modes of Production Controversy«, in: New Left Review 107, S. 47-77.
- Foucault, Michel (1994): »Das Subjekt und die Macht«, in: Hubert L. Dreyfus/Paul Rabinow, Michel Foucault: jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, Weinheim: Beltz-Athenäum, S. 243-261.
- Grossberg, Lawrence (1996): »History, politics and postmodernism: Stuart Hall and cultural studies«, in: David Morley/Kuan-Hsing Chen (Hg.), Stuart Hall: Critical dialogues in cultural studies, London: Routledge, S. 151-173.
- Grossberg, Lawrence (2010): Cultural studies in the future tense, Durham: Duke University Press.
- Hall, Stuart (1980): »Cultural studies: two paradigms«, Media, Culture & Society 2, S. 57-72.

- Hall, Stuart (1988): The hard road to renewal: Thatcherism and the crisis of the left, London/New York: Verso.
- Hall, Stuart (1994): » Rasse<, Artikulation und Gesellschaften mit struktureller Dominante«, in: Stuart Hall, Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2, Hamburg: Argument-Verlag, S. 89-136.
- Hall, Stuart (2000a): »Das theoretische Vermächtnis der Cultural Studies«, in: Nora Räthzel (Hg.), Cultural Studies: ein politisches Theorieprojekt. Ausgewählte Schriften 3, Hamburg: Argument-Verlag, S. 34-51.
- Hall, Stuart (2000b): »Postmoderne und Artikulation«, in: Nora Räthzel (Hg.), Cultural Studies: ein politisches Theorieprojekt. Ausgewählte Schriften 3, Hamburg: Argument-Verlag, S. 52-77.
- Hall, Stuart (2002): »Reflections on ›Race, Articulation, and Societies Structured in Dominance««, in: Philomena Essed/David Theo Goldberg (Hg.), Race Critical Theories: Text and Context, Oxford: Wiley-Blackwell, S. 449-454.
- Hall, Stuart (2004a): »Wer braucht ›Identität‹?«, in: Juha Koivisto/Andreas Merkens (Hg.), Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4, Hamburg: Argument-Verlag, S. 167-187.
- Hall, Stuart (2004b): »Kodieren/Dekodieren«, in: Juha Koivisto/Andreas Merkens (Hg.), Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4, Hamburg: Argument-Verlag, S. 66-80.
- Hall, Stuart (2012): »Antonio Gramscis Erneuerung des Marxismus und ihre Bedeutung für die Erforschung von ›Rasse‹ und Ethnizität«, in: Stuart Hall, Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften 1, Hamburg: Argument-Verlag, S. 56-91.
- Hall, Stuart (2014): »Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus«, in: Victor Rego Diaz/Juha Koivisto/Ingo Lauggas (Hg.), Populismus, Hegemonie, Globalisierung. Ausgewählte Schriften 5, Hamburg: Argument-Verlag, S. 101-120.
- Hebdige, Dick (1986): »Postmodernism and ›The Other Side‹«, in: Journal of Communication Inquiry 10, S. 78-98.
- Heim, Tino (Hg.) (2017a): Pegida als Spiegel und Projektionsfläche: Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden: Springer VS.
- Heim, Tino (2017b): »Pegida als leerer Signifikant, Spiegel und Projektionsfläche eine Einleitung«, in: Tino Heim (Hg.), Pegida als Spiegel und Projektionsfläche: Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden: Springer VS, S. 1-31.
- Heim, Tino (2017c): »Politischer Fetischismus und die Dynamik wechselseitiger Projektionen: Das Verhältnis von Pegida, Politik und Massenmedien als Symptom multipler Krisen«, in: Tino Heim (Hg.), Pegida als Spiegel und Projektionsfläche: Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik,

- Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden: Springer VS, S. 341-444.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2012): Deutsche Zustände. Folge 10, Berlin: Suhrkamp.
- Knopp, Philipp (2017): »Abstand halten: Zur Deutung gesellschaftlicher Krisen im Diskurs Pegidas«, in: Tino Heim (Hg.), Pegida als Spiegel und Projektionsfläche: Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden: Springer VS, S. 79-110.
- Laclau, Ernesto (2007a): On Populist Reason, London/New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (2007b): »Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun?« in: Ernesto Laclau: Emanzipation und Differenz, Wien: Turia + Kant, S. 65-78.
- Laclau, Ernesto (2011): Politics and ideology in Marxist theory: capitalism fascism populism, London/New York: Verso.
- Laclau, Ernesto und Mouffe, Chantal (2001): Hegemonie und radikale Demokratie: zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien: Passagen-Verlag.
- Leinius, Johanna und Vey, Judith und Hagemann, Ingmar (2017): »Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen: Plädoyer für eine notwendige Blickverschiebung«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 4, S. 6-20.
- Luhmann, Niklas (1992): »Kontingenz als Eigenwert der modernen Gesellschaft«, in: Luhmann, Niklas: Beobachtungen der Moderne, VS, S. 93-128.
- Makropoulos, Michael (1997): Modernität und Kontingenz, München: Fink.
- Marchart, Oliver (2008): Cultural Studies, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Marchart, Oliver (2012a): »Elements of Protest«, in: Cultural Studies 26/2-3, S. 223-241.
- Marchart, Oliver (2012b): »Grossberg, Lawrence, Cultural Studies in the Future Tense [Rezension]«, in: Das Argument 54, S. 268-270.
- Marchart, Oliver (2013): Die politische Differenz: Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben, Berlin: Suhrkamp.
- Marchart, Oliver (2017): »Die Diskursanalyse der Essex School. Modell und Methode«, in: Oliver Marchart (Hg.), Ordnungen des Politischen: Einsätze und Wirkungen der Hegemonietheorie Ernesto Laclaus, Wiesbaden: Springer VS, S. 57-79.
- Oertel, Kathrin (2014): »Transkription der Redebeiträge vom 15.12.2014.«, in: Nach-DenkSeiten. www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/141219_pegida_mitschrift. pdf. Zugegriffen: 1. September 2018.
- Saussure, Ferdinand de (2016): Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft: eine Auswahl, Stuttgart: Reclam.
- Slack, Jennifer Daryl (1996): »The theory and method of articulation in cultural studies«, in: David Morley/Kuan-Hsing Chen (Hg.), Stuart Hall: Critical dialogues in cultural studies, London: Routledge, S. 112-127.

- Slack, Jennifer Daryl (2016): »Articulation Theory«, in: The International Encyclopedia of Communication Theory and Philosophy. Wiley-Blackwell.
- Spies, Tina (2009): »Diskurs, Subjekt und Handlungsmacht: Zur Verknüpfung von Diskurs- und Biografieforschung mithilfe des Konzepts der Artikulation«, in: Forum Qualitative Sozialforschung 10/2. Art. 36.
- Staatsprojekt Europa Forschungsgruppe (Hg.) (2012): Die EU in der Krise: zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Supik, Linda (2005): Dezentrierte Positionierung: Stuart Halls Konzept der Identitätspolitiken, Kultur und soziale Praxis, Bielefeld: transcript.
- Ullrich, Peter (2017): »Postdemokratische Empörung: Ein Versuch über Demokratie, soziale Bewegungen und gegenwärtige Protestforschung«, in: Tino Heim (Hg.), Pegida als Spiegel und Projektionsfläche: Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden: Springer VS, S. 217-251.
- Weinstein, Matthew (2004): »Articulation Theory for Beginners«. http://personal.kent.edu/~mweinste/CI67095/Articulation.pdf. Zugegriffen 23. Januar 2018.
- Winter, Rainer (2005): »Der zu bestimmende Charakter von Kultur: Das Konzept der Artikulation in der Tradition der Cultural Studies«, in: Ilja Scrubar/Joachim Renn/Ulrich Wenzel (Hg.), Kulturen vergleichen: Sozial- und kulturwissenschaftliche Grundlagen und Kontroversen, Wiesbaden: VS, S. 271-289.
- Winter, Rainer (2012): »Die Differenz leben Stuart Hall ›Der Westen und der Rest‹ und ›Wann war der Postkolonialismus‹«, in: Julia Reuter/Alexandra Karentzos (Hg.), Schlüsselwerke der Postcolonial Studies, Wiesbaden: VS, S. 131-141.

Radikale Demokratie weiter denken

Experimentell-pragmatistische Analyse sozialer Bewegungen

Kernidee und Perspektive des Ansatzes Um die Praxen und Organisationsweisen sozialer Bewegungen jenseits einer horizontalen und vertikalen Handlungslogik zu denken, sollte man postfundamentalistischen Ansätzen eine experimentelle Wendung geben. Dadurch lassen sich drei praktische Verkürzungen in der Analyse von sozialen Bewegungen vermeiden: erstens, ein einseitiger Fokus auf politische Institutionen; zwei-

tens, eine Vernachlässigung der Kategorie »Solidarität« und drittens, ein dichotomisches Denken

von vertikalen und horizontalen Handlungslogiken. Zentrale theoretische Grundlagen/Arbeiten

gegenwärtigen demokratischen Ordnung offenzulegen und damit auch auf dessen grundsätzliche Veränderbarkeit durch soziale Bewegungen hinzuweisen. Ich nutze außerdem John Deweys demokratischen Experimentalismus, um die experimentelle Handlungslogik von sozialen Bewegungen zu analysieren.

Chantal Mouffes radikale Demokratietheorie ist wichtig, um den hegemonialen Charakter der

Anwendung: Methoden Ich verwende die Methode der Theorie- und Begriffsarbeit.

Anwendung: Fallbeispiel

Die aktuellen munizipalistischen Bewegungen.

Elemente einer radikalen Demokratietheorie des Experiments

Am Beispiel der experimentellen Horizontalität munizipalistischer Bewegungen

Rahel Sophia Süß

1. Einleitung

Heute erweist sich die Frage nach Demokratie als wesentliche Achse der politischen Auseinandersetzung. Folgen wir Chantal Mouffe (2018) in ihrer Einschätzung, dann eröffnet die gegenwärtige Krise der neoliberalen hegemonialen Formation, die politische Bewegungen und Parteien seit 2011 verstärkt zum Ausdruck bringen, die Möglichkeit für eine neue demokratische Ordnung. Fraglich erscheint allerdings, was die Rolle der neuen munizipalistischen Bewegungen für ein solches Unternehmen auszeichnet. Der vorliegende Beitrag nimmt sich dieser Frage an und zielt darauf ab, postfundamentalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen durch die Einbeziehung der Kategorie des Experiments zu aktualisieren. Die Unfähigkeit, die konstitutive Bedeutung des Experiments für demokratische Praxen anzuerkennen, hat zur Konsequenz, dass die experimentellen Handlungslogiken der neuen munizipalistischen Bewegungen nicht umfassend erfasst werden können. Das Experiment eröffnet hier eine dreifache Blickverschiebung: von der Idee einer Konflikthaftigkeit des Sozialen hin zu den konkre-

¹ Munizipalistische Bewegung ist ein Sammelbegriff für Städtebewegungen, die zum Beispiel unter Schlagworten wie »rebellische Städte« (Harvey 2012), »Cities of Refuge«, »Sanctuary Cities« oder »Welcome Cities« verhandelt werden. Die Akteur*innen in diesen Bewegungen fordern soziale Teilhabe am urbanen Leben und kritisieren finanzmarktgesteuerte und investitionsorientierte Formen der Vergesellschaftung sowie jegliche Formen von diskriminierenden Ausschlüssen und Marginalisierungen.

² Die Bezeichnung »Postfundamentalismus« wird in Anschluss an Oliver Marchart (2010) verwendet, um die postfundamentalistische Prämisse von poststrukturalistischen Ansätzen hervorzuheben, wonach Gesellschaft nicht auf der Abwesenheit aller Gründe, sondern auf der »Abwesenheit eines ultimativen Grundes« basiert (Marchart 2010: 62, Herv.i.O.).

ten Handlungsproblemen; vom Subjekt hin zu den sozialen Beziehungen und von einer vertikalen und horizontalen Dichotomie hin zu einer experimentellen Horizontalität demokratischer Praxen.

Um die Kategorie des Experiments als Schlüsselbegriff für die postfundamentalistische Bewegungsforschung fruchtbar zu machen, befasst sich der erste Abschnitt mit den Defiziten von Chantal Mouffes Analyse von sozialen Bewegungen. Der zweite Teil widmet sich dann einem systematischen Aktualisierungsversuch durch die Einbeziehung der pragmatistischen Handlungskategorie des Experiments. Schließlich soll die Frage diskutiert werden, worin der Gewinn einer experimentell-pragmatistischen Blickverschiebung für die Analyse von munizipalistischen Bewegungen bestehen könnte.

2. Postfundamentalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen und ihre Kritik

War die soziale Bewegungsforschung lange Zeit davon ausgegangen, dass funktionalistische Analysen von Formierungsprozessen der Schlüssel zum Verständnis von sozialen Bewegungen sind, versuchen postfundamentalistische Analyseansätze soziale Bewegungen als Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Dynamiken zu fassen (Leinius/Vey/Hagemann 2017).3 Ernesto Laclau und Chantal Mouffe sind im Rahmen ihrer Schriften, in denen sie ein Modell der Kontingenz und Konflikthaftigkeit im Feld des Diskursiven proklamieren, vor allem an der Machtfrage interessiert (Laclau/Mouffe 1985: 181, 195, 190). Ins Zentrum ihrer Aufmerksamkeit rücken sie das grundlagentheoretische Problem, wie ein politisches Subjekt erscheint. Sie knüpfen in ihrem Lösungsvorschlag an eine postfundamentalistische Ontologie an, gemäß derer »in der Welt sein«, ein Sein in vielfältigen sozialen Kämpfen um die gesellschaftliche Schließung bezeichnet. So müssen politische Akteure immer wieder von Neuem gegen eine Welt kämpfen, die so gestaltet und aufgeteilt ist, dass ihre Vorstellungen von Freiheit, Gleichheit und Volkssouveränität nicht vorkommen. Gleichzeitig kann kein politisches Handeln jemals für sich beanspruchen, spezifische Werte derart konstituiert zu haben, dass zukünftige Generationen nicht ihrerseits den Anspruch auf ein politisch-konstituierendes Handeln haben (Mouffe 2007: 16, 25).

³ Mit dem Auftauchen der sogenannten neuen sozialen Bewegungen in den 1960er Jahren werden soziale Bewegungen als eigenständiges Phänomen wahrgenommen und systematisch untersucht (Neidhardt/Rucht 2002). Gemeinhin werden sie mit der Kategorie »mobilisierte Netzwerke von Gruppen und Organisationen« (Kern 2008: 13) bezeichnet, die über eine gewisse Dauer hinweg und durch kollektive Identität gestützt verschiedenste Protestformen anwenden, um »sozialen Wandel durch Protest herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen« (Neidhardt/Rucht 1994: 307).

Demokratie dient sozialen Bewegungen als symbolischer Horizont, um jede Schließung einer sozialen Ordnung herauszufordern (Mouffe 2018: 41-51; Noval 2011; Conway/Singh 2011). Indem politische Akteure immer wieder von Neuem Ausschlüsse hinterfragen, weiten sich die Kämpfe für Gleichheit auf immer neue soziale Sphären aus (Laclau/Mouffe 2001). Radikale Demokratie meint in diesem Sinne eine Form der Radikalisierung durch Demokratie, mittels derer soziale Praxen, die Partizipation und Offenheit fördern, pluralisiert werden (Tambakaki 2018: 3).

Allerdings scheint Mouffes postfundamentalistischer Ansatz nicht in der Lage zu sein, das Versprechen auf Gleichheit einzulösen, von dem es seinen Ausgang nimmt (vgl. Day 2005). So laufen postfundamentalistische Argumente Gefahr, zu einseitig auf ein Verständnis von Hegemonie als soziale Hegemonie und Staatsmacht zu fokussieren. Im Unterschied zu einer solchen vertikalen Logik der Repräsentation betonen post-hegemoniale Ansätze die vernetzten, verstreuten und immanenten Momente widerständiger Praxen, die als präfigurative Praxen direkt am Körper, den Gewohnheiten und Affekten ansetzen (Arditi 2007: 212-224; Beasley-Murray 2010: 7; Lash 2007: 55f, 60). Der Lösungsvorschlag, den Day mit seinem Begriff »newest social Movements« (Day 2005: 45) anbietet, arbeitet auf der Ebene einer Differenzierung der totalisierenden Effekte: Day unterscheidet die newest social Movements von den revolutionären Kämpfen und der Reformpolitik dadurch, dass erstere auf totalisierende Effekte auf allen sozialen Feldern und letztere auf totalisierende Effekte auf selektierten sozialen Feldern abzielen. würden, während die newest social Movements jegliche Form totalisierender Effekte ablehnten (ebd.: 44f).

Kritische Ansätze gegenüber der von Day vertretenden post-hegemonialen These heben wiederum die Durchdringung von horizontalen und vertikalen Logiken hervor: Sie weisen darauf hin, dass sich auch in Slogans, wie von Occupy Wall Street »Wir sind die 99 %«, repräsentative Ansprüche finden lassen (Dean 2012: 229). Wenn Repräsentation das Präsentieren von etwas bedeutet, das wörtlich oder tatsächlich nicht vorhanden ist, so müssen der spanischen 15M-Bewegung mit ihrem Slogan »¡Democracia Real Ya!« auch repräsentative Ansprüche zugestanden werden. Dieser Schlussfolgerung kommt der Befund entgegen, dass »wirkliche Demokratie« nur repräsentiert werden kann, indem mit kollektiven Formen der Selbstregierung und Selbstverwaltung experimentiert wird, die auf Dezentralisierung, Pluralität und Präfiguration setzen (Della Porta/Rucht 2015: 223-229). In ähnlicher Stoßrichtung argumentieren Marina Prentoulis und Lasse Thomassen und erklären:

»There is a mutual contamination between horizontality and verticality because the very realization of equality is only possible through some representational space, and such a space unavoidably involves some inequality and hierarchy. There is no horizontality without verticality, and no equality without inequality.« (Prentoulis/Thomassen 2012: 16)

Wie die Beispiele der griechischen Antiausteritätsbewegung Aganaktismenoi im Jahr 2011 und der argentinischen Piqueteros in der Krise von 2001 zeigen, können Grassroots-Proteste ihre reale sozio-politische Relevanz steigern, wenn sie von einem organisierten kollektiven Akteur, durch Syriza in Griechenland und durch die Präsidentschaft Kirchners in Argentinien, repräsentiert werden (Stavrakakis 2014: 214).

Die Relevanz einer Kombination von Horizontalität und Vertikalität heben auch Michael Hardt und Antonio Negri mit der Einführung ihres neuen Begriffspaares »strategic multitude« und »tactical leadership« in ihrem jüngsten gemeinsamen Werk »Assembly« (2017) hervor. Von hier aus ergeben sich weitreichende Einblicke in den Zusammenhang von vertikalen und horizontalen Logiken. Dort, wo Führungsstrukturen notwendig werden, bleiben sie laut Hardt und Negri auf eine taktische Rolle beschränkt; an kurzfristiges und lokales Handeln und spezifische Anlässe gebunden (Hardt/Negri 2017: 19f.). Die strategische Multitude hingegen gibt die politische Richtung vor. Zu ihren Aufgaben zählen beispielsweise die Multitude zu organisieren, die unterschiedlichen Interessen auszubalancieren und eine langfristige Planung und beständige Aktivität der Bewegung zu gewährleisten (ebd.: 15, 20-22).

Für Hardt und Negri hat die Unterscheidung zwischen taktischer Führung und strategischer Multitude vor allem eine theoretische Funktion. Sie erlaubt, die Multitude als singuläre Multiplizität und Netzwerk zu denken, das von keinem einzelnen politischen Akteur repräsentiert werden kann. Demokratischen Praxen kommt in diesem Modell die Aufgabe zu, horizontale Verbindungen beständig auszuweiten und neue konstituierende Mächte durch Experimente der Selbstverwaltung freizusetzen (Hardt/Negri 2012: 44-45, 64) Dezentrale Führung kann jederzeit und von jedem initiiert werden, wie das Beispiel der transnationalen Women's March Bewegung mit ihrer Struktur der sogenannten »Huddles« (»Haufen«) zeigt. Die »Huddles« werden nicht von statischen Hierarchien oder einer einzelnen Führung dominiert, sondern bilden flexible Kombinationen von Streuung und Vereinheitlichung (Nunes 2014: 33).

Allerdings bleibt auch mit den konzeptionellen Versuchen einer Verbindung von vertikalen und horizontalen Handlungslogiken ein entscheidendes Problem: Sowohl die Affirmation von Repräsentation oder Horizontalität auf der einen Seite, als auch die Betonung der Durchdringung dieser zwei Logiken auf der anderen Seite reproduzieren ein dichotomisch vorgestelltes Verhältnis. Charakteristisch für ein solches Verhältnis ist, dass sich beide Logiken in ihrer vollumfänglichen Verwirklichung gegenseitig daran hindern, zur »Selbstidentität« zu gelangen. Es braucht also eine Perspektive, die es erlaubt, die produktiven Spannungen dieser

Logiken zu betonen, statt sie gegeneinander auszuspielen oder miteinander zu versöhnen. Die Lösung läuft insgesamt in der Aufgabe zusammen, konzeptionell über einen vertikalen und horizontalen Bezugsrahmen hinauszugehen. Dazu gilt es im nächsten Schritt, eine experimentell-pragmatistische Blickverschiebung vorzunehmen.

3. Eine experimentell-pragmatistische Blickverschiebung

Was kann nun eine experimentell-pragmatistische Blickverschiebung für eine Analyse von sozialen Bewegungen leisten? Nachdem einige spezifische Leerstellen und kritische Kontroversen des Feldes der postfundamentalistischen Bewegungsforschung ausgewiesen wurden, wird im Folgenden argumentiert, dass John Deweys Kategorie des Experiments zwischen den unbefriedigenden Alternativen einer vertikalen und horizontalen Handlungslogik vermitteln kann. Sein experimenteller Grundsatz dient ihm als methodischer Rahmen, um mit dem Unkalkulierbaren unter den Bedingungen einer konkreten Gelegenheitsstruktur zu kalkulieren.

Tatsächlich muss die Dynamik moderner Gesellschaften in der Unsicherheit gesucht werden, denn es gibt laut Dewey keine Gewissheit, auf das sich Handeln gründen könnte. Ungewissheit ist in erster Linie eine Angelegenheit der Praxis, die sich in der Erfahrung zeigt. Es ist die Ungewissheit darüber, wie die gegenwärtigen Erfahrungen angesichts von nicht antizipierbaren und nicht intendierten Handlungsfolgen ausgehen können (Dewey 1998: 223). Das Experiment erkennt die konstitutive Ungewissheitserfahrung an und wendet sie positiv, indem es Handeln als Problemlösungshandeln konzipiert. Problemlösungshandeln bietet dann eine Art Versicherung, aber keine Sicherheit (ebd.: 37). Gerade weil sich Problemlösungen weder aus gegebenen Umständen direkt ableiten, noch im Vorhinein erschließen lassen, sind Lösungen auf ein innovatives Probehandeln in einem experimentellen Modus von Versuch und Irrtum angewiesen (Jaeggi 2014: 346). »Alles Experimentieren impliziert offenes Tun; es bewirkt bestimmte Veränderungen in der Umwelt oder in unserem Verhältnis zu ihr« (Dewey 1998: 89). Bereits Denken ist Experimentieren, das auf ein hypothetisches Ausprobieren anderer Möglichkeiten zielt, statt auf das Abbilden oder Betrachten einer zeitlosen Wahrheit (Westbrook 1991: 70). Dabei werden Handlungsprobleme überwunden

⁴ Die philosophische Strömung des Pragmatismus hat ihre Wurzeln im sogenannten *Gilded Age* (»Vergoldetes Zeitalter«) der Vereinigten Staaten Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts (Westbrook 1991). Als bestimmender Grundzug wird in der pragmatistischen Tradition die Idee angesehen, die Bedeutung von Begriffen und Theorien anhand ihrer praktischen Handlungsfolgen zu beurteilen (Dewey 1919: 163).

durch ein Durchspielen alternativer Handlungsvollzüge (Dewey 1998: 32). Die einzige Gewissheit ist dann jene von verschiedenen und nie gänzlich planbaren Problemlösungsversuchen, die auf eine experimentelle Erprobung von Handlungsspielräumen zielen.

Ist damit bereits der theoretische Rahmen beschrieben, in dem das Phänomen der neuen munizipalistischen Bewegungen zu lokalisieren sein wird, so deuten sich damit zugleich auch einige Schwierigkeiten an. Denn soll an Mouffes postfundamentalistische Perspektive auf soziale Bewegungen mit einer experimentell-pragmatistischen Wendung angeknüpft werden, so gehen damit drei grundsätzliche Aufgaben einher: eine Blickverschiebung auf konkrete Handlungsprobleme, auf solidarische Beziehungen und auf einen zirkulären Horizont.

3.1 Vom Konflikt um die gesellschaftliche Schließung zum konkreten Handlungsproblem

Von den drei Problemen, die sich stellen, wenn Mouffes postfundamentalistischer Ansatz unter den Bedingungen eines experimentell-pragmatistischen Denkens noch einmal aktualisiert werden soll, betrifft die erste Schwierigkeit den Stellenwert von konkreten Handlungsproblemen. Zu den Unklarheiten, die ihren Ansatz kennzeichnen, zählt die Frage nach der praktischen Anschlussfähigkeit ihrer demokratietheoretischen Überlegungen an alltägliche Erfahrungen. Zwar plädiert sie in ihrer Argumentation dafür, die demokratischen Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Souveränität auf immer mehr soziale Beziehungen und gesellschaftliche Sphären auszuweiten. Allerdings bleibt an ihrer Grundvorstellung, sozialen Wandel in erster Linie über politische Institutionen zu denken, ungeklärt, welche Rolle die konkreten alltäglichen Praxen für eine Radikalisierung von Demokratie spielen. Dies brachte Mouffe nicht zuletzt den Vorwurf ein, ihre Demokratietheorie erreiche den Demos nicht (Jörke 2006: 263).

Es ist der Gewinn einer experimentell-pragmatistischen Perspektive, konkrete und alltägliche Handlungsprobleme als Ausgangspunkt zu nehmen (Joas 1992: 12). Einerseits verweist das Experiment auf die notwendig kontingente Unbestimmtheit des Bezuges von sozialen Bewegungen zu sich selbst und der Welt. Darüber hinaus weist es, wenn auch immer nur temporär, einen Ausweg aus dieser Unbestimmtheit. Soziale Bewegungen sind in diesem Sinne Ausdruck eines praktischen Eingelassenseins in eine niemals vollständig verfügbare Welt. Zugleich bezieht sich die experimentelle Dimension von widerständigen Praxen auf die immer bereits anwesende Möglichkeit von Veränderungshandeln. Gerade, weil Widerstand im pragmatistischen Sinne seine normative Kraft nicht aus sich selbst, sondern aus den Handlungskonsequenzen schöpft, muss dieser sich aktiv zu den Handlungsvoraussetzungen in-Beziehung-setzen und in immer neuen Situationen experimentell bewähren. Allerdings sind dazu auch die eingesetzten

Mittel und formulierten Ziele von sozialen Bewegungen beständig wechselseitig zu korrigieren (Dewey 1998: 102).

Aus dem bisher Gesagten leitet sich nun folgender Gedankengang für die Analyse von sozialen Bewegungen ab: Soziale Bewegungen bedürfen des Lernens. Lernen bezeichnet einen Modus des gelingenden sozialen Wandels sowie Lernblockaden »Gründe dafür [liefern], dass dieser ausbleibt oder pathologisch verläuft« (Jaeggi 2014: 343). Es handelt sich bei den Praxen von sozialen Bewegungen also deshalb um experimentelle Lernprozesse, weil ihre Akteur*innen in einem offenen und andauernden Prozess ihre Praxen daraufhin befragen müssen, inwiefern sie die Konfrontation mit neuen Problemen – in Form von Handlungsblockaden und Erfahrungsverlust – und Lernprozesse ermöglichen oder behindern.

Dieses Argument wird greifbarer, wenn wir es an dem konkreten Gegenstand der munizipalistischen Bewegungen erproben. Beispielhaft zeigt sich dieser pragmatistische Grundzug in der Bürger*nnenplattform Barcelona en Comú (BComú), die seit ihrem Regierungsantritt 2015 die direkten Probleme und Notlagen der Stadtbewohner*innen adressiert.5 Die Akteur*innen in den globalen Netzwerken der sogenannten »rebellischen Städte« (Harvey 2012) – den »Cities of Refuge«, »Sanctuary Cities« oder »Welcome Cities« – fordern mit dem Slogan »Recht auf Stadt« (Lefebvre 1968) und »Urban Citizenship« (Aigner/Kumnig 2018: 14-35) soziale Teilhabe am urbanen Leben und mobilisieren gegen finanzmarktgesteuerte und investitionsorientierte Formen der Vergesellschaftung. Sie betreiben eine Politik der sukzessiven Verbesserung konkreter Probleme bei gleichzeitigem Experimentieren mit neuen demokratischen Praxen und politischen Institutionen (Feenstra et al. 2017). In Citizens Assemblies oder auch Stadtplanungswerkstätten arbeiten Architekten, Künstler*innen, Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen, in Bereichen vom politischen Agenda Setting, bis zur Abstimmung, Monitoring und Evaluation mit der städtischen Verwaltung zusammen (Feenstra et al. 2017: 41-63; Büllesbach/Cillero/Stolz 2017). Neben dem Ethos einer fortwährenden Selbstreflexion von Handlungskonsequenzen politischer Prozesse und Projekte wird auch die Analyse gesellschaftlicher und politischer Prozesse zum notwendigen Teil von demokratischen Praxen erklärt (Russel/Reyes 2017).

⁵ Im Mai 2015 wurde die Bürger*innenplattform Barcelona en Comú als Minderheitsregierung gewählt. Die Initiative ist erwachsen aus einer langen Periode von Straßenprotest, Anti-Räumungs-Kampagnen, Besetzungen, Anti-Korruptions-Kampagnen und Jugendbewegungen, die schließlich am sichtbarsten wurden in der M15-Bewegung oder dem sogenannten Indignados-Protest seit 2011.

3.2 Vom Subjekt zu den sozialen Beziehungen, von der Bündnispolitik zur Solidarität

Die zweite Schwierigkeit, die Mouffes postfundamentalistischer Ansatz unberücksichtigt lässt, ergibt sich aus der Frage nach dem Stellenwert von Solidarität für ein politisches Projekt radikaler Demokratie. Wie Oliver Marchart erklärt, wird idealtypisch unter radikaler Demokratie ein konfliktueller Prozess der Aktualisierung, Ausweitung und Vertiefung der demokratischen Prinzipien von Freiheit, Gleichheit, und Solidarität verstanden (Marchart 2015: 22). Je nach Ansatz werden diese Prinzipien unterschiedlich gewichtet oder, wie im Fall von Solidarität bei Mouffe, gänzlich übergangen (ebd.: 31, FN 3). Insofern Hegemonie bei Mouffe eine kontingente Pluralität autonomer Kämpfe um eine »Äquivalenzkette« artikuliert, die eine gemeinsame politische Front zusammenschweißt, lässt sich zudem hinsichtlich Mouffes Modell kritisch anmerken, dass Hegemonie in erster Linie über ihre Subjekte und nicht über die sozialen Beziehungen gedacht wird (Lash 2007: 55-56).

Diese Leerstelle füllt Deweys Idee von sozialer Freiheit aus. Auf eine Formel gebracht, bezeichnet der Begriff, dass der Grad der individuellen Freiheit von der sozialen Freiheit bedingt ist, da Individuen immer bereits in Assoziationen miteinander verbunden sind und sich über diese Assoziationen die Probleme der Welt erschließen (Dewey 1927: 151). Zu dieser Deutung kann Dewey gelangen, weil er sich in »Individualism, Old and New« (Dewey 1931: 41-123) einer Darstellung bedient, die explizit die Idee verwirft, Subjekte isoliert mit individueller Freiheit auszustatten und Autonomie als unabhängig von sozialen Beziehungen zu begreifen. Den Schritt, den Dewey hier vorschlägt, um Gesellschaft und Individuum nicht wie in der liberalen Tradition üblich, gegeneinander auszuspielen, besteht in einer Aktualisierung des Subjektbegriffs auf der Grundlage der Kategorie von sozialer Freiheit. Diese Wendung zur Idee der sozialen Freiheit erlaubt es Dewey jetzt, die Perspektive von Subjektivitäten hin zu den sozialen Beziehungen zu verschieben. Dabei lautet sein entscheidendes Argument, dass Individuen von den sozialen Praktiken geprägt werden, an denen sie partizipieren. Gleichzeitig sedimentieren ihre Praxen in Institutionen und werden ihrerseits zu strukturellen Bedingungen des Handelns (Bernstein 2016: 33).

Von diesem zirkulären Gedankengang aus wird nun auch verständlich, warum sich Solidarität als eine zentrale Bezugskategorie für demokratische Praxen erweist. Die Konzeption von sozialer Freiheit ermöglicht es, Freiheit und Solidarität nicht als Gegensätze zu begreifen. Nicht die Einzelperson, sondern die solidarische Gemeinschaft erscheint dann als Trägerin der zu verwirklichenden Freiheit. Eine pragmatistische Perspektive auf Solidarität geht zudem über die Hervorhebung gemeinsamer materieller Interessen, wie zum Beispiel politischer Rechte, hinaus und adressiert die Artikulation eines geteilten Sinns für Möglichkeiten und ein geteiltes Begehren für Alternativen.

Mit der Kategorie der sozialen Freiheit lässt sich nun ein weiterer Grundzug des demokratischen Selbstverständnisses der neuen munizipalistischen Bewegungen in den Blick bekommen: Die sozialen Beziehungen und demokratischen Erfahrungen werden von den Akteuren in den Mittelpunkt gerückt: »[T]he concrete bringing together of bodies (rather than citizens, who already come with a territory) in the activation of municipal political processes [...] have the capacity to produce new subjectivities« (Russel 2019: 13). Neben einer neuen Politik der Gemeingüter finden sich Formen institutioneller sozialer Freiheit zum Beispiel auch in dem Modell von Urban Citizenship. So hat die Stadtregierung von New York 2013 einen Stadtausweis eingeführt, der allen Stadtbewohner*innen, unabhängig von ihrem legalen Status, Zugang zu Bildung, öffentlichem Verkehr, Gesundheitsversorgung, Kommunikation und Wohnraum ermöglichen soll (Aigner/Kumnig 2018: 14-35).

3.3 Experimentelle Horizontalität

Der Versuch, postfundamentalistische Ansätze für aktuelle Demokratiebewegungen erneut produktiv zu machen, steht nun abschließend vor einer dritten Schwierigkeit: Mouffes Analyse von sozialen Bewegungen bleibt an ein dichotomies Verständnis von vertikalen und horizontalen Handlungslogiken gebunden. Das Experiment erlaubt hingegen eine Bestimmung von sozialen Bewegungen, ohne einseitig Vertikalität oder Horizontalität zu affirmieren oder von einer »Hybridisierung« dieser zwei Handlungslogiken auszugehen (Feenstra et al. 2017: 13). Vielmehr stellt sich die experimentelle Handlungslogik von munizipalistischen Bewegungen als Ausgangspunkt dar, von dem aus die strategische Verknüpfung von vertikalen und horizontalen Strategien erprobt und beständig wechselseitig korrigiert wird. An die Stelle einer Durchdringung der vertikalen und horizontalen Logik, wie sie von Kritikern der post-hegemonialen These vertreten wird, tritt in der pragmatistischen Deutung ein konstitutives Wechselverhältnis. Experimentelle Praxen- und Institutionenzusammenhänge konstituieren sich dann nicht einfach als Gegenmacht, sondern als Neuzusammensetzung und Gleichzeitigkeit von horizontalen und vertikalen Elementen. Weil sich nun allerdings, wie mit Rekurs auf den Begriff der sozialen Freiheit gezeigt werden konnte, Individuen erst über Assoziationen mit anderen Individuen die Probleme der Welt erschließen, gilt es, die Möglichkeit für kollektive Lernprozesse offenzuhalten und beständig auf immer mehr soziale Beziehungen auszuweiten. Damit wäre auch zugleich ein Name für die Handlungslogik von sozialen Bewegungen gefunden, den ich in Anlehnung an Deweys philosophischen Experimentalismus als »experimentelle Horizontalität« bezeichnen möchte.

Mit der Kategorie der »experimentellen Horizontalität« lässt sich nun abschließend ein dritter Grundzug des demokratischen Selbstverständnisses von munizipalistischen Bewegungen in den Blick bekommen: Um Offenheit und eine experimentelle Pluralität in kollektiven Bündnissen zu fördern, setzen die Bewegungen auf ein Experimentieren mit neuen Institutionen. Zum Beispiel versuchen sie, mit einer Stadtpolitik der Koproduktion grundlegende Bedürfnisse wie Energie, Wasser, Nahrung, Wohnen, Bildung und öffentliche Infrastruktur gemeinsam zu verwalten. So fungiert BComú nicht als lokaler Arm einer größeren politischen Strategie einer politischen Partei. Die fluiden Kooperationen aus Bürger*innen, Aktivist*innen und lokalen sowie regionalen Regierungen erlauben vielmehr eine Form der Selbstregierung, jenseits klassischer repräsentativer Führungsstrukturen (Russel/Reyes 2017):

»Although the visibility of these new municipal initiatives is often due to their engagement with municipal electoral politics, it is a mistake to read them primary as electoral phenomena concerned with »governing better«. On the contrary, [...] the municipal initiatives share a focus on *transforming* these institutions, bringing people closer to decisions that affect them as part of a wider orientation towards collective and collaborative self-government.« (Russel 2019: 14, Herv.i.O.)

4. Fazit: Zirkuläre Demokratie: Ein neuer radikal-demokratischer Horizont

Das Anliegen des Beitrages war es, postfundamentalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen kritisch zu diskutieren und produktive Anknüpfungspunkte auszuweisen. Die entscheidende Idee der Rekonstruktion war: Um postfundamentalistische Ansätze produktiv zu machen, sollte man ihnen eine experimentell-pragmatistische Wendung geben. Dadurch lassen sich, wie gezeigt wurde, drei praktische Verkürzungen vermeiden, die verhindern, die konkreten Praxen und Strategien der neuen munizipalistischen Bewegungen umfassend in den Blick zu bekommen: erstens, einen einseitigen Fokus auf politische Institutionen; zweitens, eine Vernachlässigung der Kategorie »Solidarität« und drittens, ein dichotomisches Denken von vertikalen und horizontalen Handlungslogiken.

Am Beispiel der neuen munizipalistischen Bewegungen wurde gezeigt, dass die Kategorie des Experiments für drei Perspektivverschiebungen gleichzeitig steht: Das Experiment bezeichnet eine Blickverschiebung von der Idee einer Konflikthaftigkeit des Sozialen hin zu den konkreten Handlungsproblemen und alltäglichen Praxen; vom Subjekt hin zu den sozialen Beziehungen und von einer vertikalen und horizontalen Dichotomie hin zu einer zirkulären Handlungslogik demokratischer Praxen.

Der Erkenntnisgewinn einer Einführung der Handlungskategorie des Experiments in die Bewegungsforschung lässt sich darüber hinaus wie folgt zusammenfassen: Als bewegungstheoretischer Schlüsselbegriff bietet das Experiment erstens eine produktive Perspektive auf soziale Bewegungen, um Handlungsmacht als experimentellen Aneignungsprozess des gesamten Arsenals sozialer Praktiken, aus denen sich die Handlungsoptionen ergeben, zu denken. Unterstützung findet diese These, wie gezeigt wurde, zweitens in dem Befund, dass soziale Bewegungen des Lernens bedürfen. Experimentell zu bleiben bedeutet nicht zuletzt, die Selbstkorrektur zu institutionalisieren und fähig zu sein, Möglichkeiten offenzulegen. Mit dem Hinweis, dass Scheitern für demokratische Praxen konstitutiv ist, müssen drittens, Führungsstrukturen und Repräsentationsprinzipien um einen experimentell-reflexiven Lernprozess erweitert werden, der beständig Handlungsmächte für solidarische Beziehungen öffnet.

5. Literatur

Arditi, Benjamin (2007). »Post-hegemony: Politics outside the usual post-Marxist paradigm«, in: Contemporary Politics 13, S. 205-226.

Bernstein, Richard (2016): Pragmatic Encounters, New York: Routledge.

Büllesbach, Daphne/Cillero, Marta/Stolz, Lukas (Hg.) (2017): Shifting Baselines of Europe. New Perspectives beyond Neoliberalism and Nationalism, Bielefeld, London: transcript.

Conway, Janet/Singh, Jakeet (2011): »Radical democracy in global perspective: Notes from the pluriverse«, in: Third World Quarterly 32(4), S. 689-706.

Day, Richard (2005). Gramsci is dead. Anarchist currents in the newest social movements, London: Pluto Press.

Della Porta, Donatella/Rucht, Dieter. (2015). »Power and democracy: Concluding remarks«, in: Donatella Della Porta/Dieter Rucht (Hg.), Meeting democracy. Power and deliberation in global justice movements, Cambridge: Cambridge University Press, S. 214-235.

Dewey, John (1998): Die Suche nach Gewissheit, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Dewey, John (1931): Individualism, old and new, London: George Allen & Unwin.

Dewey, John (1927): The Public and its Problems, Ohio: Swallow Press.

Dewey, John (1919): Reconstruction in Philosophy, London: University of London Press.

Hardt, Michael/Negri, Antonio (2017): Assembly, Oxford: Oxford University Press. Hardt, Michael/Negri, Antonio (2012): Declaration, New York: Argos.

Harvey, David (2012): Rebel Cities. From the Right to the City to the Urban Revolution, London: Verso.

- Hetzel/Reinhard Heil (Hg.), Die Unendliche Aufgabe: Kritik Und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld: transcript, S. 353-366.
- Jaeggi, Rahel (2014): Kritik von Lebensformen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Joas, Hans (1992): Pragmatismus und Gesellschaftstheorie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Jörke, Dirk (2006): »Wie demokratisch sind radikale Demokratietheorien?«, in: Andreas
- Kern, Thomas 2008: Soziale Bewegungen: Ursachen, Wirkungen, Mechanismen, Wiesbaden: VS.
- Kioupkiolis, Alexandros (2018): »Movements post-hegemony: how contemporary collective action transforms hegemonic politics«, in: Social Movement Studies 17(1), S. 99-112.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985): Hegemony and socialist strategy: towards a radical democratic politics, London: Verso.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2001): Hegemony and Socialist Strategy, London and New York: Verso.
- Lash, Scott (2007). »Power after hegemony. Cultural studies in mutation?«, in: Theory, Culture & Society 24, S. 55-78.
- Lefebvre, Henri (1968): Le droit à la ville, Paris: Anthropos.
- Leinius, Johanna/Vey, Judith/Hagemann, Ingmar (2017): »Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen«, in: Forschungsjournal soziale Bewegungen 30 (4), S. 6-20.
- Marchart, Oliver (2015): Demokratischer Radikalismus und radikale Demokratie. In: Berliner Debatte Initial, 26 (4), S. 21-33.
- Marchart, Oliver (2010): Die politische Differenz. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mullis, Daniel (2014): Recht auf Stadt. Von Selbstverwaltung und radikaler Demokratie, Münster: Unrast.
- Mouffe, Chantal (2018): For a Left Populism, London: Verso.
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter 1994: »Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen«, in: Friedhelm Neidhardt (Hg.), Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 7-41.
- Norval, Aletta (2001): »Radical Democracy«, in: Paul B. Clarke/Joe Foweraker (Hg.), Encyclopedia of Democratic Thought, Abingdon/New York: Routledge, S. 587-594.
- Nunes, Rodrigo (2014). Organisation of the organisationless: Collective action after networks, Leuphana: Mute/Post-Media Lab.

- Prentoulis, Marina/Thomassen, Lasse (2013): »Political theory in the square: Protest, representation and subjectification«, in: Contemporary Political Theory 12 (3), S. 166-184.
- Russel, Bertie/Reyes, Oscar (2017): »Eight lessons from Barcelona en Comú on how to Take Back Control«, in: https://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/oscar-reyes-bertie-russell/eight-lessons-from-barcelona-en-com-on-how-to-take-bac vom 8.3. 2017.
- Russel, Bertie (2019): »Beyond the Local Trip: New Municipalism and the Rise of the Fearless Cities«, in: Antipode, S. 1-22,
- Stavrakakis, Yannis (2014). »Hegemony or post-hegemony? Discourse, representation and the revenge(s) of the real«, in: Alexandros Kioupkiolis/Giorgos Katsambekis (Hg.), Radical democracy and collective movements today, Farnham: Ashgate, S. 111-132.
- Tambanaki, Paulina (2018): »Rethinking radical democracy«, in: Contemporary Political Theory, S. 1-21.
- Westbrook, Robert B. (1991): John Dewey and American Democracy, Ithaca/London: Cornell University Press.

Perspektiven radikaler Demokratietheorie

Kernidee und Perspektive des Ansatzes

Der Beitrag konzipiert eine radikaldemokratietheoretische Perspektive in der Forschung zu sozialen Kämpfen und Bewegungen, aus der Demokratie nicht als eine bestimmte Staatsform begriffen wird, sondern als ein konflikthafter und unabschließbarer Prozess der Demokratisierung. Dies ermöglicht

eine Sichtweise auf soziale Bewegungen und Kämpfe, in der iene, die für Gleichheit und Freiheit kämpfen, unabhängig von gesellschaftlich dominanten Zuschreibungen als politische Subiekte begriffen werden. Zudem werden politische Interventionen nicht ausschließlich in Bezug auf den Staat im engeren Sinne, sondern im weiteren Kontext hegemonialer Gesellschaftsordnungen untersucht.

Die radikaldemokratietheoretische Perspektive verdeutlicht, wie politische Subiekte in konkreten Aushandlungen entstehen, Konflikte um Sichtbarkeit und Rechte geführt, normative Bezugspunkte artikuliert und ambivalente Verhältnisse zur hegemonialen Ordnung eingegangen werden.

Zentrale theoretische Grundlagen/Arbeiten

Im Anschluss an die Ansätze von Jacques Rancière (2002, 2012), Étienne Balibar (2012), Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2006) sowie auf der Grundlage empirischer Fallstudien wird eine Perspektive poststrukturalistisch informierter Bewegungsforschung entwickelt, die auf eine wechselseitige Information von Theorie und Empirie ausgerichtet ist. Der hierzu entwickelte Begriff der demokratischen Differenz ermöglicht es, zwischen etablierten Regimen der Demokratie und einem darüber hinausgehenden Grundsatz des Demokratischen zu unterscheiden. Dadurch werden demokratische Praxen in den Mittelpunkt gerückt, die aus dem Bestreben entstehen, Gleichheit in Verhältnissen der

Anwendung: Methoden

Ungleichheit zu aktualisieren.

Die Analyse basiert auf zwei Fallstudien, die mit qualitativen Methoden durchgeführt wurden und teilstrukturierte Interviews, Dokumentenanalyse, teilnehmende Beobachtung und aktivistische Forschung kombinieren. In der hierbei entwickelten Forschungsstrategie werden die radikaldemokratietheoretischen Ansätze weniger einseitig operationalisiert, sondern Theorie und Empirie werden

aufeinander bezogen und in einen Dialog gebracht, wobei ich poststrukturalistische Beiträge in der Debatte um qualitative Sozialforschung aufgreife. Demokratietheorie eröffnet hierbei eine spezifische Analyseperspektive auf soziale Kämpfe und Bewegungen und umgekehrt werden diese zum

Ausgangpunkt für eine empirisch fundierte Entwicklung und Überarbeitung radikaler Demokratietheorie.

Anwendung: Fallbeispiel

den USA aufgezeigt und diskutiert.

Die Produktivität einer radikaldemokratietheoretischen Perspektive wird anhand von empirischer

Anwendung: Beispiele Der radikaldemokratietheoretische Ansatz steht in Verbindung mit Analysen, die mit Konzepten von

»acts of citizenship« (Isin/Nielsen 2008), »Autonomie der Migration« (Bojadžijev/Karakayali 2007), hegemonietheoretischen und intersektionalen (Vey 2015; Ganz 2018) sowie allgemein machttheoretischen Perspektiven (Foucault 1992) arbeiten.

Forschung zu politischen Selbstorganisierungen migrantischer Jugendlicher in Deutschland und

Demokratie als konflikthafte Praxis

Eine Analyseperspektive radikaler Demokratietheorie

Helge Schwiertz

1. Einleitung

Wenn Demokratie nicht nur als politische Ordnung, sondern als Praxis des Konflikts um Gleichheit und Freiheit begriffen wird, eröffnen sich neue Perspektiven auf soziale Kämpfe und Bewegungen. Dabei wird ersichtlich, dass Demokratie sich einerseits in historisch spezifischen Regimen verdichtet und so zu einem Herrschaftssystem geworden ist, dass Demokratie aber anderseits wiederholt durch gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Interventionen von untererstritten, aktualisiert und transformiert werden kann. Ein solcher Begriff von radikaler Demokratie (vgl. Comtesse et al. 2019) birgt ein besonderes Potential, um in der Bewegungsforschung herauszuarbeiten, wie politische Subjekte in konkreten Aushandlungen entstehen, Konflikte um Repräsentation und Rechte geführt, normative Bezugspunkte artikuliert und ambivalente Verhältnisse zur hegemonialen Ordnung eingegangen werden.

In diesem Beitrag konzipiere ich eine Analyseperspektive radikaler Demokratietheorie, aus der Demokratie vor allem als konflikthafte Praxis begriffen wird. Hierzu beziehe ich mich auf die Ansätze von Jacques Rancière (2002), Étienne Balibar (2012), Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2006). In diesen Arbeiten wird Demokratie nicht mit liberalen, repräsentativen und national verfassten Demokratien gleichgesetzt, sondern als stets umstrittener Prozess der Demokratisierung verstanden. Dies ermöglicht eine Sichtweise auf soziale Bewegungen und Kämpfe, in der jene, die für Gleichheit und Freiheit kämpfen, unabhängig von dominanten Zuschreibungen als politische Subjekte begriffen werden. Da radikal-

¹ Indem radikale Demokratietheorie die zentrale Bedeutung von Konflikten und Machtverhältnissen betont, grenzt sie sich von aggregativen Demokratiemodellen ab, die im Anschluss an Joseph Schumpeter die Funktion von Demokratien in der Bündelung und Vermittlung individueller Interessen sehen, aber auch von deliberativen Demokratietheorien, die wie Jürgen Habermas einen vernünftigen Konsens anstreben (Mouffe 2008: 86f., 93ff.).

demokratische Ansätze hierbei Machtverhältnisse reflektieren und die Annahme essentialistischer Letztelemente historisieren und dekonstruieren, also die gesellschaftliche Konstruktion vermeintlich unabänderlicher oder naturalisierter Phänomene aufzeigen, können sie als poststrukturalistische Theorie verstanden werden (vgl. Stäheli 2000). Sie lassen Aspekte, die gewöhnlich als selbstverständlich gelten (vgl. Gramsci 1991-2002: H.7, §83), fraglich erscheinen und stellen sie als »Unrecht« dar (Rancière 2002: 73). Radikaldemokratische Praxen sind also zunächst eine negative Kraft, die im Sinne der Foucault'schen Kritik als Haltung begriffen werden können, »nicht dermaßen regiert zu werden« (Foucault 1992: 12, 52f.). Gleichzeitig haben sie eine affirmative Seite, indem sie sich auf das Demokratische beziehen.

Wie eine solche theoretische Perspektive in empirischen Studien eingesetzt werden kann, möchte ich anhand meiner Forschung zur Selbstorganisierung migrantischer Jugendlicher verdeutlichen (vgl. Schwiertz 2019). Diese Forschung basiert auf zwei empirischen Fallstudien, die mit qualitativen Methoden in Deutschland und den USA durchgeführt wurden. Teilstrukturierte Interviews und Dokumentenanalysen wurden hierbei mit teilnehmender Beobachtung sowie aktivistischer Forschung (vgl. Hale 2008) verbunden. In der Datenauswertung habe ich mich an Verfahren der Grounded-Theory-Methodologie (Glaser/Strauss 1967) orientiert, wobei ich eine möglichst aufgeschlossene Haltung gegenüber den Daten mit einer theoretisch fokussierten Perspektive verknüpft habe.

Im Folgenden erläutere ich zunächst, wie qualitative Forschungsmethoden mit radikaldemokratischen Ansätzen verbunden werden können. Daraufhin begründe ich meine theoretische Perspektive radikaler Demokratie als Praxis. Deren analytisches Potential veranschauliche ich anschließend im Hinblick auf migrantische Kämpfe, um dann umgekehrt aufzuzeigen, wie radikaldemokratietheoretische Perspektiven ausgehend von der Empirie rekonzipiert werden können.

2. Forschungsansatz: Politische Theorie und qualitative Sozialforschung

$2.1 \quad \text{Methodologie: Dialog von Theorie und Empirie} \\$

Für die Analyse sozialer Kämpfe und Bewegungen ist es bedeutsam, diese nicht bloß einem theoretischen Schema zuzuordnen – aber auch nicht, die Theorie zur Anwendung in der Forschung einseitig zu operationalisieren. Vielmehr argumentiere ich dafür, Theorie und Empirie wechselseitig aufeinander zu beziehen und in einen Dialog zu bringen. Entgegen der verbreiteten Ablehnung eines dezidierten Bezugs auf Gesellschaftstheorien in weiten Teilen der qualitativen

Sozialforschung (Kalthoff 2008) greife ich auf poststrukturalistische Beiträge in diesem Bereich zurück (Denzin/Lincoln 2011; Winter 2014). Ausgehend von der Situiertheit jeglicher Wissensproduktion argumentieren diese dafür, bewusst theoretische Perspektiven in der Forschung einzunehmen und deren Perspektivierung zu reflektieren. Im Bewusstsein der jeweilig spezifischen Sichtweise können Forschende dennoch eine Haltung einnehmen, in der sie möglichst offen dem Feld gegenüber sind und eine Sensibilität entwickeln für unerwartete und widersprüchliche Phänomene, die nicht ins Konzept passen. Das Erkenntnisinteresse ist hierbei, über statische Modelle hinauszugehen, Theorien für empirische Analysen nutzbar zu machen und sie zugleich durch diese Analysen laufend zu überarbeiten (vgl. Leinius/Vey/Hagemann 2017: 13).

Radikale Demokratietheorie eröffnet somit zum einen eine spezifische Perspektive: Sie bietet ein analytisches Prisma für die Beschreibung sozialer Kämpfe und Bewegungen. Die Analyse dieser gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist zum anderen Ausgangpunkt für eine empirisch fundierte Überarbeitung der Demokratietheorie, gewissermaßen einer *re-grounded theory*, die im Unterschied zu der mit dem Begriff der »grounded theory« verbundenen Methodologie (Glaser/Strauss 1967) sowohl in der Feldforschung, als auch in der Theoriearbeit gründet. Ausgehend von konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen werden die Kategorien und Annahmen der Theorie somit überdacht und erweitert.

2.2 Radikale Demokratietheorie als Analyseperspektive

Ansätze der sozialen Bewegungsforschung zielen traditionell auf präzise, meist aber auch einschränkende Kategorisierungen (vgl. Leidinger 2015: 64). Sie setzen insbesondere in ihrem Politikbegriff oftmals einen Bezug zum Staat voraus, etwa im Konzept von »politischer Intervention« (Raschke 1985: 274) oder »contentious politics« (Tilly/Tarrow 2015: 7). Radikale Demokratietheorie eröffnet hier eine alternative Analyseperspektive auf soziale Konflikte, Kämpfe und Bewegungen. Gerade in Bezug auf Grenzphänomene wie Migration, die nicht als selbstverständlicher Teil von Demokratieregimen erachtet werden und die bestehenden Differenzen infrage stellen, zeigt sich der analytische Mehrwert radikaler Demokratietheorie.²

² Dennoch kann auch in Bezug auf Migration an zahlreiche Studien zu selbstorganisierten und solidarischen Protesten angeschlossen werden, die mit Ansätzen der Bewegungsforschung arbeiten (Schwenken 2006; Rosenberger et al. 2018; della Porta 2018). Um Konzepte der Bewegungsforschung – wie politische und diskursive Gelegenheitsstrukturen (Gamson 2014) oder »framing« (Benford/Snow 2000) – in eine radikaldemokratietheoretische Perspektive zu integrieren, sollten diese jedoch nicht im Widerspruch zu den epistemologischen Prämissen des radikaldemokratietheoretischen Ansatzes stehen bzw. auf Grundlage von dessen Sozialtheorie re-artikuliert werden können (vgl. Glynos/Howarth 2007).

Um eine radikaldemokratietheoretische Perspektive für die Bewegungsforschung zu konstruieren, schlage ich vor, die Ansätze von Laclau/Mouffe, Rancière und Balibar auf der Basis geteilter Grundannahmen und im Hinblick auf ihre jeweiligen Schwerpunkte und Leerstellen in einer Theorie radikaler Demokratie als Praxis zusammen zu führen. Ausgehend von der politischen Differenz zwischen etablierten Formen der Politik und dem Politischen, das als grundlegende Kontingenz und Konflikthaftigkeit gefasst wird (vgl. Marchart 2010), entwickle ich den Begriff der »demokratischen Differenz«. Der Begriff demokratischer Differenz ermöglicht es, etablierte Regime der Demokratie von einem darüber hinausgehenden Grundsatz des Demokratischen zu unterscheiden. Als Demokratieregime bezeichne ich bestehende, durch staatliche Verfassungen konstituierte Demokratien. Diese sind ambivalente Gebilde, die einerseits Rechte und Beteiligung institutionalisieren und somit über einzelne Auseinandersetzungen hinaus erhalten, die anderseits aber das Demokratische beschränken und ausschließend wirken (vgl. Rancière 2012). Das Demokratische verweist hingegen auf ein allgemeineres Prinzip von Gleichheit und Freiheit für alle, das mit Balibar (2012) als »Gleichfreiheit« bezeichnet werden kann.

Im Gegensatz zum Politischen basiert das Demokratische auf Gründungen, die selbst kontingent und das Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen sind. So konnte etwa durch die Französische Revolution mit den Prinzipien von Gleichheit, Freiheit und Solidarität ein demokratisches Imaginäres eingerichtet werden, das bis heute als Bezugspunkt von Kämpfen dient (Laclau/Mouffe 2006).³ »Demokratische Differenz« bezeichnet also das Spannungsverhältnis zwischen Demokratieregimen und einem konflikthaften Universalismus des Demokratischen. Aus diesem Abstand zwischen real-existierenden Institutionen, die sich als Demokratie bezeichnen, und einer Idee der Demokratie, die nie ganz verwirklicht, aber überall und jederzeit angestrebt werden kann, entstehen potentiell emanzipatorische Kämpfe.

Radikale Demokratietheorie bietet zum einen analytische Konzepte, um demokratische Praxen in solchen Kämpfen und Bewegungen zu untersuchen und hierbei verschiedene Aspekte herauszuarbeiten. Sie spannt zum anderen aber auch einen normativen Horizont auf, vor dem politische Praxen bewertet und angeleitet werden können, wobei die Prinzipien des Demokratischen nicht rein philosophisch begründet, sondern ebenfalls in politischen Akten gegründet werden.

³ Zugleich kann an eine Multiplizität von Gründungen in diversen politischen Akten angeschlossen werden, die nicht auf ein zentrales Ereignis, eine vermeintliche Wiege der Demokratie oder den globalen Norden beschränkt sind. Demokratie ist in koloniale Verhältnisse verwickelt, kann aber auch gegen diese gewandt werden und ist keinesfalls auf eine westliche Tradition zu reduzieren (vgl. Mignolo 2011).

Das Demokratische lässt sich im Konflikt mit Demokratieregimen aktualisieren und kann darüber hinaus eine Demokratisierung in potentiell allen gesellschaftlichen Bereichen anstoßen. Zentral für meinen radikaldemokratietheoretischen Ansatz ist somit der Begriff »demokratische Praxis«. Demokratische Praxen führen ein Unrecht auf und lassen es sichtbar werden, sodass sie eine vermeintlich selbstverständliche Unterordnung als Unterdrückung und Herrschaft beschreiben und zurückweisen (vgl. Laclau/Mouffe 2006: 194). Das Demokratische wird also in erster Linie von konkreten Kämpfen ins Feld geführt. Doch wo finden diese Kämpfe statt? Und von wem werden sie getragen? Zum ersten sind demokratische Praxen mit einem Öffentlich-Werden verbunden, welches die Aufteilung gesellschaftlicher Räume infrage stellt und neue politische Räume hervorbringt. Zum zweiten werden demokratische Praxen nicht von vorgängigen Subjekten oder einem essentialistisch verstandenen Volk ausgeführt. Vielmehr ergibt sich in der Praxis eine »politische Subjektivierung« (Rancière 2002: 47), die sich von hierarchisch zugewiesenen Identitäten ablöst. In der Auseinandersetzung zwischen Demokratieregimen und dem Demokratischen bildet sich die Subjektivität eines Demos heraus, der ein Unrecht darstellt und verkörpert, im selben Zuge aber auch demokratische Prinzipien der Gleichfreiheit aktualisiert. Die Politisierung von sozialen Räumen und Subjektpositionen wird daher in den Mittelpunkt gestellt.

Radikaldemokratische Praxen gehen von bestehenden Ordnungen aus, gleichzeitig aber auch einen Schritt über diese hinaus und sind in erster Linie anarchisch ausgerichtet (Rancière 2012: 48f.). Sie aktualisieren das Demokratische, indem sie die Grenzen der Demokratie sowie herrschender Ordnung überschreiten, dekonstruieren und ausweiten. Diese Grenzen der Demokratie sind es auch, die von den im Folgenden analysierten Selbstorganisierungen von Jugendlichen mit prekärem Aufenthaltsstatus in Deutschland und den USA infrage gestellt werden. Ihre Kämpfe lassen sich als demokratische Praxis beschreiben und sind zugleich selbst anleitend für eine Konzeption von Demokratie.

Forschungspraxis: Analysen und theoretische Reflexion migrantischer Kämpfe

3.1 Die demokratischen Praxen migrantischer Selbstorganisierung: Zwei Fallbeispiele

Coming-Out undokumentierter Jugendlicher in den USA

In den USA ist seit Anfang der 2000er Jahre eine Bewegung undokumentierter migrantischer Jugendlicher entstanden, die sich für einen sicheren Aufenthalt und soziale Teilhabe engagieren. In meiner Forschung habe ich vor allem die Initiativen der *Immigrant Youth Coalition* (IYC, gegründet 2011) sowie der *California Immigrant Youth Justice Alliance* (CIYJA, gegründet 2013) begleitet, die zu den bedeutendsten Selbstorganisierungen in Kalifornien zählen. Im Zentrum steht bei ihnen die Selbstverteidigung, Organisierung und das Empowerment entrechteter Jugendlicher (vgl. Schwiertz 2016).

Coming Out of the Shadows (COOTS) ist, wie es die Metapher ausdrückt, eine Praxis des Sichtbar- und Öffentlichwerdens und wird von den Jugendlichen als zentrale Strategie ihrer Selbstorganisierung beschrieben. Es ist der vielleicht wichtigste Schritt in der Politisierung und Organisierung undokumentierter Jugendlicher in den USA (vgl. Seif 2014). Angelehnt an die Praktiken des Comingout der LGBTQ-Bewegung machen die Jugendlichen mit der politischen Praxis des COOTS die eigene gesellschaftliche Positionierung sichtbar und zu einer öffentlichen Angelegenheit. 4 Indem die Jugendlichen ihren illegalisierten Status nicht länger verbergen, sondern offensiv und selbstbewusst als >Undokumentierte« öffentlich in Erscheinung treten, vergesellschaften sie die Verantwortung für ihre Situation, die viele sonst als ein individualisiertes Problem erfahren. Damit verbunden ist eine Strategie, dem herrschenden Diskurs über Migration, der bestimmt ist von anonymen Bildern vermeintlich bedrohlicher Massen von ›Illegalen, selbstbestimmte Repräsentationen entgegenzusetzen und somit auf eine Diskursverschiebung hinzuwirken. Durch COOTS ist es den Jugendlichen zudem möglich, die Schuld für das eigene Undokumentiertsein auf die herrschende Gesellschaftsordnung zu verlagern und so die eigene Persönlichkeit losgelöst vom Stigma des illegalisierten Status zu erfahren. Indem sie sich als >un-documented and unafraid bezeichnen, transformieren sie die Scham über die eigene gesellschaftliche Diskriminierung und Marginalisierung in einen trotzigen Stolz (vgl. Jasper 2011) und werden zugleich anschlussfähig für gleichbetroffenen Jugendliche. COOTS wirkt somit als ein individuelles sowie kollektives Empowerment, produziert einen Zusammenhalt von Betroffenen und eine andere Repräsentation von Migration, die ihre Ungleichheit infrage stellt und dadurch als Aktualisierung des Demokratischen beschrieben werden kann.

COOTS ist somit eine demokratische Praxis der Selbstorganisierung. Indem sich die Jugendlichen eine Bühne erkämpfen, auf der sie als Undokumentierte sprechen und ihre Entrechtung sichtbar machen, stellen sie die von Rancière (2002: 39f.) als »Polizei« bezeichnete herrschende Gesellschaftsordnung infrage, die für sie eine stumme Position abseits des Öffentlichen – in der Schattenöko-

⁴ Das Coming-Out > of the closet<, als dem sozialem Ort der Ausgrenzung, an den LGBTQ-Personen in den herrschenden Gesellschaftsverhältnissen verwiesen werden, wurde hierbei entsprechend der sozialen Lage undokumentierter Migrant*innen in den USA durch die gebräuchliche Metapher > the shadows
ersetzt, mit dem eine erzwungene gesellschaftliche Unsichtbarkeit beschrieben wird.

nomie und in prekären Lebensverhältnissen – vorsieht. Das Coming-out ist eine unmittelbare Form des Protests gegen diese Unterordnung und die Angst, die mit der permanent drohenden Abschiebung verbunden ist. Dass die Jugendlichen die entrechtende Identifizierung als ›Illegale‹ zurückweisen und sich affirmativ als Undokumentierte bezeichnen ist, mit Rancière gesprochen, eine politische Subjektivierung: »eine Ent-Identifizierung, das Losreißen von einem natürlichen Platz, die Eröffnung eines Subjektraums« (ebd.: 48). Über verbindende Slogans wie »undocumented and unafraid« werden die unterschiedlichen Erfahrungen der Entrechtung zu einem gemeinsamen Diskurs artikuliert, der diese Erfahrung politisiert und durch den sich unterschiedliche politische Kämpfe zu einem Projekt gegen die anti-migrantische Hegemonie zusammenschließen lassen (vgl. Laclau/Mouffe 2006). Die Analyse migrantischer Selbstorganisierung als demokratische Praxis zeigt hierbei, wie migrantische Jugendliche sich trotz ihrer sozialen Position der Entrechtung ein Recht auf Rechte (Arendt 2011) erstreiten und hierbei zugleich neue Sichtweisen auf Demokratie eröffnen.

Gegenkonferenzen geflüchteter Jugendlicher in Deutschland

In Deutschland interveniert die 2005 gegründete Initiative Jugendliche ohne Grenzen (JoG) auf eine vergleichbare Art in die herrschende Ordnung des Sozialen, die ihnen einen untergeordneten Platz zuweist und eine Sprechposition vorenthält. Der bundesweite »Zusammenschluss von jugendlichen Flüchtlingen« folgt in seiner Arbeit »dem Grundsatz, dass Betroffene eine eigene Stimme haben und keine »stellvertretende Betroffenen-Politik« benötigen« (JoG o.J.). Mit der Forderung nach umfassender Gleichberechtigung wehren sich die Aktivist*innen von JoG gegen einen entmündigenden Opferstatus: Zum einen stellen sie die demokratische Form der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der institutionalisierten Ausgrenzung infrage, die sie als jugendliche Flüchtlinge erfahren, 5 zum anderen kann der von ihnen als notwendig betrachtete Kampf für Rechte mit einer anderen Vorstellung von Demokratie verbunden werden.

Durch ihre Aktionen schaffen JoG eine Bühne, auf der sie das ihnen zugefügte Unrecht darstellen und sich zugleich als politische Subjekte mit Rechten konstituieren. So inszeniert die JoG-Konferenz, die jedes Jahr parallel zur Konferenz der deutschen Innenminister veranstaltet wird, eine Intervention, die sich aus Demonstrationen, Workshops, Galaveranstaltungen und politischem Theater zu-

⁵ Die permanente Drohung einer Abschiebung, einer zwangsweisen Unterbringung in Flüchtlingsunterkünften, Residenzpflicht, Wohnsitzauflage, Wohnverpflichtung, Arbeitsverbote, Studien- und Ausbildungsverbote, gekürzte Sozialleistungen, Sachleistungsprinzip und die eingeschränkte medizinische Versorgung zählen zu den Instrumenten deutscher Flüchtlingspolitik, die die »strukturelle Entrechtung fast aller ankommenden (de facto) Flüchtlinge« bewirken, wodurch diese kontrolliert und abgeschreckt werden sollen (Pieper 2013: 341, 14; vgl. Kirchhoff/Lorenz 2018).

sammensetzt. Sie setzt dem Ort der Innenministerkonferenz, auf der über Geflüchtete entschieden wird, ohne sie anzuhören, einen anderen Ort entgegen: Die Souveränität des Staates wird umgedeutet, der Herrschaft mit einer selbstbestimmten Positionierung begegnet, die so nicht vorgesehen ist. Dies artikulieren die geflüchteten Jugendlichen etwa durch die Wahl des »Abschiebeministers des Jahres«, bei der alle Teilnehmenden der Konferenz darüber abstimmen, welche Politiker*innen sich durch ein besonders repressives Vorgehen gegen Migration ausgezeichnet haben. Durch die Wahl des Abschiebeministers werden Machtverhältnisse symbolisch umgekehrt, indem die geflüchteten Jugendlichen über jene Politiker*innen beraten, diskutieren, lachen und entscheiden, von denen sie ansonsten zu Entscheidungsobjekten gemacht werden. Sie akzeptieren nicht, dass die Innenminister den »Ort der Macht«, der in Demokratien leer bleiben sollte (Lefort 1990), besetzt halten. Sie artikulieren dagegen ihren Widerspruch, indem sie sich ebendort symbolisch platzieren und sich zu einer Entscheidungsinstanz erklären. Durch das Verfahren der Wahl erscheinen die Jugendlichen als Teil einer Volksouveränität, von deren nationaler Formation sie in der Bundesrepublik Deutschland ausgeschlossen sind. Durch diese Aneignung des Wahlverfahrens reproduzieren sie einerseits die bestehende Ordnung parlamentarischer Demokratieregime und untergraben diese anderseits, da sie sich trotz ihres gesetzlichen Ausländerstatus zu wahlberechtigten Bürger*innen deklarieren und somit die Grenzen der Demokratie demokratisieren. Es sind solche Momente, in denen die Souveränität nationaler Migrationspolitik verkehrt erscheint, in denen diese durch einen radikaldemokratischen Akt infrage gestellt wird.

Für die Initiative geflüchteter Jugendlicher konnten die Konferenzen eine positive Wirkung entfalten, weil politische Interventionen konstitutiv mit einer ermächtigenden Erfahrung der Selbstorganisierung verbunden wurden. Zu einem großen Teil baut zudem die Bekanntheit von JoG auf den Konferenzen auf und so konnten sie bereits kurz nach ihrer Gründung, mit der Bleiberechtsregelung von 2006/2007, einen politischen Erfolg erzielen. Darüber hinaus zeigen die Gegenkonferenzen, wie in radikaldemokratischen Praxen politische Subjekte entstehen, die nicht in etablierten Demokratieregimen vorgesehen sind.

3.2 Empirisch-theoretische Reflexion

Da für sie als Nicht-Bürger*innen keine Beteiligung in den nationalen Demokratieregimen vorgesehen ist, erfahren migrantische Jugendliche sowohl in den USA, als auch in Deutschland: Es ist nicht ihre Demokratie, es ist die Demokratie der anderen. Die interviewten Jugendlichen sprechen den bestehenden Regimen meist ab, Demokratien zu sein, und beziehen sich in dieser Kritik dennoch mehr oder weniger explizit auf demokratische Grundsätze. Sie artikulieren somit den Abstand zwischen etablierten Demokratien und dem Prinzip des Demokrati-

schen, den ich als demokratische Differenz bezeichne und der anleitend für die radikaldemokratische Perspektive ist.

Neben der Analyse konkreter sozialer Kämpfe und Bewegungen ist es ein weiteres Anliegen der hier entwickelten radikaldemokratietheoretischen Perspektive, ausgehend von sozialen Kämpfen und den Grenzen gegenwärtiger Gesellschaftsformen alternative Demokratiekonzepte zu entwickeln. So bietet sich die skizzierte Analyse migrantischer Selbstorganisierung an, um durch die Verknüpfung mit radikaler Demokratietheorie Ansätze einer post-migrantischen Demokratie herauszuarbeiten. 6 Ausgehend vom Begriff demokratischer Differenz wird dabei ein theoriepolitischer Horizont eröffnet, vor dem Migration und Demokratie nicht als Gegensatz erscheinen, wie es in hegemonialen Diskursen derzeit beschrieben wird (vgl. Angeli 2018). Vielmehr werden migrantische Kämpfe als eine Re-Artikulation von Demokratie in der Praxis begriffen, durch die nationale Demokratieregime infrage gestellt werden. Diese demokratischen Praxen stehen jedoch in einem ambivalenten Verhältnis zu Demokratie- und Migrationsregimen: Einerseits richten sich migrantische Kämpfe gegen dominante Diskurse, Gesetze und Institutionen, andererseits nutzen sie diese, um ihre Anliegen im Zusammenhang herrschender Verhältnisse vernehmbar zu machen. Als Selbstorganisierungen artikulieren die Initiativen migrantischer Jugendlicher eine eigene Sprechposition und ein besonderes Anliegen. Dennoch können sie nicht auf Identitätspolitik reduziert werden. Vielmehr distanzieren sie sich von etablierten Zuschreibungen, indem sie kollektiv eine abweichende politische Subjektivität hervorbringen. Die hier beschriebenen migrantischen Kämpfe haben somit zwar eine spezifische Ausrichtung, gehen aber zugleich darüber hinaus. Die Jugendlichen setzen sich für ihre Rechte ein, aktualisieren jedoch zugleich eine Auseinandersetzung um Rechte für alle. Sie kämpfen für ihre Gleichheit und Freiheit und dabei zugleich für dieses grundsätzliche Prinzip. Es sind also partikulare Kämpfe, die polemisch auf ein Universelles verweisen (Rancière 2002: 50; Laclau 2002: 50ff.).

Hier bilden sich außerdem Ansatzpunkte eines weitergefassten Projekts der Demokratie, dessen Verbindungslinien zu anderen sozialen Kämpfen und Bewegungen theoretisch reflektiert und in der Praxis gezogen werden. Die demokratischen Praxen der migrantischen Kämpfe können instruktiv für Bewegungen in anderen politischen Räumen sein. Sie verdeutlichen, wie zentral die relativ autonome Selbstorganisierung und Intervention von Betroffenen für einen auf universelle Gleichheit und Freiheit ausgerichteten politischen Prozess ist. Wenn sich etwa wohnungslose, behinderte, ausgebeutete, ausgegrenzte oder auf andere Weise sozial marginalisierte Subjekte gegen strukturelle Ausschlüsse und Unterdrückung wehren und ihre Positionierung artikulieren können, ist dies entschei-

⁶ Die Elemente einer solchen, durch empirisch-theoretische Reflexion gebildeten Theorie führe ich an anderer Stelle weiter aus (Schwiertz 2019).

dend für eine Aktualisierung von Demokratie. Anderseits zählen in demokratischen Praxen der Selbstorganisierung auch die im jeweiligen Zusammenhang nicht-betroffenen Subjekte, die diese selbstbestimmte Artikulation durch unterstützende und solidarische Praxen mit ermöglichen und verbreiten können.

Fazit: Analytisches Potential und Grenzen radikaler Demokratietheorie

In ihrer Überschneidung mit poststrukturalistischen Gesellschaftstheorien sind radikaldemokratische Ansätze geeignet, um soziale Kämpfe und Bewegungen im Verhältnis zur herrschenden Ordnung zu begreifen. Sie gehen über etablierte Kategorien der Bewegungsforschung hinaus, indem sie die Politiken sozialer Kämpfe und Bewegungen nicht von vornherein auf den Staat beziehen, und ermöglichen hierbei eine alternative Perspektive, die dem weitergefassten Politischen einen besonderen Platz einräumt. Darüber hinaus wird durch den Bezug auf das Demokratische eine normative Perspektive eröffnet, die in empirischen Analysen und theoretischen Reflexionen den Blick darauf richtet, wie Prinzipien von Gleichheit und Freiheit verhandelt und aktualisiert werden. Dadurch eignet sich diese radikaldemokratietheoretische Perspektive allerdings weniger für die Analyse von Bewegungen, die sich gegen das Prinzip von Gleichheit und Freiheit für alle stellen.

Anhand der Selbstorganisierung migrantischer Jugendlicher habe ich gezeigt, wie in demokratischen Praxen politische Subjekte entstehen und wie hierbei ein Kampf um Repräsentation und Rechte geführt wird. Neben den sichtbaren Politiken externer Intervention in die weitere Gesellschaft, die auch im Mittelpunkt dieses Beitrags standen, haben meine empirischen Fallstudien jedoch zugleich die Bedeutung relativ unsichtbarer Politiken interner Selbstorganisierung offenbart, wobei beide in einem engen und wechselseitig konstitutiven Zusammenhang stehen (Schwiertz 2019). Besonders relevant ist etwa, dass in den Selbstorganisierungen relativ autonome und sichere Räume von Betroffenen sowie Selbsthilfebeziehungen entstehen, was in einem engen Verhältnis zu den hier skizzierten Interventionen steht. Die Forschung hat somit gezeigt, dass radikaldemokratische Theorie diese blinden Flecken reflektieren bzw. sich konzeptionell erweitern sollte. Hierbei gilt es, die Soziabilitäten von Beziehungen wechselseitiger Sorge und Unterstützung (Glick Schiller/Çağlar 2015) sowie die Mikropolitiken alltäglicher Widerstände und Taktiken des Zurechtkommens (Scott 1990; Papadopoulos et al. 2008; Bayat 2012) einzubeziehen, die sowohl eigenständige Politiken bilden als auch grundlegend sind für jene Interventionen sichtbarer Politik, die zumeist von radikaldemokratietheoretischen Ansätzen fokussiert werden.

Der Vergleich der empirischen Studien zu den migrantischen Selbstorganisierungen in Deutschland und den USA zeigt zudem, dass unterschiedliche politische Kontexte nicht nur die jeweiligen Kämpfe spezifisch prägen, sondern dass sie auch in der Reflexion und Überarbeitung theoretischer Perspektiven aufgenommen werden müssen. Dabei sollten jedoch auch die Grenzen radikaldemokratietheoretischer Ansätze bedacht werden. So weist die politische Selbstorganisierung bei JoG Aspekte auf, die besser als konventionelle Formen der Interessenvertretung oder mit Konzepten einer Anerkennungstheorie (Fraser/ Honneth 2003) beschrieben werden können. Die Bewegung undokumentierter Jugendlicher in Kalifornien geht hingegen weitgehend auf Abstand zu hegemonialen Diskursen und wendet sich kaum noch an die dominante Mehrheitsgesellschaft. Hierin zeigt sich nicht nur ihre radikalpolitische Ausrichtung. Vielmehr verweisen diese Praxen – die teilweise vielleicht treffender als »Exodus« (Hardt/ Negri 2003: 227ff.) oder »Minoritär-Werden« (Deleuze/Guattari 2005) beschrieben werden können - auf ein Spannungsverhältnis zur Konzeption von Repräsentation und Rechten in radikaldemokratietheoretischen Ansätze, welche im republikanisch institutionalisierten Frankreich entstanden sind, dessen zentralistisch und einheitlich gedachtes Gesellschaftsmodell dem vielschichtigen Konglomerat von Communities in Kalifornien entgegensteht. Die radikaldemokratische Perspektive muss somit wiederholt ihre Grenzen reflektieren und ihre Beschränkungen anerkennen oder überwinden, um für weitere Untersuchungen der Bewegungsforschung produktiv und gegenüber diversen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen aufgeschlossen zu sein.

5. Literatur

Angeli, Oliviero (2018): Migration und Demokratie. Ein Spannungsverhältnis, Ditzingen: Reclam.

Arendt, Hannah (2011): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, München: Piper.

Balibar, Étienne (2012): Gleichfreiheit. Politische Essays, Berlin: Suhrkamp.

Bayat, Asaf (2012): Leben als Politik. Wie ganz normale Leute den Nahen Osten verändern, Berlin: Assoziation A.

Benford, Robert D./Snow, David A. (2000): »Framing Processes and Social Movements. An Overview and Assessment«, in: Annual Review of Sociology 26, S. 611-639.

Bojadžijev, Manuela/Karakayali, Serhat (2007): »Autonomie der Migration. 10 Thesen zu einer Methode«, in: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas, Bielefeld: transcript, S. 203-209.

- Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hg.) (2019): Handbuch Radikale Demokratietheorie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Della Porta, Donatella (2018): Solidarity Mobilizations in the Refugee Crisis, Cham: Springer.
- Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (2005): Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie, Berlin: Merve.
- Denzin, Norman K./Lincoln, Yvonna S. (Hg.) (2011): The SAGE Handbook of Qualitative Research, Thousand Oaks: SAGE.
- Foucault, Michel (1992): Was ist Kritik? Berlin: Merve.
- Fraser, Nancy/Honneth, Axel (2003): Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Gamson, William A. (2004): »Bystanders, Public Opinion, and the Media«, in: David A. Snow/Sarah Anne Soule/Hanspeter Kriesi (Hg.), The Blackwell Companion to Social Movements, Malden: Blackwell, S. 242-261.
- Ganz, Kathrin (2018): Die Netzbewegung. Subjektpositionen im politischen Diskurs der digitalen Gesellschaft, Opladen: Barbara Budrich.
- Glaser, Barney G./Strauss, Anselm Leonard (1967): The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research, New Brunswick: Aldine Transaction.
- Glick Schiller, Nina/Çağlar, Ayse (2015): »Displacement, Emplacement and Migrant Newcomers. Rethinking Urban Sociabilities within Multiscalar Power«, in: Identities 23, S. 17-34.
- Glynos, Jason/Howarth, David R. (2007): Logics of Critical Explanation in Social and Political Theory, New York: Routledge.
- Gramsci, Antonio (1991-2002): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. 10 Bände. Hg. v. Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, Hamburg: Argument-Verlag.
- Hale, Charles R. (Hg.) (2008): Engaging Contradictions. Theory, Politics, and Methods of Activist Scholarship, Berkeley: University of California Press.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2003): Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt a.M.: Campus.
- Isin, Engin/Nielsen, Greg Marc (Hg.) (2008): Acts of Citizenship, London: Zed Books.
- Jasper, James M. (2011): »Emotions and Social Movements. Twenty Years of Theory and Research«, in: Annual Review of Sociology 37, S. 285-303.
- JoG Jugendliche ohne Grenzen (o.J.): About. http://jogspace.net/about/. Zugegriffen: 08. März 2019.
- Kalthoff, Herbert (Hg.) (2008): Theoretische Empirie. Zur Relevanz qualitativer Forschung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kirchhoff, Maren/Lorenz, David (2018): »Between Illegalization, Toleration, and Recognition. Contested Asylum and Deportation Policies in Germany«, in:

- Sieglinde Rosenberger/Nina Merhaut,/Verena Stern (Hg.), Protest Movements in Asylum and Deportation, New York: Springer, S. 49-68.
- Laclau, Ernesto (2002): Emanzipation und Differenz, Wien: Turia + Kant.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2006): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien: Passagen Verlag.
- Lefort, Claude (1990): »Die Frage der Demokratie«, in: Ulrich Rödel/Cornelius Castoriadis (Hg.), Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 281-298.
- Leidinger, Christiane (2015): Zur Theorie politischer Aktionen. Eine Einführung, Münster: edition assemblage.
- Leinius, Johanna/Vey, Judith/Hagemann, Ingmar (2017): »Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen. Plädoyer für eine notwendige Blickverschiebung«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 30, S. 6-20.
- Marchart, Oliver (2010): Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben, Berlin: Suhrkamp.
- Mignolo, Walter (2011): »Epistemic Disobedience and the Decolonial Option. A Manifesto«, in: Transmodernity 1, S. 44-66.
- Mouffe, Chantal (2008): Das demokratische Paradox, Wien: Turia + Kant.
- Papadopoulos, Dimitris/Stephenson, Niamh/Tsianos, Vassilis (2008): Escape Routes. Control and Subversion in the Twenty-First Century, London: Pluto.
- Pieper, Tobias (2013): Die Gegenwart der Lager. Zur Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rancière, Jacques (2012): Der Hass der Demokratie, Berlin: August-Verlag.
- Raschke, Joachim (1985): Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt a.M.: Campus.
- Rosenberger, Sieglinde/Merhaut, Nina/Stern, Verena (Hg.) (2018): Protest Movements in Asylum and Deportation, New York: Springer.
- Schwenken, Helen (2006): Rechtlos, aber nicht ohne Stimme, Bielefeld: transcript. Schwiertz, Helge (2016): "Transformations of the Undocumented Youth Movement and Radical Egalitarian Citizenship«, in: Citizenship Studies 20, S. 610-628.
- Schwiertz, Helge (2019): Migration und radikale Demokratie. Politische Selbstorganisierung von migrantischen Jugendlichen in Deutschland und den USA, Bielefeld: transcript.
- Scott, James C. (1990): Domination and the Arts of Resistance. Hidden Transcripts, New Haven/London: Yale University Press.
- Seif, Hinda (2014): » Coming Out of the Shadows and Dindocuqueer. Undocumented Immigrants Transforming Sexuality Discourse and Activism, in: Journal of Language and Sexuality 3, S. 87-120.
- Stäheli, Urs (2000): Poststrukturalistische Soziologien, Bielefeld: transcript.

- Tilly, Charles/Tarrow, Sidney G. (2015): Contentious Politics. 2. Auflage, New York: Oxford University Press.
- Vey, Judith (2015): Gegen-hegemoniale Perspektiven. Analyse linker Krisenproteste in Deutschland 2009/2010, Hamburg: VSA.
- Winter, Rainer (2014): »Ein Plädoyer für kritische Perspektiven in der qualitativen Forschung«, in: Günter Mey/Katja Mruck (Hg.), Qualitative Forschung. Analysen und Diskussionen 10 Jahre Berliner Methodentreffen, Wiesbaden: Springer VS, S. 117-132.

Radikaldemokratietheoretische Analyse von populistischen Protestbewegungen

Kernidee und Perspektive des Ansatzes

Der Beitrag geht von der Kernidee aus, dass sich die räumlichen, affektiven und performativen Muster von >rechtem< und >linkem< Populismus deutlich unterscheiden, weshalb die These ihrer Isomorphie, wie sie mehrheitlich in einer (traditionellen) Populismusforschung formuliert wird, aus

poststrukturalistischer und radikaldemokratietheoretischer Perspektive brüchig wird.

Durch den vorgestellten Ansatz wird die Unterscheidung zwischen ethnonationalistischem Protest und radikaldemokratischem Widerstand sichtbar, indem die Tiefenstrukturen verschiedener

Populismen herausgearbeitet werden. Im Anschluss können dann populistische Momente differenziert werden, z.B. indem Konzepte des Identitären und Ko-Präsentischen als Authentizitäts-

Isomorphie-These auch im radikaldemokratietheoretischen Spektrum kritisch reflektieren zu können. Jacques Rancières (2002 [1995]) und Isabell Loreys politische Theorien (2012, 2014) helfen, den Begriff der radikalen Demokratie analytisch zu schärfen; und feministische Affekttheorien

fetischismen entlarvt und Affektlogiken sozialer Bewegungen genauer herausgearbeitet werden.

Zentrale theoretische Grundlagen/Arbeiten
Ich wende Chantal Mouffes Populismus- und Postpolitiktheorie (2005) an, um die Fallstricke der

machen die Bedingungen von Produktion und Zirkulation von Affekten in sozialen Bewegungen untersuchbar.

Anwendung: Methoden

Anwendung: Method

senssoziologisch) sowie teilnehmende Beobachtung.

Angewendet wurde eine gemischte Diskursanalyse (hegemoniekritisch, poststrukturalistisch, wis-

Anwendung: Fallbeispiel

Die Analyse beruht auf dem Vergleich zwischen Pegida auf Seiten ethno-nationalistischen Protests sowie Indignad@s und Occupy Wall Street auf Seiten radikaldemokratischer Bewegungen.

Anwendung: Beispiele

Kastner, Jens/Lorey, Isabell/Rainig/Gerald/Waibel, Tom (2012): Occupy! Die aktuellen Kämpfe um

die Besetzung des Politischen, Wien: Turia + Kant. Kraushaar, Wolfgang (2012): Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung, Hamburg: Hamburger Edition.

tentia. Kon-/Disjunktion. Ereignis. Transversalität. Queere Assemblagen, und Bd. 2: Exodus. Reale Demokratie. Immanenz. Territorium. Maßlose Differenz. Biopolitik, Zürich; diaphanes.

Mörtenböck, Peter/Mooshammer, Helge (2012): Occupy. Räume des Protests, Bielefeld: transcript.

Lorey, Isabell/Nigro, Roberto/Raunig, Gerald (Hg.) (2011): Inventionen, Bd. 1: Gemeinsam. Prekär. Po-

Populistische Momente

Radikale Demokratietheorien als Hintergrund einer poststrukturalistischen Analyse von Protestbewegungen

Mareike Gehhardt

1. Einleitung

Geleitet wird der vorliegende Beitrag1 von der Frage, welchen Mehrwert poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen bei der Analyse aktueller Populismen haben. Ich konzentriere mich in Bezug auf den Theoriekorpus auf radikale Demokratietheorien, die sich aus poststrukturalistischen Ansätzen speisen. Eine poststrukturalistische Demokratietheorie geht von der Annahme aus, dass politisches Handeln der Vielen Demokratie nicht nur abbildet und repräsentiert, sondern dass spezifische politische Akte, diskursive Operationen und performative Praktiken demokratische Strukturen hervorbringen können. Daher ist sie besonders geeignet, soziale Bewegungen und politische Strömungen in ihren demokratischen Tiefenschichten zu analysieren. Poststrukturalistische wie radikale Demokratietheorien untersuchen das Politische dann vor allem jenseits seiner institutionellen Rahmungen. Dabei sind Fragen nach bewegungsinterner Kohäsion und Identitätsbildung ein zentraler Bestandteil der Analyse, die vor allem nach dem »Wie« fragt: Wie finden sich Bewegungen zusammen? Wie erhalten sie ihre Kohäsion und wie stiften sie Identität jenseits essentialisierender Definitionen?

In zunehmendem Maße gerät hier der Begriff Populismus in den analytischen Vordergrund. Insbesondere sein Verhältnis zu Demokratie wird thematisiert: Beschäftigt man sich mit Populismus- und Bewegungsforschung im Bereich *policy research*, wird die Frage aufgeworfen, ob Populismus »Korrektiv«, »Bedrohung« oder »Gefahr« für die Demokratie sei (Decker 2006; Mudde/Kaltwasser 2012)?

¹ Teile des Beitrags entstammen einer Veröffentlichung in diskurs (2018/3, 21-44) sowie einer Publikation in Distinktion (2019, https://doi.org/10.1080/1600910X.2019.1653346), präsentieren sich hier aber in einer gekürzten und aktualisierten Version.

Im Hinblick auf poststrukturalistische Perspektiven sind es vor allem die Arbeiten Chantal Mouffes (2010) und Ernesto Laclaus (2005a), bzw. ihre gemeinsame Veröffentlichung Hegemonie und radikale Demokratie (2001), die den Begriff Populismus reklamieren, um Logiken politischer Subjektivierung zu beschreiben. Hier werden Demokratie und Populismus nicht gegeneinander in Stellung gebracht, sondern als immer schon miteinander verwoben gedacht. Dabei verstehe ich mit Laclau (2005a) und Mouffe (2010) Populismus als eine artikulatorische Strategie des Politischen, um Identitäten bzw. Subjektivierungsweisen herzustellen. Populistische Modi der Subjektivierung beschreiben also zunächst keine normativen Rahmungen. Vielmehr stellen populistisch hergestellte Identitäten eine spezifische Form der Artikulation des Politischen dar. Diese Artikulation bedarf einer Form der Schließung, um das >Wir markieren zu können. In diesen radikaldemokratischen Subjektivierungsweisen kommt es also zu einem populistischen Moment, das ein politisches Subjekt schafft, das über Praktiken der räumlichen Dislokation (Laclau 1990: 40) und der zeitlichen Verzögerung (Butler 2007: 18ff., 202f.) permanent destabilisiert wird.

Der Beitrag hat auch zum Ziel, die normativen Rahmungen der Demokratietheorie Mouffes zu problematisieren, die ihren Begriff des Linkspopulismus prägen, und greift hierfür auf Isabell Loreys Demokratietheorie (2012a; 2012b; 2014a; 2014b) zurück. Mit Lorey kritisiere ich an Mouffe eine zu stark systemaffirmierende Perspektive. Um Loreys Kritik radikaldemokratietheoretisch zu stützen, ziehe ich darüber hinaus Jacques Rancières (2002) Überlegungen zu »Postdemokratie« hinzu, da es Annäherungen an, aber auch entscheidende Differenzen zu Mouffes (2010; 2018) Begriff der »Postpolitik« gibt.

Vor dem Hintergrund dieser Theoriediskussion stelle ich die forschungsleitende These auf, dass die Rhetorik eines »linken Populismus« (radikal)demokratietheoretisch höchst problematische Verbindungen zu »rechten Populismen« herstellt. Diese Rede lässt Fragen der Gleichheit, der Freiheit und der Gerechtigkeit einer emanzipatorischen Subjektivierung zumindest potentiell in ethno-nationalistische Rhetorik des Völkischen kollabieren. Daher spreche ich in meiner Forschung (Gebhardt 2018, 2019) nicht von »linken« und »rechten« Populismen, sondern von populistischen Momenten.

Diese populistischen Momente tauchen in jeder politischen Subjektivierungslogik auf: als der Moment, in dem sich ein Wirk bildet und Gemeinschaft, Zugehörigkeit und Identität gestiftet werden. Diese Momente sind weder an sich links noch rechts, sondern werden durch radikaldemokratische, emanzipatorische, ethno-nationalistische oder rassistische Logiken spezifisch ausbuchstabiert. Ich werde aufzeigen, wie der Begriff Populismus durch poststrukturalistische Perspektiven analytisch genutzt werden kann. Dies ist wichtig, da der Begriff für die Beschreibung von Bewegungen auf der Straße – für deren diskursive Eigen- und Fremdzuschreibung – immer wieder aufgeführt wird. Im Sinne poststrukturalis-

tischer Theorie ist diese repetitive Verwendung auch ein Indiz für eine sprachliche Wirkmacht, deren Mechanismen dann untersucht werden können. In meinem Beitrag zeige ich daher auf, wie poststrukturalistische Perspektiven der radikalen Demokratietheorie zur Analyse und Einordnung populistischer Bewegungen genutzt werden können.

Ich erörtere zunächst das Verhältnis zwischen Demokratie und Populismus (2), um dann auf das Spannungsverhältnis zwischen Populismus und Protest (3) einzugehen, indem ich auf die Protestbewegungen Occupy Wall Street (OWS), Indignad@s sowie Pegida fokussiere. Im Mittelpunkt stehen hier Fragen nach der präsentischen Vergegenwärtigung von Protest, nach Anti-Institutionalismus und Anti-Etatismus, nach Performativität, nach der personellen Zusammensetzung sowie schließlich nach den Affektlogiken der drei untersuchten Bewegungen.

2. Populismus und Demokratie: Von Parasiten, Protesten und Subjektivierungslogiken

Wenn aus politikwissenschaftlicher und soziologischer Perspektive über Populismus nachgedacht wird, dann geschieht dies meist im klassischen Schema von links und rechts (Hartleb 2014: 121, 131). Als Unterscheidungskriterium gilt die Stellung zu Alterität: Von der Differenzierung inklusiv/exklusiv ausgehend, die man auch bei Mouffe (2014; 2016) findet, wird zwischen linkem und rechtem Populismus unterschieden: Denn es ist Rechtspopulismus, der einen Ethnozentrismus pflegt, den er in migrations- und asylpolitische Agenden der Abschottung und eine innen- und sicherheitspolitische Programmatik der nationalen Stärke übersetzt. Dagegen praktiziere linker Populismus Inklusion und stehe daher auch für Partizipation und Umverteilung (Pelinka 2012: 9; Priester 2012: 1f.).

Darüber hinaus spielen Anti-Establishment-Motive eine wichtige Rolle in der Definition von Populismus: In den Reden Marine Le Pens, Geert Wilders und Jörg Haiders kamen und kommen diese Motive ebenso zur Geltung wie in den Parolen von Pegida (Hartleb 2014: 73-93, 131-134; Vorländer et al. 2016: 124-128.). Allerdings gehört Anti-Elitismus zum politischen Alltag vieler Parteien und soziopolitischer Strömungen; auch in traditionell als slinks markierten Bewegungen und Parteien sind Narrative und Rhetoriken der Elitenverachtung verbreitet. Was Populismus jedoch von anderen anti-elitistischen Bewegungen unterscheide, sei sein Anti-Pluralismus, so zumindest Jan-Werner Müller (2016: 2f.).

Poststrukturalistische Ansätze beantworten die Frage nach Populismus nicht mit Blick auf Inhalte, sondern auf die Tiefenstruktur politischer Diskurse. In ihrem Formalismus ähneln sie zunächst der traditionellen Populismusforschung, die die Leere der poststrukturalistischen Ausdeutung allerdings normativ füllt. So wird Populismus von Laclau (2005b: 40; Übersetzung MG) als »arm« be-

schrieben, was Karin Priester (2012: 2) in normativer Perspektive als »ideologisch dünn« problematisiert. Beide gehen jedoch davon aus, dass es entscheidend sei, wie der leere Signifikant² Populismus gefüllt werde: In konservativen Hegemonien kanalisierten anarcho-sozialistische Protestbewegungen das populistische Potential,³ in liberalen Konstellationen fokussiere sich der populistische Protest auf ethno-nationalistische Themen. Aus diesem binären Schematismus generiert policy-Populismusforschung (Hartleb 2014; Mudde/Kaltwasser 2012; Pelinka 2012; Priester 2012; Vorländer et al. 2016) die These einer Isomorphie von rechtem und linkem Populismus: Mögen Inhalte und Programme variieren, die Gestalt ähnelt sich.

Diese These scheint mir diskussionswürdig, denn in der Analyse der Beziehungen zwischen liberaler Demokratie und Populismus kann eine parasitäre (Diehl 2012: 17), keine antagonistische Verbindung aufgezeigt werden. Populismus bedarf aufgrund seiner inhaltlichen Leere eines Wirts«, an dem er programmatisch und strukturell andocken kann. In liberaldemokratischen Strukturen entfalten sich essentialisierende, d.h. ›füllende« Logiken einer ethno-nationalistischen Subjektivierung. Diese populistischen Logiken des Ethno-Nationalen stellen die zeitgenössisch dominante Form von Populismus innerhalb des euroatlantischen Raumes dar, weshalb die Tragfähigkeit der Isomorphie-These zumindest fragil wird. Sie wird umso brüchiger, wenn ich populistische Bewegungen des 21. Jahrhunderts diskursanalytisch in den Blick nehme: Es fällt dann auf, dass sie ein traditionelles Links-Rechts-Schema unterwandern.4

² In der Semiotik (Zeichenlehre) – z.B. im Strukturalismus von Ferdinand de Saussure – geht man allgemein davon aus, dass zwischen einem bestimmten Zeichen (Signifikant) und seiner Bedeutung (Signifikat) eine spezifische, aber meist arbiträre bzw. kontingente Beziehung (diskursiv) hergestellt wird. Ein leerer Signifikant ist ein Zeichen, dass auf der Bedeutungsebene so weit inhaltlich ausgehöhlt wurde, dass es kein eindeutiges Repräsentationsverhältnis zwischen Zeichen und Bedeutung gibt.

³ So z.B. in Venezuela unter Hugo Chávez.

⁴ Der niederländische und der schwedische Populismus sowie der libertäre Flügel der AfD affirmieren in ihren wirtschaftspolitischen Programmen neoliberale Motive wie freie Finanzmärkte und Deregulierung. Im Gegensatz zu Björn Höckes Parolen gegen den »Gender-Wahn« erkennt Jimmie Åkesson, Parteivorsitzender von Sverigedemokraterna, verschiedene Geschlechterkonstruktionen zumindest auf rhetorischer Ebene an. Dennoch teilt der schwedische Populismus mit anderen europäischen und dem derzeitigen US-amerikanischen Populismus die eindeutige Parteinahme für einen westlichen Wertekonservatismus, der rassistisch – meist anti-muslimisch – eingefärbt ist. Rezente Populismen nehmen jedoch auch slinke« Elemente auf, wie z.B. eine Skepsis gegenüber supra- und internationalen Institutionen (EU, WTO, Weltbank), den Errungenschaften der Globalisierung oder die Kritik an mangelnden direktdemokratischen Elementen.

3. Populismus und Protest: Radikaldemokratische Analysekategorien

Was also macht diese Bewegungen und Parteien populistisch? Ich argumentiere, dass unterschiedliche Bewegungen in unterschiedlicher Weise die Macht des Politischen auf die Straße bringen und dadurch auch spezifische Gegenwärtigkeiten von Protest produzieren (Rancière 2002: 146ff.). Je nach Form und Inhalt dieser Gegenwart kann dann von Populismus gesprochen werden – oder eben nicht. Im Folgenden werde ich an drei Bewegungen aufzeigen, wie poststrukturalistische Perspektiven die Isomorphie-These in normativer wie auch in analytischer Hinsicht in Frage stellen. Ich wähle für den Vergleich Pegida auf Seiten ethno-nationalistischer Proteste und Occupy Wall Street (OWS) und Indignad@s auf Seiten dessen, was Lorey (2012b: 43) als »präsentische Demokratie« beschreibt: als ein eruptives Hervorbrechen dissensueller Politik, die die hegemoniale Repräsentationsmatrix der liberalen Demokratie in ihren Tiefen erschüttert. Ich konzentriere mich auf fünf Aspekte: Das Verhältnis von Präsenz und Demokratie (1), Anti-Institutionalismus und Anti-Etatismus (2), Performativität (3), personelle Zusammensetzung (4) und schließlich die affektive Dimension von Protest (5).

3.1 Präsenz und Demokratie

In Bezug auf den ersten Punkt muss kritisch gefragt werden, ob nicht auch durch ethno-nationalistischen Protest Demokratie *präsentisch* aktualisiert wird. Erschaffen diese Populismen nicht ebenfalls eine gewisse Gegenwart des Demokratischen? Das tun sie – und sie tun es auch nicht. Denn der demokratische Charakter von ethno-nationalistischem Protest bleibt ein Trugbild. Er ist nicht an demokratischen Handlungsmodi interessiert, sondern reproduziert in seiner sozialen Statik und kulturellen Hermetik die »repräsentative Matrix« (Laclau 2005b: 48, Übersetzung MG). Er operiert mit Schließungsphantasmen, die von Reinheit und Einheit träumen und zelebriert damit, mit Jacques Derrida (2013: 41) gesprochen, eine »Metaphysik der Präsenz« statt Demokratie präsentisch zu aktualisieren. Indem dem politischen Kollektiv des Ethno-Nationalismus eine Identität im Sinne eines raumzeitlichen Ineinanderfallens, einer absoluten Authentizität, verliehen wird, wird es überhöht. Diese authentische Identität wird in ethno-nationalistischem Denken darüber hinaus essentialisiert.⁵

Im Sinne einer poststrukturalistischen Demokratietheorie sozialer Bewegungen kann man hier schlussfolgern, dass »wahre« Identität ein Trugschluss ist, politische Kollektive nie vollkommen, ideal oder absolut authentisch sind (Derrida 2013: 44f., 81ff.; Butler 2007: 194f.): Ein zeiträumliches Ineinanderfallen des politischen Subjekts mit sich selbst ist eine nicht nur subjekttheoretische Kons-

⁵ Nicht ohne Grund trägt Die identitäre Bewegung dieses Phantasma in ihrem Namen.

truktion von Authentizität, sondern auch ein politisches Phantasma reiner Einheit, das vor allem *Nicht-*Zugehörigkeit markiert. So gehen Rancière (2002:48) wie auch Laclau/Mouffe (2001: 121f.) davon aus, dass jede Subjektivierung mit einer »Ent-Identifizierung« einhergeht: Im Moment der Subjektivierung gibt es immer auch Momente der Differenzierung. Eine »Spur« (Derrida 2013: 82) von Fremdheit schreibt sich in die Identitätskonstruktion eines vermeintlich ›wahren‹ Kollektivs immer auch ein.

Die letzten Jahre zeugen weiterhin von einer vitalen (radikal-)demokratischen Kultur, die sich jenseits nationaler und rechtlicher Engführungen bildet und neue Formen demokratischer Praxis hervorbringt. Auch diese Formen kollektiver Subjektivierung produzieren Ausschlüsse, markieren Zugehörigkeit und stiften Einheit, da (politische) Identitätsbildung immer Grenzziehungen benötigt (Butler 2015: 5f.). Wer >wir< sind, erfahren >wir< immer nur in Bewegungen der Abgrenzung. Doch in radikaldemokratischen Subjektivierungsweisen wird der identitätspolitische Zusammenschluss nicht als >völkische« Hermetik verstanden, sondern als Mittel kurzfristiger sozialer Kohäsion und stets fluktuierender Nicht-Einheit. Statt die Anwesenheit eines Kollektivkörpers metaphysisch zu überhöhen, wird Demokratie im Sinne Loreys präsentisch hergestellt. Konkret werden z.B. Maßnahmen unternommen, um Exklusionsmechanismen entgegenzusteuern, wie die Einbindung Obdachloser, mit denen man sich die Plätze der Besetzung teilt (OWS), in den Protest. Während also OWS und Indignad@s Demokratie hervorbrachten, indem sie präsentisch »Breschen« (Lorey 2012b: 37) in die Repräsentationsmatrix schlugen, bildet Pegida Protest lediglich ab und bleibt daher in der Repräsentationsmatrix verfangen.

3.2 Anti-Institutionalismus und Anti-Etatismus

Weiterhin ist zu fragen, inwiefern sich ethno-nationalistische und radikaldemokratische Proteste in ihrem Anti-Institutionalismus und Anti-Etatismus unterscheiden. Betrachtet man zunächst die Organisationsstruktur, zeigen sich klare Unterschiede: Radikaldemokratische Proteste sind heterarchisch, teilweise
an-archisch, aufgebaut; es wird in lokalen Einheiten und horizontalen Netzwerken operiert. Dagegen sind ethno-nationalistische Proteste organisationsstrukturell von einer meist rigiden Hierarchie geprägt: Eine besonders aktive Gruppe
– zentriert um eine (charismatische) Führer*innengestalt – organisiert die Proteste, kümmert sich um rechtliche Regelungen, artikuliert die Inhalte und ist auch
für die Gestaltung der Protestpraxis verantwortlich (Priester 2012: 72-91; Hartleb

⁶ So bezeichnet sich OWS im Global May Manifesto als »leaderless resistance movement«, das in »different local and city assemblies« seinen Ausdruck findet (OccupyWallStreet 2012; vgl. The Guardian/UK 2012).

2014:143-150; Vorländer et al. 2016: 10ff.). Die große Mehrheit der Anhänger*innen ist lediglich zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort und macht mit. Paula Diehl (2012: 17) hat diese führungsfigurzentrierte Organisation als wichtigen Bestandteil einer "populistischen Logik" identifiziert, durch die ein "leader" den "Volkswillen" zum Ausdruck bringt und repräsentiert. Diehl (2012: 17) schlussfolgert pointiert: "Populisten treten zwar für mehr Kontrolle der Repräsentanten ein, übertragen jedoch die demokratischen Anforderungen, die damit verbunden sind, auf das Vertrauen auf den Leader und seine Führungsfunktion". Hier wird deutlich, wie Ethno-Nationalismus das repräsentative Paradigma, das im Zentrum seines Protests steht, reproduziert. Damit ist sein Votum gegen Institutionen und Staatlichkeit vor allem Rhetorik. Anti-Institutionalismus und Anti-Etatismus des ethno-nationalistischen Protests erweisen sich als Scheinelemente.

Im Gegensatz dazu praktizieren präsentische Bewegungen Anti-Institutionalismus und Anti-Etatismus, wenn ich mit Lorey (2012b: 46) davon ausgehe, dass Bewegungen wie Indignad@s und OWS als »konstituierend« - statt »konstituiert« - beschrieben werden können, da sie sich zusammenfinden, ohne sich final zu fixieren. Im Vokabular der hegemonialen liberalen Demokratie, in der diese Bewegungen entstehen, gelten konstituierende Bewegungen jedoch als gescheitert, da liberale Demokratie politisches Handeln nur in institutionellen Rahmen, d.h. in ihrer konstituierten Form, anerkennt (z.B. Wahlen, Plebiszite). Eine nicht-institutionelle Form des Demokratischen gilt als wirkungslos. Dieses Denken findet sich auch in Mouffes (2010, 2014, 2016, 2018) rezenten Arbeiten, in denen sie nur auf die konstituierten Formen der Protestbewegungen und deren Veränderungspotentiale verweist: nur die Parteien SYRIZA und PODEMOS offenbaren für Mouffe die kontrahegemoniale Kraft des »Linkspopulismus« (Mouffe 2018: 20f.). Dieser »linke Populismus« wird von ihr als kontrahegemoniale Strategie gegen die Dominanz der liberalen Demokratie und gegen einen ethno-nationalistischen Populismus ins agonistische Feld geführt (Mouffe 2014, 2016, 2018). »Linker Populismus« ist dann eine Form der radikalen Demokratie - einer Demokratie also, die u.a. den Streit, statt den deliberativ ausgehandelten Konsens in den Mittelpunkt rückt. Ihren Argumenten liegt dabei selbst die normative Annahme zugrunde, dass die Werte der liberalen Demokratie - Freiheit und Gleichheit - bestehen könnten, aber radikaldemokratisch umzudeuten seien: Freiheit sei nicht nur Privatautonomie, Gleichheit nicht nur juridisch umzusetzen (Mouffe 2010: 27, 2018: 39f.).

Lorey widerspricht dieser Perspektive. Sie macht deutlich, wie emanzipatorische Kräfte nur jenseits der »juridischen Demokratie« präsentisch und konstituierend hergestellt werden können und verweist auf Indignad@s, movimiento 15 Mayo (15 M),⁷ EuroMayDay und OWS (Lorey 2012d, 2014a, 2014b). Lorey argu-

⁷ Aus Teilen der 15 M Bewegung geht die Partei PODEMOS hervor.

mentiert aus einer poststrukturalistischen Perspektive, dass eine Einspeisung ins System qua Konstitution das emanzipatorische Potential zügelt. Nur weil Protest nicht von Dauer war bzw. nach Mouffe (2018: 20) »seine Dynamik verlor«, nicht ins System integriert und schließlich konstituiert werden konnte, muss er nicht als >gescheitert gelten. Vielmehr hat er der konsensuellen Matrix der liberalen Demokratie Brüche beigefügt, die die Rigidität ihrer »Aufteilung des Sinnlichen« (Rancière 2002: 41) bloßlegen (Rancière 2002: 105ff.). Damit wurde ein »Anteil der Anteillosen« (Rancière 2002: 41, 99) sichtbar, der vorher an die Ränder der liberalen Demokratie gedrängt war: Während Indignad@s den Unmut einer verlorenen Generation sichtbar machten, die durch nationale Finanzpolitik, EU-Austeritätspolitik und dem spanischen Zwei-Parteien-System sowohl sozioökonomisch als auch politisch prekarisiert wurde, fokussierte OWS auf die Sichtbarmachung einer Leere in den Erzählungen des Amerikanischen Traums - auf neoliberale Fantasien der Selbstermächtigung, auf rassifizierte Träume »weißer« Suprematie und auf bildungspolitische Ungerechtigkeit. Radikaldemokratischer Protest siedelt deshalb jenseits derjenigen Institutionen, deren Verstrickungen in die Reproduktion dieser Schieflagen mal ganz offenkundig zutage treten, aber oft latent wuchern (Rancière 2002: 112ff.).

3.3 Performativität

Betrachten wir, drittens, die performative Ebene, fällt auf, dass ethno-nationalistische Proteste im Rahmen populistischer Veranstaltungen nach dem traditionellen Muster von Kundgebung und Marsch verlaufen: Die führenden Köpfe der Bewegung formulieren deren wichtigste Anliegen, die sich meist an diffusen Bedrohungsszenarien durch »fremde Mächte« oder das Establishment orientieren (Vorländer et al. 2016: Kapitel 7). Trotz der international auftauchenden Proteste bleibt der Protest auf ein nationalistisches bzw. ethnizistisches Thema zugeschnitten (z.B. innere Sicherheit, Migrationspolitik, die Rettung des Abendlands).

Dagegen entwickelt radikaldemokratischer Protest eine Besetzungsstrategie symbolträchtiger Orte (Mörtenböck/Mooshammer 2012: 33-48; Antentas/Vivas 2014: 63f., 73ff.); zum Beispiel vor dem Börsengebäude in der Wall Street (NYC), das zum Symbol der Skrupellosigkeit der Finanz- und Immobilienmärkte in den USA geworden war, oder die Puerta del Sol in Madrid, die in der Lesart der Akti-

⁸ Antifeministische Elemente wurden weder durch die Gruppe um Hans Vorländer noch in der Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung dezidiert untersucht (vgl. Walter 2015; vgl. Ganz 2015). Die Verbindung zwischen Feminismus und Radikaldemokratie dagegen untersuchen Josep Maria Antentas und Esther Vivas (2014: Kapitel VI) für 15 M, den Arabischen Frühling, OWS und die Anti-Austeritätsproteste in Griechenland.

vist*innen jeweils das urbane Zentrum des Spätkapitalismus darstellen. Auffällig sind weiterhin die spielerischen Formen des Protests. In Anlehnung an Judith Butler (2007: 200ff.) kann man hier von parodistischen Formen sprechen, die die Statik der Macht durch humorvolle Paradoxien oder karikatureske Subversionen zum Wanken bringen; so z.B. das Plakat, das aufruft, die Wall Street »zu fluten« und »Zelte mitzubringen«, das von der Konsumguerilla Adbusters gestaltet worden war. Es zeigt eine grazile Ballerina – die auf einigen Postern auch eine Gasmaske trägt –, die auf dem charging bull tanzt. Weitere Beispiele dieser spielerischen Protestformen sind die ungeordnet erscheinenden assemblies oder asambleas der Besetzungsbewegungen, die pinken Blöcke der LGTBQ*-Bewegungen, oder auch Verkleidungen wie die Guy-Fawkes-Maske aus dem Comic V wie Vendetta.

Die Verschiedenheit der Formen radikaldemokratischen Protests, wie OWS und Indignd@s, auf der einen, und ethno-nationalistischen Bewegungen wie Pegida auf der anderen Seite, zeigt sich auch in der Nutzbarmachung von Lautstärke: Das human microphone9 steht hier diametral zum Schweigen Pegidas während der sog. Abendspaziergänge durch Dresden. 10 Während die »99 %«, die in Lower Manhattan demonstrierten, ihren Protest laut kundtaten und sich auch durch gerichtliche Verordnung davon nicht abhalten ließen, setzte Pegida auf Schweigen. Der Verzicht auf Sprache in den Protesten Pegidas vollführt eine zynische Geste in doppelter Hinsicht: Er soll zum Ausdruck bringen, dass eine vermeintliche silent majority durch >grüne« Bildungseliten unter dem Diktat politischer Korrektheit zum Schweigen gebracht wird, obwohl die Anhänger*innen Pegidas sozio- und demografisch durchaus zu den saturierten Mittelschichten der BRD zu zählen sind (s. 3.4). Durch die Entscheidung zu schweigen, eignete sich Pegida eine Praxis des Protests an, die meist von marginalisierten Minderheiten gewählt wird: Die Stummheit – das Nicht-Sprechen-Können, weil Nicht-Gehört-Werden (Spivak 1988: 103f.) – wird von diesen häufig anhand verschiedener körperlicher Praktiken

⁹ Die Thesen und Parolen der Redner*innen werden von Reihe zu Reihe weitergeschrien, sodass alle auf dem Platz der Rede folgen können (vgl. Mörtenböck/Mooshammer 2012: 56; vgl. Kraushaar 2012: 83f.). Das human microphone wurde von OWS auch deshalb praktiziert, da es nach einer Klage von Anwohner*innen eine gerichtliche Verfügung über die erlaubte Lautstärke des Protests gab. Im Zuge dessen durften keine Verstärker, Megaphone oder Lautsprecher verwendet werden. Dadurch waren die Redner*innen gezwungen, möglichst einfache Argumente und Sätze zu formulieren, sodass der in den Reihen der OWS durchaus präsente Intellektualismus abgedämpft und ein vielseitigeres Publikum erreicht werden konnte. Ein Live-Mitschnitt des human microphone findet sich bei GreaterNewYorkLiving (2012).

¹⁰ Im Dezember 2014 versammelten sich bis zu 10.000 Demonstrant*innen allein in Dresden, bundesweit teilweise bis zu 20.000. Die Teilnehmer*innenzahlen pendelten sich dann zwischen 3.000 und 5.000 Personen in Dresden ein. Die stillen Demonstrationen Pegidas wurden noch durch Dunkelheit verstärkt. Denn in vielen Gebäuden Dresdens, die auf der Demonstrationsroute lagen – darunter auch die Semperoper –, wurde als Protest gegen Pegida das Licht gelöscht.

sichtbar gemacht, wie Hungerstreik, *lip sewing* und öffentliche Selbstverbrennung. Aus einer rassismus- und geschlechterkritischen Perspektive markiert die Appropriation des schweigenden Protests durch Pegida keineswegs Marginalisierung, da Pegida mehrheitlich aus gebildeten, gut situierten, weißen Mittelschichten bestand, deren Privilegien kaum angefochten sind. Vielmehr muss das Schweigen als Manifestation der inhaltlichen *Armut* (Laclau 2005b: 40) der populistischen Artikulationslogik gedeutet werden.

3.4 Sozio- und Demografie

Zunächst sei angemerkt, dass die Analyse personeller Zusammensetzungen aus radikaldemokratietheoretischer Perspektive deshalb bedeutsam ist, da Identitätspolitik nicht nur als ethno-nationalistisches Phantasma abgetan werden kann, sondern als reale, politische Praxis der Kohäsion – insbesondere kritisch – in den Blick geraten muss. Meine (Diskurs-)Analyse fragt, wie Identität performativ produziert und diskursiv hergestellt wird. Eine poststrukturalistische Herangehensweise sucht nach diskursiven und performativen Mechanismen, in denen sich sozial-hierarchisierende Dynamiken von Identitätspolitik manifestieren – ohne sich in psychologisierende Aussagen zu verfangen.

Betrachtet man die performativen wie diskursiven Darstellungen von Anhänger*innen Pegidas, identifizieren sich diese mehrheitlich als ›weiß‹, meist männlich bzw. heteronorm, wenn religiös, dann christlich (Vorländer et al. 2016: 57f.). Der Großteil der Pegida-Anhänger*innen stammt aus bürgerlichen Mittelschichten, die durch einen relativ stabilen sozioökonomischen Hintergrund (wie Lehrer*innen und Beamt*innen) und einen mittleren bis höheren Bildungsabschluss markiert werden (Vorländer et al. 2016: 59-62).

OWS verkündet im Gegenzug zumindest auf programmatischer Ebene eine diversifizierte Anhänger*innenschaft in Bezug auf Ethnie, Geschlecht, sexueller Orientierung und soziokulturellem Hintergrund.¹² Es bleibt jedoch zu beto-

¹¹ Meine Analyse basiert auf den Studien von Vorländer et al. (2016) und dem Göttinger Institut für Demokratieforschung (0.].), integriert diese aber in eine poststrukturalistische Lesart. Beide verweisen darauf, dass ein hoher Prozentsatz der Teilnehmer*innen an Pegida-Demonstrationen nicht interviewt werden wollte. Die Studien beginnen also bereits mit einem bias, da davon ausgegangen werden muss, dass diejenigen, die sich interviewen ließen, eine überdurchschnittliche Artikulationsfähigkeit besitzen, die meist mit einem höheren Bildungsabschluss korreliert. Diese beiden großformatig angelegten Studien ergänze ich durch eigene Beobachtungen einer Demonstration eines Dresdner zivilgesellschaftlichen Bündnisses gegen Pegida im Februar 2015.

¹² So beginnt das Occupy Manifesto mit der Aussage, die Bewegung bestehe aus: »people of many colors, genders and political persuasions« (Occupy Wall Street 2012). Wobei es auch innerhalb dieser Bewegungen Homophobie und Sexismus gibt; z.B. gab es immer wieder Berichte über se-

nen, dass die faktische demo- und soziografischen Zusammensetzung der Aktivist*innen von OWS und Indignad@s in Bezug auf Alter und Ethnie ebenfalls recht einheitlich war: unter 35 Jahren und ein (sehr) hohes Bildungsniveau; insbesondere Indignad@s waren kulturell, ethnisch und sozioökonomisch homogen. Die Majorität der Aktivist*innen radikaldemokratischer Proteste gilt nach wie vor als glokal orientierte Bildungselite.¹¹ Jedoch war in diesem »Aufruhr der Ausgebildeten« (Kraushaar 2012) eine bemerkenswerte sozioökonomische Verschiebung zu beobachten, die schließlich auch Ausgangspunkt des Protests war: Trotz einer (sehr) guten Ausbildung herrschte unter den Aktivist*innen hohe Arbeitslosigkeit und eine generelle große berufliche Unsicherheit (z.B. durch befristete Arbeitsverträge). Prekarität war die Lebenswirklichkeit dieser Generation (Lorey 2012a: 26, 2012c: 44f.; Kraushaar 2012: 53ff., 181-188; Mörtenböck/Mooshammer 2012: 61-66; Antentas/Vivas 2014: 43ff.).

3.5 Affekt, Affektivität und Affizierung

Einen letzten vergleichenden Blick werfe ich, fünftens, auf die Affektlogiken¹⁴ der Protestformen, die bei allen drei Bewegungen mit Empörung operieren. Insbesondere queer-feministische Studien und poststrukturalistische Theorien haben aufgezeigt, wie und dass Affektpolitik in liberalen Rahmungen – insbesondere im bundesrepublikanischen Kontext – als populistisch (!), systemgefährdend, destabilisierend und irrational gebrandmarkt wird (Bargetz/Sauer 2015: 93ff.; Lorey 2012b: 18; Sauer 2013, 2015: 246ff.). Das emanzipatorische Potential des Affekts wird übersehen, da im Modus der Repräsentation die »affektive Zerstreuung« gebändigt wird (Lorey 2012b: 18): demokratische Teilhabe ist nur im nüchternen Modus als starrer Wahlakt oder plebiszitäres Substitut zu realisieren. Doch Empörung kann zu einer differenzierten Kritik am Status Quo führen und letztlich

xuelle Übergriffe auf den verschiedenen Camps der Occupy-Bewegungen, insbesondere gegenüber (trans-)Frauen*.

¹³ Der Begriff des Glokalen bringt eine produktive Konfrontation zwischen global beobachtbaren Phänomenen zum Ausdruck, während dennoch auf die lokalen Gegebenheiten und soziokulturellen Spezifika geachtet wird. In Rekurs auf den Arabischen Frühling verkündet z.B. das May Manifesto von OWS: »This year the spring is global!« (OccupyWallStreet 2012). Hier wird also darauf Bezug genommen, dass der Protest in verschiedenen nordafrikanischen Staaten im Frühling 2011 sich global ausbreitet und zu transnationalen Allianzen und Solidaritäten führt, z.B. haben sich Isra Abdel Fattah und Ahmed Maher, Begründer der ägyptischen Bewegung 6. April, mit Vertreter*innen der Occupy-Bewegung in Washington DC getroffen, auf dem auch die Unterschiede zwischen den Bewegungen diskutiert wurden (Kraushaar 2012: 84f.). Mehr zur Verbindung zwischen lokalen Anliegen und globalen Protesten vgl. Antentas/Vivas 2014: 49.

¹⁴ Vgl. hierzu auch der Beitrag von Christian Helge Peters in diesem Band.

Hoffnung auf Veränderung initiieren. Affektpolitik ist nicht per se anti-demokratisch.

Ethno-nationalistische Proteste der Empörung formulieren zwar Positionen gegen herrschende Institutionen, verbleiben allerdings auf einer rhetorischen Ebene. Damit sei selbstverständlich nicht gesagt, dass deren politische Positionen nicht lebensweltliche Wirkmacht entfalten (das Gegenteil ist der Fall). Damit möchte ich vielmehr zum Ausdruck bringen, dass der Anti-Institutionalismus und Anti-Etatismus von Pegida zwar sprachlich und affektlogisch markiert werden, ihre politische Praxis aber von Staatshörigkeit und Ordnungsglauben geprägt ist. Letztlich bleibt ihr Protest ein Pseudo-Protest, der sich primär aus der Angst vor dem Statusverlust speist. Naika Foroutan (2016: 104) schlussfolgert pointiert, dass ethno-nationalistische Formationen wie Pegida kein »Recht auf konstruierte Sorgen« beanspruchen können, will man deren »mangelnde Aufklärung und latenten Rassismus« nicht legitimieren. Für ethno-nationalistischen Protest kann also eine (affektpolitische) Praxis der Simulation (Rancière 2002: 113ff.) attestiert werden, die Protest lediglich imitiert: Empörung manifestiert sich aus einer relativ stabilen sozioökonomischen Situation heraus als Frustration, Aggression und in seiner gesteigerten Form als Hass. Es gilt, nicht die Ängste der Pegidist*innen erst zu nehmen, sondern deren »Unwissenheit [...], um das tradierte rassistische Wissen decodieren zu können« (Foroutan 2016: 104).

Das affektpolitische Ziel unterscheidet sich also maßgeblich: Ethno-nationalistische Proteste fokussieren auf die Dämonisierung und Dehumanisierung der Anderen. Ihre Motive steigern sich zu rassistischen Überlegenheitsfantasien. Dagegen richtet sich die Empörung – die die Indignad@s im Namen tragen – der radikaldemokratischen Proteste gegen systemische Mechanismen einer Postdemokratie, die Ungleichheit, Unfreiheit und Ungerechtigkeit generiert und dadurch Vulnerabilität asymmetrisch distribuiert. Sie entwickeln Konzepte alternativer Zukünfte, indem sie die Gegenwart im Sinne einer emanzipatorischen Praxis umgestalten. Während also ethno-nationalistische Proteste durch die Simulation von Protest den Status Quo reproduzieren, gestalten radikaldemokratische Proteste Politik und Gesellschaft um – zumindest aus radikaldemokratietheoretischer Perspektive. Dies beschreibt das *Potential*, dass in radikaldemokratischen Eruptionen steckt.

Die lebensweltliche Realität muss sicherlich kritisch betrachtet werden: Waren die Proteste von OWS nicht nur das Aufbäumen einer – vor allem ›weißen‹ – Generation, für die das Versprechen, am American Dream teilzuhaben, nicht eingehalten wurde? War die Finanzmarktpolitik von OWS nicht auch durchtränkt von anti-semitischen Motiven? Waren es nicht nur neoliberale Fantasien der Selbstbefähigung, die sich für die Generation Occupy als haltlos erwiesen? Und waren Indignad@s ›nur‹ ein kurzweiliges Vergnügen, um sich die Langeweile der Arbeitslosigkeit zu vertreiben, Gemeinschaft zu erleben, in einem großen Frei-

zeitlager zu campieren und das ›Establishment‹ in seiner Spießigkeit zu verhöhnen?

Solche Fragen werden sicherlich gestellt, müssen vielleicht gestellt werden, verfehlen aber das Ziel dieser Analyse: Aufzuzeigen, dass es Möglichkeiten politischen Handelns gibt, die nicht institutionell eingehegt sein müssen, um kritisch in die Skripte hegemonialer Demokratie zu intervenieren. Ich erachte dies als die produktive Nahtstelle zwischen radikaler Demokratietheorie und Poststrukturalismus, da beide eine Analyse der Möglichkeiten politischen Handelns jenseits der Struktur erlauben: jenseits einer rigiden Aufteilung des Richtigen und Wahren, jenseits einer hegemonialen normativen Ordnung.

4. Fazit

In ihren letzten Sätzen verlässt meine Analyse den Raum des Analytisch-Deskriptiven und denkt Poststrukturalismus nicht nur als Wissenstheorie oder Methodologie, sondern als politische Praxis. Im Anschluss an Michel Foucaults (1983: 116) Verschränkung von Räumen der Macht mit widerständigen Praktiken kann ich schlussfolgern, dass Indignad@s und OWS *Breschen* des Widerstands dort geschlagen haben, wo es Macht gibt: an den Finanzmärkten, in den Parlamenten, bei Wahlen, auf öffentlichen Plätzen und in den Räumen des Protests selbst. Dabei war die Ausgangsfrage, ob diese Modi als populistisch begriffen werden können.

Meine Analyse hat aufgezeigt, dass sich ethno-nationalistische und radikaldemokratische Bewegungen - entgegen der Thesen der Populismusforschung in ihren populistischen Momenten der Subjektivierung unterscheiden: und zwar, erstens, in Hinsicht auf ihren spatio-temporalen Modus, der für radikaldemokratische Bewegungen als präsentisch, für ethno-nationalistische Formationen als repräsentativ gedeutet wurde. Zweitens wurde herausgearbeitet, dass sich radikaldemokratische Bewegungen jenseits institutioneller Rahmungen formieren, während Ethno-Nationalismus entgegen seiner Rhetorik im Korsett staatlicher Institutionen verbleibt. Darüber hinaus wurde, drittens, aufgezeigt, dass die performativen Modi des Protests auf Seiten eines radikaldemokratischen Protests spielerisch in den öffentlichen Raum intervenieren, während ethno-nationalistische Bewegungen auf klassische Formen der Kundgebung zurückgreifen. Weiterhin wurde darauf verwiesen, dass beide Protestformen sozio- und demografisch relativ homogen zusammengesetzt waren, jedoch ethno-nationalistische Identitätspolitik essentialisiert, während radikale Demokratie Offenheit und Diversität - zumindest auf programmtisch-rhetorischer Ebene - als zentrale Elemente einer Ent-Identifizierungspraxis versteht. Motive von Kultur, Ethnie oder race sowie gender spielten für die soziale Kohäsion von OWS und Indignad@s kaum eine

Rolle. Schließlich wurde darauf verwiesen, dass der Protest auf beiden Seiten mit einem Affekt – Empörung – begann, diese Empörung jedoch verschieden zu kontextualisieren ist und in sehr differente politische Praktiken übersetzt wurde.

Der poststrukturalistisch-radikaldemokratische Blick auf diese Bewegungen distanziert sich von der Isomorphie-These, insofern Populismus als eine Subjektivierungsweise des Politischen verstanden wird, die weder per se slinks« oder ›rechts‹ ist. Vielmehr wird ein ›Wir‹ ganz spezifisch und in einem bestimmten Moment hergestellt. Im populistischen Moment produziert sich ein politisches Kollektiv selbst. Wie die Programmatik, die Agenda und die Verfahren dieses Kollektivs dann konkret ausgestaltet werden, befindet sich bereits jenseits des populistischen Moments. Auch in der Konstituierung der radikaldemokratischen Bewegungen mag es populistische Momente geben; indem jedoch Subjektivierungsweisen durch »Praktiken der Dezentrierung« (Laclau 1990: 40, Übersetzung MG) stets räumlich verschoben und zeitlich verzerrt werden, fallen radikaldemokratische Kollektive nicht identitär ineinander. Die Kollektivität, die sich im radikaldemokratischen Protest de/konstitutiv zusammenfindet und versammelt. formiert sich über einen einschließenden Ausschluss und über die Demarkation von (Nicht-)Identität. Dieser einschließende Ausschluss wird über eine konstituierende Ruptur des institutionellen Arrangements nur kurzfristig stabilisiert, jedoch nicht konstituiert.

Mein Ansatz hat seine Grenzen: Ich kann keine Aussagen über die psychosozialen Dimensionen von Motiven treffen. Dieser Ansatz wird daher nicht klären können, warum sich Personen dafür entscheiden, an einem bestimmten Protest teilzuhaben. Er muss deshalb auf Fragen nach dem »Wie« beschränkt bleiben. Damit kann er theoretisch informierte Aussagen über Sprachlogiken und Diskursmechanismen treffen, sie in ihre Funktionsweisen zerlegen und dadurch auch tieferliegenden Diskursschichten analysieren.

5. Literatur

Antentas, Josep Maria/Vivas, Esther (2014): Planeta Indignado. Die Welt der Empörten, Ursachen und Perspektiven einer Rebellion, Köln/Karlsruhe: Neuer ISP Verlag.

Bargetz, Brigitte/Sauer, Birgit (2015): »Der affective turn. Das Gefühlsdispositiv und die Trennung von öffentlich und privat«, in: Femina Politica 24 (1), S. 93-102.

Butler, Judith (2007 [1990]): Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity, London/New York: Routledge.

Butler, Judith (2015): Notes toward a Performative Theory of Assembly, Cambridge: Harvard University Press.

- Decker, Frank (Hg.) (2006): Populismus. Gefahr oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden: Springer.
- Derrida, Jacques (2013): Grammatologie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Der Tagesspiegel (2014): »Zahl der Gegner wächst, ›Pegida‹ aber auch«, in: Der Tagesspiegel. www.tagesspiegel.de/politik/aufmarsch-in-dresden-grosser-protest-in-muenchen-zahl-der-gegner-waechst-pegida-aber-auch/11155392.html. Zugegriffen: 20. September 2016.
- Diehl, Paula (2012): »Populismus und Massenmedien«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5-6, S. 16-21.
- Foroutan, Naika (2016): Nationale Bedürfnisse und soziale Ängste, in: María do Mar Castro Varela/Paul Mecheril (Hg.), Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart, Bielefeld: transcript, S. 95-105.
- Foucault, Michel (1983): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Ganz, Kathrin (2015): »PEGIDA gegen den Gender-Wahn: Rechte Mobilisierung und die Krise sozialer Reproduktion«, in: blog feministische studien. http://blog.feministische-studien.de/2015/02/pegida-gegen-den-gender-wahn-rechte-mobilisierung-und-die-krise-sozialer-reproduktion/. Zugegriffen: 22. September 2016.
- Göttinger Institut für Demokratieforschung (o.J.), in: www.demokratie-goettingen.de. Zugegriffen: 31. Januar 2019.
- Gebhardt, Mareike (2018): »Zwischen Repräsentation und (Real-)Präsenz. Populistische Intervalle und demokratische Temporalstrukturen aus politiktheoretischer Perspektive«, in: diskurs 3, S. 21-44.
- Gebhardt, Mareike (2019): »The Populist Moment: Affective Orders, Protest, and Politics of Belonging«, in: Distinktion: Journal of Social Theory, S. 1-23, https://doi.org/10.1080/1600910X.2019.1653346.
- GreaterNewYorkLiving (2012): »Watch Occupy Wall Street's Human Microphone In Action«, in: Youtube. https://www.youtube.com/watch?v=3S7YtfahaGc. Zugegriffen: 20. September 2016.
- Hartleb, Florian (2014): Internationaler Populismus als Konzept. Zwischen Kommunikationsstil und fester Ideologie, Baden-Baden: Nomos.
- Kraushaar, Wolfgang (2012): Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung, Hamburg: Hamburger Edition.
- Laclau, Ernesto (1990): New Reflections on the Revolution of Our Time, London/ New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (2005a): On Populist Reason, London/New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (2005b): »Populism: What's in a Name?«, in: Francisco Panizza (Hg.), Populism and the Mirror of Democracy, London/New York: Verso, S. 32-49.

- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2001): Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics, London/New York: Verso.
- Lorey, Isabell (2011): »Gouvernementale Prekarisierung«, in: Isabell Lorey/Roberto Nigro/Gerald Raunig (Hg.), Inventionen 1, Gemeinsam. Prekär. Potentia. Dis-/Konjunktion. Ereignis. Transversalität. Queere Assemblagen, Berlin: Diaphanes, S. 72-86.
- Lorey, Isabell (2012a): Die Regierung der Prekären, Wien/Berlin: Turia + Kant.
- Lorey, Isabell (2012b): »Demokratie statt Repräsentation. Zur konstituierenden Macht der Besetzungsbewegungen«, in: Jens Kastner/Isabell Lorey/Gerald Raunig/Tom Waibel (Hg.), Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen, Wien/Berlin: Turia + Kant, S. 7-49.
- Lorey, Isabell (2012c): »Occupy. Exodus der Beliebigen aus der juridischen Demokratie«, in: Linksnet. www.linksnet.de/de/artikel/27401. Zugegriffen: 20.09.2016.
- Lorey, Isabell (2012d): »Reale Demokratie«, in: Isabell Lorey/Roberto Nigro/Gerald Raunig (Hg.), Inventionen 2, Exodus. Reale Demokratie. Immanenz. Territorium. Maßlose Differenz. Biopolitik, Berlin: Diaphanes, S. 42-47.
- Lorey, Isabell (2014a): »Präsentische Demokratie, Exodus und Tigersprung«, in: transversal texts. http://transversal.at/blog/Presentist-Democracy?lid=praesentische.demokratie. Zugegriffen: 20. Februar 2016.
- Lorey, Isabell (2014b): »Von liberaler Herrschaftssicherung zur präsentischen Demokratie«, in: Lusemburg: Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. www.zeitschrift-luxemburg.de/kontrovers-partizipation-und-demokratie/. Zugegriffen: 09. September 2016.
- Mouffe, Chantal (2010): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Mouffe, Chantal (2014): »Populism is a Necessity«, in: The european: Das Debattenmagazin. http://en.theeuropean.eu/chantal-mouffe-3/7859-fighting-ring-wing-populism-in-europe. Zugegriffen: 10. September 2016.
- Mouffe, Chantal (2016): »In defence of left-wing populism«, in: The Conversation. http://theconversation.com/in-defence-of-left-wing-populism-55869. Zugegriffen: 10. September 2016.
- Mouffe, Chantal (2018): For a Left Populism, London/New York: Verso.
- Mörtenböck, Peter/Mooshammer, Helge (2012): Occupy. Räume des Protests, Bielefeld: transcript.
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal Rovira (Hg.) (2012): Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?, Cambridge: Cambridge University Press.
- Müller, Jan-Werner (2016): »Der Spuk geht nicht so schnell vorbei«, in: Zeit Online. www.zeit.de/zeit-wissen/2016/05/populismus-politikwissenschaft-jan-werner-mueller-interview, Zugegriffen: 04. September 2016.

- OccupyWallStreet (2012): International Assembly: Global May Manifesto, in: OccupyWallStreet. http://occupywallst.org/article/international-assembly-globay-may/. Zugegriffen: 14. Mai 2019.
- Pelinka, Anton (2012): »Populismus. Zur Karriere eines Begriffs«, in: Anton Pelinka/Birgit Haller (Hg.), Populismus. Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie?, Wien: new academic press, S. 9-20.
- Priester, Karin (2012): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt a.M.: Campus.
- Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rancière, Jacques (2008): Die Aufteilung des Sinnlichen. Die Politik der Kunst und ihre Paradoxien, Berlin: Merve.
- Sauer, Birgit (2013): »Bringing emotions back in. Gefühle als Regierungstechnik: Geschlechter- und demokratietheoretische Überlegungen«, in: Claudia Jarzebowski/Anne Kwaschik (Hg.), Performing Emotions. Interdisziplinäre Perspektiven auf das Verhältnis von Politik und Emotion in der Frühen Neuzeit und in der Moderne, Göttingen: V&R unipress, S. 241-258.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1988): »Can the Subaltern Speak?«, in : Cary Nelson/ Lawrence Grossberg (Hg.), Marxism and the Interpretation of Culture, Champaign: University of Illinois Press, S. 271-313.
- The Guardian/UK (2012): "The Global May Manifesto: A global movement wants a better world. Such a world is possible, and here's how...", in: Cpommon Dreams. https://www.commondreams.org/views/2012/05/11/global-may-manifesto. Zugegriffen: 14. Mai 2019.
- Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven (2016): PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden: Springer VS.
- Walter, Franz (2015): »Studie zu Pegida«, in: Göttinger Institut für Demokratieforschung. www.demokratie-goettingen.de/blog/studie-zu-pegida. Zugegriffen: 20. September 2016.

Autor*innen

Marlon Barbehön ist Post-Doc am Lehrstuhl für Moderne Politische Theorie am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg. In seiner Arbeit verbindet er poststrukturalistische Theorien, insbesondere im Anschluss an Foucault, mit empirischen Fragestellungen aus den Bereichen der interpretativen Policy-Forschung sowie der lokalen Politik- und Stadtforschung. Zuletzt erschienen ist der Aufsatz »Caught in the middle? Welfare state legitimisation and problematisation in the German and Swedish middle class discourse« (International Journal of Politics, Culture, and Society, zusammen mit Marilena Geugjes).

Marc Drobot, Dipl.-Ing. (FH); Dipl.-Soz., arbeitete bisher zum Extremismusbegriff, zur Pegida-Gruppierung und zum Knappheitsparadigma in den Sozialwissenschaften. Seit 2017 promoviert er in Dresden zur Ambivalenz der Kontingenzformel >Solidarität<. 2019 erscheint: Drobot, Marc/Heim, Tino: Scarcity Incorporated. Das Knappheitsparadigma als ein Ausgangsproblem pluraler Ökonomie. VS.

Jonathan Eibisch hat einen Master in Gesellschaftstheorie und promoviert in Jena zum Thema »Figuren der (Anti-)Politik im Anarchismus«. Damit möchte er zu dessen theoretischer Erneuerung beitragen.

Kathrin Ganz, Dr. rer. pol., arbeitet im Projekt Open Gender Platform am Margherita-von-Brentano-Zentrum der Freien Universität Berlin. Sie beschäftigt sich mit politischen Diskursen in digitalen Öffentlichkeiten, Intersektionalität und Open Access. »Die Netzbewegung. Subjektpositionen im politischen Diskurs der digitalen Gesellschaft« erschien 2018 bei Barbara Budrich.

Mareike Gebhardt, Dr. phil., ist Politikwissenschaftlerin mit Schwerpunkt auf Politische Theorie. Ihr aktuelles Forschungsprojekt analysiert unter dem Begriff der »demokratischen Schließung« (in Anschluss an Derridas Arbeiten zu »clôture«) alteritätspolitische Ein- und Ausschlussmechanismen liberaldemokratischer Migrationsregime. Ihre Arbeits- und Lehrschwerpunkte liegen in den

Bereichen der poststrukturalistischen Theorie, der radikalen Demokratietheorie sowie der Migrations- und Protestforschung.

Benjamin Görgen, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Münster. Seine Forschungsschwerpunkte sind Soziologie der Nachhaltigkeit, Bewegungsforschung, Praxistheorien und empirische Sozialforschung.

Matthias Grundmann ist Professor für Soziologie an der Universität Münster. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Sozialstrukturanalyse, Sozialisations-, Bildungs- und Familienforschung sowie die Gemeinschafts- und Nachhaltigkeitsforschung.

Hans Jonas Gunzelmann hat in Marburg, Madrid und Madison (Wisconsin) Politikwissenschaft studiert und promoviert seit 2016 bei Donatella Della Porta an der Scuola Normale Superiore (SNS) in Florenz. Seine Dissertation beschäftigt sich mit Organisationswandel in sozialen Bewegungen anhand des Beispiels der der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung.

Ingmar Hagemann, Dr. rer. pol., ist Lehrkraft für besondere Aufgaben am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen. Seine Forschungsschwerpunkte sind poststrukturalistische und praxistheoretische Ansätze, die Genealogie der Demokratie, das Wechselverhältnis von sozialen Bewegungen und Demokratie, die grüne Bewegung sowie qualitative Methoden. Er ist Sprecher des Arbeitskreises »Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen« des ipb und Herausgeber der Zeitschrift diskurs.

Mathias Krams arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Promovend am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Er beschäftigt sich mit gesellschaftlichen und internationalen Konflikten um die sozial-ökologische Transformation, kritischer Staatstheorie und Verkehrspolitik. Zuletzt erschienen sind: »Die Klima- und Vielfachkrise der letzten Dekade: Dynamiken, Wechselwirkungen und Interventionsfelder«, Kurswechsel: Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschaftsund umweltpolitische Alternative (2018), sowie zusammen mit Ulrich Brand: »Zehn Jahre Degrowth als radikale politische Perspektive: Potenziale und Hürden«, Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen (2018).

Friederike Landau, postdoktorale wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät Kunst und Gestaltung an der Bauhaus Universität Weimar, forscht zu postfundamentalistischer politischer Theorie und Kultur- und Stadtsoziologie. 2019

erscheint »Agonistic Articulations in the ›Creative‹ City: On New Actors and Activism in Berlin's Cultural Politics«, in der Reihe *Political Sociology* (Routledge).

Johanna Leinius, Dr. phil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Programm »Ökologien des sozialen Zusammenhalts« an der Universität Kassel. Sie hat am Frankfurt Research Center for Postcolonial Studies mit einer Arbeit zu den Kosmopolitiken der Solidarität promoviert und forscht momentan zur Konstruktion von alternativen Gesellschaftsentwürfen in der sozial-ökologischen Transformation. Weitere Forschungsinteressen sind postkolonial-feministische Theorie, soziale Bewegungsforschung und politische Ontologie. Sie ist Sprecherin der Sektion »Politik und Geschlecht« in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft und des Arbeitskreises »Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen« des ipb.

Conrad Lluis Martell hat in Freiburg i.Br., Basel und Hamburg Soziologie studiert. Nach dem Studium kehrte er in seine Heimatstadt Barcelona zurück. Von 2014 bis 2018 war er Gastforscher an der Universität Pompeu Fabra Barcelona. Sein Promotionsprojekt (an der Universität Hamburg und der UPF Barcelona) trägt den Titel: »Ein anderes Spanien. Die Proteste der *Indignados* und die Veränderung des politischen Raumes«.

Christian Helge Peters ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. In seiner Promotion forscht er zu Affektmodulationen und entwickelt eine soziologische Theorie der Affekte und Emotionen im Anschluss an Gilles Deleuze und Brian Massumi. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen soziologische Theorien, intensive Beziehungen (insbesondere Affekte, Emotionen und Resonanz), Subjektivierungs- und Kollektivierungsprozesse sowie die Organisational Studies.

Tanja Scheiterbauer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsschwerpunkt Entwicklungsländer- und Geschlechterforschung an der Goethe-Universität Frankfurt a.M. Sie hat Islamwissenschaft und Politikwissenschaft an den Universitäten Bonn, Marburg und Damaskus (Syrien) studiert und an der Goethe-Universität Frankfurt promoviert. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Transformationsprozesse und Geschlechterverhältnisse im Maghreb und Mashrek, soziale Bewegungsforschung aus postkolonial-feministischer Perspektive sowie sozial-ökologische Transformationen und (neue) Ressourcenkonflikte.

Jannik Schritt hat Ethnologie, Wirtschaft und Recht in Göttingen, Caen und Daressalam studiert und anschließend am Institut für Ethnologie der Universität Göttingen mit einer Arbeit über »Petro-Democracy: Oil, Power and Politics in

Niger« promoviert. Von Februar bis August 2018 war er als Stipendiat der Volkswagenstiftung Gastwissenschaftler am Institut für Afrikastudien des GIGA in Hamburg. Seit März 2019 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Forschungsprojekt zu Bürgerbeteiligungsverfahren an der TU Berlin. Er hat mehrere Artikel und Beiträge über transnationale Gouvernementalität, Ölpolitik und Protestbewegungen in Niger veröffentlicht.

Helge Schwiertz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) sowie dem Institut für Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück. Er promovierte 2019 am Fachbereich Kultur- und Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück und war Gastwissenschaftler an der University of California, Los Angeles (UCLA) und der Universität Wien. Zudem ist er Redaktionsmitglied von »movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung« und aktiv bei kritnet. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen Migrations- und Grenzregime, anti-migrantische Bewegungen und Rassismus, (pro-)migrantische Organisierung, Citizenship Studies, Demokratietheorien und politische Theorie.

Rahel Sophia Süß ist politische Theoretikerin, Autorin von "Kollektive Handlungsfähigkeit. Gramsci – Holzkamp – Laclau/Mouffe" (Turia + Kant, 2016) und Mitherausgeberin der Zeitschrift engagée. politisch-philosophische Einmischungen. Sie lebt in London, wo sie zu einer radikalen Demokratietheorie des Experiments forscht. Rahel Süß ist Lehrbeauftragte der Universität Wien und derzeit Visiting Scholar am Literature Program und Social Movement Lab der Duke University.

Judith Vey, Dr. phil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin. Sie hat zu gegen-hegemonialen Perspektiven linker Krisenproteste (2015, VSA-Verlag) promoviert und leitet zurzeit ein Projekt zur Handlungsfähigkeit in der bundesdeutschen Flüchtlingsunterbringung. Ihre Forschungsschwerpunkte sind u.a. poststrukturalistische Theorien, soziale Bewegungsforschung sowie Flucht und Migration.

Philip Wallmeier ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe Universität Frankfurt. Er ist Mitherausgeber der Bücher »Herrschaft in den Internationalen Beziehungen« (Springer VS, 2015) und »Rule and Resistance Beyond the Nation State« (Rowman and Littlefield International, 2019). Seine Forschungsschwerpunkte sind Herrschaft und Widerstand, Kritische Theorie(n), Didaktik der Sozial sowie Umweltpolitik.

Björn Wendt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter (Post-Doc) am Institut für Soziologie der Universität Münster. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Soziologie (Bewegungsforschung und Elitensoziologie), Wissenssoziologie (Utopie- und Ideologieforschung) sowie Umweltsoziologie und Soziologie der Nachhaltigkeit.

Alexander Wohnig ist Juniorprofessor für Didaktik der Sozialwissenschaften am Seminar für Sozialwissenschaften der Universität Siegen. Er arbeitet schwerpunktmäßig im Feld der Didaktik der Sozialwissenschaften zum Thema »Politische Partizipation als Ziel politischer Bildung«. Zuletzt erschienen ist der Aufsatz »Explaining Political Apathy in Civic Education Textbooks through the Theory of Individual and Structuralist Deficits« (im *Journal of Educational Media*, *Memory, and Society*).

Politikwissenschaft



Thomas Kruchem

Am Tropf von Big Food

2017, 214 S., kart., zahlr. Abb.

Wie die Lebensmittelkonzerne den Süden erobern und arme Menschen krank machen

19,99 € (DE), 978-3-8376-3965-0 E-Book: 16,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3965-4 EPUB: 16,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-3965-0



[transcript] × T E × T E

Torben Lütjen

Partei der Extreme: Die Republikaner

Über die Implosion des amerikanischen Konservativismus

2016, 148 S., kart.

14,99 € (DE), 978-3-8376-3609-3

E-Book: $12,99 ext{ € (DE)}$, ISBN 978-3-8394-3609-7 EPUB: $12,99 ext{ € (DE)}$, ISBN 978-3-7328-3609-3



Angela Nagle

Die digitale Gegenrevolution

Online-Kulturkämpfe der Neuen Rechten von 4chan und Tumblr bis zur Alt-Right und Trump

2018, 148 S., kart.

19,99 € (DE), 978-3-8376-4397-8

E-Book: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4397-2 EPUB: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-4397-8

Politikwissenschaft



Ines-Jacqueline Werkner

Gerechter Frieden

Das fortwährende Dilemma militärischer Gewalt

2018, 106 S., kart. 14,99 € (DE), 978-3-8376-4074-8 E-Book: 12.99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4074-2



Alexander Schellinger, Philipp Steinberg (Hg.)

Die Zukunft der Eurozone

Wie wir den Euro retten und Europa zusammenhalten

2016, 222 S., kart. 19,99 € (DE), 978-3-8376-3636-9

E-Book: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3636-3 EPUB: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-3636-9



Karl-Siegbert Rehberg, Franziska Kunz, Tino Schlinzig (Hg.)

PEGIDA -

Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und »Wende«-Enttäuschung?

Analysen im Überblick

2016, 384 S., kart.

29,99 € (DE), 978-3-8376-3658-1

E-Book: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3658-5 EPUB: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-3658-1